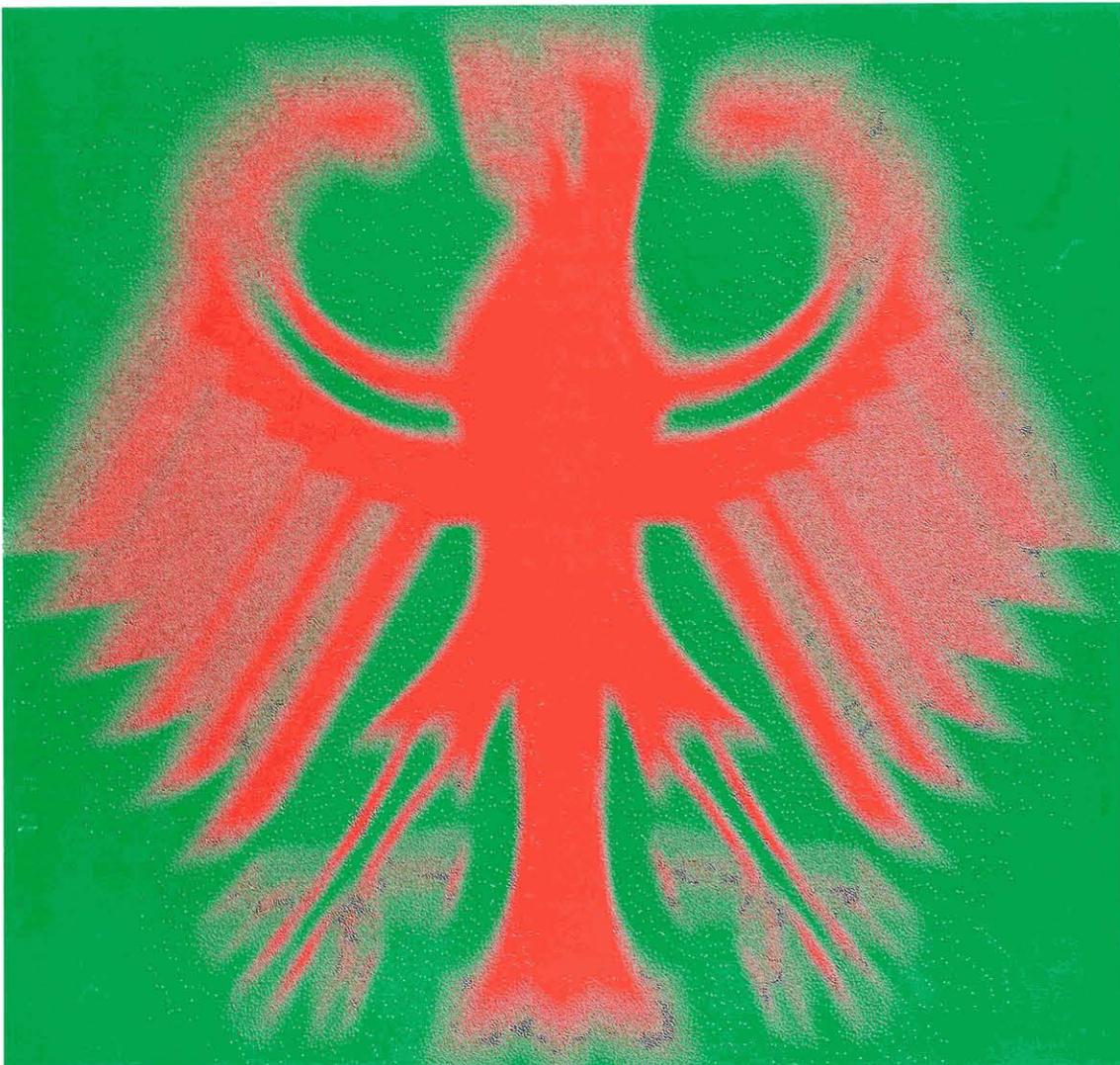


# ROT-GRÜNE LEKTIONEN



**Trube/Wohlfahrt**  
Hartz auf dem Prüfstand: Die Arbeitslosen halbieren

**Margit Schratzenstaller**  
Haushaltspolitik nach der Bundestagswahl

**Hilmar Höhn**  
Skizze für eine neue Steuerpolitik

**Edelgard Bulmahn**  
Bildung nicht als Ware dem Handel überlassen

**Im Forum**  
**DL21 schreiben:**  
Detlev von Larcher,  
Andrea Nahles, Niels  
Annen, Dieter Scholz,  
Rudi Borchert, Matthias  
Brodkorb und Jochen  
Schulte

„Wenn es Scheiße regnet, soll man nicht verzweifeln und wenn die Sonne scheint, soll man sich auf schlechtes Wetter vorbereiten.“ Diese Grundregel der emotionalen Intelligenz eines Politikers verdanken wir Joscha Fischer.

Wenn wir an die zurückliegenden Wahlkampfwochen denken, ist man geneigt zu glauben, die wilde Achterbahnfahrt der Stimmungen und Umfrageergebnisse habe hohe Anforderungen an die Balance zwischen Hoffnung und Verzweiflung der Spitzenpolitiker gestellt. Wenn wir uns allerdings die nüchternen Zahlen der absoluten Stimmanteile der Parteien anschauen, dann erscheint im Nachhinein diese Achterbahnfahrt als reine Fiktion. Der Wahlkrimi aus Berlin, eine reine mediale Erfindung? Sicher nicht in jeder Hinsicht (das Endergebnis war knapp und die Mehrheit für rot-grün in der Sitzverteilung hauchdünn) aber doch sehr weitgehend. Wöchentliche Umfragen, TV-Duelle, Polit-Talks auf allen Sendern, an fünf Tagen in der Woche, Hochrechnungen am Wahlabend im Minutentakt, das Wettrennen der Sender um die erste Hochrechnung, trotz dünnem Zahlenmaterial, alles dies hat ein knappes Wahlergebnis, als eine dramatische Wahlschlacht mit permanent anderen Siegern in Szene gesetzt. Diese Inszenierung mag für den einen oder anderen sehr unterhaltend gewesen sein. Mit der Wahlentscheidung der 61 Millionen Wahlberechtigten hatte es aber dennoch wenig zu tun.

Halten wir uns an die Fakten: Die SPD hat im Vergleich der Bundestagswahlen von 2002 zu 1998 runde 1,7 Millionen Zweitstimmen verloren. Im Vergleich zur Wahl von 1994 aber immerhin 1,3 Millionen Zweitstimmen hinzugewonnen. In diesen Zahlen stecken zwei simple Botschaften:

1. Die SPD konnte die Wechselwähler von 1998 nicht komplett und dauerhaft an sich binden. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und sozialen Gesamtentwicklung und der Erwartungshaltung, die sich durch das erstarrte Kohl-System aufgebaut hatte und nicht befriedigt werden konnte, kann dies eigentlich niemanden ernsthaft überraschen.

2. Die SPD ist aber auch nicht in ihre Zeit als strukturelle Minderheitspartei zurückgefallen, sie hat viele taktische Zweitstimmen an die Grünen abgegeben und dennoch ein Zweitstimmenpotenzial gesichert, das strukturell zwischen 18 und 19 Millionen Wählern liegt.

**Kurzum:** Entgegen der landläufigen Meinung, die im Medienwahlkampf verbreitet wurde wie ein Lauffeuer, Wahlentscheidungen seien heutzutage wie Börsenkurse, alle höchst schwankend und unberechenbar, kristallisiert sich im Wahlergebnis eine erstaunliche Stabilität einer bundesdeutsche Gesellschaft heraus, in der der klassische Nachkriegskonservatismus, der sich auf das kleinbürgerliche Milieu und ihren sozialen Konventionen stützt, keine strukturelle Mehrheit mehr besitzt.

Dies wird in der Entwicklung der absoluten Zweitstimmen der Unionsparteien noch deutlicher. Stoiber und Merkel erzielten zusammen 18,5 Millionen Zweitstimmen. Ganze 11.000 Stimmen weniger als die SPD. Bei der Bundestagswahl von 1994 waren dies noch 19,5 Millionen Zweitstimmen. Das Abschneiden der CDU (ohne CSU) muss aus der Sicht der Parteiführung gar als

enttäuschend betrachtet werden. Nur ca. 160.000 mehr Zweitstimmen als 1998 konnten eingefahren werden. Der Anteil der CSU-Stimmen am Gesamtergebnis der Union ist von 17,5% in 1994 auf 23,3% in 2002 gestiegen.

**Kurzum:** Die Union konnte ihren Zuwachs nur durch überdurchschnittliche Mobilisierung des bayerischen Traditionslagers erzielen. Der eigentliche Wahlverlierer ist die CDU!

Kommen wir zurück zur Fischer'schen Grundregel der emotionalen Intelligenz eines Politikers. „Wenn es Scheiße regnet...“ usw. Wie es scheint, haben die Wähler nach einer ähnlichen Maxime gewählt: „Wenn die Regierung Scheiße regnen lässt, soll man nicht verzweifeln und wenn die Opposition Sonnenschein verspricht, soll man sich auf schlechtes Wetter einstellen und bei den bekannten Regenmachern bleiben.“ Das Problem bei dieser Grundregel ist, bei den Politikern wie bei den Wähler, dass bei dieser Zweckrationalität jeglicher Enthusiasmus auf der Strecke bleibt. *Rot-Grün ohne Enthusiasmus*, das ist die Überschrift für das Wahljahr 2002 und wohl auch für die kommenden Regierungsjahre. Die auffällige Zurückgenommenheit des Kanzlers in den TV-Duellen hat diese Maxime bereits körperlich werden lassen.

Richard Hilmer, Geschäftsführer von Infratest-Dimap, jener Demoskopie-Gesellschaft, die am Wahlabend in der ARD für andauernde Verwirrung sorgte, hat nach der Wahl einen interessanten Satz gesagt: „Vielleicht waltet ja eine ordnende Hand jenseits von Flut, Möllemann und TV-Duellen.“ Ein erstaunlicher Satz für einen Meinungsforscher, der jedoch das eigentliche Problem auf den Punkt bringt. Nicht nur Politiker haben sich vom Volk entfernt, auch Journalisten, Wissenschaftler und Meinungsforscher, haben sich von ihrer eigenen Inszenierung der Emotionen, der Beliebigkeit der geschichtslosen „Hier und Heute – Haltung“ hinwegtragen lassen, sie haben ihre eigenen Geschichten, ihre wöchentlichen Momentaufnahmen für die Wirklichkeit gehalten und die fundamentale Wirklichkeit des Alltages aus den Augen verloren. Individuelle Emotionen, Identifikationen, Weltanschauungen sind mit strukturellen Dimensionen der sozialen Herkunft, Kultur und des Gesamtmilieus verknüpft. Wer diesen Zusammenhang seziert, Emotionen herausoperiert und einzeln betrachtet, wird die Gesellschaft nicht verstehen können. Insofern sind nicht Sonntagsfragen und Politbarometer interessant, sondern die kulturellen Verschiebungen der sozialen Milieus in unserer Gesellschaft. Hier erscheint eines augenfällig: Der Versuch eine Art Pop-Politik zu etablieren, um die Stimmen aus dem modernen Arbeitnehmermilieu zu gewinnen ist oberflächlich gescheitert, aber tiefgründig steckt in der Frage der treffenden Interpretation der zukünftigen sozialen und kulturellen Konventionen dieses Milieus der Schlüssel für die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der Zukunft. Eine Antwort hat noch keine Partei.

**Kurzum:** Der neue Generalsekretär der SPD, sollte sich schnell von Speed-Demoskopen abwenden und eine leistungsfähige „Forschungsgruppe strukturelle Mehrheitsfähigkeit“ als Vorbereitung auf die Wahl-Kampagne 2006 ins Leben rufen.

Wohlgemerkt – dabei geht es nicht um die Entdeckung der Langsamkeit, sondern die Entdeckung der Wirklichkeit.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Edelgard Bulmahn (Hannover)  
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)  
 Klaus Dörre (Recklinghausen)  
 Katrin Fuchs (Verl)  
 Christel Riehnann-Hanewinkel (Halle/S.)  
 Michael R. Krätke (Amsterdam)  
 Uwe Kremer (Dortmund)  
 Detlev von Larcher (Weyhe)  
 Benjamin Mikfeld (Böckum)  
 Susi Möbbeck (Magdeburg)  
 Andrea Nahles (Weller)  
 Horst Peter (Kassel)  
 René Rösper (Hagen)  
 Thomas Sauer (Mölin)  
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)  
 Thomas Westphal (Dortmund)  
 Ulrich Zichert (Apsen)

Redaktion:

Thorben Albrecht  
 Uta Biermann  
 Björn Böhning  
 Stefanie Gerszewski  
 Oliver Kaczmarek  
 Anja Kruke  
 Dirk Meyer  
 Lars Neumann  
 Svea Reiners  
 Reinhold Rünker  
 Frank Schauf  
 Frank Wilhelmy

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH  
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund  
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10  
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11  
 Telefax 02 31 - 40 24 16  
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de  
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade  
 Alfred Voges

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund  
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 449 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.  
 Jahresabonnement Euro 34,-  
 (bei Bankeinzug Euro 32,-)  
 Auslandsabonnement Euro 37,-  
 Abbestellungen mit einer Frist  
 von drei Monaten zum Jahresende.  
 Wir freuen uns über Manuskripte und  
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen  
 Manuskripte per E-mail oder auf einer  
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette  
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2002.  
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn  
 1.-2. Tausend, Oktober 2002

Kurzum ..... 2

*Andrea Nahles/Detlev von Larcher*  
 Sozialdemokratische Politik nach der Wahl ..... 4

*EURO-Spot* ..... 5

*Niels Annen*  
 DL21 vor neuen Herausforderungen – Die Tagung vom 5. Oktober ..... 6

*Dieter Scholz*  
 Rot-Grün – und nu? ..... 7

*Rudolf Borchert, Matthias Brodkorb, Jochen Schulte*  
 Politik mit Links – Mecklenburg-Vorpommern nach den Wahlen ..... 8

ROT-GRÜNE LEKTIONEN

*Reinhold Rünker, Horst Peter*  
 Einleitung zum Heftschwerpunkt ..... 10

*Niels Annen*  
 SPD 2006: Die Perspektiv- und Ideenpartei ..... 12

*Oliver Kaczmarek*  
 Mund abwischen und besser machen! Zum Ergebnis der Bundestagswahl 2002 ..... 16

*Achim Trube und Norbert Wohlfahrt*  
 „Die Arbeitslosen halbieren“ ..... 20

*Margit Schratzenstaller*  
 Haushaltspolitik nach der Bundestagswahl 2002 ..... 24

*Ulrike Hensel*  
 Chancen für eine linke Haushaltspolitik ..... 29

*Hilmar Höhn*  
 Eine Skizze für eine neue Steuerpolitik ..... 32

INTERNATIONALE POLITIK

*Wolfgang Schmidt*  
 Johannesburg 2002 – Gipfel der nachhaltigen Enttäuschung? ..... 38

*Jürgen Hirsch*  
 Speed kills – SPÖ auf dem Weg zu einer Mehrheit „links der Mitte“ ..... 41

*Dieter S. Lutz, Reinhard Mutz, Götz Neuneck*  
 Ein Präventivkrieg gegen den Irak wäre ungerechtfertigt und schädlich ..... 43

THEORIE & STRATEGIE

*Tristram Hooley und Steve Rooney*  
 Zehn Jahre, die die Welt nicht erschütterten ..... 45

*Edelgard Bulmahn*  
 Wir dürfen Bildung nicht als Ware dem Handel überlassen ..... 47

*Franzjörg Baumgart*  
 Die Illusion der Chancengleichheit ..... 50

*Hans-Günter Bell*  
 Armut als Bedrohung. Der soziale Zusammenhalt zerbricht ..... 53

*Lennart Laberenz*  
 Arm in der Hauptstadt ..... 55

Rez.: *Politik im Teilchenbeschleuniger* (Anja Kruke) ..... 56

Rez.: *Wer ist George W. Bush?* (Ingo Zander) ..... 58

Rez.: *Die neuen Kriege* (Ingo Zander) ..... 59

# Zweite Chance für rot-grün nutzen!

## Sozialdemokratische Politik nach der Wahl

Von Andrea Nahles und Detlev von Larcher

Der Wahlkampf hat gezeigt: Die SPD muss wieder eigene Themen besetzen und Unterschiede zum bürgerlichen Lager deutlich machen. Die SPD muss als linke Kraft erkennbar sein, die die Interessengegensätze im Kapitalismus kennt und für soziale Gerechtigkeit – auch generationsübergreifend – sorgt.

In der Schlussphase des Wahlkampfes hat die SPD in der Öffentlichkeit unüberhörbar ihre sozialdemokratische Sprache wieder gefunden. Anders als von der Kampa geplant, erzwungen durch äußere Ereignisse, gesellschaftliche Diskussionen und schlechte Umfragewerte, musste die SPD den eigenen Wahlkampf politisieren. Der Kanzler und Parteivorsitzende griff Themen auf wie: hohe Vermögen, den Klima- und Umweltschutz, die Sorge um die Nachhaltigkeit der eigenen Politik, die Sicherung des Friedens und den Vorzug präventiver Konfliktbewältigung. Er legte ein klares Bekenntnis zur sozialen Gerechtigkeit ab.

Dies war das Ende einer Achterbahnfahrt: Nachdem die SPD mit ihrem Regierungsprogramm unter dem Motto: „Innovation und Gerechtigkeit“ 1998 die Bundestagswahl gewonnen hatte, wurde der Begriff „pragmatisch“ zur Leitlinie des Kanzlers und weiter Teile der Regierungsmehrheit. „Links“ und „rechts“ hatten angeblich keine Bedeutung mehr. Die neue Mitte wollte angeblich keine linke, keine rechte, sondern eine richtige Politik. Grundsätzliche Interessengegensätze in unserer Gesellschaft wurden geleugnet. Bundeskanzler Schröder betätigte sich als überaus erfolgreicher Krisenmanager. Eine Politik, die über das neoliberale Glaubensbekenntnis hinauswies, formulierte er jedoch nicht.

Der rot-grünen Koalition fehlte deswegen die entscheidende Leitplanke. Die steuerliche Freistellung der Veräußerungsgewinne von Aktien war eine der – im Übrigen auch symbolisch – höchst negativen Folgen. Ohne Sinn-Fundament geriet die rote Linie der einzelnen politischen Entscheidungen und Maßnahmen in die Abhängigkeit von Medienkampagnen, war eine konsequente rot-grüne Politik immer wieder neuen Schwankungen ausgesetzt.

In den letzten Wochen vor dem Wahltag bekamen die wichtigen gesellschaftlichen Themen, wie von der Parteilinken immer gefordert, im Wahlkampf der SPD die ihnen gebührende Bedeutung. Es wurde endlich, entgegen den Planungen der Kampa, deut-

lich ausgesprochen, dass es bei der Bundestagswahl um eine Richtungsentscheidung ging.

Der knappe Wahlsieg der Koalition bei Verlusten der SPD ist ein Neubeginn. Wir wollen ihn gemeinsam nutzen. Die SPD muss wieder als analytische, konzeptionelle und gestaltende Kraft sichtbar werden. Sie muss Wertorientierungen und Perspektive bieten, die Menschen mitreißt. Millionen Menschen suchen Orientierung, die sie in der gescheiterten Ideologie der Wirtschaftsliberalen und Konservativen nicht finden können. Die Orientierung am Eigennutz reicht ihnen nicht. Sie erwarten von der Politik mit Recht nicht Krisenreaktion, sondern ökonomische, soziale und ökologische Gestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland, in Europa und in der einen Welt.

Die SPD muss also die langen Linien ihrer Regierungspolitik formulieren und sichtbar für alle vertreten. Sie muss diese in die Koalitionsverhandlungen mit den Grünen einbringen. Kurzfristiges Krisenmanagement schließt das nicht aus. Politik darf sich darin jedoch nicht erschöpfen.

Klar ist, dass sozialdemokratische Regierungspolitik sich nicht an den Turbokapitalismus anpasst, sondern die ökonomische Entwicklung politisch im Interesse der gesamten Gesellschaft steuert.

Das muss sichtbar werden in den Zielen für die Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO). Konkret meint das die Durchsetzung der vereinbarten Ziele der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Kriterien für die Nachhaltigkeit (z.B. Kyoto – Protokoll), den Zugang zu den Weltmärkten für die Entwicklungs- und Schwellenländer, das Abbrechen der Verhandlungen zum GATS-Abkommen, das öffentliche Dienstleistungen privatisieren soll.

Die Schuldenstreichung für die armen Länder, das Ende der neoliberalen Strukturanpassungspolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF), die Bändigung der Finanzmärkte durch die Einführung einer Steuer auf Devisentransaktionen (Tobin-Steuer) zunächst in Europa mit dem Ziel der weltweiten Ausweitung, internationale Vereinbarungen über die Mindestbesteuerung von Gewinnen transnationaler Konzerne, wirksame Maßnahmen gegen die Steuerflucht, Aufhebung des Bankgeheimnisses gegenüber dem Finanzamt müssen Ziele sozialdemokratischer Regierungspolitik werden.

Im Prozess der Vertiefung und Erweiterung Europas wird die SPD die treibende Kraft zum Erhalt des sozialstaatlichen Modells Europa sein. Soziale, ökologische und kulturelle Mindeststandards müssen in der EU durchgesetzt werden. Das Ende des ruinösen Steuerwettbewerbs muss herbeigeführt werden. Mindestbedingungen für Löhne und Arbeitsbedingungen müssen europaweit vereinbart werden.

Die SPD muss ein neues europäisches Steuermodell entwickeln und mit der europäischen Sozialdemokratie durchsetzen, um im globalisierten Kapitalismus für Arbeit und soziale Gerechtigkeit sorgen zu können. Die Schaffung von Arbeitsplätzen durch öffentliche Investitionen muss künftig Vorrang vor der Haushaltskonsolidierung haben. Dazu müssen die Maastrichtkriterien geändert werden. Europa braucht politische Spielräume, um Konjunkturerbrüchen entgegenzuwirken. Konsolidierung kann nur im Aufschwung erfolgen. In den Abschwung sparen heißt den Abschwung zu verstärken, die Arbeitslosigkeit zu erhöhen und letztendlich mit der Konsolidierung zu scheitern. Dies nicht genügend berücksichtigt zu haben, hat zu den Stimmenverlusten der SPD geführt und beinahe den Wahlerfolg der Koalition gekostet.

Im europäischen Verfassungskonvent gilt es, mit den Delegierten aus sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien eine politischere, demokratischere, transparentere, effizientere und bürgernähere Union durchzusetzen.

Es geht darum:

- das europäische Gesellschaftsmodell im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung, der Vollbeschäftigung, der Innovation und des sozialen Zusammenhalts zu fördern;
- einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu schaffen
- Europas Stimme Geltung zu verschaffen und seine Position in der Welt zu behaupten;
- eines sozialen und demokratischen Europas, in dem die Menschen in völliger Freiheit, in Frieden, Sicherheit und Wohlstand leben und vom sozialen Fortschritt profitieren können;
- eines Europas, das seiner internationalen Verantwortung gerecht wird und zur Friedenssicherung, zur Entwicklung und zum Schutz der Menschenrechte beiträgt;
- eines Europas, das durch Förderung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung sowie durch den Schutz und den Ausbau der sozialen Erfolge, der natürlichen Ressourcen und der Umwelt unsere Zukunft sichert.

Die SPD muss die Partei der sozialen Gerechtigkeit bleiben.

Soziale Gerechtigkeit heißt auch heute Umverteilung der Güter im weitesten Sinne, die

der Markt im Selbstlauf ungleich „verteilt“. Auch heute geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander. Deswegen muss die private Vermögensteuer wieder eingeführt, die Erbschaftsteuer auf verfassungsgerechtes Niveau angehoben werden. Es muss bei der solidarischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme bleiben. Für das Gesundheitssystem heißt das: Keine Abkehr von der solidarischen Finanzierung, die finanziellen Reserven im System müssen ausgeschöpft werden, die Prävention muss viel deutlicher gefördert werden. Die Standesinteressen und –Egoismen der pharmazeutischen Industrie im Gesundheitssystem dürfen nicht länger die wichtigen Reformen behindern. Bildung und Ausbildung müssen eine noch höhere Priorität erhalten. Die Umsetzung der angekündigten Förderung von 10 000 zusätzlichen Ganztagschulen in Deutschland ist zwingend. Die Einlösung des im Wahlprogramm angekündigten JUMP PLUS Programms ist angesichts steigender Jugendarbeitslosigkeit und erneutem Ausbildungsplatzmangels eine wesentliche Grundlage jeder Koalitionsvereinbarungen. Die von Kanzler zur Chefsache erklärte Umsetzung der Hartz-Vorschläge muss angepackt werden. Gleichzeitig ist es notwendig, die Gewerkschaften in die Ausgestaltung dieser Vorstellungen intensiv mit einzubeziehen. Leistungskürzungen und eine generelle Ausweitung der tariflich ungebundenen Zeitarbeit in Deutschland kann nicht Ziel der Reformen sein.

Die im Wahlkampf zu hörenden neoliberalen Forderungen der politischen Gegner, Kündigungsschutz und Arbeitnehmerrechte abzubauen, den Flächentarifvertrag auszuhöhlen – das alles bringt keine Arbeitsplätze und kann nicht Gegenstand von rot-grüner Regierungspolitik sein. Wir brauchen ein einfaches und gerechtes Steuersystem. Steuervereinfachung muss ein linkes Thema werden. Sie kann nicht den Konservativen zur Agitation überlassen werden. Die fällige Gemeindefinanzreform muss den Kommunen wieder den finanziellen Handlungsspielraum bringen, den sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen. Kommunale Investitionen sind der wichtigste Teil öffentlicher Investitionen. Ihr drastischer Rückgang in den letzten Jahren hat viel zur Wachstumsschwäche und zur hohen Arbeitslosigkeit beigetragen. Nicht die Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine andere Einnahmequelle führt zum Ziel. Viel mehr muss die Gewerbesteuer revitalisiert, ihre Bemessungsgrundlage erweitert werden. Ihre Weiterentwicklung zu einer kommunalen Wertschöpfungsabgabe wäre sinnvoll. Die Politik des ökologisch-sozialen Umbaus muss fortgesetzt werden. Die Ökosteuer muss sinnvoll weiter entwickelt werden. Die Förderung der Erzeugung von regenerativer Energie und der Steigerung der Energieeffizienz gehören zu den herausragenden Leistungen der rot-grünen Koalition, Klima- und Umweltschutz und damit die Generierung zehntausender zukunftsträchtiger Ar-

beitsplätze bleiben die wichtige Aufgabe einer SPD-geführten Regierung. Eine Politik, die diesen Linien folgt, kann die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen und zu ökologisch verträglichem Wachstum führen. Eine solche Politik wird den Vorsprung der rot-grünen Koalition vor der konservativ-liberalen Opposition ausbauen. In der Partei brauchen wir eine breite Diskussion darüber, wie die SPD wieder die Fähigkeit für Kampagnen erhält. Es genügt eben nicht, mit einer „Kampa“ in Wahlkampfzeiten in ein gesondertes Haus zu ziehen und von dort den Wahlkampf am grünen Tisch zu planen und durchzuführen. Wahlkampf findet nicht nur in den Medien statt, so wichtig der mediale Auftritt auch ist. Die Bedeutung des Wahlkampfs vor Ort darf nicht unterschätzt werden. Soll er erfolgreich geführt werden, brauchen wir überzeugte, kompetente und aktive Mitglieder, eine lebendige Partei, die sich an der politischen Willensbildung kontinuierlich beteiligt und beteiligt wird. Darum muss neben die Weiterbildung eine Förderung und Unterstützung der aktiven Basis erfolgen – nicht nur vor den jeweiligen Wahlen. Die SPD muss eine Strategie für den kommenden Generationenwechsel haben. Wir brauchen gerade auch unter den jungen Genossen und Genossinnen eine Diskussion über sozialdemokratische Leitideen. Die neu aufzustellende Arbeit zur Fortschreibung unseres Grundsatzprogramms muss daher zu einer ganz breit angelegten Diskussion an der Basis der Partei genutzt werden.

Forum DL21

## EURO-Spot

*Künftig wollen wir auf den DL21-Seiten auch über die politischen Einschätzungen und Aktivitäten von linken Strukturen in den anderen sozialdemokratischen Parteien sowie aus dem Vorstand des Vereins Soziale Republik Europa berichten.*

Wer für die spw-Redaktion hierzu interessante Informationen über Positionen, Personen und Aktionen schicken möchte, ist herzlich eingeladen, dies zu tun: [redaktion@spw.de](mailto:redaktion@spw.de) oder per Fax an 0231/40 24 16.

### Frankreich (Gauche Socialiste):

In der PS der französischen Sozialisten besitzen die Strömungen einen ganz andere Rolle als z.B. im deutschsprachigen Raum. Im Vorfeld der Parteitage erarbeiten die Strömungen eine Art politisches Manifest für die Partei und sammeln Unterschriften dafür. Erreichen sie damit ein bestimmtes Quorum, so wird dieses Manifest in der Mitgliedschaft zur Abstimmung gestellt – alternative zu denen der anderen Gruppierungen. Das Abstimmungsergebnis gibt dann die Quoren vor, die das Proporzverhältnis der Sitze der einzelnen Gruppierungen im Parteivorstand bestimmen. D.h. die Mitarbeit in einer solchen Gruppe ist meist zwingend, um am politischen Prozess der Partei teilnehmen zu können. Die Wahlniederlage der PS ist aus Sicht der Gauche Socialiste selbst verschuldet (vgl. dazu auch den Artikel von Christian Rentzsch in spw 126). Jospin habe sich viel zu sehr auf die eigene Erfolgsbilanz im Wahlkampf beschränkt und den Wählern nicht vermittelt, was er in den kommenden fünf Jahren erreichen will. Insgesamt sei die Mobilisierung bei dieser Wahl erheblich hinter der vorherigen zurück geblieben. Entsprechende Wahlanalysen sind gerade in den vergangenen Tagen seitens der Gau-

che publiziert worden (Artikel von Jean-Luc und Henri Emanuelli in Le Monde und ein neues Buch von Marie Noelle). Dies hat eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit nach sich gezogen. auf den kommenden Parteitag. Im Mai 2003 soll auf einem Parteitag die Rolle der PS nach der Wahl erstmals bestimmen kann.

Die Parteilinke erhält unter dessen argumentativen Zulauf. Die Gruppe um Henri Emanuelli (ca. 14% der Partei), Gauche Socialiste (ähnlich stark) sowie eine sich gerade neu konstituierende Truppe um jenen Anwalt, der Jacques Chirac in den vergangenen Jahren so zugesetzt hatte, könnten so zum Kern einer starken Linken in der PS werden.

### Belgien

Im Rahmen einer Sommeruniversität kam die Programmdebatte der belgischen Sozialisten gerade zu einem Schlusspunkt. Diese Diskussion war offen für gesellschaftliche Beiträge, hierzu fanden spezielle „Fortschritts-Ateliers“ statt. Das Ergebnis ist ein deutlicher Linksruck der Partei. In der Öffentlichkeit wird nun spekuliert, ob diese Linksentwicklung tatsächlich stattfindet oder nur Teil der Wahlkampagne für den Frühsommer 2003 sei. Die Diskussion um belgische Waffenexporte sei zwar ernsthaft präsent, ohne aber besonders von den Parteien geführt zu werden. Selbst der grüne Ministerrücktritt hat nur dazu geführt, dass die Grünen einen neuen Minister nominiert haben.

### Österreich

Die „initiative für eine sozialistische politik der spö“ ist im aktuellen Wahlkampf nach dem Zerfall der ÖVP-FPÖ darum bemüht, inhaltliche Impulse „links der Mitte“ zu setzen (vgl. den Beitrag von Jürgen Hirsch in dieser spw) und unterstützt dabei den SPÖ-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer.

# DL21 vor neuen Herausforderungen

Auf der ersten Tagung der organisierten Parteilinken nach der Bundestagswahl 2002 wurde am 5. Oktober im Willy-Brandt-Haus das Wahlergebnis analysiert und Anforderungen an den Koalitionsvertrag formuliert

Von Niels Annen

Auf Einladung von DL 21 traf sich am 5. Oktober das Forum DL21 in Berlin, um über die Konsequenzen des Wahlausgangs zu beraten. Sowohl die Sprecherin der Parteilinken, Andrea Nahles, als auch die Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul waren sich einig: Die SPD hat es in den letzten Wochen des Wahlkampfes geschafft, mit einem klaren sozialdemokratischen Profil ihre Mitglieder und Sympathisanten zu mobilisieren. Die Debatte über Solidarität in der Gesellschaft, nach der Flutkatastrophe auf der Tagesordnung hat ebenso geholfen sozialdemokratisches Profil zu entwickeln, wie die Diskussion über die Zukunft des Sozialstaates.

Trotz des Erfolges wurden in der lebhaften Debatte auch kritische Töne zum Verlauf des Wahlkampfes deutlich. Die Mobilisierung sei zu spät gekommen und die Partei zu Beginn der Kampagne demobilisiert und stellenweise sinnentleert erschienen. Die Entfremdung zwischen Regierungspolitik auf der einen und der Partei auf der anderen Seite, konnte erst in der Endphase des Wahlkampfes überwunden werden.

Neben der Kritik an der Wahlkampfführung wurde aber auch deutlich: Es geht nicht allein um den Wahlkampf, sondern um eine ehrliche Bilanz der letzten vier Jahre. So hätten selbst Funktionäre der Partei nicht benennen können, warum diese Regierung eine „zweite Halbzeit“ verdient habe. Bei vielen Abgeordneten war nicht einmal die eigene Regierungsbilanz bekannt. Es habe der „rote Faden“ gefehlt, der die einzelnen, durchaus erfolgreichen Projekte von rot-grün verbunden und sichtbar hätte machen können.

Von vielen Teilnehmern wurde die Sorge formuliert, die Position der SPD zum drohenden Krieg im Irak stünde nach der Wahl zu Disposition. Eine Sorge, die sowohl Heidemarie Wieczorek-Zeul als auch im späteren Verlauf der Diskussion der künftige SPD-Generalsekretär Olaf Scholz als unbegründet zurückwiesen.

Für die laufenden Koalitionsverhandlungen stellte die DL21 klar, dass die im Wahlkampf erfolgreichen Themen ihren Ausdruck in den nächsten vier Jahren rot-grüner Politik finden müssten. Der Sprecher der Parlamentarischen Linken, Michael Müller, hob zudem insbesondere die Notwendigkeit eines nachhaltigen Wirtschaftsmodells hervor.

Die Anforderungen der Parteilinken, zusammengefasst in dem Papier „Sozialdemokratie nach der Wahl“ stehen für einen Neubeginn sozialdemokratischer Regierungspolitik. Die anhaltenden wirtschaftliche Flaute, die hohe Arbeitslosigkeit und die europäische Diskussion über den Stabilitätspakt zeigen: Wir brauchen eine andere Politik. So wurden die Länder-Initiativen zur Wiedereinführung der Vermögens- und Erhö-

hung der Erbschaftssteuer erfreut aufgegriffen und der gegenwärtige Sparkurs von Hans Eichel z.T. heftig kritisiert.

## Lebendige Partei

Im zweiten Teil des Tages ging es um die zukünftige Rolle der Partei und der Parteiorganisation. Besonderer Aufmerksamkeit konnte sich der designierte Generalsekretär, der Hamburger Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordneter Olaf Scholz gewiss sein, der sich dem Forum vorstellte und seine Politik für die SPD skizzierte.

Olaf Scholz unterstrich die Notwendigkeit einer lebendigen Partei mit realen Mitwirkungs- und Diskussionsmöglichkeiten. Dabei räumte er dem Ortsverein als einen Ort, an dem Parteimitglieder unterschiedlicher Herkunft, Bildung und Erfahrung an gemeinsamen Themen arbeiten könnten, eine nach wie vor wichtige Funktion ein.

Die strategische Ausgangslage für die SPD nach der Bundestagswahl beschrieb Olaf Scholz als sehr gut. Ziel müsse eine strukturelle Mehrheitsfähigkeit sein. Besondere Bedeutung kämen auf diesem Weg Wählergruppen wie Frauen, ostdeutsche Wählerinnen und Wähler, aber auch Gruppen wie den sog. „neuen Inländern“ zu. Auch müsse man analysieren, warum die SPD gerade bei den Arbeitern verloren habe.

Zum Verhältnis der SPD zur PDS äußerte sich der zukünftige Generalsekretär vorsichtig. Die SPD dürfe nicht den Fehler politischer Anfänger machen und glauben, in dem man möglichst viel von der Programmatik anderer übernehme, könnte man auch deren Anhänger übernehmen.

## Linke gestärkt

Die DL21 Tagung zeigt: Die Parteilinke geht inhaltlich gestärkt in die nächsten vier Jahre rot-grün. Soziale Gerechtigkeit steht oben auf der politischen Agenda und der Wahlkampf wurde von klassischen linken Themen dominiert. Dennoch gibt es keinen Grund sich selbstgefällig zurückzulehnen. In den Koalitionsverhandlungen gilt es Profil zu beweisen und mit dem Streit um die Konsolidierungspolitik des Finanzministers steht ein Grundsatzkonflikt am Anfang der neuen Legislatur. Die Erfahrungen aus dem Wahlkampf zeigen außerdem: Die Erneuerung der Partei steht erst am Anfang. Wie können wir einen Generationenaufbau bewerkstelligen, der nicht nur auf Karrierenetzwerken aufbaut? Wie können wir neue Arbeits- und Anspracheformen entwickeln. Mit welchen Bündnispartnern arbeitet die Linke in Zukunft zusammen? Viel Arbeit für das Forum Demokratische Linke.

# Rot-Grün – und nu?

von Dieter Scholz

So rechte Erleichterung will sich bei der Betrachtung des Bundestagswahlergebnisses nicht einstellen. Schon deshalb nicht, weil wirkliche politische Alternativen nicht zur Wahl standen. Neoliberale Dogmen beherrschen das politische Denken und Handeln unter dem Sperrfeuer aus sog. Wirtschaftswissenschaft, Wirtschaftsverbänden und Medien in allen Parteien.

Natürlich erleichtert es das Gemüt, wenn einem ökonomischem Scharlatan wie Herr Späth ein potentielles Superministerium aus Wirtschaft und Arbeit versagt bleibt.

Aber bei diesem Gedanken sind Gegenreaktionen des Kurzzeitgedächtnisses nicht zu verhindern: Riester-Rente und die Deregulierung des Arbeitsmarktes à la Hartz sind nicht die wirkliche Alternative zu Herrn Späth. Abgesehen davon, dass die Finanz- und Steuerpolitik bei einem sozialdemokratischen Oberstudienrat in den letzten Jahren auch nicht besonders gut aufgehoben war.

Die Politik des „Wir machen nicht alles anders“ und der „Ruhigen Hand“ waren daher zwei Monate vor der Wahl am Ende. Rot-Grün stand weder für eine glaubwürdige und wirksame Beschäftigungspolitik, weder für einen erfolgreichen Aufbau Ost noch für die Verteidigung des Sozialstaats oder gar für Verteilungsgerechtigkeit – und auch nicht für Frieden. Gerade die Stammwähler drohten nicht nur mit Wahlenthaltung. Zusammen mit den Wechselwählern kostete diese Wahlverweigerung den Sozialdemokraten am 22. September fast den Sieg.

Dass es letztlich um Haaresbreite doch noch für eine zweite Periode Rot-Grün gereicht hat, ist u.a. der Tatsache zu verdanken, dass die Wahl trotz alledem als Richtungswahl empfunden wurde.

## Was steht nun für die Linke auf der Habenseite dieser Bundestagswahl?

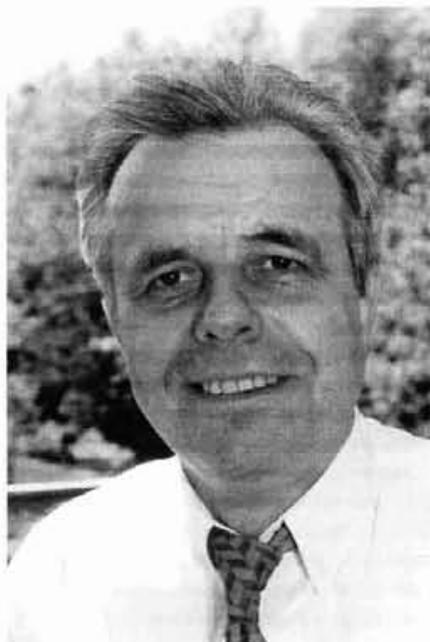
Im Kampf der „Alpha-Tiere“ (Parteienforscher Walter) war Stoiber der Blassere. Auch wenn seine soziale Rhetorik berechtigte Kritik an der Regierungspolitik aufgriff, so glaubten bei der Erinnerung an 16 Jahre Kohl doch viele nicht, dass ausgerechnet Schwarz-Gelb mehr Verteilungsgerechtigkeit, weniger Deregulierung und mehr soziale Gerechtigkeit realisieren würde. Wirkungslos waren seine Angriffe auf die ungerechte Politik der Koali-

tion – wie im Fall der Steuerreform – aber nicht, wie die Stimmenverluste der SPD im Arbeitnehmer- und Gewerkschaftslager zeigen. Dennoch: dicht daneben ist auch vorbei und dies ist in diesem Falle gut so.

In Kenntnis desaströser Finanzzuständen in Tausenden von Gemeinden entdeckte Franz Müntefering ehemalige sozialdemokratische Tugenden kurz vor der Wahl wieder: „Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Angesichts der Flutkatastrophe entlang der Elbe konnten diese Werte ohne Gesichtverlust für den Sparminister wieder unter Beweis gestellt werden. Das hohe Lied des Individualismus, des schlanken Staats und des Recht des Stärkeren als Programm eines Kanzlerkandidaten für Politikspaß boten hier keine Perspektive.

Solidarität und ein starker, eingreifender Staat waren wichtige und notwendige Bedingungen, um der Lage Herr zu werden. Der Kanzler nutze die Chance, die sich ihm bot. Allerdings wäre es ihm und der Bundesregierung gegenüber nicht gerechtfertigt, die Arbeit für die Flutopfer allein auf Wahlkampfaktik zu verkürzen. Hier war und ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu lösen und die Bundesregierung hat verantwortungsvoll und auch jenseits von Wahlkampfgetöse gehandelt.

Warum aber über 4 Millionen Arbeitslose, von prekären Arbeitsverhältnissen und Unterbeschäftigung einmal ganz abgesehen, in den Jahren davor keine vergleichbare gesellschaftliche Katastrophe darstellten, die entsprechendes Handeln erfordert, ist in keiner Weise einsichtig und das zentrale Versagen bisheriger rot-grüner Politik – und hauptverantwortlich durch Eichels Politik verschuldet. Berechtigte Unterstützung erhielt Schröder für seine Irakpolitik. Auch hier ist zu hoffen, dass sie vorrangig keine Wahlkampfaktik war und er vielleicht aus dem Kosovo Konflikt gelernt hat. Die Zustimmung und Zufriedenheit mit seiner Haltung, die ganz sicher Kritiker und Unentschlossene für die Wahl der SPD gewonnen hat, muss gerade nach der Wahl Bestand haben. Bei allem Respekt für seine kompromisslose Haltung ist festzustellen, sie ist schlicht ein Gebot unserer Verfassung. Die Beteiligung Deutschlands an Angriffskriegen ist Verfassungsbruch und das gilt auch für mögliche Überflugrechte von anderen Staaten im Angriffsfall.



Die drastische Reaktion von Bush & Co, die über die schlimmste Nixon-Zeiten hinausgeht, zeigt aber auch, dass es hier weltpolitisch um Hegemoniefragen zwischen Europa und den USA geht, die die Linke nicht gering schätzen darf. All diejenigen, die Schröders Position unterstützen sind daher gefordert, dies öffentlich weiter zu tun und diese Politik weiter einzufordern. Wenn dies geschieht, ist die Habenseite dieser Bundestagswahl um eine Position reicher und vielleicht ein Schritt auf einem eigenständigen europäischen Weg ins 21. Jahrhundert?

Die Bekämpfung der Folgen der Flutkatastrophe und die Irakpolitik haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Wahlen für die Sozialdemokratie im Osten gewonnen wurden. Die Leistungen der Sozialdemokratie für den Aufbau Ost rechtfertigen dieses Wahlergebnis nämlich nicht. Dieser Aufbau findet seit Jahren nicht mehr statt, weil keine Partei bereit ist, die Fehler der Vergangenheit ernsthaft zu korrigieren. Daher war auch die CDU/CSU und insbesondere ihr Spitzenkandidat mit seinen Angriffen auf den Länderfinanzausgleich und das Abstrafen von PDS Regierungsbeteiligungen für viele Wähler keine Alternative zur SPD. Die gewonnene Stärke der Sozialdemokratie in den neuen Ländern, die Rot-Grün gerettet hat, muss jetzt zu einem zweiten Aufbau-Ost führen, der massiv Finanzmittel vorrangig für den Infrastrukturaufbau in den Kommunen cash und nicht als Kredite zur Verfügung stellt. Hier ist Klotzen statt sparen angesagt.

Was die PDS betrifft, so ist ihr schlechtes Abschneiden in den neuen Ländern einerseits darin begründet, dass viele potentielle PDS Wähler diesmal der SPD den Vorzug gegeben haben, um Stoiber wirklich zu verhindern. Erhebliche personelle Probleme und das Ausbleiben politischer Angriffe auf die DDR Vergangenheit der Partei, was bisher immer zu Solidarisierungseffekten geführt hat, taten ein Übriges.

Damit standen die eigenen politischen Konzepte und Vorschläge zur Debatte. Hier steht die PDS vor dem Widerspruch, dass die praktische Wirkung eigener programmatischer Vorstellungen aus der Opposition heraus kaum belegen werden kann und bei den materiellen Voraussetzungen ihrer Regierungsbeteiligungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern dies ebenfalls kaum möglich ist. Reformen, die ihrem Namen Ehre machen, kosten in der Regel Geld, das nicht da ist. Der zähe Kampf um jeden Zentimeter eines öffentlichen Beschäftigungssektors reicht allein nicht zur dauerhaften Bindung von Wählern.

Das Friedensthema hatte ihnen Schröder streitig gemacht und die Rolle des oppositionelles soziales Gewissen der Nation funktioniert auf Dauer auch nicht, wie die Wahlen zeigen. Dazu kommt, dass insbesondere im westlichen Teil der Republik die unverarbeitete DDR Geschichte noch auf Jahrzehnte ein massives Glaubwürdigkeitsproblem für die Partei darstellen wird. Quo vadis PDS? Aber auch für alle die, die mit der PDS, ihrer Politik und ihrer DDR Vergangenheit nichts am Hut haben und hatten, stellt die Wahlniederlage der PDS die Frage nach der Perspektive und Überzeugungsfähigkeit linker Politik. Vielleicht erweist sich eines Tages, dass diese Frage und die Suche nach Antworten mit auf der Habenseite dieser Bundestagswahl steht. Ein Schelm der glaubt, dass Schröder/Blair jemals Antworten auf diese Frage hatten.

Wahlverlierer neben der PDS war trotz Zugewinnen die FDP, was ganz sicher auf der Habenseite der politischen Entwicklung in Deutschland zu verbuchen ist. Größenwahn, die intellektuelle Flachheit eines selbsternannten Kanzlerkandidaten, das Fischen im trüben, braunen Wasser des Antisemitismus und ein in jeder Hinsicht asoziales Programm haben jeden Näherungswert an das Projekt 18 plätzen lassen. Gut so – auch weil damit Schwarz-Gelb gescheitert war.

Dass Schröder Kanzler bleiben kann ist auch dem Wahlerfolg der Grünen zu verdanken. In

die Jahre gekommene Vertreter einstmals sozialer Bewegungen und ein intellektuelles Bürgertum – sozialstaatskritisch und (wirtschafts-) liberal – das sich in anderen Parteien nicht mehr wiederfindet – haben diesen Wahlsieg ermöglicht. Aus Sicht der Öffentlichkeit haben im Gegensatz zur Sozialdemokratie die Grünen außerdem mit ihren Themen in der Regierungsarbeit stärker gepunktet. Dazu kam, dass durch die Flutkatastrophe und den Umweltgipfel in Johannesburg (die USA gegen den Rest der Welt) das ureigenste Thema der Grünen unmittelbar vor der Wahl wieder erheblich an Bedeutung gewonnen hat. Bei aller notwendigen Kritik an grüner Regierungsarbeit gehört es ebenfalls zur positiven Bilanz dieser Bundestagswahl, dass das Thema Nachhaltigkeit und Ökologie politisch gestärkt wurde.

Zur positiven Bilanz gehört auch, dass der Durchmarsch rechter und rechtspopulistischer Parteien in Europa gestoppt wurde. Zu hoffen ist ebenfalls, dass die Gewerkschaften die Schlachten von gestern um Tarifautonomie und Günstigkeitsprinzip nicht wieder neu schlagen müssen. Aber bei jeder politischen Farbkombination gilt: Holzaug sei wachsam !! Die genannten Themen waren der Hauptgrund für die deutliche Parteinarbeit der Gewerkschaften für die Sozialdemokratie. Allerdings sind diese sozial- und rechtsstaatlichen Selbstverständlichkeiten kein gewerkschaftspolitisches Ruhekitzen für die neue Bundesregierung. Die Gewerkschaften erwarten eine offensive Reformpolitik zur Stärkung von Arbeitnehmerrechten, mehr Verteilungsgerechtigkeit und trotz aller Globalisierung einen leistungsfähigen Rechts- und Sozialstaat.

Reinhard Bütikofer – grüner Geschäftsführer hat auf einer gewerkschaftlichen Diskussionsveranstaltung zur Bundestagswahl in Berlin gesagt, 1998 wäre Rot-Grün eine inhaltlich unvorbereitete Mehrheit gewesen, was auch zu Fehlentwicklungen in den letzten vier Jahren geführt hat. Das Bindemittel für die kommende Legislatur wäre im Fall eines Wahlsieges die Nachhaltigkeit. Die Worte hören wir wohl, allein....!

Wie soziale Gerechtigkeit und Ökologie in politische Praxis und Regierungshandeln umgesetzt werden können und sollen, ist sicher – den guten Willen einmal unterstellt – heute bei den politisch Verantwortlichen so unklar wie vor vier Jahren. Und ohne Druck von außen wird es überhaupt nichts. Wer über die Perspektiven dieser Bundesregierung redet, darf daher über den Zustand der Linken im Lande und ihre Handlungs- und Mobilisierungsfähigkeit nicht schweigen.

Das Wutgeheul der neoliberalen Meute, Häme und Bitterkeit der Unterlegenen (Stölzel) lassen ahnen, dass sie eine reale Niederlage für sich verbuchen. Die Befürchtungen eines drohenden neoliberalen Hegemonieverlustes – berechtigt oder nicht – lässt sie mit „Gewalt“ versuchen, unabänderliche Tatsachen zu schaffen, bevor die ein oder andere reformerische Alternative doch das Licht der Welt erblickten könnte. Machen wir ihnen gemeinsam einen Strich durch die Rechnung. Dabei tragen SPD und Grüne, die Fraktionen der Regierungskoalition und die Bundesregierung besondere Verantwortung. Die Lektion der Wahl haben sie hoffentlich gelernt. Ohne soziale Politik für Menschen mit oder ohne Arbeit, eine ernsthafte Beschäftigungspolitik, Gleichstellung der Geschlechter, ohne Verteilungsgerechtigkeit und einen leistungsfähigen Sozialstaat übersteht insbesondere die SPD die nächste Wahl nicht. Dies gilt auch im Fall eines weiteren ökonomischen und sozialen Ausgrenzens und Abkoppelns der neuen Länder. Soziale Gerechtigkeit in diesem Sinn, Frieden und Ökologie sind die einzigen Erfolgskriterien für einen zweiten Versuch von Rot-Grün.

Zu hoffen ist außerdem, dass Schröder & Co einschließlich ihrer Fraktionen in diesem Wahlkampf gelernt haben, dass sie trotz aller neoliberalen Verrenkungen von diesen Glaubensanhängern auch in vier Jahren nicht gewählt werden. Vielleicht könnte auch diese Einsicht eines Tages auf der Habenseite dieser Bundestagswahl stehen. Wie heißt es? Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Forum DL21

## Politik mit Links

### Mecklenburg-Vorpommern nach den Wahlen

Von Rudolf Borchert, Matthias Brodkorb und Jochen Schulte

Am 22. September waren nicht nur Bundestagswahlen, sondern in Mecklenburg-Vorpommern auch Landtags-

wahlen. Mit dem Ergebnis haben die Wählerinnen und Wähler alle Weichen gestellt, damit die 1998 gebildete erste SPD/PDS-

Koalition in einem Bundesland ihre Arbeit in den nächsten vier Jahren fortsetzen kann.

Die SPD wurde mit Abstand stärkste Partei und hat bei einem Zuwachs von 6,3 Prozentpunkten jetzt 40,6 Prozent. Die CDU gewinnt nur 1,1 Prozentpunkte und hat jetzt 31,3 Prozent. Die PDS ist der größte Verlierer, bei 8,0 Prozentpunkten Verlust erzielte sie nur 16,4 Prozent. Die SPD verfügt damit im Landtag über 33 Sitze, die CDU über 25 und der PDS nur noch über 13 Sitze.

Wir gehen davon aus, dass die SPD auf ihrem Parteitag mit großer Mehrheit und auch die PDS, trotz einiger Kritiker in den eigenen Reihen, eine Neuaufgabe der Koalition mit der SPD beschließen wird.

Rudolf Borchert, MdL, Mitglied SPD-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern Matthias Brodkorb, MdL, Mitglied SPD-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern, Jochen Schulte, MdL

### Wodurch war dieser „fulminante“ Sieg für die SPD in M-V möglich?

Durch die Verbindung von Bundes- und Landtagswahlen wurde der Wahlkampf eindeutig von Bundesthemen bestimmt. Der Zweikampf Stoiber – Schröder mobilisierte die Wähler und die Angst vor dem „Schwarzen Mann aus Bayern“ führte zu einer regelrechten Anti-Stoiber-Stimmung. In der Endphase spielten aber nicht nur die besseren Sympathiewerte für Schröder eine wichtige Rolle, sondern auch die Tatsache, dass die SPD wieder als linke Volkspartei traditionelle SPD-Positionen vertrat. Dazu zählen u.a. die Themen soziale Gerechtigkeit, Solidarität (Hochwasserkatastrophe) und Frieden (Irak-Krieg). Im Osten konnte die SPD so teilweise PDS-Wähler an sich binden, im Westen begrenzte dies zumindest die Verluste bei den traditionellen SPD-Wählern. Nicht zuletzt aufgrund mangelnder Glaubwürdigkeit verlor die SPD in ihren Hochburgen Saarland und Nordrhein-Westfalen zwischen 3,7 und 6,5 Prozentpunkten. Dies ist ein deutliches Anzeichen dafür, dass der, der sich zu sehr in der Mitte tummelt, sein linkes Profil und damit seine Stammwähler verliert. Die Aufgabe der SPD ist nicht, die Mittelschicht für sich zu gewinnen und gleichzeitig die unteren Schichten zu verprellen, sondern beide Lager in einem solidarischen Bündnis zusammen zu bringen.

Der Wahlsieg in Mecklenburg-Vorpommern war also nicht in erster Linie die Anerkennung der Wähler für eine erfolgreiche Rot/Grüne Bundespolitik in den letzten 4 Jahren. Im Gegenteil, das weitere Auseinanderdriften der Schere Ost-West, die Arbeitslosigkeit so hoch wie 1998, die Kürzungen der öffentlichen Arbeitsmarktpolitik (Abbau von mehr als 40.000 Stellen in M-V), dramatische Steuerausfälle für Länder und Kommunen, Zunahme von Langzeitarbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und sozialen Problemen und insgesamt eine geringe Ostkompetenz der Schröder-Regierung waren schlechte bundespolitische Rahmenbedingungen für die SPD/PDS-Landesregierung in Schwerin. Ohne den drastischen Abbau von ABM/SAM hätte Mecklenburg-Vorpommern ein Absinken der Arbeitslosenquote von 18 % auf 15 % erreicht. Damit wurde die Chance auf ein noch besseres Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern vergeben.

Ein Grund für den Wahlsieg war die gute, solide, ruhige Arbeit der SPD/PDS-Koalition in Schwerin, die inzwischen ihren „Schrecken“ für die Mehrheit der Menschen verloren hat. Es wurden Erfolge in der Infrastrukturentwicklung, der Finanzpolitik, der Arbeitsmarktpolitik, der Agrarpolitik, der Bildungspolitik und in anderen Bereichen erzielt. Im Wahlkampf zeigte sich deutlich die Überlegenheit des Spitzenkandidaten Harald Ringstorff, für den Rehberg von der CDU der richtige Gegner war. Allerdings ist der Stimmenzuwachs der SPD nicht in erster Linie auf ehemalige CDU-Wähler 3.480 (0,25 %) oder Nichtwähler 6.120 (0,44 %) zurückzuführen, sondern die SPD profitierte am stärksten von den unzufriedenen PDS-Wählern. Fast

27.000 (26 950 = 1,92 %) wechselten zu den Sozialdemokraten.

Die PDS verliert 104.300 Wähler (7,44 %). Mehr als die Hälfte der PDS-Wähler, die der Partei den Rücken kehrten, wechselte ins Lager der Nichtwähler (56.090 = 4,00 %). Der Niedergang der PDS dürfte in einem ganzen Ursachenbündel zu suchen sein: 1. trieb die Entscheidungswahl Schröder/Stoiber zahlreiche PDS-Wähler zur SPD, 2. hat der Rücktritt Gysis die PDS-Wähler stark verunsichert, 3. fehlt es an konkreten Strategien in Sachen konkreter, sozialistischer Reformpolitik auf Landesebene und 4. fehlt der PDS die von ihr angestrebte gesellschaftliche Verankerung, die sie vor solch deutlichen Wahleinbrüchen bewahrt.

Wichtig für den Wahlsieg der SPD war außerdem ein geschlossener, erfolgreicher, engagierter Wahlkampf unserer kleinen Landespartei (nur 3.300 Mitglieder). Daran haben die Parteilinken, insbesondere die Jusos, einen ganz entscheidenden Anteil. Seit 2001 hat sich deren Einfluss deutlich verstärkt. Dies wird inzwischen von der Parteispitze akzeptiert, so dass eine erhebliche Einflussnahme auf das neue Regierungsprogramm und auf die Zusammensetzung der neuen Landtagsfraktion möglich wurde. Mit Mathias Brodtkorb, Jochen Schulte, Rudolf Borchert und anderen wird es in der neuen Landtagsfraktion einen starken linken Flügel geben.

Die Parteilinke konnte im Vorfeld der Wahlen vor allem folgende programmatischen Punkte, die auch ihre Leitmarken für die künftige Regierungstätigkeit sein werden, im SPD-Regierungsprogramm festschreiben:

- Fortführung der gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekte (GAP), die im bundesrepublikanischen Kontext als Einstieg in den ÖBS diskutiert werden; Fortführung der Landesinitiative Jugend- und Schulsozialarbeit
- Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz ab 2. Lebensjahr, Qualitätsverbesserung der Betreuung in den Kita's
- Erarbeitung eines langfristigen Fahrplans zur Einführung der Gesamtschule als Regelschule
- Generelles Verbot von Studiengebühren
- Gezielte Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen, insbesondere Förderung alltagskultureller Initiativen
- Verstärkter Kampf gegen Rechtsextremismus, vor allem in den Bereichen Bildung und Kultur
- Stärkung der politischen Bildung, Integration des Themas Rechtsextremismus in die LehrerInnenerstausbildung, verstärkte Auseinandersetzung mit dem Thema an den Schulen
- Förderung persönlichkeitsbildender Maßnahmen an den Schulen – insbesondere die langfristige Ablösung der Unterrichtsfächer Philosophie und Religion durch das Unterrichtsfach „Lebenskunde“
- Kategorische Ablehnung jeglicher Privatisierungsversuche im Gesundheitssystem

- Ablehnung der dreijährigen Sperrfrist für ABM/SAM
- Weitere Stärkung der ökologischen Landwirtschaft sowie verbesserte Nutzung regenerativer Energieträger
- Verbesserung Verbraucherschutz
- Förderung der außer- und überbetrieblichen Jugend- und Auszubildendenvertretungen
- Fremdsprachenunterricht ab Beginn der Grundschule
- Durchsetzung von JumpPlus zur Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen für Jugendliche in Ostdeutschland (der Antrag auf SPD-Bundesebene stammte seinerzeit von der SPD-Linken MV)
- Verankerung des Rechts auf Jugendbeteiligung in der Kommunalverfassung
- Konsequenter Einsatz für Initiativen zur gerechteren Vermögensbesteuerung in Deutschland

### Weitere Schwerpunkte und Forderungen der Parteilinken sind u.a.

- ein Landes-Tariftrueugesetz. Da Ministerpräsident Ringstorff immer erklärte, gegen Tarifbindung nach Landesstandards hätte er nichts einzuwenden, sollte er Worten jetzt Taten folgen lassen.
- Initiativen zu einer gerechteren Vermögensbesteuerung sowie ein Armuts- und Reichtumsbericht für das Land Mecklenburg-Vorpommern
- Verhinderung des geplanten Luft-/Bodenschießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide
- der Einsatz für die Abschaffung der Wehrpflicht
- Abschaffung des Warengutscheinsystems sowie der Residenzpflicht für Asylbewerber
- Angleichung des Lohnniveaus im öffentlichen Dienst und der Rentenbezüge im Osten bis 2006 an das Westniveau

Die SPD/PDS-Koalition startet in Schwerin in die 2. Etappe. Sie hat sich als linkes Regierungsmodell auf Landesebene bewährt und gilt damit auch als reale Machtoption für die SPD in den anderen ostdeutschen Ländern (z. B. Brandenburg, Thüringen).

Die SPD hat derzeit alle Aussichten darauf, langfristig stärkste Kraft im Land zu bleiben. Die Aufgabe der Parteilinken wird vor allem in zweierlei bestehen: 1. muss sie ihre eigene personelle Basis deutlich ausbauen und sich stärker in der Gesellschaft verankern. 2. muss es darum gehen, das linke Profil der SPD zu schärfen und so die Möglichkeit einer langfristigen linken Hegemonie im Land zu erhalten. Die Bundestags- und Landtagswahlen haben eindeutig gezeigt, dass eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung eine linke, an sozialer Gerechtigkeit orientierte Politik will (in MV knapp 60 %). Wenn die SPD dieser Erwartung nicht nachkommt, wird sie nach 2006 wieder auf der Oppositionsbank Platz nehmen – und zwar für lange Zeit. Es ist Zeit für Taten.

# Rot-grüne Lektionen

## Einleitung zum Heftschwerpunkt

Von Horst Peter und Reinhold Rünker



Rot-Grün hat eine zweite Chance bekommen, mit der noch im Sommer kaum jemand mehr gerechnet hatte. Dem Wahlkampf fehlte das zündende Thema, die mitreißenden Akteure, die überzeugende Argumente. Der konservative Herausforderer mied auf Anraten seiner spin doctors jegliche inhaltliche Festlegung und konnte deshalb vor der ursprünglichen Kampa-Strategie einer Personalisierung a la „Stoppt Strauss“ wegtauchen. Der daraufhin veränderte Kurs, Themen und Erfolge der Regierung zu platzen scheiterte dann weitgehend an fehlender Substanz (Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik), unzureichender Vermittlung, persönlichem Fehlverhalten (Bonus-Meilen-Debatte, Hunzinger-Scharping-Affärchen) oder wurde medial fast zu Tode geritten (Hartz-Kommission).

Die Medien haben den Wahlkampf dann in den letzten Wochen doch wieder personalisiert und sie personalisieren im Nachhinein konsequenterweise die Bewertung des Wahlergebnisses: Schröder hat die Stimmen für die SPD gewonnen, Fischer hat Schröder gerettet; Stoiber hat im Norden und Osten nicht genug mobilisiert; Möllemann hat die PDS aus dem Bundestag befördert. Damit wird die Basis gelegt für ein neues Duell: Setzt sich Fischer oder Schröder bei den Koalitionsverhandlungen durch. Der Blick auf die realen Wirkkräfte für diese Wahl – dazu gehören durchaus die handelnden Hauptpersonen – bleibt verstellt.

Wir wollen vielmehr die Frage in den Mittelpunkt rücken: Welche Wählergruppen haben Rot-Grün den Sieg gebracht?

Es sind nicht die sozialdemokratischen Stammwähler im Bereich der Arbeiterschaft. Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit haben viele Menschen daran gehindert, sich deutlich für eine Fortsetzung der Regierung Schröder/Fischer auszusprechen.

Die Sieger waren zwei Wählergruppen: Einmal haben die ostdeutschen Wählerinnen und Wähler – aus Erfahrung klug – den unfinanzierbaren Versprechen der Opposition nicht getraut. Außerdem hat die Regierung mit entschlossenem Handeln während und nach der Flutkatastrophe, nicht zuletzt

durch die Verschiebung der nächsten Stufe der Steuerreform, gepunktet.

Zum anderen haben sich in den letzten Wochen vor der Wahl die rot-grünen Reformwähler aktiviert. Aus der Elbeflut tauchte der Klimaschutz als politische Herausforderung wieder auf und die rot-grüne Regierung bekam angesichts der Unfähigkeit und des Zynismus der Oppositionsparteien plötzlich reformerischen Sinn. Dadurch wurde für die rot-grünen Reformwähler die Position der Bundesregierung auf dem Gipfel für nachhaltige Entwicklung zu einer Glaubwürdigkeitsprobe, die die Regierung bestand: die Bundesregierung präsentierte überzeugend erneuerbare Energie als Kernpunkt nachhaltiger Entwicklung. Der Kanzler stellte danach seine Reden um: Die Versöhnung von Ökologie und Wirtschaft wurde zur wichtigsten Zukunftsaufgabe und dafür gab es – neben dem Nein zum Irakkrieg – den größten Beifall.

Zwar versuchten die Medien diesen Politikwechsel im Wahlkampf totzuschweigen, aber die Position erreichte die vorher eher skeptischen rot-grünen Erfolgswähler. Es war beispielsweise möglich, in Kassel innerhalb einer Woche die Unterschriften zu einem Aufruf „Für eine soziale und ökologische Zukunft Deutschlands mit der Regierung Gerhard Schröder und Joschka Fischer“ zu erreichen (die Unterschrift für 10 €). Nach Erscheinen in der regionalen Zeitung meldeten sich spontan so viele weitere Unterzeichner, dass wir eine zweite Anzeige schalten konnten.

Es gab in den letzten drei Wochen in dieser Wählergruppe also so etwas wie eine Aufbruchstimmung, die letztlich die Rot-Grüne Regierung zum Sieger gemacht hat.

Die rot-grünen Reformwähler wirken durchaus in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen. Gemeinsam ist ihnen guter Bildungsstand und ein Verständnis von gesellschaftlichen Reformen, das sich vom neoliberalen Reformbegriff unterscheidet.

Beide den Wahlsieg bringende Wählergruppen machen das künftige Regieren nicht leicht. War die Basis für die erste rot-grüne Regierung das erdrutschartige Wahlergeb-

nis aufgrund der Wechselstimmung, so bildet die Basis für die zweite rot-grüne Regierung ein Wählerauftrag, der die Entwicklung Ostdeutschlands und ein ökologisch-soziales Zukunftskonzept einfordert, an dem sich das Regierungshandeln messen lassen muss. Der rot-grüne Reformwähler erwartet Schritte zu einer ökologischen und sozialen Demokratie.

### Was sind also die Lektionen, die rot-grün aus dem Wahlergebnis ziehen sollte?

1. Rot-grün braucht ein neue Verständigung über die verbindende Idee der Regierungspolitik. Was ist das übergeordnete Ziel rot-grüner Politik und was sind die geeigneten Instrumente? Mit dem Niedergang der „New Economy“ ist auch das Ende der Idee der Regierung Schröder/Fischer in die Krise geraten. Das Leitmotiv der Neuen Mitte hat ausgedient. Der Hype der ausgehenden 1990er Jahre, in dem alles mit „neu“ titulierte wurde, wird nun auch mit Abschaffung des Nemax vom Börsenmarkt symbolisch zu Grabe getragen.

Krisenzeiten sind immer auch Zeiten der Besinnung. Gemeint ist damit aber nicht die im Moment populäre „Rückkehr der Bellheims“ (also der Werte und Protagonisten der „Old Economy“). Das politischen Bellheim-Aufgebot „Stoiber, Schäuble, Seehofer & Co.“ des deutschen Konservatismus hat schließlich keine Mehrheit gefunden.

Besinnen sollte sich rot-grün auf seine politische Analyse der programmatischen Aufbruchphase zu Beginn der 90er Jahre, die im Begriff der Nachhaltigkeit bzw. des sozial-ökologischen Wachstums als übergeordnete Reformprinzipien mündeten. Neben der Bedeutung, die diese Idee der Verbindung von Ökologie und sozialer Gerechtigkeit zugewiesen hatte, beinhaltete sie auch eine Wiedergewinnung der Bedeutung des Staates für die Politik.

Die letzten Wochen des Wahlkampfes haben gezeigt, dass mit dem Begriff der Nachhaltigkeit ein verbindendes und mobilisierungsfähiges Element rot-grüner Politik besteht. Weder die „Ich-und-Jetzt“-Ideologie,

Horst Peter, spw-Mitherausgeber, Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung, lebt in Kassel

Reinhold Rünker, Mitglied der spw-Redaktion, arbeitet als Organisationsberater und lebt in Leichlingen.

wie sie z.T. auch im „Neue Mitte“-Getue der letzten Jahre gepflegt wurde, noch der konservative roll back sind mobilisierungsfähig. 2. Dem Staat in der Politik seine ihm gebührende Rolle zuzuweisen heißt aber auch, ihn mit den notwendigen Ressourcen auszustatten. „Ein Staat, der zu wenig an den richtigen Stellen einnimmt und zu wenig an den richtigen Stellen ausgibt, vernachlässigt die Zukunft einer Gesellschaft“ zitiert Ulrike Hensel in ihrem Beitrag einen Finanzwissenschaftler des 19. Jahrhunderts. Wie wahr! Und wir wollen mit „Staat“ jetzt nicht nur die nationalstaatliche Regierung meinen, sondern alle demokratischen Gestaltungsebenen einer Gemeinschaft – also z.B. auch die kommunale Ebene, die europäische Ebene oder aber auch die Sozialversicherungskassen als Institutionen der gesellschaftlichen Selbstverwaltung. (s. hierzu den Beitrag von Margit Schratzenstaller im Schwerpunkt).

Die Sparpolitik der vergangenen Jahre hat selbst dazu beigetragen, dass die Möglichkeiten rot-grüner Reformpolitik eingeschränkt wurden. Die Strangulierung öffentlicher Investitionen aufgrund der Steuerreform insbesondere für die Kommunen konnte in keiner Weise durch die Verbesserung der Einkommenssituation niedriger und mittlerer Einkommen ausgeglichen werden. Bereits seit einem Jahrzehnt leidet die bundesdeutsche Wirtschaft unter einer Schwäche des privaten Konsums, während die Sparquote konstant hoch bleibt. Die BürgerInnen adaptieren damit das Verhalten, das die Politik ihnen vorlebt und merken nicht, wie sehr sie die Negativspirale damit selbst immer weiter befördern.

Eine Haushalts- und Finanzpolitik, die eine strukturelle Überschuldung der öffentlichen Haushalte zu überwinden sucht, muss deshalb Schwerpunkte setzen, die Investitionen und Konsum begünstigen und nicht diskreditieren. Noch so hohe Exportüberschüsse bringen keine zusätzlichen Gelder in die Kasse, zumal dann nicht, wenn die im Lande erwirtschafteten Gewinne nicht steuerlich wirksam werden. Wie eine auf diesen Grundsätzen orientierende Steuerreform aussehen könnte, skizziert Hilmar Höhn.

3. Nachhaltigkeitsstrategie und eine vernünftige Finanz- und Steuerpolitik sollten das Ziel der Vollbeschäftigung unterstützen. Wir denken, dass auch angesichts von mehr als offiziell vier Millionen Arbeitslosen an einem derartigen Ziel festgehalten werden sollte. Der Erwerbstätigkeit kommt auch im 21. Jahrhundert eine zentrale Bedeutung zu. Abschied genommen werden sollte aber endgültig vom Bild der männlich ausgerichteten lebenslangen Erwerbsbiographie als Familienernährer.

Die Ansprüche an eine individuelle Lebensgestaltung stellen an die Erwerbsarbeit neue Anforderungen sowohl im Bereich der Entlohnung als auch an die Flexibilität in der Er-

werbstätigkeit selbst. Die große Herausforderung besteht darin, die notwendige Flexibilität einerseits zu sichern, andererseits aber auch Regulierungen vorzunehmen, um das Ausnutzen dieser Flexibilität zu begrenzen. Das, was heute mit dem Hartz-Bericht als Arbeitsmarktpolitik diskutiert wird, erfüllt die Anforderungen an eine Vollbeschäftigungspolitik jedoch kaum. Dort, wo die Hartz-Kommission sich um eine schnellere Vermittlung der Arbeitslosen und um eine Verbesserung der Erfassung unbesetzter Stellen müht, können die Vorschläge sicher die Zeit der Arbeitslosigkeit für den einen oder die andere Arbeitslose verkürzen, die Crux aber ist doch, dass insgesamt zu wenige Arbeitsplätze vorhanden sind. Bei vier Millionen Arbeitslosen haben wir es eben nicht mit einem organisatorischen Problem der Vermittlung zwischen Arbeitsplatzsuchenden und zu besetzenden Arbeitsplätzen geht. Zur Kritik der Hartz-Vorschläge findet sich in unserem Schwerpunkt der Beitrag von Achim Trube und Norbert Wohlfahrt.

Ohne eine aktive Beschäftigungspolitik sowie eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die der Produktion und dem Konsum von Waren und Dienstleistungen Vorrang für der Geldanlage einräumt, werden keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen.

Dass rot-grün in den Koalitionsverhandlungen die Bildungspolitik und das Thema Kinderbetreuung ganz oben auf die politische Agenda setzen, kann da schon eher in die richtige Richtung weisen. Bildungspolitik verstanden als die Ausbildung der Fähigkeiten zur künftigen (und dauerhaften) Erwerbstätigkeit und zur Beteiligung an der Gesellschaft, erfordert mehr finanzielle und personelle Ressourcen als bislang. Das bedeutet aber auch, dass Länder und Kommunen in die Lage versetzt werden, mehr Lehrpersonal für Schule und Hochschule einzustellen, die längst überfälligen Renovierungsinvestitionen an den Gebäuden und der Einrichtung, der technischen und medialen Ausstattung vorzunehmen.

Mit einem derartigen Investitionsprogramm in Bildung lassen sich zwar auch keine vier Millionen Arbeitsplätze hervorzubringen. Es wäre aber ein sichtbares Signal, dass sich etwas in der Gesellschaft bewegt, dass Politik seinen Gestaltungsanspruch annimmt und dass konsumwirksame Ausgaben sinnvolle Investitionen in die Zukunft sein können.

4. Die WählerInnen haben den Parteien am 22. September auch mit auf den Weg gegeben haben, dass von ihnen ein unterscheidbares Profil gegenüber anderen Parteien erwartet wird. Wenn sich in den Wahlkampfmonaten selten ein Thema länger als eine Woche in der öffentlichen Diskussion gehalten hat, liegt dies nicht allein daran, dass die Medien immer auf der Suche nach neuen Themen, Skandalchen und Personen wären. Vielmehr haben es die Wahlkampfführun-

gen in den Parteien und den Planungsstellen der Regierung nicht geschafft, die eigenen AnhängerInnen bei der Stange zu halten.

Wer in den eigenen Reihen Diskursivität und Offenheit unterbindet, der muss sich nicht wundern, wenn er für die Themen, die ihm wichtig sind, keinen Resonanzboden mehr hat. Nur wenige wollen sich mit der Rolle des Claqueurs begnügen. Wer sich in einer Partei oder politischen Gruppe engagiert, erwartet, dass seine Meinung auch gehört wird und sich Mitmachangebote nicht auf das Verbreiten von Sprachregelungen reduzieren.

Franz Walter schrieb vor einigen Tagen in der Frankfurter Rundschau einen Beitrag mit dem Titel „Eine ordentliche Portion Aufässigkeit kann nicht schaden“, in dem er an die Generation nach Schröder appelliert „mehr Mut, Verwegenheit und Reformismus“ zu wagen. Da ist dem Politikwissenschaftler zuzustimmen. Und es ist ja nun nicht so, als gäbe es nicht auch in der Partei widerständige Ideen zum Mainstream. Die Partei braucht aber den Mut, sich mit diesen auseinander zu setzen – und die KritikerInnen des Mainstreams einen langen Atem, ihre Positionen immer wieder einzubringen.

Die Beiträge von Niels Annen und Oliver Kaczmarek in diesem Schwerpunkt benennen zahlreiche Ansatzpunkte, was sich in der SPD ändern muss, damit die zweite Chance für die SPD erfolgreicher genutzt wird als die erste Amtszeit von Gerhard Schröder als Kanzler.

Hinzuzufügen ist, was aus der Regierungszeit von Helmut Schmidt zu lernen wäre: zum einen darf die Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung nicht die Verbindung zu den sozialen Bewegungen, die die Reformpolitik mittragen sollen, verlieren. Die SPD muss für diese Bewegungen ein Forum bleiben. Zum anderen darf es nicht wieder zu einer Situation kommen, in der sich die politische Elite der Regierung von der Partei selbst entfernt. Eine Regierung hat naturgemäß eine andere Rolle einzunehmen als eine Partei. Die Partei verliert aber in dem Maße ihre Glaubwürdigkeit und Existenzberechtigung, in dem die Regierung Partitur und Takt des politischen Konzerts vorgibt. Diese Gefahr ist für eine kleinere Partei größer als für eine große Partei. Aber die Erfahrungen der CDU als Kanzlerwahlverein in den 50er sowie 80er/90er Jahren sowie der SPD zur Endphase der Schmidt-Regierung, als sich Partei- und Regierungspolitik immer mehr voneinander entfernen, sollten Warnung genug sein. Und manchmal ist es dann besser, wenn die Partei all ihren Mut zusammen nimmt, um eine Korrektur vorzunehmen, als aus falsch verstandener Parteidisziplin widerstrebend solchen Positionen zu folgen, die durch vermeintliche Regierungszwänge diktiert werden.

# SPD 2006: Die Perspektiv- und Ideenpartei

von Niels Annen

## I. Einleitung: Das war knapp.

### Rot-Grün geht weiter... aber anders!

Es ist vollbracht. Nach einem fulminanten Schlusspurt hat Gerhard Schröder die Wählerinnen und Wähler von einer zweiten Halbzeit für Rot-Grün überzeugen können. Damit ist das Signal klar: Die Erneuerung und sozial-ökologische Modernisierung Deutschlands wird fortgesetzt. Stoibers CSU konnte lange von der Mobilisierungsschwäche der SPD profitieren. In der Endphase aber konnte klar gemacht werden: Stoiber und Westermühle bedeuten Gestern – nur mit Schröder und Fischer wird die Chance auf einen Politikwechsel gewahrt. Rot-Grün kann nun seinen Weg weitergehen – doch der Weg wird anders sein (müssen).

### Strategiewechsel kurz vor Toresschluss

Erst kurz vor der Wahl wurde der entscheidende Kurswechsel der SPD-Wahlkampfstrategie vollzogen. Nicht mehr das Herunterbeten von Bilanzen sondern die Zuspitzung auf soziale, ökologische und international-solidarische Kernthemen haben Gerhard Schröder den Wahlsieg gebracht. Der Irak, das Krisenmanagement bei der Flut und die Arbeitsmarktreform haben die perspektivlose Wahlkampf-Strategie überflüssig gemacht – zum Nutzen der SPD. Dies haben die Jusos seit langem gefordert. Und klar ist: Erst mit diesem Schwenk konnte das erforderliche Klima für eine Fortsetzung des rot-grünen Reformwegs erzeugt werden.

### Wahlversprechen einlösen

Mit einem deutlichen Nein zum drohenden Krieg gegen den Irak hat die SPD es vermocht, die Menschen zu mobilisieren und eine deutliche Alternative zu Schwarz-Gelb vorzuweisen. Kein anderes Thema hat die Menschen stärker angesprochen. Bei keinem anderen Thema war die Glaubwürdigkeit rot-grüner Entschlossenheit größer. Dies wird auch nach dem 22. September eine große Rolle spielen. Die Wählerinnen und Wähler werden die zweite Halbzeit für Rot-Grün dabei noch kritischer begleiten als bisher. Während die Flut der Bundesregierung

durch ein gelungenes Krisenmanagement Stimmen zuspülte, hat die in letzter Minute gestrickte „Hartz-Reform“ bewiesen: Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit bleibt ureigenste sozialdemokratische Aufgabe. Doch die Ankündigung einer Reform allein genügt nicht. Im Vordergrund muss vor allem die soziale Ausgestaltung stehen und die geplanten Massnahmen müssen zielführend sein. Darum ist klar: Nur mit der Sozialdemokratie werden Reformen durch fortschrittliches Staatshandeln umgesetzt. Neoliberale Marktgläubigkeit ist mit Rot-Grün nicht zu machen. Daher ist auch klar: Was im SPD-Wahlprogramm steht, gilt: Eine Verzahnung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ohne Niveauabsenkung und ein JUMP Plus für 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Ostdeutschland – das sind zentrale Bausteine für ein Sofortprogramm! Und: Ohne eine gute Wirtschaftspolitik mit Investitionen und Nachfragesteigerungen wird die Arbeitslosigkeit nicht nachhaltig abzubauen sein.

### Zeit nutzen – Erneuerung vorantreiben

Die Menschen in Deutschland haben der SPD Zeit gegeben. Zeit dafür, zu beweisen, dass Reformen in Deutschland mit Rot-Grün möglich ist. Dieser Beweis muss nun angetreten werden. Zeit aber auch dafür, dass die SPD sich aus der Regierung heraus erneuern und neu aufstellen kann. Nutzen wir diese Zeit!

## II. Vorwärts, aber nicht vergessen!

### Regierungspolitik ohne Projekt und Perspektive

Vier Jahre Rot-Grün waren eine Regierungspolitik mit vielen Einzelschritten, aber ohne klares politisches Projekt, ohne durchgängige (und kommunizierbare) Perspektive. Immer wieder ließen sich die SPD und der Bundeskanzler von sponta-

nen Ereignissen in der Medienöffentlichkeit leiten – ohne sie in eine Perspektive des Regierungshandelns einzufügen. Nur selten gelang es ihnen dabei selbstständig die politische Agenda zu bestimmen. So kann es nicht verwundern, dass es nach vier Jahren vielen rot-grün Wählern nicht klar war, wofür diese Regierung gestanden hat. Die zahlreichen positiven Reforminitiativen (z.B. Zuwanderungsgesetz, Lebenspartnerschaftsgesetz, JUMP) standen am Ende zusammenhangslos und ohne Reformprojekt nebeneinander.

Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit bleibt ureigenste sozialdemokratische Aufgabe. Doch die Ankündigung einer Reform allein genügt nicht.

Das fehlende sinnstiftende und mobilisierende Reformprojekt hat die innere Überzeugungs-

kraft der SPD gelähmt und ihre Kampagnenfähigkeit in Frage gestellt. Die Sozialdemokratie schafft es gegenwärtig nicht, das Neue mit dem überholten Vokabular der 70er und 80er Jahre zu fassen. Letztlich fiel dem Bundeskanzler die Aufgabe zu, die inhaltliche Schwäche der SPD und auch noch das ihres Personalproblems nach außen zu überdecken. Mit anderen Worten: Ein hipper Kanzler nach außen für eine lahme Partei – nach innen als sozialdemokratische Kommunikationsstrategie ohne Nachhaltigkeit. Am Ende bleibt: Eine ermüdete Partei auf der endlosen Suche nach einer Richtung sozialdemokratischer Politik. Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte, wie das Reformprojekt der bundesrepublikanischen und europäischen Linken in den kommenden Jahren aussieht. Wir brauchen eine Verständigung über eine grundlegende Perspektive, die sich aus dem Reformprojekt ableitet. Nur so kann es gelingen, der – natürlich notwendigen – Kleinteiligkeit des Regierungshandelns eine Richtung und damit auch öffentliche Wahrnehmung zu verleihen. Notwendig ist also eine Verbindung aus orientierendem Projekt und grundlegender Perspektive. Statt planloser Kleinteiligkeit muss es gelingen, einen perspektivischen Inkrementalismus zu entwickeln.

Die SPD braucht eine Diskussion darüber, wie sie ihre Kampagnen- und Sprachfähigkeit wieder erlangen kann.

### Erst mit den Mitgliedern kam die Mobilisierung.

Wie dramatisch fehlende Kampagnenfähigkeit ist, hat sich in den Sommermonaten gezeigt. Die SPD war nicht in der Lage, die eigene Mitgliedschaft zu mobilisieren. Nicht einmal die engsten Anhänger der rot-grünen Regierung wollten für diesen Wahlkampf aktiv werden. Nicht einmal sie wussten, wieso eigentlich noch vier Jahre rot-grün erstrebenswert seien. Das Gefühl, nicht gehört zu werden und allein zu sein, gipfelte in Mutlosigkeit und Lethargie der gesamten Organisation. Dieser Zustand wurde verschärft durch den Verzicht auf zentrale identitätsstiftende Vorhaben wie die stärkere Besteuerung großer Erbschaften und Vermögen – die, wie man sieht, inzwischen selbst bei den SPD-MinisterpräsidentInnen durchsetzbar scheinen. Diese Lethargie hatte dramatische Folgen: Als die gesellschaftliche Mobilisierung auf Hochtouren lief, als Multiplikatoren und Meinungsmacher bereits in den Startlöchern standen, um politische Trends zu machen, da verschlief die SPD und ihr Umfeld die Startphase. Die SPD braucht eine Diskussion darüber, wie sie ihre Kampagnen- und Sprachfähigkeit wieder erlangen kann. Kampagnenfähig wird die SPD nur, wenn sie Kampagnen wieder im Kern als Mitglieder- und Sympathisantenmobilisierung versteht und dies mit einem eindeutigen inhaltlichen Profil verbindet.

Erst mit den Themen kam der Aufschwung.

Einer der zentralen Fehler in der ursprünglichen Wahlkampfführung war der Glaube, dass der Wahlkampf ohne Themen und nur mit Personen zugespielt werden könne. Dazu kam die zur Show getragene Zuversicht, dass der Aufschwung in Deutschland noch vor dem Wahltermin stattfinden werde. Beides erwies sich als haltlos. Die SPD stellte

mit dem Wirtschaftsaufschwung ein Thema ins Zentrum der eigenen Kommunikation, auf das Regierung wie Partei überhaupt keinen Einfluss hatten. Die Wahlkampagne war damit den wirtschaftlichen Entwicklungen ausgesetzt. Im Ergebnis hatte die SPD damit selbst eine der Schwachstellen der Regierung thematisiert und sich in die Defensive gebracht.

Erst als man sich entschloss, Unterschiede zur Opposition herauszuarbeiten und zu betonen, konnte die SPD wieder Fahrt aufnehmen. Hartz- Kommission und die

**Das fehlende sinnstiftende und mobilisierende Reformprojekt hat die innere Überzeugungskraft der SPD gelähmt und ihre Kampagnenfähigkeit in Frage gestellt.**



US-Politik gegenüber dem Irak waren hierbei die beiden herausragenden Themen. Die Mobilisierung der Solidarität mit den Flutopfern war ein weiteres, von außen vorgegebenes Thema. Alle drei Themen erlaubten es, sozialdemokratische Werte und Positionen (Arbeit, Frieden und Solidarität) anschaulich deutlich zu machen. Auf allen drei Gebieten konnte die SPD ihre Kompetenzen unterstreichen. Leider kam diese Kehrtwende erst sehr spät in den Wahlkampf.

Eine kampagnenfähige SPD muss in der Lage sein, einige Wertvorstellungen herauszuarbeiten und anhand konkreter Themen Unterschiede zwischen den Parteien zu verdeutlichen. Denn nur dies

wird die eigenen Mitglieder und den Anhang mobilisieren.

Dazu ist jedoch einerseits Kompetenz, andererseits das Herunterbrechen der Themen auf die Landes- und die lokale Ebene erforderlich. Dieses **Zusammenspiel** funktioniert gegen-

wärtig nicht. Die Haushaltskonsolidierung hat zudem fatale Auswirkungen auf die Finanzlage und Handlungsfähigkeit der Kommunen.

### Die Erneuerung der SPD ist stehen geblieben.

Die Erneuerung der SPD ist in weiten Teilen nur unzureichend voran gekommen. Gerade im sozialdemokratischen Kernland NRW hat eine verkrustete SPD dies in den letzten 12 Monaten immer wieder unter Beweis gestellt. Nicht nur die Skandale in Köln, Wuppertal oder Saarbrücken,

sondern vielmehr der schleppende Umgang mit solchen Skandalen hat der SPD erhebliche Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverluste eingebracht. Hinzu kommt eine Entfernung von sozialdemokratischer Programmatik, die sich z.B. in NRW in der Diskussion um die Einführung von Studiengebühren manifestierte. Hieran kritisieren wir nicht nur das „Timing“ sondern vor allem den Ausverkauf sozialdemokratischer Grundsätze in der Bildungspolitik.

Die SPD muss Politik wieder als Politik und für die Menschen verstehen. Sie muss formulierte Erwartungen, Sorgen und Anspruchshaltungen ernst nehmen, statt Pfründe zu verteidigen. Die SPD muss wieder mitten im Leben der Menschen präsent sein. Nur wenn ihr das in ihrer ganzen Breite gelingt, hat sie eine Chance, die eigene Erneuerung – auch vor Ort – aus der Regierung resp. Politischen Verantwortung heraus zu bewerkstelligen. Die SPD braucht diese Erneuerung an Kopf und Gliedern, andernfalls werden Parteien- und Politikverdrossenheit die SPD besonders heftig treffen.

Kampagnenfähigkeit und Erneuerung gehen Hand in Hand. Diesen Prozess transparent und unter Einbindung der Mitglieder voranzutreiben, wird eine der zentralen Aufgaben der Parteiführung in den nächsten Jahren sein.

Die handwerklichen Mängel der rot-grünen Bundesregierung waren ein Ergebnis verfehlter Personalpolitik.

Die letzten vier Jahre haben es sehr deutlich gemacht, die SPD hat seit Ende der 1970er Jahre eine verfehlte Personalpolitik betrieben. Statt fachliche Fähigkeiten und soziale Kompetenzen zu herausragenden Auswahlkriterien einer Personalpolitik zu machen, hat die SPD seit Ende der 1970er Jahre primär auf Stallgeruch, Anpassungsfähigkeit und klassische Och-

**Peter Decker/ Konrad Hecker**  
**Das Proletariat**

**Politisch emanzipiert - Sozial diszipliniert - Global ausgenutzt - Nationalistisch verdorben**

**Die große Karriere der lohnarbeitenden Klasse kommt an ihr gerechtes Ende**

**0. Die Arbeiterklasse - endlich vollendet**

**Kein Proletariat, nirgend! - Aber wer tut eigentlich statt dessen die Arbeit und macht die Unternehmer reich?**

**1. „Manchester-Kapitalismus“: Das Elend der Lohnarbeiter im Original. Die Staatsgewalt setzt das Recht des Eigentums in Kraft und verfügt damit Kapitalismus.**

**2. Das Überleben des Proletariats: Eine Geschichte von Klassenkämpfen gegen und um die Staatsgewalt.**

**3. Der Lohn, die Arbeit, das Proletariat: Sozial verstaatlicht.**

**Der Sozialstaat reguliert das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital.**

**4. Der moderne Arbeitnehmer und seine Besitzstände**

**5. Die vollendete Arbeiterklasse: Perfektes Instrument im weltumspannenden Konkurrenzkampf der Kapitalisten und Nationen**

**6. „Der subjektive Faktor“: Vom freiheitlichen Selbstbewusstsein des modernen Proletariats**  
**Methodische Nachbemerkenungen zum „notwendig falschen Bewusstsein“ des Proletariats**

**GEGENSTANDPUNKT VERLAG**  
 228 Seiten 20,- € München 2002  
 ISBN3-929211-05-X

sentouren durch die Gliederungen gesetzt. Bevorzugt hatten solche jungen SPD-Mitglieder Karrierechancen, die konfliktunfähig und angepasst in den Gremien der SPD groß geworden sind. Das Ergebnis war in vielen Fällen dramatisch: Mangelnde Fähigkeiten zur Personalführung, mangelnde fachliche Kenntnisse und mangelnder Teamgeist bestimmten das Handeln.

Diese Problemlage trifft aber nicht nur die im Rampenlicht stehenden Politiker, mindestens ebenso groß sind die Lücken in der zweiten und dritten Reihe. Zwar unterstreicht der Rücktritt des Verteidigungsministers dieses Problem sehr eindringlich, dennoch muss es dringend in seiner gesamten Breite verstanden werden. Die in Einzelfällen unzureichende Organisation der Ministerien und der Arbeitsbereiche in der Fraktion, die gelegentlich oberflächliche inhaltliche Zusammenarbeit, das Unvermögen, die Folgen der eigenen Politik in der öffentlichen Wahrnehmung abzuschätzen, sind einige Beispiele, die belegen, dass gerade auch auf der Ebene der Zuarbeit und Beratung der politischen Entscheidungsträger nicht immer optimal gearbeitet wurde.

Eine langfristig angelegte Personalpolitik kann der SPD künftig ein größeres Angebot an qualifiziertem Personal ermöglichen. Nur qualifiziertes Personal aber kann die Zukunftsfähigkeit der SPD sichern.

**Generationenwechsel**

Besonders deutlich wird sich die Frage nach der Personalpolitik beim dringend erforderlichen Generationenwechsel innerhalb der SPD stellen: Schon heute müssen die Grundlagen dafür gelegt werden, dass die kommende politische Generation der Entscheidungsträger und Zuarbeiter in Stellung gebracht werden. Andernfalls wird die SPD spätestens in der nächsten Legislaturperiode vor einem Scherbenhaufen stehen.

Umso gefährlicher ist die Tatsache, dass sich die Anzeichen mehren, dass auch jetzt wieder politische Seilschaften und weniger fachliche Qualifikationen über den Generationenwechsel zu entscheiden scheinen. Angesichts der geplatzten Seifenblase um das Netzwerk Berlin muss die Parteiführung rechtzeitig einen Kurswechsel einleiten.

Ein ideologisch aufgeladener Generationenwechsel wird die SPD auch für die nächsten Jahrzehnte in eine Sackgasse führen.

**III. SPD 2006 – mittendrin statt nur dabei!**

**Modell Deutschland am Ende?**

Wir erleben rasante Veränderungen in Ökonomie und Gesellschaft, die zunehmend alte Gewissheiten des »Modells Deutschlands«, seine Arbeitsbeziehungen und die soziale Verfasstheit, in Frage stellen bzw. auflösen. Bei den betroffenen Menschen wächst das Gefühl der Unsicherheit und die Angst vor sozialem Abstieg. Dies insbesondere deshalb, weil die veränderten Zeiten den Menschen ein hohes Maß an Flexibilität, Lebensmanagement und Mobilität abverlangen. Gleichzeitig werden diese Arbeitsleistungen nicht mehr adäquat belohnt und bezahlt. Die Folge ist zunehmende Unzufriedenheit: »Die Abwertung der Arbeitsleistung wird erfahren als Verletzung des Grundkonsenses des historischen Sozial-

modells der Bundesrepublik, des Prinzips der »Leistungsgerechtigkeit« und der Hilfe bei »unverschuldeter Not.« (M. Vester) Gesteigerte Ansprüche an Leben, Arbeiten und Wirtschaften werden brüsk zurückge-

**Die handwerklichen Mängel der rot-grünen Bundesregierung waren ein Ergebnis verfehlter Personalpolitik.**

wiesen und von der Politik immer weniger möglich gemacht. Die Menschen werden dadurch sensibel für soziale Schieflagen und unerfüllte Aufstiegschancen. Dies hat unmittelbare Folgen für das individuelle Gerechtigkeitsempfinden: Die Frage nach der (individuellen) Lebensqualität rückt in den Mittelpunkt der politischen wie gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

**Die Menschen auf der Suche nach Repräsentanz**

Gleichzeitig begeben sich die Menschen auf die Suche nach neuen Formen der Interessenvertretung, die ihnen Halt, Orientierung und Unterstützung geben können. Die alten Institutionen, sozialen Sicherungssysteme, aber auch die Parteien sind immer seltener in der Lage, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Dies hat in Europa und zum Teil auch in Deutschland (Schill, Möllemann) zu einem Aufstieg von Rechtspopulisten geführt, der die europäische Sozialdemokratie zum Handeln herausfordert.

Politische Verdrossenheit entsteht dort, wo sich die Menschen nicht mehr mit ihren Problemen und Hoffnungen ernst genommen fühlen, aber insbesondere auch dort, wo es Parteien nicht mehr schaffen, die veränderten Lebensumstände und Arbeitsrealitäten in politische Reformprojekte einzubinden. Dabei wäre gerade dies die Aufgabe der SPD.

**SPD 2006: mittendrin statt nur dabei!**

Die SPD muss die Ansprüche an Leben, Arbeiten und Wirtschaften, die Suche nach Interessenvertretung und gerade auch die Verknüpfung von Individualität und Solidarität zum Ausgangspunkt für ein Reformprojekt in Neuen Zeiten nehmen. Die Sozialdemokratie muss es möglich machen, dass gute, sichere und leistungsgerechte Arbeit zum Alltag wird. Die Sozialdemokratie muss es wieder sein, die ein schönes und sicheres Leben ermöglicht. Und die Sozialdemokratie muss es sein, die die Lebensqualität von Frauen und Männern in den Mittelpunkt stellt, aber auch vor Risiken wie Krankheit und Abstieg absichert. Nichts anderes als eine solidarische Verknüpfung von Arbeit, Leben, Gesundheit und Zukunftschancen muss das Ziel sozialdemokratischer Politik sein.

**Perspektiv- und Ideenpartei heißt auch Programmpartei**

Doch machen wir uns nichts vor. Das reicht nicht aus. Ein neues Projekt für die kommenden vier Jahre muss auch die Wiederbelebung sozialdemokratischer Sinnhaftigkeit beinhalten. Nur eine lebensorientierte Partei, eine Partei nah an den Menschen und tief verwurzelt in gesellschaftlichen Netzwerken wird in der Lage sein, den Ansprüche der Wählerinnen und Wähler nach Interessenvertretung gerecht zu werden. Wir sehen, es ist nicht die Zeit der Spaß-Parteien. Was wir brauchen, ist eine Perspektiv- und Ideenpartei SPD. Eine Partei, die offen ist für die Ideen der Menschen. Eine Partei, die ihren Wählerinnen und Wählern nicht oberflächlich nach dem Mund redet, sondern deren Ideen aufgreift und in ihren eigenen Diskurs einbindet und Handlungsperspektiven entwickelt und kommuniziert. Dies beinhaltet Ideen, die Ansätze für die künftige Gestaltung der Arbeitswelt und des Arbeitsmarktes entwickeln, genauso wie solche Ideen, die sich der Durchsetzung eigener Ansprüche an Freizeit und Umwelt widmen. Die laufende Programmdebatte der SPD muss diese Ansätze und Ideen aufnehmen. Denn für uns heißt Perspektiv- und Ideenpartei immer auch Programmpartei! Die SPD muss die Partei sein, die bereit ist, diese Ideen und Perspektiven mit parlamentarischen Mehrheiten und Reformkoalitionen abzusichern. Sie muss die Perspektiven formulieren, die den Rahmen für das politische Alltagsgeschäft von Parlament und Regierung bilden. Die SPD wird aber auch die Partei sein müssen, die solche Perspektiven durch eigene politische Kampagnen mehrheitsfähig macht bzw. ihnen zur gesellschaftlichen Durchsetzung verhilft. Nur so wird die SPD auch über die Ausstrahlungskraft des Parteivorstandes hinaus Attraktivität erlangen.

Nur so wird es gelingen, nach der zweiten Spielzeit von Rot-Grün mit einer ausstrahlungsfähigen und kommunizierbaren Gesamtlinie mehr vorlegen zu können als eine kleinteilige Erneuerungsbilanz.

**IV. Unsere Anforderungen an eine SPD-geführte Bundesregierung**

Der Stimmungswechsel kurz vor der Wahl wurde mit den traditionell sozialdemokratischen Themen wie sozialer Gerechtigkeit, internationaler Solidarität und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erzeugt. Hinter diese Versprechen darf die SPD nun nicht zurückfallen, sondern muss sie „Eins zu Eins“ in Regierungshandeln umsetzen. Aus unserer Sicht sind folgende vier Punkte für die Koalitionsverhandlungen zentral:

**Solidarische Erneuerung des Sozialstaates**

Das deutsche Modell des Wohlstands für alle muss gewahrt bleiben. Ziel muss es sein, den Sozialstaat im Interesse der Menschen zu reformieren. Dazu gehört die Absicherung prekärer Lebenslagen ebenso wie die Förderung von Weiterbildung, Qualifikation und Arbeit durch eine Arbeitsversicherung. Sozialabbau a la FDP ist mit uns nicht zu machen.

**Gesunde Reformen**

Die SPD stand und steht für eine solidarische Gesundheitspolitik. Es darf kein Weg in die Zwei-Klassen-Medizin führen. Wir wollen die kommende Gesundheitsreform dazu nutzen, Gesundheitsförderung und Prävention auszubauen, Finanzreserven im System zu mobilisieren bzw. die Finanzierungsbasis zu erweitern sowie die Versorgung bzw. Bekämpfung der „großen Volkskrankheiten“ zu verbessern.

**Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik**

Das deutliche und uneingeschränkte Nein des Bundeskanzlers zu einem Militäreinsatz gegen den Irak findet unsere Unterstützung. Die Ablehnung eines Militärschlages hat zu Recht entscheidend zum Wahlsieg beigetragen und muss nun eingelöst werden. Die konfliktlösende und ausgleichende Nahost-Politik der rot-grünen Bundesregierung wollen wir fortsetzen. Denn deutsche Außenpolitik muss Friedenspolitik sein. Maßstab für das Handeln der Bundesrepublik auf diesem Gebiet bleibt das Völkerrecht mit seinen Grundsätzen Gewaltverzicht und friedliche Konfliktlösung.

Ein zukunftsfähiges und breit verankertes Konzept der politischen Konfliktprävention ist überfällig!

Für die Zivilen Friedensdienste müssen ebenso wie für die Deutsche Stiftung Friedensforschung mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Auf dem Gebiet der Krisenprävention und zivilen Konfliktlösung muss Deutschland weiter Vorbild sein. Die politische Gestaltung der Globalisierung bleibt eine der Zukunftsaufgaben rot-grüner Politik.

**Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch JUMP Plus und Job-Garantie**

Das JUMP-Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss fortgeführt werden. Zusätzlich ist ein JUMP-Plus-Programm aufzulegen, das die Schaffung 100.000 zusätzlicher Arbeitsplätze in Ostdeutschland vorsieht. Die Einlösung des im Wahlprogramm angekündigten JUMP-Plus-Programms ist ebenso wie das garantierte Ausbildungs- bzw. Jobangebot für alle SchulabgängerInnen angesichts steigender Jugendarbeitslosigkeit und erneutem Ausbildungsplatzmangels eine wesentliche Grundlage jeder Koalitionsvereinbarung.

**Frauenpower mit Rot-Grün**

Rot-Grün verdankt insbesondere den Frauen den Wahlsieg. Sie dürfen wir nicht enttäuschen. Eine rasche Umsetzung der Wahlversprechen ist notwendig. Wir müssen die Betreuungsangebote ausweiten und die versprochenen Ganztagsangebote schaffen. Dies ist auch aus bildungspolitischer Sicht erforderlich, um die Qualität zu erhöhen und zum Abbau von sozialen Ungerechtigkeiten beizutragen. Wir brauchen unabhängig von den

Länderkompetenzen Mindeststandards für Ganztagsbetreuung.

In die kommende Legislaturperiode fällt auch der Fristablauf bei der Selbstverpflichtung der Wirtschaft, mit Frauenförderung endlich ernst zu machen. Wenn die versprochenen Ziele nicht erreicht werden, muss rotgrün ein konsequentes Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft auf den Weg bringen.

**Stärkung der Kommunal Finanzen**

Über den Rathäusern kreist der Pleitegeier. Die Kommunen müssen endlich finanzielle Handlungsspielräume zurück bekommen. Deshalb fordern wir eine umfassende Gemeindefinanzreform. Die kommunale Finanzsituation muss schnell verbessert werden. Daher regen wir die Schaffung eines kommunalen Zukunftsinvestitionsprogramms an.

Ein ideologisch aufgeladener Generationenwechsel wird die SPD auch für die nächsten Jahrzehnte in eine Sackgasse führen.

# Mund abwischen und besser machen!

## Zum Ergebnis der Bundestagswahl 2002

Von Oliver Kaczmarek

„Mund abwischen und besser machen“ – mit diesen Worten pflegt man im Fußball grausam herausgespielte Arbeitssiege seiner Mannschaft zu kommentieren. Und in der Tat hat die SPD erst in der letzten Minute, nachdem man sich fast die gesamte Spielzeit auf eine Verstärkung der rechten Abwehrseite verlassen hatte, durch einen Tempogegenstoß über den starken linken Flügel das entscheidende Tor geschossen. Jubel will da nicht aufkommen. Deshalb müssen die kommenden vier Jahre fürs Besser-Machen genutzt werden.

Bei aller Kritik muss zunächst festgehalten werden: Die SPD ist zum dritten Mal überhaupt größte Fraktion im Deutschen Bundestag. In der historischen Betrachtung ist dieses Ergebnis sogar als Erfolg zu werten.

Dennoch muss hinterfragt werden, warum die Euphorie des Wahlerfolges 1998 nicht annähernd über die Distanz einer Legislaturperiode gehalten werden konnte. Selten war

ein Wahlkampf so auf Personen zugeschnitten wie 2002. Dem stand entgegen, dass für 2/3 aller Wahlberechtigten die Entscheidung für eine Partei wichtiger als der Kandidat für die Wahlentscheidung. Wenn die Kandidatenfrage entscheidend gewesen wäre, hätte die SPD einen Erdrutschsieg einfahren müssen. Die Orientierung auf die Popularität Gerhard Schröders konnte jedoch zumindest die Enttäuschung über eine als missglückt empfundene Arbeitsmarktpolitik bei den Wählerinnen und Wählern überdecken.

Hinzu kam mit dem Kandidaten der Union eine Person, in der sich viele Dinge gebündelt hatten, die man sich für die Zukunft der Gesellschaft nicht gewünscht hatte. Umfragen ergeben, dass die Wahlentscheidung durchaus auch Richtungsentscheidung war:

**Vor Ort ist der Eindruck entstanden, als würde in einem Haus fernab von der Partei eine Kampagne am grünen Tisch geplant, die der durchführenden Basis kaum noch Gestaltungsmöglichkeiten einräumt.**

Anhänger von CDU/CSU und FDP waren eher an Leistung als Grundwert der Politik interessiert, während Koalitionsanhänger am sozialen Ausgleich orientiert sind.

Zusammengefasst kann man festhalten: für die SPD gab es hohe Verluste in industriell geprägte Wahlkreise mit hohem Arbeiteranteil, bei Männern, Arbeitslosen, statusniedrigeren Bevölkerungsgruppen. Die CDU hatte ihre höchsten Gewinne in industriellen und ländlichen Wahlkreise Westdeutschlands.

Frauen haben hingegen überdurchschnittlich SPD gewählt (41% zu 36% CDU/CSU; Ost: 43% zu 26%). Bei den 18-14jährigen (37%, +2) und 25-34jährigen (36%, -7) ist die

SPD stärkste politische Kraft (Daten von infratest-dimap).

Die GRÜNEN hatten ihre besten Ergebnisse wie immer in städtischen, durch hohen Dienstleistungs- und Angestelltenanteil geprägten, Wahlkreisen. Bei ihnen sind die Stimmabgaben zugunsten einer rot-grünen Koalition zu berücksichtigen. Offensichtlich hatte ihre

Zweitstimmenkampagne Erfolg.

Die insgesamt nicht vorhandene Proteststimmung und das Abhandenkommen der Identifikationsfiguren Bisky und Gysi hat offensichtlich zu dem schlechtem Abschneiden der PDS geführt (höchste Verluste in ihren Hochburgen – den ostdeutsche Verwaltungsstädten). Ob sie als ostdeutsche Regionalpartei, die im Bundestag quasi nicht vertreten ist, den Raum bekommt, um sich sozialistische Alternative zum rot-grünen Lager zu profilieren, ist zumindest fraglich. Die Beteiligungen an den Landesregierungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern hat sich bislang zugunsten der SPD ausgewirkt. Sie hat sich die Schwäche der PDS zu Nutzen gemacht und 300.000 Stimmen im Osten gewonnen. Damit ist die SPD dort klar stärkste Partei geworden.

### Besinnung auf soziale Gerechtigkeit in der Endphase

Das Wahlergebnis hat gezeigt, dass insbesondere eine Hinwendung zu den Kernthemen der sozialen Gerechtigkeit die Wahlentscheidung für die SPD ermöglicht hat. Mit der Polarisierung und Hinwendung zu originären sozialdemokratischen Positionen konnten weitere Stimmenverluste in den traditionellen Hochburgen letztlich noch abgewendet werden. Hier ist der Ansatzpunkt für eine modernisierte inhaltliche Ausrichtung der Partei vor dem Hintergrund der anstehenden Reformen auf dem Arbeitsmarkt und beispielsweise im Gesundheitswesen zu sehen: mit der Umsetzung der Reformen ist die Entfremdung von den Milieus, auf deren Mobilisierung die SPD angewiesen ist (auch im Hinblick auf anstehende Landtags- und Kommunalwahlen) unbedingt zu vermeiden. Letztlich war das zentrale Motiv für die Wahl der SPD die Wahrung sozialer Gerechtigkeit, die nun auch Leitschnur des glaubwürdigen Regierungshandelns sein wird.

### Mythos Kampa entzaubert

Keiner der großen Parteien ist es gelungen, durch überzeugende Politikangebote Attraktivität zu erlangen. Der Herausforderer hat über die nervende Wiederholung der Regierungsdefizite hinaus keinerlei Andeutungen gemacht, in welche Richtung er das Land entwickeln möchte. Schröder hat trotz Hartz im zentralen Feld der Arbeitsmarktpolitik kraftlos gewirkt. Die Tatsache, dass die Stimmungen im Wochenwechsel umschlugen, ist weniger auf eine durchweg labile Wählerklientel und die Sprunghaftigkeit der Medien zurückzuführen. Diese Situation ist erst dadurch möglich geworden, dass die Parteien auf einen langfristigen und möglicherweise kontroversen Markenaufbau verzichtet haben. Die Strategie in Kampa und Arena lautete im Besonderen Konfliktvermeidung und Warten auf des Gegners Fehler.

Der „Mythos Kampa“ ist durch den Wahlkampf entzaubert worden. Die Kampa wurde auf das zurückgestützt, was es ist – nämlich der Versuch, einen medial gestützten Wahlkampf unterstützte durch externe Kräfte professionell zu organisieren. Politik- und Programmentwicklung oder gar so etwas wie „Parteilernen“ zu organisieren, war nie und kann niemals Aufgabe einer Wahlkampfzentrale sein.

Strategiefehler in der Frühphase des Wahlkampfes hatten jedoch die Allzweckwaffe in der Partei schon früh in Zweifel gezogen. Vor Ort ist der Eindruck entstanden, als würde in einem Haus fernab von der Partei eine Kampagne am grünen Tisch geplant, die der durchführenden Basis kaum noch Gestaltungsmöglichkeiten einräumt.

Dem liegt offensichtlich ein Verständnis von Kampagnenführung zugrunde, das im Wesentlichen die mediale Inszenierung im Blick hat. Zweifellos ist der passende Medienauftritt und die mediale Inszenierung von Politik, mithin die Bestimmung von Themen über die mediale Wahrnehmung, wichtigste und grundlegende Voraussetzung für Meinungsführerschaft. Es ist jedoch ein Irrtum, zu glauben, dass sich über vermittelte Meinung in den Medien gleichsam Meinung bei den Adressaten bildet.

Meinung entsteht durch Kommunikation und selten durch Zeitung lesen oder Fernsehen gucken. Daher muss der Dialog zur Meinungsbildung von der Partei an allen öffentlichen Stellen gesucht werden. Im Gespräch im persönlichen Umfeld, am Info-Stand, in Versammlungen und Netzwerken, die sich eben nicht nur auf den eigenen Laden richten und vor allem mit den wichtigen Köpfen in der Gesellschaft, den Multiplikatoren: dem Betriebsrat, der durch sein Auftreten und nicht durch sein Parteiamt die Sozialdemokratie verkörpert, dem Mitglied im Sportverein, dem Rentner auf dem Markt, dem Schülersprecher usw. Wichtig ist, dass sich bei den Menschen im Alltag ein Gesamtbild von den Zielen der Partei und ihrer Motivation abbildet.

Dazu gehört eben der vielfältige Dialog vor Ort, den man auch deshalb vernachlässigt hat, weil er von einer teils hilflosen Basis nicht mehr übergreifend abgedeckt werden (weil sie nicht mehr die Sozialstruktur repräsentiert), genauso wie die mediale Inszenierung, die Auseinandersetzung im parlamentarischen Raum und neue Formen der virtuellen Wahlkampfführung. Diese wahrgenommene Einseitigkeit hat bis weit in die Sommerpause hinein für Frustration und teils gar Blockade tief im mittleren Funktionärsbau und auf der hauptamtlichen Seite gesorgt. Eben bis zu dem Zeitpunkt, wo auch dem letzten klar geworden ist, dass es eben nicht um das Schicksal der Kampa oder das Abstrafen des in der Partei ungeliebten Bundesgeschäftsführers ging, in dem viele offensichtlich nicht mehr als den verachteten Stamokap aus Juso-Zeiten sehen können, sondern um eine Richtungsentscheidung für das Land und eine langfristige Perspektive für die Sozialdemokratie. Steigende Um-

fragewerte nach der Flutkatastrophe haben ihren Teil zur Motivationssteigerung beigetragen.

Erstaunlich war die Beobachtung, dass im Wahlkampf vor allem die Älteren und die Jüngeren und weniger die Generation des Funktionärs-mittelbaus aktiv waren. Letztere haben sich oft für die Nörgelei auf Parteiversammlungen entschieden.

#### Ost und West

Den Wahlanalysen zufolge hat Schröder die Wahlen insbesondere in Ostdeutschland gewonnen. Dabei kam der SPD zugute, dass sie in West- wie Ostdeutschland ungefähr gleich stark gewählt worden ist. Regional gibt es natürlich erhebliche Unterschiede. Oft war jedoch zu vernehmen, dass im bevölkerungsreichsten Bundesland die Wahlen entschieden werden sollten.

So gesehen hat die SPD in Nordrhein-Westfalen einen nicht unbedeutenden Einbruch erlitten. Bei einer niedrigeren Wahlbeteiligung als noch 1998 wurden hier landesweit nur noch 43% gewonnen (1998: 46,9%). Gemessen an den Ansprüchen im sozialdemokratischen Stamm-land ist dieses (wenn auch überdurchschnittliche) Wahlergebnis jedoch zu wenig. Zwar ist der Abwärtstrend seit den Kommunalwahlen 1999, wo die SPD noch hinter der CDU landete, numerisch nahezu rückgängig gemacht worden, dennoch zeigen sich enorme Mobilisierungsschwächen.

Die Ursachen hierfür können noch nicht endgültig benannt werden. Einige Trends aber, die auch interessant für den Gesamtzustand der Partei in Westdeutschland sein könnten, lassen sich absehen:

- Der mit Jahresbeginn durch die Abschaffung der Bezirke gestärkte Landesverband hat trotz einer ungeheuren Fülle von dezentralen und zentralen Wahlkampfveranstaltungen noch nicht die identitätsbildende Funktion der alten Bezirke übernehmen können. Die organisatorischen Binnenstruk-



turen haben offensichtlich noch nicht zu einer Verbesserung der Schlagkraft nach außen beigetragen.

- Der Zeitpunkt und die Form der Diskussionen um den Landeshaushalt in Nordrhein-Westfalen waren sicher nicht hilfreich. Insbesondere die Rolle des Ministerpräsidenten bei dessen uneinsichtiger Haltung zu Themen wie Studiengebühren haben in der Partei für massiven Unmut gesorgt, der in einer Abstimmungsniederlage Clements im Landesparteirat führte. Dabei war für die Wahlentscheidung der Menschen in NRW weniger der Haushalt und seine Auswirkungen an sich ausschlaggebend für die Stimmabgabe, wohl aber für die Stimmungslage und damit die Mobilisierungsfähigkeit in der Partei.

- Die Dialogstrukturen der Partei zielen ab auf ein Bild von gesellschaftlichen Milieus, das immer mehr fiktionale Züge zeigt. Die SPD in NRW ist die Partei der gesellschaftlichen Modernisierung insbesondere der altindustriellen Regionen wie auch des ländlichen Raumes. Als Organisation hat sie jedoch den Strukturwandel, den sie politisch gewollt und durchgesetzt hat, kaum nachvollzogen. In den alten Zechensiedlungen wohnen heute gut situierte junge Dienstleister/innen und auf dem Gelände des ehemaligen Stahlwerkes gibt es heute einen Technologiepark. Dennoch ist die Verankerung der Sozialdemokratie (insbesondere vor Ort) immer noch eher auf den bergmännischen Knappenverein als auf den Existenzgründerstammtisch ausgerichtet. Hier muss insbesondere die übergeordnete Ebene orientierend wirken

**Wichtig ist, dass sich bei den Menschen im Alltag ein Gesamtbild von den Zielen der Partei und ihrer Motivation abbildet.**

und geeignete Beteiligungsmöglichkeiten entwickeln und anbieten. Die organisatorische Weiterentwicklung muss die Partei auf allen Ebenen erfassen können.

Nun wäre es zu einfach, den schwarzen Peter nach NRW abzuschieben und in Berlin die Schuldigen in Düsseldorf zu finden. Ein simpler Zahlenvergleich macht den Handlungsbedarf für die SPD insgesamt deutlich: in den erfolgreichen Ost-Landesverbänden (inklusive Berlin) hat die SPD ca. 3,86 Mio. Zweitstimmen erhalten, in NRW ca. 4,5 Mio. Der Erfolg der SPD bei Bundestagswahl hängt also nicht unerheblich davon ab, wie sich der Landesverband im bevölkerungsreichsten Bundesland aufstellt. Hinzu muss eine gewisse Experimentierfreudigkeit bei der Entwicklung und Umsetzung sozialdemokratischer Reformprojekte in NRW bestehen bleiben.

**Erneuerung durch Wiedergewinnung der Verankerung in progressiven Milieus**

Die isolierte Forderung nach einer profilierteren originär sozialdemokratischen Politik der Bundesregierung greift in zweierlei Hinsicht zu kurz: zum einen ist der Koalitionspartner durch das Wahlergebnis eher gestärkt, was sich auch auf seinen Forderungskatalog auswirken dürfte. Angesichts der Positionen der GRÜNEN zu finanzpolitischen Fragen oder konkreten Fragen der Subventionspolitik wird es hier auch Aufgabe der SPD sein, Haltelinien einzuziehen. Zum anderen kann eine profiliertere Politik nur im Zusammenspiel mit modernen Partizipations- und Kommunikationsformen in der Partei erreicht werden.

Ein Problem ist sicherlich, dass die AktivistInnen in der SPD nicht mehr den Querschnitt der anzusprechenden Wählergruppen abbildet. Notwendig ist mittelfristig ein Kompetenzaufbau in der Parteibasis, die sich immer größer werdenden Herausforderungen gegenüber sieht, die sie immer weniger lösen kann, weil die Erneuerung der SPD seit der Netzwerk- und Online-Partei-Euphorie stecken und oberflächlich, nämlich auf die Spitzenfunktionäre orientiert, geblieben ist. Notwendig ist ebenso der gezielte Neuaufbau der Mitgliedschaft. Die Partei muss sich die Köpfe suchen, die sie braucht, um vor Ort und in den vielfältigen gesellschaftlichen Netzwerken dialogfähig zu sein.

So wenig es sich die Sozialdemokratie leisten kann, ihre traditionelle Klientel vor den Kopf zu stoßen, so wenig kann sie es sich erlauben, sich auf ihren Bestand auszuruhen. Sie muss auch offen sein für neue Ansprüche an Leben und Politik – und damit ist nicht

gemeint, das Geklingel von der „neuen Mitte“ wieder aufzuwärmen und sich denen anzudienen, die von den vorherrschenden Bedingungen nur gewinnen wollen. Will die SPD ihren Gestaltungsanspruch an die Gesellschaft aufrecht erhalten, muss sie gerade diejenigen für ihre Arbeit gewinnen, die mit den gegebenen Bedingungen nicht (!) zufrieden geben.

**Profilbildung durch Diskursfähigkeit**

Die notwendige Orientierung auf die Partei in ihrer gesamten Breite ist nicht mit einem Basis-Fetisch gleich zu setzen. Gerade die lokalen Gliederungen erwarten und brauchen politische Führung als Handlungsrahmen und argumentativen Resonanzkörper.

Allerdings hat sich gezeigt, dass mit dem Umzug der politischen Szene ins Raumschiff Berlin eine schleichende Entfremdung zwischen der Parteibasis und der Politischen Elite der Partei stattgefunden hat. Offensichtlich hat sich in Berlin eine politische Szene gefunden, die neben ihrer Diskussionskultur auch eine eigene Wahrnehmung von gesellschaftlicher Wirklichkeit und politischen Erfordernissen erwickelt hat, die sie kaum mehr in der Lage ist, „nach unten“ zu kommunizieren.

Die Folge ist: Der typische Ortsvereinsfunktionär kann mit der durchgestylten Geschäftshaltung im Wahlkampf genauso wenig anfangen wie mit der Netzwerk-Schickeria.

Gemeinsame Identität benötigt ein gemeinsames Dach. Politische Führung der Bundesebene ist dringend notwendig. Dabei muss die Partei allerdings in ihrer Gesamtheit einbezogen werden. Das bedarf zweierlei: die Parteiführung muss Diskurse initiieren und auch bei Widerständen durchhalten, so dass eine gewisse Ergebnisoffenheit herrscht. Die Partei muss ihrerseits aber auch die intellektuelle Fähigkeit zur Diskursführung be-

weisen.

Die Tendenz zur Fixierung des politischen Horizonts auf den eigenen Claim muss einer Gesamtverantwortung auf allen Ebenen für die Sozialdemokratie insgesamt weichen.

Wer mehr Diskurs will, muss ihn auch verantwortlich annehmen! Dabei ist klar: die bislang erreichten Modernisierungsschritte der Parteireform dürfen nicht wieder umgedreht oder einer inhaltlichen Beliebigkeit geopfert werden. Es gilt, die vielerorts eingetretene Sprachlosigkeit zu überwinden.

Dabei ist zum Beispiel von entscheidender Bedeutung wie die SPD angesichts weiterer anstehender Reformen soziale Gerechtigkeit definiert und in ihrer konkreten Tagespolitik auf allen Ebenen sichtbar und für die Menschen konkret, „fühlbar“ macht.

Notwendig ist hier sowohl die Formulierung der langen Linien und gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen, wie auch die Konkretisierung von Reformvorhaben im Alltagsgeschäft sowie eine ausreichende Ausstattung derer, die in den Kommunen mit dafür zu sorgen haben, dass sozialdemokratische Reformvorhaben umgesetzt werden kann.

Kurzfristiges Krisenmanagement nimmt in der Tagespolitik einen wichtigen Stellenwert ein, in ihr darf sich allerdings nicht Politik erschöpfen. Wichtig ist eben eine Verknüpfung der verschiedenen Handlungsebenen der Partei und der Fraktionen zu einem Gesamtentwurf sozialdemokratischer Reformpolitik, die auch den einzelnen Ebenen genügend Handlungs- und Einflussspielraum ermöglicht.

**Schröder – vom geachteten zum geschätzten SPD-Vorsitzenden?**

Und erfolgreich wird eine solche Politik, wenn sie mit glaubwürdigen Köpfen verbunden wird. Insofern war die Orientierung auf den Kanzler Schröder unvermeidbar, der jedoch in seinem Wahlkampf einen Spagat ohnegleichen vornehmen musste.

In den letzten Wochen hat Gerhard Schröder zunehmend auch die Rolle Lafontaines im 98er-Wahlkampf mit übernommen und somit das politische wie emotionale Zentrum der Partei besetzt, was vor allem auf die Besetzung originär-sozialdemokratischer Themen während der heißen Wahlkampfphase zurück zu führen ist. Er agierte im Wahlkampf eher als Parteivorsitzender, wie es sich die Partei von einem Vorsitzenden wünscht, denn als Bundeskanzler.

Gerhard Schröder hat so seine Position in der Partei nach den Wahlsieg untermauert. Wurde er bislang bestenfalls geachtet und respektiert, so wird er nun zunehmend auch geschätzt, soweit es ihm gelingt, die ihn immer wieder überwältigende Selbstbezogenheit zugunsten des Ganzen – der Partei, der sozialdemokratischen Programmatik – zurück zu nehmen.

Damit ist er an der Parteispitze, zumal nachdem Franz Müntefering nun den Job hat, die Fraktion zu führen, scheinbar alternativlos. Generationsaufbau – unterstützen statt unterbuttern

Eine der spannendsten und zugleich schicksalhaftesten Herausforderungen der nächsten vier Jahre ist der Generationsaufbaus in der SPD.

Ein Blick in das Kabinett zeigt, dass der Generationswechsel unabwendbar ist. Betrachtet man die Sache von den Alterskohorten her, dann ist das jetzt die Chance der Mitte 40jährigen. Sie haben jetzt vier Jahre Zeit, sich zum unverzichtbaren Bestandteil der nächsten Generation zu machen. Gelingt ihnen, die statistisch in der Partei ohnehin unterrepräsentiert und oft auch von den Älteren noch weggebissen wur-

**Ein Problem ist sicherlich, dass die AktivistInnen in der SPD nicht mehr den Querschnitt der anzusprechenden Wählergruppen abbilden.**

den, das nicht, werden sie wohl von den noch Jüngeren beim nächsten Mal abgeräumt. Dann können die Mitte 30jährigen einen Generationswechsel in der SPD allemal glaubwürdiger repräsentieren als die dann 50jährigen.

Viel wichtiger, als jetzt schon über die zukünftigen Konstellationen zu spekulieren und sich in Stellung zu bringen ist es aber, einen planvollen Generationswechsel in der Partei einzuleiten. Das wird für die Enkel-Generation eine neue Erfahrung sein, weil sie bislang immer gewohnt war, ihre jüngeren Konkurrenten unterzubuttern.

Allerdings geht es nicht nur um die Spitzenfunktionäre, sondern um einen Aufbau auf allen Ebenen. Dabei scheint es besonders wichtig, Personal mit Potenzial zu identifizieren, zu fördern und dann eben auch in Position zu bringen.

In diese Generationsdebatte haben sich bereits sehr viele unterschiedliche Akteure

versucht einzuschreiben: vom Ministerpräsidenten über die Zusammenhänge der sich jung Fühlenden bis hin zum nassforschenden Medientyp. Ihnen scheint allerdings eines gemein: die Orientierung auf Karriere im eigenen Laden und der Verlust an Bindung an reale gesellschaftliche Entwicklungen. Eine neue sozialdemokratische Führungsgeneration, den eigenen Laden im Griff und fest verankert in realen gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen, ist längst noch nicht in Sicht.

Die Personalentscheidung für den neuen Generalsekretär wird in der Öffentlichkeit als erstes Verjüngungssignal wahrgenommen. Olaf Scholz wird die zentrale Rolle nicht nur im Generationsaufbau, sondern auch in der Modernisierung der Strukturen zukommen. In den Prozess der Generationenbildung haben sich zudem die Jusos mit ihrem aktionsorientiertem Wahlkampf eingeschrieben. Die lästigen Versuche, neben den Jusos ju-

gendliche Zusammenhänge zu etablieren, können als gescheitert angesehen werden. Am Ende hat die nahezu bundesweit flächendeckende Präsenz und Kreativität der Jusos mit dazu beigetragen, dass der Wahlkampf der SPD mehr als Info-Stand und Schröder-Kundgebungen zu bieten hatte. Alle, die noch bis vor kurzem den Jusos angesichts diverser Bundeskongress-Pleiten keinen Pfifferling mehr zugetraut hätten, haben jetzt wiederum erkennen können, dass der Jugendverband der SPD da ist, wenn es darauf ankommt.

Die inhaltlichen wie organisatorischen Herausforderungen für die SPD planvoll anzugehen wird die Herausforderung für nur einen kurzen Zeitraum sein, die 2006 bereits abgeschlossen sein muss. Dabei sind die inhaltlichen Reformprojekte immer mit ihren Vermittlungsformen, der Modernisierung von Parteistrukturen und Beteiligungsformen, zusammen zu denken.

spw 5/2002

## spw-Jahrestagung 2002

### „Identität und Wahlentscheidung“

Populismus, neue Lebensweisen und die Chancen linker Politik

Samstag, 02. November 2002 in Dortmund,

Auslandsgesellschaft NRW, Steinstraße (Nordausgang Hbf)

- 10.00 Uhr Begrüßung durch Horst Peter
- 10.30 Uhr **„Das Wahlergebnis vom 22.09. auf dem Prüfstand“** Dr. Ulrich Eith, Arbeitsgruppe Wahlen, Universität Freiburg
- 11.15 Uhr **„Die Milieutheoretische Konstruktion von Lebensstilen“** Prof. Ansgar Häfner, Fachhochschule Pforzheim
- 13.00 Uhr In der Mittagspause wird ein Imbiss gereicht
- 13.45 Uhr **Gibt es einen linken Populismus?** Thesen zum Zusammenhang kultureller Hegemonie, veränderter individueller Lebensführungen und kollektiver Politikkonzepte **Thomas Westphal, spw-Herausgeber**
- 14.15 Uhr **AG1: Lebensführung und Identität:**  
Die Veränderung in der Lebensführung geht weit über die Vorstellung fragmentierter Lebensentwürfe hinaus. Sie schreiben sich in die tägliche Lebensführung ein und verändern damit auch Bedingungen der Persönlichkeits- und Identitätsbildung. Wie vollzieht sich dieser Wandel und wie verschieben sich damit die Möglichkeiten und Bedingungen politischer Partizipation? u. a. mit Prof. Ansgar Häfner und Dr. Reinhart Kößler
- AG 2: Jugendkultur und Soziale Frage :**  
Glaubt eigentlich irgendwer tatsächlich in den Zeiten des grassierenden Jugendwahns an tiefgreifende Veränderungen der Jugendkultur? Angeblich ist die „neue“ Jugend politisch, aber nicht parteiorientiert. Ist sie eher ‚anfällig‘ gegenüber populistischer Ansprache? Welche Bedeutung haben heute soziale Herkunft und kulturelle Hegemonie in der Jugendkultur? u. a. mit Michael Klundt (Uni Köln)
- AG 3: Mediendiskurse und Politik:**  
Die Veränderung des politischen Diskurses unter massenmedialen Bedingungen zwischen Talk Show und Daily Soap ist deutlich spürbar, aber in seiner Richtung und Auswirkungen kaum zu verorten. Wie verschiebt sich die Funktionsweise von Politik durch die Ein- (oder Übergriffe?) der Medien und was bedeutet das für politisches Handeln eines/einer jeden? u. a. mit Angela Keppler (angefragt) und Carsten Brosda
- 16.00 Uhr Abschlussdiskussion:  
**„Der Erneuerungsbedarf linker Politik“** mit Prof. Frank Decker (Uni Bonn), Andrea Nahles (Vorsitzende Forum DL21), Niels Annen (Juso-Bundesvorsitzender)

Anmeldung bitte bis zum 25. Oktober 2002 per Fax an 021 75/ 88 44 27, per eMail an [Jahrestagung@spw.de](mailto:Jahrestagung@spw.de) oder Tel. 0177/840 42 92.  
**Der Teilnahmebeitrag beträgt 20 € bzw. 10 € (ohne Einkommen)**

# „Die Arbeitslosen halbieren“

## Zur fachlichen und wissenschaftlichen Qualität wohlfeiler Reformkonzepte der Arbeitsmarkt- und Sozialhilfepolitik

Von Achim Trube und Norbert Wohlfahrt

### Vorbemerkung

Modelle für eine „Arbeitsmarktpolitik aus einem Guss“ (Stoiber) haben gegenwärtig Konjunktur. Der Wahlkampf erweist sich als Phase hoher Produktivität für wegweisende Einfälle, wie in Deutschland eine nachhaltige Reduzierung der Sozialstaatskosten erreicht werden kann, die zugleich die Anzahl der Arbeitslosen halbieren, vierteln, dritteln usw. usw. soll. Fachkommissionen (Hartz u. a.), wissenschaftliche Beiräte (Sinn u. a.) oder exponierte Vertreter renommierter Forschungsinstitute (Zimmermann, Steiner u. a.) sind tagesaktuell und öffentlichkeitswirksam im politischen Geschäft, wobei derzeit der Sachverstand für die sozialpolitischen und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen im Management der Unternehmen oder bei den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten beheimatet zu sein scheint. Das Argumentationsmuster der heilsverkündenden Botschaften ist meist sehr ähnlich: Zuerst wird das bisherige Instrumentarium der Arbeitsmarkt- und Sozialhilfepolitik abqualifiziert, um dann der ökonomisch-monotheistischen Glaubensgemeinschaft die Wege der Erlösung zu verheißen. So z. B. Hans-Werner Sinn aus dem wissenschaftlichen Beirat des Finanzministeriums: „Eine der wichtigsten Ursachen für die Arbeitslosigkeit gering qualifizierter Arbeitskräfte in Deutschland bildet die Sozialhilfe“ (Sinn u. a. 2002, S. 8), um daran anschließend die Halbierung der finanziellen Leistungen zu empfehlen. Diese dann so genannte „Aktivierende Sozialhilfe“ führt mittelfristig – so verspricht es Sinn – zu 2,3 Mill. neuen Arbeitsplätzen. Ähnlich argumentiert Klaus Zimmermann, der

### Die Arbeitslosigkeit ist nicht durch Vermittlungskompetenz oder durch Passivität der Arbeitslosen bedingt.

Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung: „Zum einen gibt die Regierung noch immer vier Milliarden Euro für unsinnige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus, die sich weitgehend einsparen ließen. Zum anderen würde Geld frei, wenn die Regierung getreu ihrem Motto ‚fördern und fordern‘ den Druck auf Arbeitslose verstärken würde, gering bezahlte Jobs auch anzunehmen“ (Zimmermann 2002). Der Vorsitzende der nach ihm

benannten Hartz-Kommission bemüht bei seiner Heilsbotschaft der Halbierung der Arbeitslosen bis 2005 sogar die Leere unserer Kirchen und fordert ein Bündnis der „Profis der Nation“, in dem die Pfarrer die Beratung und Betreuung der Arbeitslosen verstärkt mit übernehmen sollen (vgl. Hartz 2002a, S. 37).

Allen öffentlichkeitswirksamen Vorschlägen gemeinsam ist, dass das Strukturproblem Arbeitslosigkeit in ein Vermittlungsproblem umdefiniert wird. Nicht fehlende Arbeitsplätze, sondern deren Besetzung hemmende Faktoren sollen beseitigt werden und die sind nach Meinung der Gutachter in erster Linie darin begründet, dass der Arbeitslose zu teuer, zu wenig motiviert und bei den bisherigen Instrumenten offensichtlich vermittlungsrésistent ist. Begutachtet wird also konsequent aus der Sicht derer, die mit den Entlassungen zur Arbeitslosigkeit nicht unerheblich beigetragen haben, wobei diese Parteilichkeit mit keinem Wort ausgewiesen wird.

### Zur Güte von Gutachten

Es empfiehlt sich, die professionellen Standards wissenschaftlicher Auseinandersetzung in Erinnerung zu rufen, um die Vorschläge zu beurteilen. Essentials für die Güte von Gutachten sind beispielsweise:

1. Eine Politikempfehlung sollte auf einer korrespondierenden Ist-Analyse der Probleme aufbauen, damit z. B. nicht Lösungen für Probleme angeboten werden, die gar nicht existieren oder vernachlässigt werden können.

2. Eine wissenschaftliche Analyse untersucht mehrere Erklärungsvariablen, da komplexe Probleme mit nur einer Ursache signifikant unwahrscheinlich sind – demgemäß die sog. Königswege auch eher aus der Welt der Märchen stammen als aus der Welt der Wissenschaft.

3. Aussagen, auf denen Empfehlungen basieren, sollten empirisch fundiert oder zumindest nachvollziehbar belegt sein, damit sie prinzipiell überprüfbar sind und nicht als reine Bekenntnisse entweder zu glauben oder aber eben nicht zu glauben sind.

4. Thesen professioneller und wissenschaftlich orientierter Politikempfehlungen sind so zu strukturieren, dass sie grundsätzlich kritisierbar sind und sich nicht z. B. als Tautologien oder unwiderlegbare Äußerungen („Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, dann ändert sich das Wetter oder es bleibt wie es ist“) schon a priori gegen jede mögliche Widerlegung immunisieren.

5. Professionelle Politikempfehlungen sollten die Opportunitätskosten ihrer angeratenen Strategien berücksichtigen und nachvollziehbar ausweisen, d. h., es ist zu dokumentieren, welche Folgen bzw. Kosten entstehen, wenn man der Empfehlung folgt und damit andere denkbare Alternativstrategien außer Acht lässt (man spart z. B. heute Geld, hat dafür aber morgen erhebliche Mehrausgaben).

6. Die Berücksichtigung auch der nicht-beabsichtigten Effekte von Politikempfehlungen neben den beabsichtigten gehört zu den Standards professioneller Wissenschaft, da z. B. sonst keine Nettowirkungen beschrieben werden können, wie etwa Mitnahmeeffekte. Wer nur das untersucht, was er gewollt hat, ist blind für alles, was sich jenseits seiner Wunschvorstellungen abspielt.

7. Politik- und Unternehmensberatung steht stets in einem ethisch-normativen Kontext. Diesen explizit zu machen, sollte zu den Standards wissenschaftlich seriöser Gutachten zählen, da stets Handlungsbereiche begutachtet werden, in denen handfeste Interessenkollisionen win-win-Lösungen zur Ausnahme machen.

Achim Trube ist Dipl.-Sozialwissenschaftler, Dr. sc. pol. und Prof. für Sozialpolitik und Sozialverwaltung an der Universität Siegen. Forschungsschwerpunkte sind die Arbeitsmarktpolitik, Neue Steuerung, Qualitätsmanagement und Kosten-Nutzen-Analysen sozialer Dienste sowie die Verwaltungsmodernisierung.

Norbert Wohlfahrt ist Dipl.-Soziologe, Dr. rer. soz. und Prof. für Sozialmanagement, Verwaltung und Organisation an der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe. Forschungsschwerpunkte sind die Entwicklung sozialer Dienste, die Verwaltungsmodernisierung und sozialraumbezogene Soziale Arbeit.

### Therapie ohne Analyse – oder: Der Bote, der die schlechte Nachricht überbringt, ist zu erschlagen

Schaut man sich unter dieser Perspektive die Gutachten bzw. Empfehlungen der letzten Monate zur Sozialhilfe und Arbeitsmarktpolitik an, dann wird deutlich, dass sie nicht einmal diesen allgemeinen Standards der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften genügen.

#### Ad 1: Korrespondenz von Analyse und Empfehlung

Die meisten Vorschläge der Hartz-Kommission wie z.B. JobCenter, PersonalServiceAgenturen (PSA), Familienfreundliche Quick-Vermittlung, Neue Zumutbarkeit etc. (vgl. Hartz 2002b), zielen im Wesentlichen letztlich darauf ab, die Übergänge von Arbeitslosigkeit in Arbeit zu verbessern, was unterstellt, das eigentliche Problem in der Bundesrepublik sei eine Mismatch- bzw. friktionelle Arbeitslosigkeit, d.h., dass vorhandene Arbeitslose nicht passgenau auf die vorhandenen Stellen zu vermitteln wären. Nur: Das ist ausdrücklich nicht das entscheidende Problem, sondern die negative Arbeitsmarktbilanz, die einen Fehlbedarf von ca. sechs Millionen Stellen ausweist. In der Bundesrepublik herrscht seit über 25 Jahren Massenarbeitslosigkeit, die in ihren Grundzügen maßgeblich eher auf Struktur- als auf Vermittlungsprobleme zurückzuführen ist. Zur Erklärung heranzuziehen sind neben den tendenziell sinkenden Wachstumsraten der Volkswirtschaft insbesondere der Produktivitätsfortschritt mit der Ersetzung vor allem gering qualifizierter Arbeitskraft durch High-Tech-Kapital und die Globalisierung von Geld- und Warenströmen bei internationaler Konkurrenz, die Kapital unproduktiv in monetären Werten absorbiert, die zudem die Verschiebung der relativ „teuren“ Einfacharbeitsplätze in sog. Billig-Lohn-Länder beschleunigt und schließlich u.a. zu Fusionen

zwingt, bei deren Synergieeffekten es zu gigantischen Vernichtungen von Erwerbsarbeit kommt. So ist die Arbeitslosigkeit offensichtlich nicht durch Vermittlungsinkompetenz oder durch eine – wie auch immer gartete – Passivität der Arbeitslosen bedingt, die etwa durch neue Zumutbarkeitsregelungen heilbar wäre. Ursache ist vielmehr neben nationalstaatlich gar nicht mehr zu beeinflussenden Faktoren insbesondere eine lang andauernde Passivität der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die den Strukturwandel nicht angemessen zu begleiten wusste. Die Hartzsche Therapie ist offenkundig nicht durch eine fundierte Diagnose vorbereitet, was aber den ungetrübten Genesungsoptimismus (Halbierung der Arbeitslosigkeit bis 2005) dann auch nicht weiter behindern kann. Auf den drei Seiten allgemeiner Analyse des knapp 350 Seiten starken Kommissionsberichts (vgl. Hartz u.a. 2002c) findet sich im Wesentlichen nur ein Satz – „Die bloße Konzentration auf die Vermittlung kann das Problem nicht lösen“ (S. 37) –, der den Matching-Optimismus einschränkt, und im Empfehlungsteil nur ein Modul, der sog. Job-Floater, d.h. die Option auf zinsgünstige Kredite bei Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, das – wenn auch wenig differenziert – auf das zentrale Problem der negativen Arbeitsmarktbilanz Bezug nimmt (vgl. Hartz u.a. 2002c, S. 265-269).

#### Ad 2: Multikausale Strategieempfehlungen

Die Vorstellung, auf einen Schlag alle Probleme zu lösen, ist märchenhaft und lässt sich so auch gut vermarkten. Wenn man erst mehrere Ursachen ermittelt und dann zu differenzierten Strategien raten muss, lässt sich dies weder kurz und knapp noch öffentlichkeitswirksam platzieren. Gutachten unterliegen insbesondere dann dieser Versuchung, wenn sie im Wesentlichen nur einen Grund für das zu lösende Problem zum Gegenstand

machen, wie etwa die Sozialhilfe als Ursache von Arbeitslosigkeit des gering qualifizierten Erwerbspersonenpotenzials. In diesem Fall muss auch nur eine Lösung aufgetan werden – Halbierung der Sozialhilfe mit gerade einmal zwei flankierenden Ergänzungen (vgl. Sinn u.a. 2002 S. 19 ff.) – und das Herkuleswerk ist vollbracht. Solche einseitigen Modelle sind in fast allen Fällen auffallend zu einfach gestrickt, da sie zumeist nur einen sehr kleinen Anteil der tatsächlich unterschiedlichen Erscheinungen des Problems erfassen können. Auch die massive Diskussion um die Untauglichkeit der Bundesanstalt für Arbeit, die zur Einsetzung der Hartz-Kommission beigetragen hat, unterstellte zumeist nur einen einzigen entscheidenden Grund für die Probleme, nämlich den Dilettantismus der Anstalt, die dann von Amts wegen verhängnisvollerweise auch noch die katastrophalen Arbeitsmarktzahlen monatlich zu verkünden hat. Vorschläge, die Anstalt aufzulösen oder die wesentlichen Teile als Zeitarbeitsfirmen / PSA auszulagern (vgl. Hartz 2002b, Modul 8), haben insofern etwas vom zweifelhaften Charme „bewährter“ Problemlösungsstrategien des Altertums, als gelegentlich der Bote, der die schlechten Nachrichten zu überbringen hatte, kurzum erschlagen worden ist, was aber das jeweilige Verhängnis (heute: Massenarbeitslosigkeit) nicht ungeschehen macht. Sicherlich ist die Bundesanstalt für Arbeit noch kein professionelles Dienstleistungsunternehmen, doch kann das nicht schlicht mit dem Hauptgrund der Arbeitslosigkeit verwechselt werden. Gefordert sind vielmehr vielseitige Erklärungsmuster, um verschiedenartige Problemlösungen zu entwickeln, die dann im Sinne von Versuch und Irrtum Lernprozesse in die Wege leiten.

#### Ad 3: Empirische Fundierung von Empfehlungen

Ein etwas modifizierter Erklärungsansatz von Arbeitslosigkeit liegt einem weiteren Vorschlag der Hartz-Kommission zu Grunde, und zwar der sog. Ich-AG: Hier wird unterstellt, dass eine maßgebliche Ursache von Arbeitslosigkeit die vorherrschende Schwarzarbeit sei (vgl. Hartz 2002b, Modul 9), der mit der Schaffung bzw. Legalisierung von Mini-Dienstleistungsjobs bei voller Sozialversicherung und 10%iger Besteuerung beizukommen sei. Auch wenn die Ursachenvermutung „Schwarzarbeit“ zuerst einmal etwas anders aussieht als die Mismatch-Hypothese, so ist doch das Argumentationsmuster verwandt. Das verhärtete Strukturproblem „Arbeitslosigkeit“ (s.o.) wird zu einem Problem persönlichen Fehlverhaltens der Betroffenen gemacht, denen ähnlich wie bei der PSA-, dem JobCenter- und dem Zumutbarkeits-Vorschlag durch Fördern und Fordern mit neuen Repressionen – etwa der Umkehr der Beweislast bei Ablehnung einer Stelle (vgl. Hartz 2002b, Modul 3) – „auf die



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Sprünge" geholfen werden muss. Gemeinsam ist diesen „Argumentations“-Figuren, dass das Opfer der arbeitsmarktlichen Strukturentwicklung zum Täter umdefiniert wird (blame the victim), das letztlich durch sein individuelles Fehlverhalten (Schwarzarbeit, Motivationsmangel etc.) für die Krise verantwortlich zu machen ist. Dass dabei durch die Umkehr der Beweislast quasi unterwegs fundamentale Grundsätze des Rechtsstaats über Bord geworfen werden, geht anscheinend im allgemeinen Aktivierungsfieber unter. Aus wissenschaftlicher Sicht ist allerdings entscheidend, dass die zentrale Hypothese, aus der die Ich-AG-Empfehlung ihre Legitimation bezieht, nämlich die Unterstellung, dass Arbeitslose in maßgeblichem Umfang schwarzarbeiten, – 10-25% des Schwarzarbeitsvolumens (vgl. Hartz u.a. 2000c, S. 276) – letztlich empirisch völlig unbelegt bleibt. Hier reicht offensichtlich die Unterstellung anstatt des Beweises und das Versprechen, dass dadurch bis zu 500.000 neue Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen wären (vgl. Hartz u.a. 2002c, S. 276). Empirische Studien zum Phänomen „Schwarzarbeit von Arbeitslosen“ lassen eher Vorsicht hinsichtlich einer Überschätzung angeraten sein (vgl. z. B. Trube 2002); das muss allerdings nicht weiter irritieren, wenn man Empfehlungen auf Behauptungen aufbaut, anstatt mühselige Detailforschung zu betreiben.

**Ad 4: Logische Konsistenz und Überprüfbarkeit**

Nicht nur von wissenschaftlich höchst zweifelhafter Güte sind Aussagen, die Basisanforderungen der Logik nicht genügen. Zu diesen Aussagen gehören Tautologien oder Zirkelschlüsse, die beispielsweise das, was sie erklären wollen, aus dem folgern, was zu erklären ist (Der Mensch ist sündig, weil er schon sündig auf die Welt gekommen ist). Bei Hans-Werner Sinn lässt sich diese bemerkenswerte Konstruktion bewundern, indem im Ifo-Gutachten ausgeführt wird: „Die Sozialhilfe zieht eine Untergrenze in das Lohngefüge ein und erzeugt dadurch Arbeitslosigkeit. Kein Unternehmer stellt jemanden ein, dessen Wertschöpfung kleiner ist als der Lohn, den er dafür bezahlen muss... Anspruchsberechtigte, deren Produktivität nicht oder nur wenig über dem Sozialhilfeniveau liegt, sind nicht vermittelbar“ (2002, S.49). Auf den Punkt gebracht: Sozialhilfeempfänger sind Sozialhilfeempfänger, weil Sozialhilfeempfänger unproduktiv sind, und deshalb auch Sozialhilfeempfänger sind. Der Nachteil dieser hermetischen Schlussfolgerungskette ist wissenschaftlich allerdings folgender: Es gibt grundsätzlich kein einziges empirisches Ereignis, das zwischen die Glieder diese Ket-

te dringen könnte, um quasi als experimentum crucis die Aussage widerlegbar zu machen: Weil Sozialhilfeempfänger immer schon unproduktiv sind, weil sie ja Sozialhilfeempfänger sind, kann es keine Sozialhilfeempfänger geben, die ausreichend produktiv sind, weil sie ja dann keine Sozialhilfeempfänger mehr wären. In dieser Fassung unterscheiden sich wissenschaftliche Gutachten nicht mehr von Glaubensbekenntnissen, da sie so angelegt sind, dass sie nicht widerlegbar sind, also der rationalen Kritik sich grundsätzlich verschließen.

**Ad 5: Ausweisung von Opportunitätskosten**

Solide Politikempfehlungen beinhalten eine Prognose der Kosten und des Nutzens der jeweiligen Reformvorschläge. Dies reicht allerdings für eine sachgerechte Abwägung der eingebrachten Empfehlungen nicht aus, denn die Realisierung der Empfehlungen bedeutet zugleich, dass denkbare Alternativen nicht umgesetzt werden, was wiederum mit speziellen Kosten verbunden sein wird. Wenn Hartz z.B. vorschlägt, die Energien und Ressourcen auf das Vermittlungsgeschäft, die Gründung unternehmerischer Marginalexistenzen (Ich-AG's) sowie die Subventionierung von Arbeitnehmerverleih aus den Mitteln der BA zu fördern, ist dies jeweils mit spezifischen Opportunitätskosten der unterlassenen Alternativstrategien versehen, die aber in dem Gutachten weithin außer Acht gelassen werden. Im Einzelnen heißt dies z.B., wenn die Ressourcen auf das Vermittlungsgeschäft, das „Herzstück“ des Hartz-Konzepts (Hartz u.a. 2000c, S. 148), konzentriert werden und durch Abschaffung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes Chancen zur zusätzlichen Beschäftigung in privaten Zeitarbeitsfirmen geschaffen werden sollen (vgl. Hartz u.a. 2002c, S. 150), dann stehen diese in den privaten Sektor fließenden öf-

fentlichen Gelder beispielsweise nicht mehr für die intelligente Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik zur Verfügung. Damit aber könnten auf dreierlei Weise Arbeitsplätze und Nutzen ge-

schaffen werden: Erstens würden unmittelbar ansonsten arbeitsmarktlich Ausgegrenzte beschäftigt, zum zweiten würde die öffentliche, soziale und ökologische Infrastruktur verbessert und drittens würden direkte und vollständige Einnahmen in den gesetzlichen Sozialversicherungen erzielt, die die Minimal-Jobs nicht zu bieten haben. Diese unmittelbaren Effekte werden aufgegeben zugunsten einer vagen Hoffnung auf eventuelle „Klebeeffekte“ von Zeitarbeit (Hartz u.a. 2000c, S. 147), und zwar in einem sich reduzierenden Arbeitsmarktsegment für die

Geringqualifizierten, wobei allerdings die öffentlichen Subventionen bei Hartz den privaten Unternehmen und nicht der gesellschaftlichen Infrastruktur zugute kommen werden.

Ähnlich verhält es sich mit den empfohlenen Ich-AGs, die zuerst einmal nur für haushaltsnahe Dienstleistungen vorgesehen werden sollen und durch die öffentlichen Zuschüsse zu den Sozialabgaben und eine Mini-Steuer von 10% die schon begüterten Haushalte nochmals begünstigen (vgl. Hartz u.a. 2002c, S. 165 ff.). Indem einerseits der Preis für die angebotene Dienstleistung durch Subventionierung der Sozialbeiträge künstlich gesenkt wird und zudem die Besserverdienenden die Dienstleister nochmals steuerlich absetzen können sollen (vgl. Hartz u.a. 2000c, S. 170), ergibt sich andererseits für die zuvor Arbeitslosen zumeist eine Existenz in Armut („working poor“), die als einzige Erwerbstätigkeit wohl kaum den Lebensunterhalt gewährleisten kann. Angesichts der öffentlichen Armut, insbesondere was das Angebot menschenwürdiger Pflegeeinrichtungen, zuverlässiger Kinderbetreuung, Sanierung von Schulen usw. angeht, ist es verwunderlich, dass die öffentliche Subvention nicht direkt dort hin geleitet wird, wo die Effizienz der Verteilungswirkung am größten ist. Das wäre nämlich dort, wo der Bedarf am wenigsten ohne Förderung gedeckt werden kann, und zwar in Verknüpfung mit geregelter Beschäftigung, die außerdem auch noch hinreichend existenzsichernd ist. Einer solchen Alternative der Verbesserung der sozialen und lokalen Infrastruktur mit gleichzeitiger Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind insgesamt zwei halbe Seiten (268/269) des voluminösen Gutachtens – allerdings auch im Hinblick auf Großprojekte – gewidmet worden, wobei die Finanzierung durch eine weitere Kreditaufnahme der schon völlig verschuldeten Kommunen empfohlen wird.

**Ad 6. Berücksichtigung nicht-intendierter Effekte**

Von geradezu bestürzend geringer Nachdenklichkeit ist das Hartz-Papier – im Übrigen wie auch das Sinn-Gutachten – bei der angemessenen Berücksichtigung der nicht beabsichtigten Folgen der angedienten Problemlösungsstrategien. Das Ifo-Gutachten verwendet beispielsweise keine Zeile darauf, was aus dem Personenkreis wird, dem die Sozialhilfe auf die Hälfte reduziert wird, und diese gleichwohl die angebotene Arbeitsgelegenheiten bei den Kommunen möglicherweise nicht als Hilfen bzw. Förderung erkennen und dann auch nicht annehmen können. Vielleicht ist es von professoralen Gutachtern zu viel verlangt, sich ein Leben mit 146,50 (halbierter Regelsatz) im Monat vorzustellen, was aber nicht entschuldigt, nicht einmal die gesellschaftlichen und sozialstaatlichen Folgen eines solchen Vorschlags mit ins Kalkül zu ziehen.

Die Hartzsche Therapie ist offenkundig nicht durch eine fundierte Diagnose vorbereitet.

Bei Hartz liegen die „blinden Flecken“ vor allem bei der konsequenten Unterlassung der Ausweisung von Netto-Nutzen-Wirkungen, indem fast durchgängig die Verdrängungs-, Substitutions- und Mitnahmeeffekte seiner Vorschläge ignoriert bzw. bagatellisiert werden. Dies gilt sowohl für die Anhebung der Grenzen der geringfügigen Beschäftigung auf 500 €, die Vorschläge zur Ich-AG oder zur subventionierten Leiharbeit. Gefährlich werden solche Blind-Gutachten, wenn die von Ihnen vorgeschlagenen Problemlösungen mit der Gefahr verbunden sind, dass die nicht beabsichtigten Nebeneffekte die eigentlich beabsichtigten Effekte übersteigen könnten, so dass im Saldo ein größerer Schaden als Nutzen entsteht. Dies ist insbesondere bei den Verdrängungseffekten normaler Beschäftigungsverhältnisse durch die für die Unternehmen deutlich günstigeren geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und die Subunternehmerschaft von Ich-AGs möglich. Es wäre betriebswirtschaftlich irrational, wenn ein Unternehmer, sich die dann bietenden Gelegenheiten zur Personalkostensenkung entgehen ließe (vgl. Bofinger 2002). Die im Hartz-Papier eingebaute „Sicherheit“, dass zur Vermeidung von Missbrauch bei Unternehmen die Anzahl von Beschäftigten aus Ich-/Familien-AGs im Verhältnis zu normalen Beschäftigten höchstens 1:1 betragen darf (vgl. Hartz u.a. 2000c, S. 167 f), erlaubt im Umkehrschluss maximal eine Vernichtung von 50% der vorhandenen regulären Einfacharbeitsplätze, und zwar mit erheblichen unternehmerischen Einsparungen die Lohn- und Lohnnebenkosten betreffend.

#### Ad 7: Die Ausweisung des normativen Bezugs

Die aktuell diskutierten Gutachten operieren mit dem Schein einer wissenschaftlich neutralen Bestandsaufnahme und Konzeptentwicklung. Aber: Alle strukturellen Faktoren ausgeblendet, bleiben nur noch die Arbeitslosen als individuell verantwortlich zu machende Vermittlungshemmnisse. Diese interessengeleitete Aktivierungsphilosophie verlangt von den Betroffenen Verhaltensänderungen, während für die Arbeitsplatzanbieter es in der Regel kostengünstiger werden soll, Arbeit produktiv zu nutzen. Dass dies zugleich bedeutet, dass Arbeit immer weniger als Mittel zum Leben taugt, bleibt unausgesprochen. Die normative Prämisse lautet: Hauptsache Arbeit, wenn nötig auch mit Zwang (vgl. Hartz u.a. 2000c, S. 97 ff.), egal ob qualifizierte oder lebenssichernde Erwerbsarbeit geboten werden kann.

**Die „neue Qualität“ des Hartz-Gutachtens**  
Die neue Qualität des Hartz-Gutachtens, die im Unterschied zum ifo-Gutachten zu brei-

ter öffentlicher Zustimmung geführt hat, besteht in der Kombination von Aktivierungs- und Entbürokratisierungselementen. Einerseits folgen die auf Aktivierung zielenden Ansätze dem bekannten Muster des Generalverdachts individueller Untauglichkeit und Verweigerung, indem den Arbeitslosen mit Arbeitszwang und Leistungskürzungen – z.B. Abschaffung der Dynamisierung des Arbeitslosengeldes (vgl. Hartz u.a. 2000c, S. 133) – Mobilität und Flexibilität beigebracht werden sollen, wobei überdies den Gewerkschaften zusätzliche Angebote gemacht werden, die das Ganze für sie hinnehmbarer machen sollen, wie etwa die sozialversicherungspflichtige und

tarifliche Regelung der Leiharbeit (vgl. Hartz u.a. 2000c, S. 152 f.). Durch die Entbürokratisierung und Deregulierung andererseits soll parallel eine Situation erzeugt werden, die

allen Seiten, d.h. den Arbeitslosen, der Arbeitsverwaltung und den Arbeitgebern, einen Reformprofit verspricht.

Das auf den ersten Blick faire Angebot, enthält allerdings jede Menge Elemente, die eine Parität vermissen lassen, was Lasten und Pflichten anbetrifft. Es reiht sich damit bruchlos in die allgemeine – zumeist zivilgesellschaftlich verbrämte – Aktivierungsstrategie der neosozialen Reformoptionen ein, die vielfach die Gefahr laufen, allgemeine Lebensrisiken zu reprivatieren (z.B. Rentenreform etc.). Dass dies im Fall von Arbeitslosigkeit bzw. Berufsnot nun offensichtlich verstärkt ansteht, macht beispielsweise der Vorschlag deutlich, dass Ausbildungsplätze über so genannte Ausbildungszeitwertpapiere von Eltern, Großeltern etc. erworben werden sollen, die auf der Basis dieser Einzahlungen oder Spenden zur Berufsausbildung arbeitsloser Jugendlicher berechtigen (vgl. Hartz u.a. 2000c, S. 110 ff.). Ebenso bemerkenswert in diesem Sinne ist auch die Idee, dass die potenziellen Verursacher von Arbeitslosigkeit, d.h. die Unternehmen, wenn sie Entlassungen vermeiden, einen Anspruch auf Reduzierung ihrer Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhalten sollen (vgl. Hartz u.a. 2000c, S. 144), was umgekehrt für Arbeitnehmer, die nicht kündigen, natürlich nicht gilt. Auch der Pflicht der Arbeitslosen, unterqualifizierte und unterbezahlte (Leih)arbeit zu akzeptieren, steht andererseits keinesfalls ein individueller Rechtsanspruch auf passgenaue Angebote zur Erwerbsintegration gleichberechtigt gegenüber, obwohl gerade diese individuell zugeschnittenen Wahl- und Handlungsoptionen allenthalben in ihrer Wichtigkeit betont und postuliert werden (vgl. Hartz u.a. 2000c, S. 45, 48 ff.). Insofern ist auch das

Motto „Kunden und Mitarbeiter ... begegnen sich auf gleicher Augenhöhe“ (Hartz u.a. 2000c, S. 97), wohl eher lyrisch als empirisch zu verstehen, zumal die zur Bundesagentur mutierte Bundesanstalt sanktionsbewehrt fordern kann und der Bürger hingegen statt zu fordern zu folgen hat. „Fordern und Folgen“ ist aber ein recht eigenwilliges Verständnis von „Modernen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Titel der Hartz-Papiere), das sich nur schwer mit dem postulierten Grundsatz der Neuen Arbeitsmarktpolitik, d.h. der Förderung von Eigenaktivität vertragen wird (vgl. Hartz u.a. 2000c, S. 45 ff). Im Ergebnis bleibt festzuhalten: Mit dem Hartz-Konzept hat der aktivierende Sozialstaat nunmehr ein neues Niveau sich selbst bestätigender Effektivitätsvergewisserung entwickelt. Denn auch wenn Ich-AGs mobil in ganz Deutschland und darüber hinaus zu tariflich abgesicherten Niedriglöhnen jede Form „zumutbarer“ Arbeit machen werden bzw. die ursprünglich Arbeitslosen in den Verleihfirmen bei fortwährendem Bezug von Arbeitslosengeld „verschwinden“, dann dürfte die Arbeitslosigkeit in Zukunft tatsächlich kein bewegendes Thema mehr sein. Geht das Konzept in dieser Form nicht bruchlos auf, dann dürfte es an den Merkmalen der wenig flexiblen, gering motivierten und undynamischen Betroffenen gelegen haben, die folglich immer stärker zu aktivieren sind. Das Aktivierungskonzept ist von seiner logischen Struktur her eindeutig kein „Lernendes System“, da im Fall eines Misserfolgs schon wie bislang die Ursachen bei den Betroffenen und nicht im System zu suchen sein werden.

spw 5/2002

#### Literaturhinweise:

- Bofinger, Peter 2002: Manager sind mäßige Ratgeber; im Handelsblatt 31.07.2002
- Hartz, Peter 2002a: Ich bin Überzeugungstäter – Interview mit Stefan Aust, Konstantin v. Hammerstein, Michael Sauga; in: Der Spiegel, Heft 26 v. 24.06.02, S. 36-38
- Hartz, P. 2002b: 13 Module zum Abbau der Arbeitslosigkeit v. 31.07.2002, Bonn (masch. vervielf. Ms)
- Hartz, P.; Bensenl, Norbert; Fiedler, Jobst; Fischer, Heinz; Gasse, Peter; Jann, Werner; Kraljic, Peter; Kunkel-Weber, Isolda; Luft, Klaus; Schartau, Harald; Schickler, Wilhelm; Schleyer, Hanns-Eberhard; Schmid, Günther; Tiefensee, Wolfgang; Voscherau, Eggert 2002c: Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – Vorschläge der Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit, Bonn
- Sinn, Hans-Werner; Holzner, Christian; Meister, Wolfgang; Ochel, Wolfgang; Werding, Martin 2002: Aktivierende Sozialhilfe – Ein Weg zu mehr Beschäftigung und Wachstum; in: ifo Schnelldienst – Sonderausgabe, 55. Jhg. Heft 9 v. 14.05.02
- Trube, A. (2002): Vom Wohlfahrtsstaat zum Workfarestate – Sozialpolitik zwischen Umstrukturierung und Neujustierung; in: Dahme, Hans-Jürgen; Otto, Hans-Uwe; Trube, A.; Wohlfahrt, N.: Soziale Arbeit für den neuen Sozialstaat – Analysen und Perspektiven zu aktuellen Herausforderungen (Sozialpolitik und Sozialmanagement, Bd. 3) Münster (i.E.)
- Zimmermann, Klaus 2002: Mehr Druck machen – Interview mit Michael Sauga; in: Der Spiegel, Heft 2 v. 14.01.02

# Haushaltspolitik nach der Bundestagswahl 2002 – Was können und was könnten wir erwarten?

Von Margit Schratzenstaller

Die Handlungsfähigkeit eines jeden Staates wird maßgeblich durch seine Haushaltspolitik bestimmt. Die Verfügung über ausreichend Finanzmittel ist eine notwendige Bedingung dafür, dass der Staat aktiv seine Aufgaben gestalten und bewältigen kann. Staatliche Aufgaben und deren Finanzierung stellen immer einen Eingriff in das idealtypische freie Spiel der Marktkräfte dar. Der herrschende Mainstream in Wissenschaft und Politik problematisiert das Verhältnis von „Markt“ und „Staat“ zunehmend im Sinne eines Zuviel an Staat: Danach werden staatliche Aktivitäten – wenn sie über die Gewährleistung eines stabilen rechtlichen Rahmens und die Garantie des Privateigentums hinausgehen – weitgehend als hemmend für die ökonomische Entwicklung begriffen. Hinsichtlich dieses neoliberal geprägten Verständnisses der Funktion des Staates, wonach „Staatsversagen“ gegenüber „Marktversagen“ das größere Übel ist, unterscheiden sich mittlerweile die beiden großen Volksparteien und ihre jeweiligen potenziellen kleinen Koalitionspartner kaum noch.

## „3 mal 40“ – Das Wahlprogramm der CDU/CSU zur Finanzpolitik

Unter der plakativen Formel „3 mal 40“ firmiert das finanzpolitische Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 2002: Der Spitzensatz der Einkommensteuer, die Staatsquote und der Beitragssatz in der gesetzlichen Sozialversicherung sollten auf jeweils unter 40 % gesenkt werden. Mit welchen konkreten Auswirkungen hätte bei einer Umsetzung dieser „3 mal 40“-Programmatik gerechnet werden müssen?

Weitere Senkungen des Spitzensteuersatzes führen – abgesehen davon, dass sie aus verteilungspolitischen Gründen abzulehnen und auch vor dem Hintergrund des EU-Umfeldes keineswegs erforderlich sind (vgl. Schratzenstaller 2002) – zu Steuerausfällen, die durch Einsparungen aufgefangen werden müssten. Denn kompensierende Erhöhungen anderer Steuern sieht das CDU/CSU-Wahlprogramm nicht vor, und eine hö-

here Staatsverschuldung ist alleine schon durch den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) ausgeschlossen. Da die Konservativen die Ausgaben mit investivem Charakter stärken wollen (ein Schwerpunkt liegt auf einer „Existenzgründer- und Innovations-Offensive“ für den Mittelstand in Ostdeutschland, ein weiterer auf einer besseren Finanzausstattung der Bundeswehr), müssten Sparprogramme zwangsläufig an nicht-investiven Ausgabenposten ansetzen, d.h. also an Sozial- und Personalausgaben: Entsprechende soziale Ver-

schlechterungen sowie Einschränkungen personalintensiver öffentlicher Dienstleistungen (z. B. Gesundheitswesen, Pflege, Kinderbetreuung etc.) wären die Konsequenz. Das zweite Ziel bezieht sich auf die Reduzierung der Staatsquote, die in der von CDU/CSU verwendeten Definition (öffentliche Ausgaben inklusive der beitragsfinanzierten Sozialversicherungszweige) sowohl durch Kürzungen der staatlichen als auch der Ausgaben der Sozialversicherungsträger gesenkt werden kann. Nur nebenbei sei hier bemerkt, dass eine so definierte Staatsquote kein geeignetes Maß für das quantitative Ausmaß der staatlichen Aktivität ist, da sie die beitragsfinanzierten Ausgaben der Sozialversicherungsträger enthält.

Mit Letzterem harmonisiert das dritte Ziel, die Sozialbeitragsreduzierung auf unter 40 %. Dieses ist nur durch eine Einschränkung der beitragsfinanzierten Leistungen zu verwirklichen, wenn der Kreis der BeitragszahlerInnen bzw. die Bemessungsgrundlage nicht erweitert werden soll (was beides nicht auf der konservativen Agenda steht). Da die Substitution beitragsfinanzierter durch steuerfinanzierte Leistungen in der gesetzlichen Sozialversicherung aufgrund der geplanten Steuersenkungen und der zu erwartenden Sparprogramme nicht realisierbar ist, bleibt nur die weitere Privatisierung, also die Ab-

wälzung sozialer Risiken auf die BeitragszahlerInnen und als Konsequenz der fortgesetzte Abbau der Umverteilungskomponenten in der Sozialversicherung.

Als knappes Fazit lässt sich damit festhalten, dass eine Umsetzung des haushaltspolitischen Dreisprungs der Konservativen weitere Steuerentlastungen für Gutverdienende (nicht nur durch die Einkommensteuersen-

kung, sondern auch durch die Abschaffung der bislang nur ausgesetzten Vermögensteuer) implizieren würde, die durch Kürzungen im sozialen Bereich ausgeglichen werden müssten:

Die Handlungsfähigkeit eines jeden Staates wird maßgeblich durch seine Haushaltspolitik bestimmt.

Weitere Umverteilung von unten nach oben also.

Allerdings muss die Realisierbarkeit der finanzpolitischen Vorschläge von CDU/CSU ernsthaft in Frage gestellt werden, da das Wahlprogramm einige durchaus ausgabenintensive Ankündigungen enthält. Allein die geplante Ersetzung des Kinder- und Erziehungsgeldes durch ein „Familiengeld“ in Höhe von 600 EURO (300 EURO) für die ersten drei (ab dem 3. Lebensjahr) jedes Kind würde jährlich mindestens 30 Mrd. EURO kosten. Der angekündigte „Kinderbonus“, der Eltern von Sozialversicherungsbeiträgen entlasten soll, würde Einnahmeausfälle in der Sozialversicherung von bis zu 2,6 Mrd. EURO bedeuten, die – da sie angesichts der angepeilten 40%-Zielmarke kaum aus Beitragserhöhungen finanziert werden können – aus dem allgemeinen Steueraufkommen gegenfinanziert werden müssten.

Die Finanzierungsvorschläge von CDU/CSU, die hauptsächlich auf Privatisierungserlöse bauen, erweisen sich bei näherer Betrachtung als wenig tragfähig. Noch schneller als in der bayerischen Heimat von Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, wo inzwischen der Bestand an privatisierbarem „Tafelsilber“ gegen Null tendiert, wird eine derartige Finanzierungsstrategie auf Bundesebene an ihre Grenzen stoßen: Zumal die Aktiva im Bundesbesitz (z. B. Anteile an Telekom AG, Deutsche Bahn AG, Post AG) angesichts der derzeitigen Situation auf den Aktienmärkten, aber auch aufgrund verfehlter Unternehmensstrategien derzeit nur schwer und wenig gewinnbringend veräußerbar sein dürften.

**Rot-grüne Finanzpolitik – eine Alternative?**

Die Umsetzung der von den Konservativen anvisierten programmatischen Eckpunkte würde keineswegs eine Trendwende in der Finanzpolitik bedeuten. Vielmehr versprechen sie eine Fortsetzung der rot-grünen Haushaltspolitik zwischen 1998 und 2002 – allerdings mit einer Beschleunigung der eingeschlagenen Gangart. Die Kritik des weiterhin amtierenden Bundesfinanzministers Hans Eichel an der geplanten Senkung der Staatsquote beschränkt sich daher nur auf die Größenordnung: Er hält lediglich eine Rückführung der Staatsquote von aktuell 48,5 % auf 45 % bis zum Jahr 2005 für erreichbar. In der Einkommensteuer sieht die rot-grüne Einkommensteuerreform in ihrer letzten Stufe 2005 einen Spitzensatz von 42 % (derzeit 48,5 %) vor. Die Zielmarke von unter 40 % bei den Sozialversicherungsbeiträgen (aktuell: 41 %) haben sich beide Seiten gesetzt. Die Zielsetzungen gehen also jeweils in dieselbe Richtung – nur scheint Eichel die Finanzierungsrealitäten etwas stärker zu berücksichtigen. In einer Bewertung der steuerpolitischen Vorschläge von CDU/CSU hält denn auch das Bundesministerium der Finanzen zutreffender Weise fest: „In den Grundzügen setzt die [von CDU/CSU; M.S.] angekündigte ‚Große Steuerreform‘ auf Kontinuität in der Steuerpolitik. Sie hält an der Strategie der Steuer- und Unternehmenssteuerreform der Bundesregierung fest“. (Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.), 2002a).

Die rot-grüne Koalition wiederum hat ihrerseits 1998 den von der konservativ-liberalen Vorgängerkoalition eingeschlagenen finanzpolitischen Weg konsequent weiter geführt. Verteilungspolitische Elemente sind zunehmend abgebaut worden, und auf Potenziale zur Gestaltung makroökonomischer Rahmenbedingungen, die eine sozial und ökologisch nachhaltige gesamtwirtschaftliche Entwicklung ermöglichen würden, wird weitgehend verzichtet.

**Zunehmende Ungleichverteilung der Steuerlast**

Unter Missachtung der den Wahlausgang 1998 entscheidend beeinflussenden Wahlkampfversprechen hat die rot-grüne Steuerpolitik die personelle und funktionale Ungleichverteilung des gesamten Steueraufkommens noch vertieft, die seit Beginn der 1980er Jahre – mit der Amtsübernahme einer konservativ-liberalen Regierungskoalition – voran schreitet (vgl. zum Folgenden Schäfer, 2001). Die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung der Bruttolöhne- und -gehälter ist von 1980 bis 2000 von 15,8 % auf 19,4 % angestiegen. Diese zunehmende Steuerbelastung der abhängigen Arbeit wurde begleitet von einem Anstieg des Anteils der Sozialabgaben an den Bruttolöhnen und -gehältern von 12,8 % auf 16,1 %. Umge-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



kehrt wurden, wenn auch mit einer wesentlich größeren Dynamik, im selben Zeitraum die Gewinn- und Vermögenseinkommen von direkten Steuern entlastet: Hatten diese 1980 noch eine durchschnittliche Steuerlast von 15,3 % zu tragen (nur unwesentlich weniger als die Bruttolöhne- und -gehälter), so wurde 2000 ein historisches Tief von 6,7 % erreicht.

Die bis 2005 von Rot-Grün anvisierten Einkommensteuersenkungen – eine Kombination aus Erhöhung von Grundfreibetrag sowie Senkung des Eingangs- und insbesondere des Spitzensteuersatzes – führen zu einem aus der Perspektive steuerlicher Leistungsfähigkeit problematischen U-förmigen Entlastungsverlauf: Mit steigendem Einkommen sinkt zunächst die prozentuale Entlastung, um im Bereich sehr hoher Einkommen wieder anzusteigen (vgl. Seidel 2001).

**Einschränkung finanzpolitischer Handlungsspielräume**

Mit den umfangreichsten Steuerreformen in der Geschichte der Bundesrepublik hat die rot-grüne Bundesregierung die bereits von der Vorgängerregierung erodierten Handlungsspielräume der Finanzpolitik weiter beschritten: Die Steuerausfälle werden für den Zeitraum 1999 bis 2003 auf über 98 Mrd. EURO geschätzt (vgl. Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.), 2002b); dies entspricht immerhin knapp 4,3 % der gesamten Steuereinnahmen in diesem Zeitraum. Damit wur-

de das finanzpolitische Korsett noch enger geschnürt. Von den laufenden Steuersenkungen verursachte Haushaltslöcher können aufgrund der Vorgaben des SWP, der den EU-Mitgliedsländern einen Haushaltsausgleich bis 2004 vorschreibt, nicht mehr durch erhöhte Neuverschuldung gestopft werden. Der einzig mögliche Ausweg aus diesen hausgemachten finanzpolitischen Engpässen ist, da sämtliche Optionen zur Erhöhung der Einnahmen verbaut worden

**Die rot-grünen Steuerreformen haben ein Problem verschärft: Die Aushöhlung der finanziellen Basis der Kommunen, denen immer mehr Aufgaben zugeschoben werden**

sind, die Senkung öffentlicher Ausgaben; die rot-grüne Koalition hat diesen Weg mit diversen Sparpaketen auch konsequent beschritten. Alarmierend ist, dass in den letzten Jahren innerhalb der Gebietskörperschaften eine Verschiebung von öffentlichen Aufgaben an die unter-

ste Ebene und parallel die Schwächung von deren finanzieller Handlungsfähigkeit zu beobachten ist. Die rot-grünen Steuerreformen haben ein Problem verschärft, das seit Jahrzehnten virulent ist: Die Aushöhlung der finanziellen Basis der Kommunen, denen gleichzeitig von Bund und Ländern immer mehr öffentliche Aufgaben zugeschoben werden (vgl. Busch 2002, S. 7). Von der rot-grünen Steuersenkungspolitik sind die Kommunen – als letztes Glied in der Kette – am härtesten betroffen. Sie haben nicht nur mit direkten steuerreformbedingten Ausfällen bei Einkommensteuer- und Gewerbesteuer zu kämpfen, sondern die Länder geben darüber hinaus ihre Steuereinbußen an die Gemeinden weiter, indem sie Zuweisungen

innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs kürzen.

Fatal für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist die fiskalische Austrocknung der Kommunen v.a. deshalb, weil diese mit knapp Zwei Dritteln den Großteil der öffentlichen Sachinvestitionen tätigen. In den vergangenen zehn Jahren ist das Volumen der kommunalen Investitionen nominal um 34 % gesunken, mit einer Erholung ist aufgrund der aktuellen Finanzprobleme nicht zu rechnen. Die öffentlichen Investitionen betragen mittlerweile noch 1,5 % des BIP (geschätzt für 2002) und befinden sich damit auf einem bislang unerreichten Tiefststand; 1970 hatten sie sich auf 4,6 %, 1992 vereinigungsbedingt immerhin noch auf 2,9 % des BIP belaufen (vgl. Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.), 2002c). Diese Entwicklung war und ist nicht ohne nachhaltige negative Konsequenzen für Wachstum und Beschäftigung.

Die öffentlichen Investitionen betragen mittlerweile noch 1,5 % des BIP (geschätzt für 2002) und befinden sich damit auf einem bislang unerreichten Tiefststand; 1970 hatten sie sich auf 4,6 %, 1992 vereinigungsbedingt immerhin noch auf 2,9 % des BIP belaufen (vgl. Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.), 2002c). Diese Entwicklung war und ist nicht ohne nachhaltige negative Konsequenzen für Wachstum und Beschäftigung.

**Öffentliche Finanzierungsspielräume: Denkverbote und Tabus**

In welche Handlungsunfähigkeit die Finanzpolitik der vergangenen Jahre die öffentliche Hand manövriert hat und welche Denk-

verbote sich in der öffentlichen Diskussion mittlerweile verfestigt haben, hat sich in der Debatte um die Finanzierung der durch die Flutkatastrophe verursachten Schäden offenbart. Die Schuldenfinanzierungsspielräume sind, auch aufgrund der unfreiwilligen Verschuldung in Folge der reformbedingten Steuerausfälle, ausgereizt, wenn keine weitere Abmahnung aus Brüssel riskiert werden soll.

Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) von Ende August 2002 muss gegenüber der letzten Steuerschätzung vom Mai 2002 im laufenden Jahr mit steuerlichen Mindereinnahmen von ca. 10 Mrd. EURO gerechnet werden, was die Neuverschuldungsquote auf 3 % des BIP (die im Maastricht-Vertrag festgelegte Obergrenze) erhöhen wird.

Steuерerhöhungen sind nach vier Jahren Steuersenkungsrhetorik in der kollektiven Wahrnehmung derart tabuisiert, dass selbst die Verschiebung der ursprünglich für 2003 vorgesehenen zweiten Stufe der Einkommensteuerreform zur Finanzierung der Flutschäden als Steuererhöhung interpretiert wird und – unterstützt insbesondere vom konservativ-liberalen und vom Unterneh-

merlager – auf teils erhebliche Widerstände stößt. Erst recht gilt dies für die Erhöhung der Körperschaftsteuer um 1,5 Prozentpunkte auf 26,5 %, trotz deren zeitlicher Befristung. Aus der von Rot-grün maßgeblich vorangetriebenen Tabuisierung von Neuverschuldung und Steuererhöhungen ist eine absonderliche, um nicht zu sagen absurde Finanzierungsdiskussion hervorgegangen. Als Alternativen zu einer erhöhten Verschuldung und/oder zur Erschließung regelmäßig fließender zusätzlicher Steuerquellen sind eine Reihe von nicht-steuerlichen Vorschlägen zur Finanzierung des „Nothilfefonds Flutschäden“ ins Spiel gebracht worden: U.a. die Auflösung der Devisenreserven und die Verwendung des Gewinns der Bundesbank sowie die Erhebung eines einmaligen „Notopfers“, eine Abgabenart, die ältere BundesbürgerInnen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit in Erinnerung haben.

Die Devisenreserven der Bundesbank sind (ganz abgesehen davon, dass sie aus rechtlichen Gründen frühestens 2004 angetastet werden dürfen) ebenso wenig wie die schwankenden und ohnehin zur Deckung der sonstigen Haushaltslöcher bereits verplanten Bundesbankgewinne eine dauerhafte und für die Behebung der Flutschäden ausreichende Finanzierungsquelle. Auch „Notopfer“ sind für die ordentliche Finanzierung staatlicher Aufgaben in einem hoch entwickelten Industrieland, auch wenn es sich dabei um exogene Schocks handelt, kaum angemessen. Für den/die Einzelne/n

**Die aktuelle finanzpolitische Zwangslage ist nicht das Ergebnis von unausweichlichen Sachzwängen, sondern vielmehr von bewussten politischen Entscheidungen.**

**Jetzt bestellen!**

Andrea Nahles, Benjamin Mikfeld (Hrsg.)

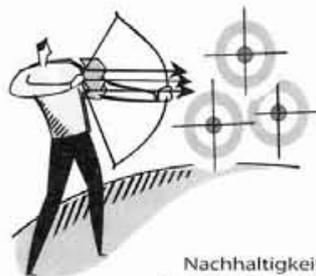


Jobs, Jobs, Jobs!

Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?



Ulla Burchardt, Reinhold Rünker (Hrsg.)



Nachhaltigkeit als Reformprinzip

Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter



Detlev von Larcher (Hrsg.)



Jenseits des Sparzwangs

Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik



Alle Bücher haben einen Umfang von ca. 120 Seiten und kosten 9,90 Euro  
Bestellungen an: [verlag@spw.de](mailto:verlag@spw.de) oder über [www.spw.de](http://www.spw.de)

ist der Unterschied zwischen zusätzlichen Steuern und Abgaben sowieso unerheblich, gezahlt werden muss so oder so. Und dass der einen, angeblich einmaligen oder zeitlich begrenzten, Abgabe die nächsten, oder eine Verlängerung bestehender Abgaben folgen, kann nicht ausgeschlossen werden. erinnert sei in diesem Zusammenhang daran, dass der Geltungszeitraum des sogenannten Solidaritätszuschlags zur Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung die ursprünglich geplante Frist inzwischen überschritten hat.

Mit einer einmaligen Abgabe unter dem Label „Notopfer“ sind angesichts der Tabuisierung von Steuererhöhungen zwar eventuell weniger Widerstände verbunden. Wer jedoch Steuererhöhungen für ökonomisch schädlich hält, müsste nach der gleichen Argumentationslogik Abgaben für noch viel schädlicher halten, da sie einmalige, nicht langfristig planbare abrupte Eingriffe in die marktlichen Dispositionen des privaten Sektors darstellen.

Einen ähnlichen Erfindungsreichtum hinsichtlich neuartiger Finanzierungsinstrumente hatte kurz zuvor die Debatte darüber hervorgebracht, wie die von der so genannten Hartz-Kommission vorgeschlagenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gegen zu finanzieren sind. Als Ersatz für eine reguläre steuer- oder schuldengedeckte Finanzierung wurde der Kunstbegriff des „Job Floater“ kreiert, welcher ein von staatlichen Stellen (abwickelnde Institution ist die Kreditanstalt für Wiederaufbau) ausgegebenes Wertpapier darstellt: (Zur allgemeinen Begriffsverwirrung trägt die irreführende Bezeichnung des geplanten festverzinslichen Wertpapiers als „Floater“ bei, denn als „floating rate notes“ werden Wertpapiere mit variablen Zinssätzen bezeichnet. Im US-amerikanischen Sprachgebrauch wird übrigens unter einem „Floater“ eine zeitlich befristet beschäftigte Arbeitskraft verstanden.)

Im Grunde bedeutet das nichts anderes als die Finanzierung über zusätzliche öffentliche Verschuldung im Umfang von bis zu 20 Mrd. EURO, versteckt allerdings in einem Schattenhaushalt und somit begriffsmäßig den Kriterien des SWP entzogen. Darüber hinaus wurde vorgeschlagen, SteuersünderInnen die fälligen Strafen zu erlassen, wenn sie ihre Kapitalanlagen aus dem Ausland zurückholen und in Deutschland in „Job-Floater“ investieren.

Auf die ökonomische Unsinnigkeit der Aussage von Bundeskanzler Gerhard Schröder, das Geld liege in Liechtenstein nur herum und solle doch deshalb lieber in Dresden arbeiten, soll hier nicht weiter eingegangen werden.

Auch machte der Vorschlag die Runde, Zins-einkünfte von ZeichnerInnen dieser Papiere steuerlich zu begünstigen, um Anreize für potenzielle AnlegerInnen zu schaffen. Abgesehen von der Frage, ob mit diesem Instru-

ment überhaupt die benötigten Finanzierungsmittel aufgebracht werden können, reißen mit dem „Job Floater“ verbundene Steuerprivilegien neue Finanzierungslöcher auf und untergraben die Steuergerechtigkeit weiter.

Diese Debatten weisen darauf hin, dass dem Staat zunehmend die Zuständigkeit für bestimmte Aufgaben bestritten wird und dementsprechend seine Legitimation zur Erhebung von Finanzierungs-, insbesondere von Steuermitteln, zur Bewältigung dieser Aufgaben in Frage gestellt wird. Ein Staatsverständnis, wonach die öffentliche Hand bestimmte Aufgaben zu erledigen hat, an deren Finanzierung sich alle Mitglieder des Staates nach Maßgabe ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit beteiligen, verliert offenbar zunehmend an Konsensfähigkeit: Was nicht verwundern kann, wenn sich der Staat selbst zunehmend die Legitimation abspricht, den Steuersubjekten qua obligatorischer Steuerzahlung den ihnen zukommenden Finanzierungsbeitrag abzuverlangen und sich auf die Durchführung von Steuer-senkungsprogrammen als die vordringlich-

ste finanzpolitische Aufgabe konzentriert. In Widerspruch dazu steht, dass gleichzeitig die nur mit Hilfe staatlicher Intervention zu bewältigenden Aufgaben an Umfang gewinnen: Die Arbeitslosigkeit nimmt im langfristigen Trend zu. Die strukturpolitischen Probleme der deutschen Wiedervereinigung sind bei weitem noch nicht überwunden, im Gegenteil: Seit einigen Jahren vergrößert sich die Wohlstands- und Entwicklungslücke zwischen alten und neuen Bundesländern wieder. Der umweltpolitische Handlungsbedarf wächst, v.a. im Bereich von Energieerzeugung- und -nutzung, wenn wenigstens die international vereinbarten Klimaschutzziele erreicht und die drohende Klimakatastrophe abgewendet werden sollen. Im Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich sieht sich die Gesellschaft mit wachsenden Herausforderungen konfrontiert. Dies führt für jede nun auf Bundesebene neu gewählte Regierung zu einem haushaltspolitischen Dilemma, das sich im Laufe der vergangenen beiden Dekaden zugespitzt hat. Denn mit Verweis auf die vorgeblich unvermeidbare Notwendigkeit von Steuersenkungen, Schuldenabbau und Haushaltskonsolidierung werden die staatlichen Einnahmenspielräume systematisch verengt. Gleichzeitig sind gerade die ProtagonistInnen eines „schlanken Staates“ oftmals diejenigen, die auf der anderen Seite zusätzliche Finanzmittel für „innere Sicherheit“ und militärische Interventionen fordern.

### Alternativen für eine sozial und ökologisch tragfähige Finanzpolitik

Die aktuelle finanzpolitische Zwangslage ist nicht das Ergebnis von unausweichlichen Sachzwängen, sondern vielmehr von bewussten politischen Entscheidungen und Weichenstellungen, für die es sowohl auf nationaler als auch auf internationaler – insbesondere auf EU-europäischer – Ebene alternative Optionen gibt. Dazu muss zunächst mit zwei Tabus gebrochen werden, die die rot-grüne Bundesregierung von ihrer Vorgängerin übernommen und sich im Laufe ihrer Amtszeit immer mehr zu eigen gemacht hat: Die Tabuisierung eines gewissen Ausmaßes an öffentlicher Verschuldung sowie einer substanziellen Besteuerung von Einkommen und Vermögen von Unternehmen und privaten Haushalten.

Sicherlich ist es langfristig sinnvoll, die Staatsverschuldung zurückzuführen – wenn auch nicht auf der Grundlage der gängigen Argumentation. Das Argument von der Lastenverschiebung auf die künftigen Generationen muss zurück gewiesen werden, da diese nicht nur die öffentlichen Schulden, son-

dern auch die entsprechenden privaten Forderungen und die kreditfinanzierten öffentlichen Sachinvestitionen erben. Eine weitere Ausweitung der Staatsverschuldung ist vielmehr deshalb problematisch, weil Zins- und Tilgungszahlun-

gen durch die allgemeine Besteuerung finanziert werden, die – wie gezeigt – zunehmend regressiver wirkt. Unter diesen Bedingungen führt Staatsverschuldung zu einer Umverteilung zugunsten der vermögendere Schichten, die die Staatspapiere halten, da diesen die Zinseinkommen zugute kommen und sie gleichzeitig zunehmend von Steuern (und damit auch den „Zinszahlungssteuern“) entlastet werden.

Allerdings wäre eine steigende Staatsverschuldung unnötig, wenn die vorhandenen steuerlichen Finanzierungsquellen wieder intensiver ausgeschöpft werden würden. Eine sozial und ökologisch zukunftsfähige Steuerpolitik muss sich an folgenden Eckpunkten orientieren.

Die Unternehmen müssen angemessen zur Finanzierung der öffentlichen Leistungen, die sie in Anspruch nehmen, herangezogen werden. Der Körperschaftsteuersatz muss zumindest auf ein, dem EU-europäischen Umfeld entsprechendes, Niveau (der durchschnittliche Körperschaftsteuersatz in der EU betrug 2001 32%; vgl. Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.), 2001) angehoben werden. Darüber hinaus ist die Abschaffung von Steuerbegünstigungen (wie die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen sowie die Er-

**Steigende Staatsverschuldung wäre unnötig, wenn die vorhandenen steuerlichen Finanzierungsquellen wieder intensiver ausgeschöpft würden**

leichterung der Bildung von steuermindernden Körperschaft und gewerbesteuerlichen Organschaften; vgl. Schratzenstaller 2002), die sachlich nicht zu begründen sind, notwendig. Auch steuerliche Privilegien für die Beziehenden hoher (Kapital)Einkünfte müssen beseitigt werden, um die umfassende Besteuerung sämtlicher persönlicher Einkünfte und damit eine Besteuerung nach der persönlichen Leistungsfähigkeit sicher zu stellen. Dies erfordert zunächst den Verzicht auf weitere Senkungen des Einkommensteuer-Spitzensteuersatzes, der im EU-Vergleich nicht exorbitant hoch ist (der durchschnittliche Einkommensteuer-Spitzenatz lag 2001 bei 50,5 %; vgl. Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.), 2001) und außerdem ohnehin erst bei einem relativ hohen Einkommen einsetzt. Das seit 2001 geltende Halbeinkünfteverfahren, wonach Dividenden und Spekulationsgewinne (d.h. Veräußerungsgewinne aus innerhalb eines Jahres verkauften Wertpapieren) nur zur Hälfte besteuert werden, ist abzuschaffen. Statt dessen ist das Vollanrechnungsverfahren wieder einzuführen, das die auf ausgeschüttete Dividenden ent-

fallende Körperschaftsteuer mit der persönlichen Steuerschuld von DividendenempfängerInnen verrechnet und so deren Besteuerung nach der persönlichen Leistungsfähigkeit sicherstellt. Spekulationsgewinne müssen zeitlich unbefristet und wieder in vollem Umfang steuerpflichtig werden. Gleichzeitig sind verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung bei Veräußerungsgewinnen sowie im Inland erzielten Zinseinkünften zu ergreifen, denn hier werden nach wie vor Steuern in zweistelliger Milliardenhöhe hinterzogen. Eine weitere Finanzierungsquelle, die ebenfalls die steuerliche Leistungsfähigkeit berücksichtigt und darüber hinaus bei geeigneter Ausgestaltung durchaus ergiebig sein kann, ist eine substantielle Erbschafts- und Vermögensbesteuerung. Die Vermögensteuer für private Vermögen ist – eventuell mit progressiven Steuersätzen – zu revitalisieren, auf der Grundlage eines Bewertungsverfahrens, das die Besteuerung der Marktwerte von Immobilien gewährleistet. Sie muss durch eine höhere Besteuerung von hohen Erbschaften flankiert werden.

weiterer unsozialer Sparprogrammen vor den kommunalen Finanzierungsproblemen zu kapitulieren, müssen Vorschläge zur Reform der kommunalen Steuern entwickelt werden, die die Mehreinnahmen ermöglichen, welche die Gemeinden zur Bewältigung ihrer wachsenden Aufgaben (Infrastrukturinvestitionen, lokale Beschäftigungsförderung, soziale Sicherung) benötigen. Ein fruchtbarer Ansatz ist die Ersetzung der Gewerbebeitragsteuer durch eine kommunale Wertschöpfungsteuer, die von sämtlichen Gewerbetreibenden einer Gemeinde entrichtet wird und deren gesamte Wertschöpfung erfasst.

Um der Steuerflucht von international mobilem Kapital die Grundlage zu entziehen, muss darüber hinaus zumindest auf EU-europäischer Ebene eine Harmonisierung bei der Besteuerung von Zinseinkünften sowie von Unternehmen angestrebt werden. Die neue Bundesregierung muss u.a. darauf hinwirken, dass die von der EU-Kommission seit 1997 angestrebte Richtlinie zur effektiveren Zinsbesteuerung, die die Einführung von zwischenstaatlichen Kontrollmitteilungen vorsieht, nun ohne weiteren Zeitverlust realisiert wird. Im Bereich der Unternehmensbesteuerung sind die Einführung eines Mindeststeuersatzes sowie die Vereinbarung der Sitzlandbesteuerung von Unternehmen anzustreben. So kann die Möglichkeit des zwischenstaatlichen Unternehmenssteuerwettbewerbs unterbunden und der wachsende Druck auf die Unternehmenssteuersätze abgeschwächt werden. Auch sollte die günstige Gelegenheit, die sich aufgrund der fundamentalen Kritik einiger EU-Mitgliedsländer (Frankreich und Portugal) am SWP derzeit bietet, ergriffen werden, um dessen Außerkraftsetzung voranzutreiben.

spw 5/2002

**Literatur:**

Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) (2002a): Fakten zu den finanzpolitischen Vorstellungen von CDU/CSU, in: [www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de), download vom 25.06.2002  
 Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) (2002b): Datensammlung zur Steuerpolitik, Berlin  
 Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) (2002c): Öffentliche Investitionen in der Diskussion, in: Monatsbericht 3/2002, S. 45 – 52  
 Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) (2002d): Finanzbericht 2003, Berlin  
 Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) (2001): Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich, in Monatsbericht 10/2001, S. 39 – 65  
 Busch, Manfred (2002): So wird die Amerikanisierung unserer Gesellschaft vorprogrammiert, in: Frankfurter Rundschau Nr. 176 vom 01.08.2002, S. 7  
 Schäfer, Claus (2001): Ungleichheiten politisch folgenlos? Zur aktuellen Einkommensverteilung, in: WSI Mitteilungen 11/2001, S. 659 – 673  
 Schratzenstaller, Margit (2002): Steuergerechtigkeit für niemanden. Rot-grüne Steuerpolitik 1998 bis 2002, in: Eicker-Wolf, Kai, et al. (Hrsg.): „Deutschland auf den Weg gebracht.“ Rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Marburg, S. 47 – 85  
 Seidel, Bernhard (2001): Die Einkommensteuerreform, in: Truger, Achim (Hrsg.): Rot-grüne Steuerreformen in Deutschland. Eine Zwischenbilanz, Marburg, S. 21 – 46

Darüber hinaus muss die Finanzierung der Gemeinden auf eine langfristige stabile Grundlage gestellt werden. Der Auftrag der von der rot-grünen Bundesregierung im Mai 2002 eingesetzten Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen geht in die falsche Richtung, soll diese doch auch Einsparpotenziale etwa durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe identifizieren (vgl. Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.), 2002d). Anstatt in dieser Weise mit der Verfolgung



spw

spw analysiert die Veränderungen im modernen Kapitalismus und zieht daraus Konsequenzen für die reformpolitische Praxis.

spw steht für die Verständigung radikalreformersicher Kräfte aus dem Umfeld von SPD, Grünen und PDS.

In spw publiziert das Forum DL21.

Kostenloses Probeheft: [www.spw.de](http://www.spw.de) oder Fax 02 31 – 40 24 16

... wissen, was die SPD-Linke diskutiert!

# Chancen für eine linke Haushaltspolitik

Von Ulrike Hensel

Ein Staat, der zu wenig an den richtigen Stellen einnimmt und zuwenig an den richtigen Stellen ausgibt, vernachlässigt die Zukunft unserer Gesellschaft, sagte einst ein Finanzwissenschaftler aus dem 19. Jahrhundert. Beides scheint ein altes und leider andauerndes Problem zu sein. Statt mit dem Defizitfetisch der Kohlregierung aufzuhören, haben SPD und Grüne mit Eichel an der Spitze das Ideal des Sparens in den letzten Jahren vervollkommen.

Nicht zuletzt mit tatkräftiger Hilfe der Sozialdemokratie beherrschten in Punkto Staatsfinanzen drei Vorurteile die öffentliche Meinung:

1. Der Staat gibt zu viel aus.
2. Die Staatsverschuldung ist zu hoch.
3. Die Steuern sind zu hoch.

Die Möglichkeit gestalten statt verwalten zu können, ist jedoch eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für einen linken Haushalt. Angesichts der desolaten Haushaltslage in Bund, Ländern und Gemeinden scheinen damit die Chancen nicht gut zu stehen.

## Hinein in die Misere

Die Transferzahlungen an die fünf neuen Länder, die generell eher schwache Wirtschaftsentwicklung, Steuergeschenke und kontinuierlich hohe Arbeitslosenzahlen haben die öffentlichen Finanzen nachhaltig geschwächt. Der sich abzeichnende Kollaps der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme führte zu dem allgemeiner Konsens, nach dem Konsolidierung wichtig und richtig ist. Dementsprechend hat Deutschland in Maastricht seine Ansicht über Haushaltsdisziplin als unabdingbare Voraussetzung für gesamtwirtschaftliche Stabilität durchgesetzt.

Im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt verpflichteten sich die EU-Staaten mittelfristig zumindest ausgeglichene Haushalte zu erzielen. Bund Länder und Gemeinden haben daher alle Konsolidierung seit Jahren auf ihre Fahnen geschrieben. Nach dem „blauen Brief“ aus Brüssel in diesem Frühjahr wurde der Sparkurs verschärft. Die Länder einigten sich auf eine Begrenzung ihrer Ausgabensteigerung auf maximal ein Prozent. Der Bund plant zurückgehende Ausgaben. Reflexartig hat Hans Eichel gerade erst das Angebot der EU ausgeschlagen, die Rückführung des Defi-

zits auf Null um zwei Jahre auf 2006 zu vertragen.

Diese Herangehensweise verneint nicht nur die Bedeutung aktiver antizyklischer Konjunkturpolitik, sie versucht auch jene automatischen Stabilisatoren außer Kraft zu setzen, die in einem Sozialstaat die in Krisenzeiten ausbleibenden Nachfrage zumindest teilweise auffangen sollen: steigende Ausgaben für Sozialleistungen bei zumindest stabilen öffentlichen Investitionen. Zusammen mit der Europäischen Zentralbank, die am liebsten jede Ölpreissteigerung mit steigenden Zinsen beantworten würde,

leugnet die Bundesregierung jedwede Verantwortung für die Konjunktur, die über eine Verbesserung der Angebotsseite hinausgeht. In die gleiche Richtung wirkt im übrigen das Hartz-Konzept, das ebenfalls nur auf die bessere Vermarktung des Arbeitsangebots setzt und das Problem mangelnder Nachfrage nach Arbeit nicht wirklich behandelt. (vgl. den Beitrag von Trube/Wohlfahrt in dieser spw-Ausgabe)

Die Sparpolitik mit ihrer negativen konjunkturellen Wirkung führt fast lehrbuchmäßig zu sinkenden Einnahmen und konterkariert eben jene Sparbemühungen. Das Defizit der öffentlichen Hand hat sich 2001 stark ausgeweitet. Bund Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen haben 53,8 Mrd. mehr ausgegeben als eingenommen. Das Finanzierungsdefizit gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat 2,7% erreicht. Ohne Sondereinnahmen aus UMTS, geringere EU-Abführungen und höhere Bundesbankgewinne stünde der Bund genauso vor einer steigenden Nettokreditaufnahme wie die Länder.

Angesichts der drohenden Überschreitung des 3%-Kriterium wirkt die Beharrlichkeit den eingeschlagenen finanzpolitischen Kurs fortzusetzen, immer seltsamer.

## Wegbrechende Einnahmen

Inzwischen ist zumindest bei den Ländern und Gemeinden eine Schmerzgrenze überschritten – da selbst eine überproportionale Begrenzung der beeinflussbaren Ausgaben,

die wegbrechenden Einnahmen und die Steigerungen bei den konjunkturbedingten Mehrausgaben in der Sozialhilfe nicht mehr kompensieren können. Nach der Mai-Steuerschätzung werden bis 2005 allein die Länder 25,5 Milliarden Euro weniger Steuern einnehmen als geplant. Für Schleswig-Hol-

stein ist das eine Milliarde Euro weniger als vorgesehen. Schon 2001 sanken die tatsächlichen Einnahmen aus Steuer, LFA und BEZ in Schleswig-Holsteins um 6 Prozent. Für 2002 wurde im Mai zwar noch mit einer Steigerung von 1,7 Prozent gerechnet, doch waren dies erneut

155 Millionen weniger als im November 2001 geschätzt, obwohl schon dort um 118 Millionen Euro heruntergeschätzt wurde. Von Mai 2001 bis Mai 2002 sank die Prognose um 4,7 Prozent. Es wäre immer noch deutlich weniger als 2000 und ob es wirklich mehr wird als 2001 ist mehr als fraglich. Auch für 2003 wird die Schätzung nach einer Revision des angenommenen Wachstums von 2,5 auf 1,5% deutlich sinken. 2004 wird dann die verschobene Stufe der Steuerreform in Kraft treten.

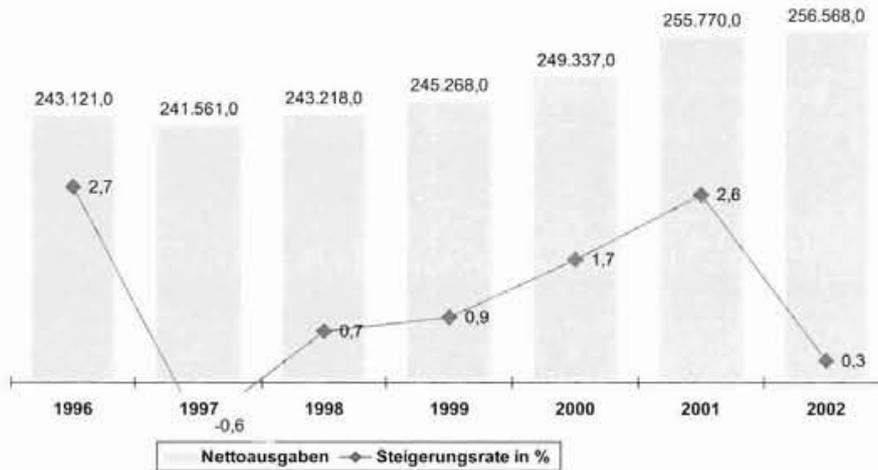
Die Gründe werden deutlich wenn man sich insbesondere die Entwicklung der Körperschaftsteuer ansieht: Bundesweit sanken die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer von 23,6 Mrd. Euro in 2000 auf minus 425 Millionen Euro in 2001. Auch in diesem Jahr sieht es so aus, dass viele Großkonzerne, Steuern zurückerstattet bekommen, statt welche zu zahlen, obwohl die Konzernbilanzen hohe Gewinne ausweisen. Die Umsatzsteuer steigt nur mäßig, ist in Teilen sogar rückläufig. Die Gewerbesteuer ging durchschnittlich um 12 Prozent zurück. Derartige Schwankungen können von den Gemeinden nicht aufgefangen werden, immer mehr stehen unter der Aufsicht der Länder und müssen Haushaltssicherungskonzepte vorlegen.

## Konsolidierung unter der Bedingung versteinerter Haushalte

Neben den wegbrechenden Einnahmen erklärt vor allem die Versteinerung der Haushalte, warum gerade den Finanzministern an einer Konsolidierung gelegen ist. Ein stetig wachsender Teil der Ausgaben ist nicht oder nur geringfügig beeinflussbar.

Statt mit dem Defizitfetisch der Kohlregierung aufzuhören, haben SPD und Grüne mit Eichel an der Spitze das Ideal des Sparens in den letzten Jahren vervollkommen.

## Entwicklung der Nettoausgaben der Länder (in Mio. Euro)



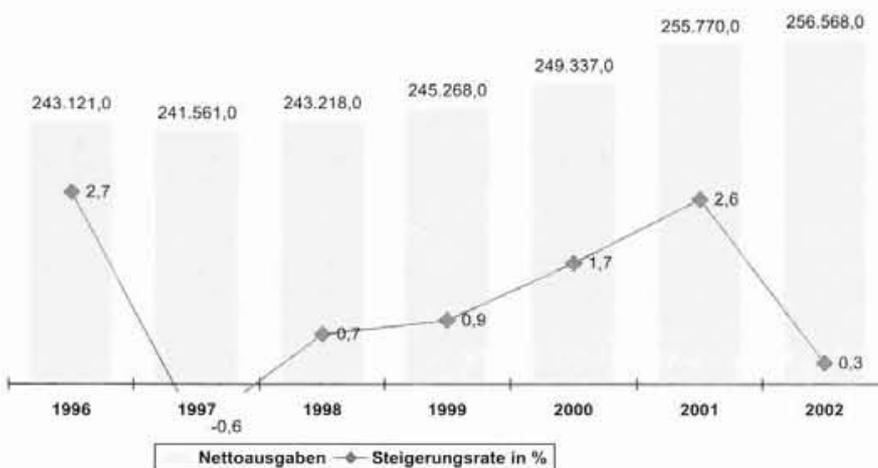
Zum einen zeigen die konjunkturell abhängigen hohen Kostenblöcke für Wohngeld, Prozesskostenhilfe und Sozialhilfe wieder eine steigende Tendenz. Aber auch andere Bereiche erdrücken den Gestaltungsspielraum.

Allein die Pensionsausgaben und Beihilfen machen inzwischen 11,5 Prozent der Nettoausgaben aus. Sie sind im Laufe der letzten zehn Jahre um 50 Prozent gestiegen. Die Personalkostensteigerungen bzw. der hohe Anteil von zumeist über 40 Prozent Personalkosten gründet sich auf der Charakteristik der Länderhaushalte – die weit mehr als der Bund Dienstleistungshaushalte sind. Dennoch ist der Kostenanstieg weniger durch einen Anstieg der Beschäftigten und durch Tarifsteigerungen, als eben durch den Anstieg bei Beihilfen und Pensionen begründet. Die Zahl der Beschäftigten in den Ländern sank von 1996 bis 2000 um 10 Prozent.

Schleswig-Holsteins Personalausgaben in den Ministerien selbst machen z. B. nur 3,9% der Personalausgaben insgesamt aus. Dies mag allerdings zu einem großen Teil durch Auslagerungen gelungen sein. Personalstärke und -kosten sind Lieblingskritikpunkte der Rechnungshöfe, die dennoch einen Satz später mehr Steuerbeamte einfordern. Hier muss ein Umdenken stattfinden und Personal nicht nur als kürzungsfähige Kostenstelle sondern als wesentlich für staatliche Leistungen auf eine Ebene mit den Investitionen zu stellen. Denn gerade im Personalbereich liegen die meisten Anforderungen: Mehr Bildung, mehr Sicherheit und mehr Betreuung und eine adäquate Steuererhebung bedeu-

**Steigende Einnahmen lassen sich nur rechtfertigen, wenn wir klar sagen, was damit geschehen soll**

## Entwicklung der Personalausgaben der Länder (in Mio. Euro)



tet mehr LehrerInnen, mehr RichterInnen, mehr PolizistInnen, mehr Steuerbeamte und mehr ErzieherInnen.

Den weiteren schwer beeinflussbaren Block nehmen die Zins- und Tilgungszahlungen ein, wobei nur ein immer ausgefeilteres Kreditmanagement -Konzept und einigermaßen günstige Zinsentwicklung für nicht explodierende Kosten sorgt. In Schleswig-Holstein liegt der Schuldendienst in der pro Kopf Betrachtung schon lange erheblich über dem Durchschnitt der Westdeutschen Länder und führt zu strukturellen Nachteilen. Der Anteil der Zinsausgaben an den Nettoausgaben beträgt über 11,7%, die Ausgaben liegen weit über der Nettoneuverschuldung, es entsteht also ein Primärüberschuss, das heißt es wird ein Überschuss zwischen den laufenden Einnahmen und Ausgaben ohne Zinszahlungen, erwirtschaftet.

### Konsolidierungsversuche

Genauso wenig, wie die unerwartete Wiederbelebung der Vermögensteuerdebatte eine Rückbesinnung von Gabriel, Beck und Clement auf Gerechtigkeit im Steuersystem ist, genauso wenig ist zumindest auf kommunaler und auf Länderebene Konsolidie-

rung oder nachhaltige Finanzpolitik ein primär ideologisch motiviertes Projekt.

In den letzten Jahren wurden viele Leistungen wie etwa das Landesblindengeld gekürzt, viel Tafelsilber

verkauft und einiges besser organisiert, um überhaupt über die Runden zu kommen. Hauptsächlich läuft es in den Ländern auf Personalabbau und geringere Investitionen hinaus. Wenn die Investitionsquote Schleswig-Holsteins – bei allen Schwächen in der Aussagekraft – auf 9,4 zurückgehen wird, deutet dies eben nicht auf einen Schub in Sachen Infrastruktur, noch auf eine große Unterstützung der Baubranche hin.

Sicher sind vielerorts noch einige Spielräume vorhanden. Doch die Möglichkeiten reichen an die Dimensionen der Einnahmeausfälle nicht mehr heran, ohne gravierendere Einschnitte in die Daseinsvorsorge zu machen. Die Giftlisten der Finanzminister werden immer kürzer, aber nicht unbedingt schöner. Die Vorschläge gleichen sich immer mehr an, die Unterschiede zwischen den Parteien verschwimmen und die rechten Populisten gewinnen.

Vor allem in den Kommunen wird es zunehmend sichtbar: Theater, Schwimmbäder und Büchereien werden geschlossen, die Sanierung öffentlicher Gebäude und Wege bis zum äußersten hinausgezögert, sinnvolle Ansätze, die langfristig Geld einzusparen können, werden aufgrund höherer Anfangskosten nicht mehr finanziert. Die Konsolidierung ist in eine Sackgasse geraten.

**Chancen für einen linken Haushalt**

„Es gibt letztlich kaum Politik ohne Geld. Keine Sozialpolitik, keine Wirtschaftspolitik, keine Verkehrs-, Bildungs- oder Kulturpolitik. Finanzpolitik ist also eine Querschnittsaufgabe, die alle anderen Politikbereiche maßgeblich berührt und mit beeinflusst und zugleich ist sie eine eigene politische Gestaltungsmaterie. Und die Manifestation all dessen ist ein Haushalt. Ein Haushalt ist das in Zahlen gegossene politische Programm einer Regierung beziehungsweise einer parlamentarischen Mehrheit. Wenn man vom „Primat der Politik“ spricht, muss man wissen, dass die „Politik“ selbst dem Primat des Haushaltes unterliegt“, sagte jüngst der thüringischer Finanzminister de Maiziere. Fataler Höhepunkt der Illusion, allen könne genüge getan werden, war die berühmte Portokasse, mit der sich die deutsche Einheit finanzieren ließe.

Rot-Grüne Projekte, linke Projekte, die für mehr Chancengleichheit, für bessere Emanzipationsmöglichkeiten, für eine umweltverträgliche und gerecht verteilte Wohlstandssteigerung stünden, verschwanden hinter dem einen Ziel der Haushaltskonsolidierung oder wurden mit Hinweis auf die Haushaltslage in die Zukunft vertagt. Auch ist die Idee kostenneutraler Finanzierungen kein Monopol der Konservativen. Ein Teil der Linken überschätzt den Rüstungsetat, ein anderer Teil die Möglichkeiten, die Effektivität der eingesetzten Mittel zu verbessern, ein weiterer Teil überschätzt das Potential von Privatisierungen.

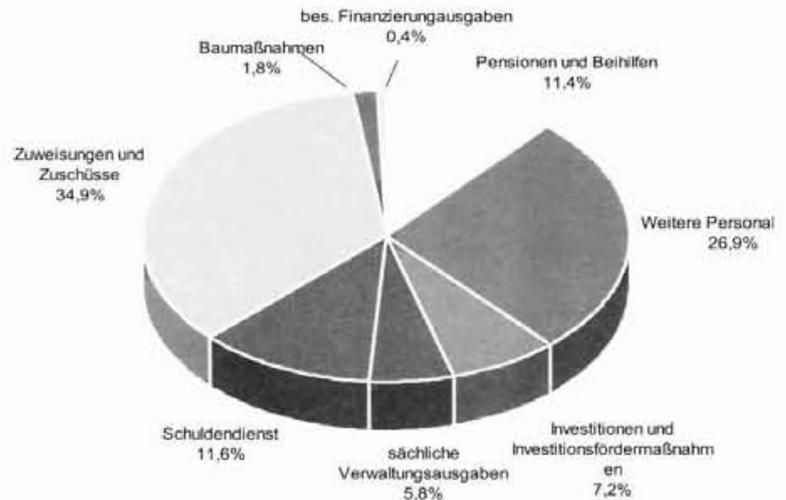
Rot-Grün hat eine zweite Chance nicht zuletzt wegen einer Renaissance des Staates und einer Renaissance des Umweltschutzes bekommen. Staatliche Eingriffe für Flutopfer und andere „unschuldig in Not geratene“, bei kränkelnden Unternehmen und kränkelnder sozialer Infrastruktur werden aktiv eingefordert, genauso wie eine Regulierung bei Umwelt- und Verbraucherschutz. Ausbau und Verbesserung von Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten stehen ebenfalls auf der Liste der Forderungen ganz oben.

Eine Verknüpfung von Handlungsnotwendigkeit und Finanzierungsbedarf wurde bei der Beseitigung von Flutschäden erfolgreich hergestellt – es könnte auch in anderen Bereichen gelingen. Steigende Einnahmen lassen sich nur rechtfertigen, wenn wir klar sagen, was damit geschehen soll: Unterricht, Kindergärten, Schwimmbäder. Die fehlenden öffentlichen Leistungen werden langsam für sehr viele spürbar.

Wenn nicht die Bundesregierung den gordischen Knoten durchschlägt, wird Berlin vielleicht nicht das letzte Land sein, das Bremen und dem Saarland in den Haushaltsnotstand folgt. Setzt der Staat hingegen wieder auf Mängelverwaltung, wird er die zurückgewonnene Reputation wieder verlieren.

Es sagt einiges über die Haushaltssituation, wenn Beck, Gabriel, Clement und Simonis einhellig und allem Gegenwind durch trotz die Wiedereinführung der Vermögen- und

**Struktur der Nettoausgaben in Schleswig-Holstein**

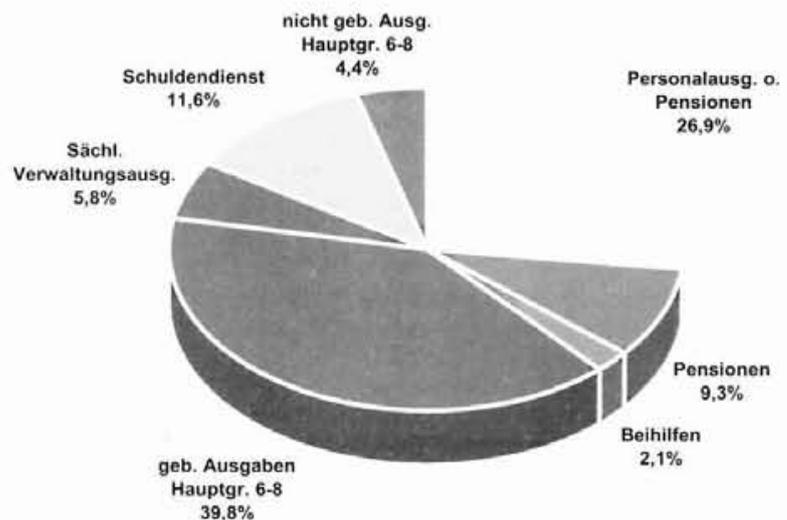


die Erhöhung der Erbschaftsteuer fordern und so immerhin 4 Milliarden Euro für bessere Bildung mobilisieren wollen. Besonders wichtig ist eine schnelle Lösung für die Kommunen. Der massive Rückgang gerade der Gewerbesteuereinnahmen in vielen Städten zeigt auch hier die Notwendigkeit stabiler Steuereinnahmen. Die geplante Gemeindefinanzreform, muss den Kommunen wieder Luft zum Atmen lassen. Notwendig ist eine Modernisierung der Gewerbesteuer mit einer breiteren Bemessungsgrundlage. Nur so können die Städte und Gemeinden wieder verlässliche Steuereinnahmen erzielen. Doch bestimmte Steuern zu erhöhen reicht nicht. Der Anstieg der Sozialhilfekosten, der Prozesskostenhilfe, des Wohngeldes und ähnlicher Leistungen ist eng mit der hohen Arbeitslosigkeit verknüpft. Die hohe Arbeitslosigkeit erhöht das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit, sie ist Ursache der Lücken in

den anderen sozialen Sicherungssystemen. Sie ist damit der wichtigste Ansatzpunkt. Kurt Falthausen, der Finanzminister von Bayern hat in seinem gerade veröffentlichten Buch „Finanzpolitik der Zukunft“ geschrieben: „Einen ausgeglichene Haushalt nur durch Einsparungen – das schafft die Bundesrepublik Deutschland niemals, dies schafft auch der finanzielle „gesunde“ Freistaat Bayern bis zum Jahre 2006 nicht. Grundbedingung ist das Wiedererstarben der Wachstumskräfte in unserem Land“. Dass heißt, wir müssen für eine wachsende Volkswirtschaft sorgen, die nicht nur wächst, sondern auch Arbeitsplätze schafft. Eine höhere Binnennachfrage ist hier die Schlüsselgröße. Wobei zum einen den Gewerkschaften eine bedeutende Rolle zukommt, zum anderen bleibt zu hoffen, dass die Sparwut Eichels zumindest in Teilen an der Kraft des Faktischen scheitert.

spw 5/2002

**Haushaltsentwurf Schleswig-Holstein 2003**



# Eine Skizze für eine neue Steuerpolitik

Von Hilmar Höhn

Wir leben in einer seltsamen Zeit. Nahezu jeder, der hierzulande Politik gestaltet, oder über die Gestaltung von Politik seinem Publikum Bericht erstattet, scheint der Meinung zu sein, Steuern seien ein eigentlich überflüssiges Übel und gehörten am besten abgeschafft.

## Wofür eigentlich Steuern zahlen?

Die Diskussion über Steuerpolitik ist lediglich ein Ausschnitt der Globalisierungsdebatte und der Vermarktung der Alltagsverhältnisse. *Cui Bono?* Letztlich betreibt die übergroße Mehrheit der selbsternannten *Modernisierer* das Geschäft des Kapitals und das Geschäft der Besserverdienenden. Ungeniert predigen die *Modernisierer* die Vorteile privatisierter Schulen, Hochschulen, Straßen, Kläranlagen, sie verkaufen Rathäuser an Spekulanten, die sich Bankiers nennen, um sie dann gegen Zins und Zinseszins zurückzumieten. Und sie freuen sich, wenn private Wachunternehmen mehr und mehr das Geschäft der Polizei übernehmen.

Warum also Steuern zahlen? Es ist schon erstaunlich, dass man sich heute als Linker mit dem Staat gemein macht, nachdem er seine Funktion als Instrument der Repression nie abgelegt hat. Letztlich aber tragen die Institutionen des demokratischen Staates, trotz seiner Tendenzen zur Bürokratisierung, Ineffektivität und Repression, noch den Kern der Aufklärung in sich. Theoretisch zumindest. Denn im Grundgesetz haben die Freiheiten des einzelnen Vorrang vor der staatlichen Ordnung. Die Bürger sind zuerst frei und dann Bürger eines Staates. Der Weg, den der Staat gefunden hat, um seinen Unterhalt zu finanzieren, ist der Weg der Besteuerung von Einkommen aller Art, Konsum und Vermögen. Dieser Eingriff in die Privatsphäre dient der Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Die braucht es, weil eine marktwirtschaftliche Ordnung zwingend eine ungleiche Verteilung der Vermögen hervorbringt. Nur wer reich ist, kann sich einen armen Staat leisten. Wer aber arm ist, der braucht einen funktionierenden Staat. Deswegen gilt in Deutschland zumindest bei der Einkommensteuer das Prinzip, dass wer viel verdient auch mehr zur Finanzierung der „res publica“ beitragen soll.

Deswegen liegt der Steuersatz für den ersten verdienten Euro bei Null und für den fünfzigtausendsten Euro (2005) bei 42 Prozent.

Der Irrsinn der im heißen Juli des Jahres 2000 beschlossenen Steuersenkung besteht nicht allein darin, dass überhaupt Steuersätze massiv gesenkt wurden. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn Gemeinderäte, Landtage und der Bundestag nicht wüssten, wohin mit dem vielen Geld, das die Finanzämter einsammeln. Die Logik zielte auf einen Abbau der Staatsquote. Derzeit fließt jeder zweite Euro, der hierzulande verdient wird, in die Kassen der Finanzämter und Sozialversicherungen. Das erklärte Ziel der Regierung ist es, diese Quote von

50 auf vierzig Prozent zu senken. Dorthin also, wo sie Ende der 80er Jahre schon einmal angekommen war. Das Projekt ist nicht ganz falsch. Aber es ignoriert einen massiven historischen Unterschied, der zwischen dem Jahre 2002 und dem Zeitalter

Letztlich geht es in der Diskussion über die Einnahmenseite des Staates auch darum, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

vor 1990 liegt. Die Wiedervereinigung und zwölf Jahre verfehlter Regionalpolitik in Ostdeutschland sind der Grund, warum wir immer noch nicht zur taxation as usual zurückkehren können. Von einem Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft kann auch zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung keine Rede sein. Gerade zur Finanzierung der Infrastrukturlücke, die zwischen West und Ost klafft, bedarf es öffentlicher Investitionen in weit höherem Maße, als dies hierzulande geschieht. Aber das Gegenteil ist der Fall. Der durchschnittliche Anteil der öffentlichen Investitionen an den Staatsausgaben liegt in Europa bei 2,5 Prozent, in Deutschland aber nur bei 1,5 Prozent. Steuerpolitik ist also keine rein wissenschaftliche Frage. Letztlich geht es in der Diskussion über die Einnahmenseite des Staates auch darum, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

Tatsächlich sagt die Entwicklung der letzten zehn Jahre viel aus über die herrschenden Verhältnisse. Während beispielsweise 1991 noch fast 39 Prozent des gesamten Steueraufkommens aus der Einkommensteuer stammen ist die Quote auf 29 Prozent im Jahre 2000 geschrumpft, Tendenz weiter sinkend. Hintergrund sind die Steuersenkungen und Steuersparmodelle aller Art, die Gut- und Besserverdienern von der Last der

Umverteilung von oben nach unten „befreiten“.

Statt dessen gewinnen die indirekten Steuern, vor allem Umsatz- und Mineralölsteuer zunehmend an Gewicht. Der Vorteil für Gutverdiener: Ihre Fähigkeit, noch mehr Geld auf die hohe Kante zu legen wird durch sinkende Spitzensteuersätze begünstigt. Die Bezieher von Masseneinkommen dagegen müssen bluten. Sie können beim Konsum nicht ausweichen, es sei denn, sie schränken ihren Lebensstandard ein.

## Wer soll überhaupt Steuern zahlen?

Wir haben uns über die Jahre daran gewöhnt, dass der größte Teil der Steuerlast von der Masse der Bürger aufgebracht wird, die über kleine und mittlere Einkommen verfügen. Den Diskurs über Steuergerechtigkeit zu führen, ist derzeit ein müßiges Geschäft. Denn angeblich zwingt der internationale Wettbewerb die nationalen Regierungen dazu, in einen „Wettbewerb“ um Steuersenkungen einzutreten.

Im Jahre 1980, als die Welt noch in Ordnung war und die deutsche Wirtschaft sich schon als „Exportweltmeister“ feierte, lag die durchschnittliche Steuerbelastung der Unternehmensgewinne noch bei gut 33 Prozent. Das heißt, von den etwa 77 Milliarden Mark Bruttogewinnen wurden per Finanzamt rund 25 Milliarden Mark zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben abgezweigt. Zwanzig Jahre später fällt die Bilanz ganz anders aus. Die Bruttogewinne der Unternehmen wuchsen um den Faktor 7,5 auf 572 Milliarden Mark an, die Steuern dagegen stiegen nur um das Zweieinhalbfache auf gerade einmal 67 Milliarden Mark an. Die Belastungsquote ging also von gut 33 Prozent auf mittlerweile knapp 12 Prozent zurück. (vgl. Claus Schäfer, Ungleichheit politisch folgenlos?, WSI-Mitteilungen 11/01)

Besonders trickreich sorgte die rot-grüne Koalition mit ihrer Reform des Unternehmenssteuerrechts dafür, dass die Kapitalgesellschaften im Jahre 2001 überhaupt keine Körperschaftsteuer mehr bezahlten. Deren Aufkommen fiel von knapp 72 Milliarden Mark im Jahre 2000 auf einen sogar negativen Betrag in 2001. Kapitalgesellschaften fanden im neuen Steuerrecht jede Menge von Nischen und Winkel, mit deren Hilfe sie sich voraussichtlich über Jahre per Saldo der Finanzierung öffentlicher Belange entziehen werden können.

Auf der anderen ist aber auch nicht einzusehen, warum bestimmte soziale Transferleistungen von der Steuer befreit sein sollen. Im Grundsatz müssen alle Einkommen ohne Unterschied besteuert werden – warum Unterschiede machen, die zu immer neuen Ausnahmeregelungen führen? Für die Rentenbezüge hat das Bundesverfassungsgericht dies jüngst

so entschieden. Warum das Arbeitslosengeld, gleichfalls eine Versicherungsleistung, vom Zugriff des Fiskus ausgenommen sein sollte, ist nicht einzusehen. Freilich werden die Beiträge aus versteuertem Einkommen gezahlt. Doch müsste dies bei einer Umstellung ähnlich wie bei der nun anstehenden Reform des Rentenrechts umgekehrt werden. Und die Leistungen können auch höher ausfallen.

Ausgenommen werden sollten nur jene Transfers, die nicht aus einer Versicherung herrühren und vorwiegend der Armutsabsicherung dienen, wie etwa Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld. Erst wenn im Grundsatz gelten würde, jedes Einkommen wird ohne Unterschied zur direkten Besteuerung herangezogen, ließen sich auch die zahllosen Schlupflöcher stopfen, die das Steuerrecht besonders für all jene vorrätig hält, die sich bei der Gestaltung ihrer Steuererklärung des professionellen Rats von Steuerberatern, Fachanwälten und gewieften Bankern bedienen können. Der Vollständigkeit halber muss auch die steuerliche Sonderbehandlung von Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen aufgehoben werden. Das Entgelt für die Beschäftigten aufzubessern ist keine Aufgabe der Gesellschaft, sondern der Tarifparteien. Der konservative Heidelberger Verfassungsexperte Paul Kirchhoff, aber auch der linke SPD-Abgeordnete Detlev von Larcher haben entsprechende Konzepte vorgelegt. Die vor allem einen Charme haben: Das hohe Maß an Transparenz, die Abschaffung von Sonderstatbeständen im Steuerrecht führen letztlich zu einem in seiner Wirkung gerechten System der Besteuerung.

**Wer soll eigentlich Steuern gestalten dürfen?**

Seit der Steuerreform mit ihren teils verheerenden Folgen für die öffentlichen Haushalte wird in Fachkreisen intensiv darüber diskutiert, welche staatlichen Ebenen Steuerpolitik gestalten sollen. Derzeit ist dies – abgesehen von obskuren Steuern wie der Kirchensteuer – eine zentrale Aufgabe des Bundes. Die Höhe des Gewerbesteuersatzes könnte mit Hilfe des sogenannten Hebesatzes um ein bis zwei Prozentpunkte variieren. Im Ergebnis liegt sie aber im Schnitt bei dreizehn Prozent auf die Gewinne von Unternehmen. Diese Steuer ist den Gemeinden im Grundgesetz als »wirtschaftsnahe Steuerart« verbrieft.

Die derzeitige Diskussion wird dahin geführt, dass der Bund einen Teil seiner Steuergesetzgebungskompetenz an die Länder abtritt. Dafür müssten diese dann auch mehr Verantwortung für ihre Budgets übernehmen. Freilich geht es dabei nicht um mehr Föderalismus, was im Prinzip wünschenswert wäre, sondern vielmehr um den Versuch, den in seiner Wir-

kung letztendlich zerstörerischen, aber im Gesang der Globalisierer bejubelten Wettbewerb um immer niedrigere Steuern von der internationalen Ebene weiter hinunter auf die nationale Ebene zu übersetzen. An Steuereinnahmen „reiche“ Landesregierungen, ganz gleich ob das CSU-regierte Bayern oder das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen, können sich mit diesem Gedanken anfreunden. Kein Wunder, könnten sie doch die Steuern nach senken, während strukturell (noch) schwache Länder wie Berlin, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt oder das Saarland diesen Spielraum gerade

nicht haben – es sei denn, sie folgten dem neo-liberalen Metaplan, der auf den strukturellen Rückbau des Staates hinzielt.

Bundeskassenwart Hans Eichel hat zum Zwecke der Sicherung

der Kommunalfinanzen eigens eine Kommission gegründet, die freilich zunächst dazu dienen sollte, das Thema über die Bundestagswahlen im September 2002 klein zu halten. Zwar heißt es in der Kabinettsvorlage zur Gründung der Expertenkommission, keine der Gebietskörperschaften dürfe nach einer Reform finanziell besser oder schlechter dastehen, als vor der Reform. Wie dieses Meisterstück allerdings gelingen wird, ist noch offen.

Vorsicht bei der Reform ist jedenfalls geboten.

Die Verbände der Industrie favorisieren die Abschaffung der Gewerbesteuer und wollen statt dessen den Gemeinden ein Hebesatzrecht auf die Einkommensteuer einräumen.

Schon haben die Marktschreier der Verbände politische Verbündete gefunden. Bei der FDP sowieso, aber auch bei den Grünen, die das vom Bundesverband der Deutschen Industrie entwickelte Einkommensteuerkonzept sogar in ihr Wahlprogramm aufgenommen hat.

Letztlich käme es auch im Bereich der Steuergesetzgebung auf einen radikalen Schwenk an. Statt den Wettbewerbsdruck innerhalb der nationalstaatlichen Hierarchie nach unten weiterzugeben, wäre es an der

Zeit, den schädlichen Steuerwettbewerb in Europa einzuhegen.

Schon vor der großen Steuerreform von Hans Eichel, im Jahre 1999 nämlich, nahm Deutschland im internationalen Vergleich eine Spitzenposition ein. Die Steuerquote (Steuern in Prozent des Bruttoinlandsproduktes, kurz BIP) lag damals in Deutschland bei 22,9 Prozent, in Frankreich bei 29,4 Prozent, im europäischen „Wirtschaftswunderland“ Irland bei 27,7 Prozent und selbst in Großbritannien bei 30,3 Prozent. Auch in den USA betrug die Steuerquote 1999 22,1 Prozent. Damit liegt das „Land of freedom“ etwa gleichauf mit der Bundesrepublik. (siehe Finanzbericht 2002 des Bundesfinanzministeriums)

Selbst wenn man die Sozialabgaben mit hinzu addiert, ändert sich das Ranking nicht entscheidend. Dann lag die Bundesrepublik bei einer Steuer- und Abgabenlast von 40,7 Prozent des BIP, Frankreich bei 46 Prozent, Großbritannien mit 36,6 Prozent kaum darunter und auch das zweite europäische Wachstumswunderland, die Niederlande, haben eine Steuer- und Abgabenquote von 40,3 Prozent.

Lohnenswerter, als den Wettbewerbsdruck, der sich aus dem europäischen und internationalen Vergleich ergibt, wäre es also, im Zuge der europäischen Einigung endlich mit der Bildung einer europäischen Wirtschafts- und Sozialregierung ernst zu machen und neben einer an den Kriterien qualitativen Wachstums und Beschäftigung ausgerichteter Etatpolitik,

**Einer Senkung des Spitzensteuersatzes hätte es aus volkswirtschaftlichen Gründen kaum bedurft.**



Foto: Christian Kiel (Berlin)

einer vernünftig abgestimmten Industriepolitik auch die Steuersätze zu harmonisieren.

**Vier Jahre rot-grüner Steuerpolitik**

Die Entwicklung des Steuerrechts in Deutschland ist unter rot-grüner Verantwortung durch zwei Entwicklungen geprägt. Die eine ist die schon ausführlich beschriebene Politik der überzogenen Steuersenkungen. Die andere ist der Umbruch im Unternehmenssteuerrecht. Mit der Einführung des sogenannten „Halbeinkünfteverfahrens“ werden Unternehmensgewinne in Kapitalgesellschaften pauschal im Unternehmen vor der Ausschüttung an Gesellschafter oder Aktionäre mit 25 Prozent Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer (rund 13 Prozent) belegt. Danach unterliegen die Gewinne noch einmal der Besteuerung beim Empfänger, und zwar – grob gesagt – mit dessen halbem Steuersatz. Dieser Systembruch – früher war die Körperschaftssteuer eine Art durchlaufender Posten in der steuerlichen Betrachtung – hat aber massive Konsequenzen. Alle Gewinne, die ein Unternehmen in Tochter- oder Enkelgesellschaften erzielt, unterliegen nicht der Besteuerung, sondern sie können weitgehend freihändig innerhalb von Konzernen mit Verlusten anderer Unternehmen verrechnet werden. Dieses Prinzip der „steuerlichen Organschaft“ hat viele Gemeinden im Jahre 2001 an den Rand des Ruins getrieben.

Eine zweite Pikanterie ist die steuerliche Behandlung von Beteiligungsverkäufen. Die Erlöse aus diesem Geschäft werden nicht länger besteuert. Begründung: Der Preis für ein Unternehmen am Kapitalmarkt setze sich zusammen aus seinem Anschaffungswert plus eingeschlossener, also nicht ausgeschütteter Gewinne. Und weil nur eingesparter Gewinn aktiviert würden, dürften diese auch nicht eigens besteuert werden. Es gibt viele gute Gründe, diese Ansicht nicht zu teilen. Etwa der, dass der Preis eines Unternehmens in Zeiten des Shareholder-Value-Prinzips mehr Erwartungen in die zukünftige Ertragslage eines Unternehmens abbildet. Während zeitgleich das Bundesfinanzministerium die Abschreibungszeiten auf Maschinen deutlich streckte und damit den Innovationszyklus der deutschen Wirtschaft ausbremst, förderte die rot-grüne Koalition die spekulative Seite des Kapitalismus.

Auch ob es der Steuersenkungen bedurfte, um die Investitionskraft der Unternehmen zu befördern ist höchst fraglich. Im Monatsbericht März 2000 stellte die Bundesbank für die Kapitalgesellschaften in Deutschland fest, dass einbehaltene Gewinne und Abschreibungen weit über der realen Investitionstätigkeit der Unternehmen liegen. Im Klartext heißt das: Die Unternehmen legen Geld auf die hohe Kante, und erwerben vorwiegend Beteiligungen an anderen Unternehmen. Auch der angeblich arg ge-

beutelte deutschen Mittelstand hat nach Ansicht der Bundesbanker kein wirkliches Finanzierungsproblem. In der selben Analyse kamen die Bundesbanker zu dem Schluss, dass das eigentliche Problem des unternehmerischen Mittelstandes darin bestehe, dass hohe Beträge der betrieblichen Sphäre entzogen werden. Einer Senkung des Spitzensteuersatzes hätte es aus volkswirtschaftlichen Gründen kaum bedurft. Die Deutschen pflegen nämlich etwa jede zehnte verdiente Mark auf die hohe Kante zu legen. Dabei ist die Sparneigung, wie der 2001 veröffentlichte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gezeigt hat, recht ungleich verteilt. Während die unteren vierzig Prozent der Haushalte eine Sparquote nahe Null, und weitere zwanzig Prozent eine unterdurchschnittliche Sparquote haben, ist sie bei den oberen vierzig Prozent enorm. Und ausgerechnet dieser Klientel schenkte die Regierung eine Senkung des Spitzensteuersatzes?

Freilich muss auch von den positiven Seiten rot-grüner Finanzpolitik an dieser Stelle die Rede sein. Besonders hervorzuheben ist die stufenweise Entlastung geringer Einkommen, die laut Armuts- und Reichtumsbericht in der Tendenz mehr und mehr zunehmen. Jeder fünfte der 36 Millionen Arbeitnehmer in Deutschland hat regierungsamtlich festgestellt ein Jahreseinkommen von weniger als 60 Prozent des Durchschnittsverdienstes und wird damit nach dem Maßstab der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) als „Arm“ bezeichnet. Freilich fallen darunter auch zahlreiche Mitverdiener in Ehen oder eheähnlichen Gemeinschaften. Aber nach der Bereinigung um diese Größe verbleiben noch immer zehn, je nach angelegter Kategorie auch 15 Prozent der Beschäftigten, die über ein nicht existenzsicherndes Einkommen verfügen. In diesem Bereich hat die rot-grüne Koalition in den Jahren 2001, 2003 und 2005 ordentliche Entlastungen, kurzum kräftige Korrekturen zum Besseren vorgenommen. So wird bis zum Jahre 2005 der Eingangssteuersatz auf 15 Prozent gesenkt. Bei Antritt der Regierung Schröder lag der Steuersatz noch bei 25,9 Prozent. Gleichzeitig wird die Grenze, von der an Steuern zu zahlen sind, massiv angehoben. Und zwar von 6289 Euro (12.300 Mark) auf 7664 Euro (15.000 Mark). Die Korrektur, auch wenn sich die Entlastungen ausgedrückt in Euro und Cent in Grenzen halten, war ein wichtiges Signal für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Wiedereinsteigerinnen in den Beruf, Bürger, die sich im Berufsleben umorientieren und noch einmal von vorne beginnen müssen oder Menschen, die einfach mit ihrem Einkommen aus welchen Gründen auch immer nicht auf einen grünen Zweig kommen. Davon profitie-

ren auch Teilzeitkräfte und Hinzuverdiener, die sich mit einem Zweitjob über Wasser halten.

Doch in ihrer Gesamtwirkung war die Steuerreform keine Großtat der Regierung. Das liegt nicht nur am zu kräftig gesenkten Spitzensteuersatz, sondern auch daran, dass die Regierung zugleich den Progressionsbereich, also die Zone, von der an der Eingangssteuersatz und der Spitzensteuersatz fällig sind, erheblich verkürzt hat. War der Spitzensteuersatz vor der Steuerreform bei etwa 125.000 Mark zu versteuerndem Jahreseinkommen fällig, hat die Regierung diese Schwelle auf rund 107.000 Mark (55.008 Euro) gesenkt. Ausgerechnet die von der Regierung vielbeschworene und vielumworbene Mitte der Gesellschaft gerät damit in den Bereich der Spitzenverdiener. Und was noch nicht ist, das kann noch werden. Denn Jahr um Jahr treibt es die Facharbeiter, Techniker, Industriemeister und Angestellten, kurzum die Masse der Leistungsträger der Gesellschaft per Lohnerhöhungen der kritischen Schwelle entgegen.

**Warum schwindet die Bedeutung der Einkommensteuer im Steuersystem?**

Eine der Entwicklungen, die die rot-grüne Steuerpolitik aus der Ära der Kohl-Administration fortgeschrieben hat, ist die Abkehr von direkten Steuern wie der Einkommensteuer hin zu indirekten Steuern wie Umsatz- oder Mineralölsteuer. 1992 war die Bedeutung der Einkommensteuer für die Finanzierung der öffentlichen Haushalte noch weitaus größer als heute. Damals flossen rund 134 Milliarden Euro aus der Einkommensteuer an Bund, Länder und Gemeinden. Der Abstand zu den Einnahmen von Bund, Ländern und EU aus der Umsatzsteuer war noch beachtlich. Nur 98 Milliarden Euro wurden vor knapp zehn Jahren den Verbrauchern im Supermarkt, beim Metzger oder im Baumarkt abgeknöpft. Heute, nach der Schätzung des Bundesfinanzministeriums für das Jahr 2002, tragen beide Steuerarten mit 148 Milliarden zu gleichen Teilen zu Finanzierung der öffentlichen Aufgaben bei.

Keine gute Entwicklung. Denn die Umsatzsteuer ist eine in Konjunkturzeiten recht unbewegliche Einnahmequelle. Sie schöpft die Masseneinkommen unabhängig von deren Einkommenssituation ab. Ausweichmöglichkeiten gibt es bei Dienstleistungen nur beim Einkauf „schwarzer Dienstleistungen“ und bei der Umstellung durch Ernährung aus dem Schrebergarten. Dazu hat aber nicht jeder die Möglichkeit oder lehnt dies beim Thema Schwarzarbeit sogar ab. Die Einkommensteuer dagegen variiert stark. Das ist für konsolidierungsversessene Finanzpolitiker zwar nicht so schön, denn dann müssen sie in konjunkturell schwachen Zeiten die Verschuldung erhöhen. Doch erleichtert das Prinzip der direkten und progressiven Besteuerung einer Volkswirtschaft das Atmen mit der Konjunktur – vorausgesetzt freilich, eine Regierung ist Willens und bereit, ihre Finanzpolitik an den Gegebenheiten der Zeit und nicht

**Die Frage nach dem Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer muss wieder gestellt werden.**

wie Hans Eichel am Wahnsinn überzogener Konsolidierungsziele festzumachen. Die indirekten Steuern hingegen sind unflexibel. Ihre Höhe errechnet sich aus dem auch in Krisenzeiten kaum einbrechenden Massenkonsum.

Ein entscheidender Vorteil der Mehrwertsteuer aus Sicht der Unternehmen und der von *Wirtschaftsführern* immer wieder gestellten Standortfrage ist freilich auch der, dass die Unternehmen von der Umsatzsteuer überhaupt nicht tangiert sind. In ihren Gewinn- und Verlustrechnungen taucht die Umsatzsteuer nur als durchlaufender Posten auf. Sie ist also das perfekte Instrument zur Abschöpfung von Massenkauferkraft und verschont die Bilanzen der Unternehmen. Und weil sie nicht auf dem Lohnzettel erscheint, sondern nur auf den Kassenbelegen, ist die Empörung bei allfälligen Mehrwertsteuererhöhungen nicht so groß.

**Skizzen für eine Erneuerung einer lastengerechten Steuerpolitik**

So, wie die Steuerpolitik nur ein Baustein in einem wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmen ist, ist sie zugleich auch ein wesentliches Element der sozialpolitischen Rahmensetzung, die eine Regierung vornimmt. Sowenig, wie der Versuch, durch Steuersenkungen Nachfrage zu generieren als gelungen bewertet werden kann (im Gegenteil hat die Verkarstung der öffentlichen Haushalte zu massiven Nachfrageausfällen des Staates geführt), genügt die Steuerpolitik auch immer weniger dem Anspruch, eine Finanzordnung entlang der Leistungsfähigkeit der Wirtschaftssubjekte zu sein. Die Steuerpolitik der vergangenen vier Jahre hat das soziale Gefälle zu Gunsten großer Vermögen, Spitzenverdiener und Konzerne verschoben.

In einer Gesellschaft aber, die sich merklich im Umbruch befindet, den sozialen Riss durch die Gesellschaft zu vertiefen ist schon ein gewagtes Manöver, dem sich Mehrheits-Sozialdemokraten und Grüne – auch wenn sie sich dessen nicht bewusst sein wollen – verschrieben haben. Eine zukunfts-gewandte Steuerpolitik muss also mehrere Dinge leisten. Sie muss

- die Lasten wieder breiter auf alle Schultern verteilen,
- sie muss dazu den Trend umkehren, der die Belastbarkeit der Arbeitnehmer und ihrer Familien testen und statt dessen wieder die Grenzen der Belastbarkeit der Wirtschaft austesten und
- dazu wiederum einen Konsens innerhalb der Europäischen Union herstellen, um den Regulierungsrahmen der Zukunft nicht jenen zu überlassen, die den marktliberalen Nachwächterstaat durchkämpfen wollen.

Einer der Grundfehler der Finanzpolitik hierzulande ist eine Folge der Gleichzeitigkeit von Steuersenkungen und dem Ziel, die Nettoverschuldung der öffentlichen Haushalte auf Null zu treiben (bei der gleichzeitig unerledigten wirtschaftlichen und sozialen Vereinigung von Ost- mit Westdeutschland). Vorausgesetzt also, dass Steuern mehr sind als Kosten

in den Unternehmensbilanzen, sondern auch Zukunftsfinanzierungen dienen, gibt es eine Reihe von Ansatzpunkten, um eine neue Finanzpolitik zu skizzieren.

**Die Frage nach dem Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer muss wieder gestellt werden.**

Ganz offenkundig führt die Strategie, den Spitzensteuersatz zu senken, zu dem fragwürdigen Ergebnis einer Umverteilung von der öffentlichen Hand hin zu den Besserverdienenden im Land. Außerdem verschärfen die Steuersenkungen das Problem, dass Normalverdiener mit den von ihnen zu zahlenden Steuern und Sozialabgaben eine höhere Belastung erfahren, als Zahnärzte, Manager und die sie umgebende Corona leitender Angestellter mit Spitzengehältern in der Wirtschaft. Um die Verteilungsgerechtigkeit innerhalb des Systems der Einkommensteuer wieder herzustellen, müsste der Spitzensteuersatz deutlich nach oben wieder in Richtung der Marke von 50 Prozent verschoben werden. Ein um acht Prozentpunkte höherer Spitzensteuersatz (statt 42 Prozent wie von Rot-Grün für das Jahr 2005 angepeilt) würde Steuer Mehreinnahmen in einer Höhe von fünf Milliarden Euro bedeuten. Allerdings ergibt dies erst einen Sinn, wenn die Schwelle, von der an der Spitzensteuersatz fällig ist, nicht schon bei etwa 50.000 Euro beginnt. Über die exakte Schwelle hätten die Finanzwissenschaftler zu befinden. Tatsache aber ist, dass selbst Facharbeiter mit Zusatzqualifikationen und diversen Leistungszulagen dieser Grenze verdächtig nahe kommen. Wichtiger als die Festlegung der Schwellen wäre aber es, die Progressionszone der Einkommensteuer regelmäßig den Preissteigerungen anzupassen. Bislang gilt das Gesetz der kalten Progression. Das heißt, dass bei jeder Lohnerhöhung, die zum Teil ja nur die Preissteigerungen auffangen, die Beschäftigten eine Stufe in der Besteuerungsskala nach oben rutschen. Für die Haushaltspolitiker ist das eine ähnliche verführerische Mechanik wie bei der Umsatzsteuer. Ohne dass sie ihre Kollegen von der Abteilung Steuerpolitik in Bewegung setzen müssen, spült ihnen die Tarifpolitik sauber kalkulierbare höhere Einnahmen in die Kassen. Sachgerecht aber erscheint dies nicht. Ziel einer umfassenden Reform der Einkommensteuer müsste sein, über einen erhöhten Spitzensteuersatz wirklich hohe Einkommen und kräftige Entnahmen von Unternehmern aus der betrieblichen Sphäre stärker zu belasten, also die Umverteilungskomponente wieder zu verschärfen, um innerhalb des Steuerrechts zu einer wichtigen, zweiten Bewegung zu kommen. Denn:

Die Mehrwertsteuer muss stärker differenziert werden und mehr noch als bisher handelbare

Güter, Dienstleistungen und Spekulationsgeschäfte unterscheiden.

Steigende Einnahmen etwa aus einer neu strukturierten Einkommensteuer müssten unter anderem dazu verwandt werden, die Umsatzsteuer in Teilen zu senken. Entlastungen für die privaten Haushalte mit normalem oder niedrigem Einkommen würden eine Senkung des Steuersatzes von derzeit sieben Prozent auf Lebensmittel und Bücher bringen. Auch der derzeitige Normalsatz von 16 Prozent könnte dann gesenkt werden, wenn etwa durch eine höhere Besteuerung von Gewinn- und Vermögenseinkommen ein Anstieg der

Steuereinnahmen aus anderen Quellen erzielt werden kann.

Ohne Frage ließe sich auch gut begründen, das für Luxusartikel noch eine dritte Kategorie innerhalb des Umsatzsteuersystems eingeführt werden müsste. Solche Güter,

etwa Schmuck, wertvolle Teppiche oder Gemälde werden in der Regel aus Vermögensübertragungen oder aus Einkommen erworben, die nicht zum Lebensunterhalt gebraucht werden.

Zu den Absurditäten der Besteuerung von Umsätzen muss an dieser Stelle die Ausnahme der Nicht-Besteuerung von jenen Umsätzen gelten, die an den Börsen hierzulande getätigt werden. Wie kann es sein, dass beim Kauf von Butter, Milch, Mehl und Kinderspielzeug eine Steuer entrichtet werden muss, nicht aber auf den Kauf von Wertpapieren gleich welcher Art? Wenn schon im Umsatzsteuerrecht unterschieden wird zwischen Gütern des lebensnotwendigen Bedarfs (Nahrungsmittel, künstlerische Erzeugnisse, Bücher) und anderen Gütern dann stellt sich die Frage, warum ausgerechnet Börsenumsätze, die von den zwischengeschalteten Banken und Börsenmaklern (zwecks Erhebung einer höchst eigennützigsten Abgabe genannt Gebühren und Courtage) exakt registriert werden, von der Umsatzsteuerpflicht ausgenommen sind.

**Vermögenssteuer wiederbeleben, Erbschaften kräftiger besteuern**

Die faktische Abschaffung der Vermögenssteuer ist einer der nicht erledigten Aufgaben der deutschen Finanzpolitik. Keinerwegs hatte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil aus dem Jahr 1995 erklärt, diese Steuer dürfe nicht länger erhoben werden. Vielmehr sagten die Richter, dass die Erhebung der Vermögenssteuer nicht die Substanz derselbigen aufzehren dürfe. Vielmehr, schränkte die richterliche Entscheidung ein, dass die Steuer sich auf die Ertragsfähigkeit des Vermögens beschränken müsse. Zudem seien Vermögen im Wert eines Einfamilienhauses von der Besteuerung freizustellen. Dieses berücksichtigt, könnte ein Vermögen

Zu den Absurditäten muss die Nicht-Besteuerung von jenen Umsätzen gelten, die an den Börsen hierzulande getätigt werden.

von 1,85 Billionen Euro in Deutschland der Vermögenssteuer unterworfen werden. Bei nur einem Steuersatz von einem Prozent, was bei weitem nicht der Ertragsfähigkeit von Vermögen in der Größenordnung von jenseits eines Einfamilienhauses entspricht, ließen sich damit 18,5 Milliarden Euro an Erlösen für die öffentliche Hand erzielen. Kein Pappenstiel, wenn man bedenkt, dass die Bundesregierung derzeit die sogenannte Sanierung der Staatsfinanzen auf Kosten der Investitionen des Bundes betreibt und dies so auch den Ländern und den Gemeinden in einem jüngst im Bundesfinanzministerium zu Berlin geschlossenen nationalen Stabilitätspakt abverlangt.

Bei der Erbschaftssteuer hat die SPD wie bereits ausführlich beschrieben, hasenfüßig Haken geschlagen, um die Bewertung der Immobilien nicht Geldvermögen anzugleichen. Dabei fiel auch diese geplante Reform nicht vom Himmel, sondern ergab sich aus dem gleichen Urteil, wie dem zur Vermögenssteuer. Selbst aus marktliberaler Überlegungen heraus könnten heute vererbte oder verschenkte Vermögen, letztlich geht es je um privat organisierte Umverteilung zwischen Generationen, weitaus höher besteuert werden, als dies der Fall ist. Je nach Familiengrad ergeben sich Eingangsteuersätze von sieben, zwölf und 17 Prozent, die von einer Erb- oder Schenkungsmasse von rund 12,75 Millionen Euro bis zu dreißig, vierzig und fünfzig Prozent reichen. Selbst das marktliberale Gesellschaftsmodell setzt aber auf gleiche Startbedingungen aller Mitglieder einer Generation. Dies schon allein, um einer Wirtschaft die Dynamik zu erhalten. Wem Vermögen einfach so in den Schoß fällt, erkennt den Wert der ihm zufallenden Werte nicht. Bekannt ist dieses Modell unter dem Namen „Buddenbrooks-Syndrom“. Die erste Generation baut Vermögen auf, die zweite erhält den Status Quo und die dritte Generation verlebt die Substanz.

**Steuern auf Kapitalerträge leiden unter mangelnder Kontrolle durch die Finanzbehörden**

Es gehört zu den bemerkenswerten Erscheinungen der rot-grünen Steuerreform, dass die Erträge aus der Körperschaftsteuer im Jahre 2001 nicht nur auf Null zurückgegangen sind, sondern per Saldo sogar ein negatives Vorzeichen haben. Vereinfacht wurde das so erklärt, dass die Kapitalgesellschaften ihren Bilanzen durch Körperschaftsteuer nach dem alten Recht bereits besteuerte Gewinne ausgeschüttet haben. Da die Belastung solcher Gewinnrücklagen bei vierzig Prozent, bei manchen sogar noch bei 45 Pro-

zent lag, erhielten die Unternehmen für die Differenz zum seit dem 1. Januar 2001 geltenden Satz von 25 Prozent Gutschriften von den Finanzämtern. Entsprechend der regen Ausschüttungstätigkeit hätten dann aber die Steuereinnahmen aus Kapitalerträgen sprunghaft in die Höhe schießen müssen, vermuteten die Steuerschätzer beim Entwurf der Eichel-Reform, so dass der Einbruch bei der Körperschaftsteuer hätte ausgeglichen werden könne. Doch die Ist-Zahlen des vergangenen Jahres erreichten dieses Niveau nur unzureichend. Warum?

Es gehört zu den Besonderheiten des deutschen Steuerrechts, dass die Finanzämter so gut wie keine Chance zur systematischen Kontrolle der Steuerehrlichkeit der Bürger in Sachen Zins- und andere Kapitalerträge haben. Das liegt an einer Besonderheit des Paragraphen 30 der Abgabenordnung. Dieser regelt eine Besonderheit bei der Revision in Banken durch Betriebsprüfer des Finanzamtes. Um den Unterschied zu anderen Branchen deutlich zu machen: Kommt ein Steuerprüfer zu einem Garagentorhersteller und stellt bei der Durchsicht der Bücher fest, das ein Hans Mustermann für das Verfassen von Werbebriefen in einem Jahr

Honorare im Wert von 10.000 Euro erhalten hat, kann es passieren, dass der Prüfer anschließend die Steuererklärung von Mustermann prüfen lässt. Gut für Mustermann, wenn er seine Nebeneinkünfte in seiner Steuererklärung angeführt hat.

Unangenehm wird es dann, wenn er gedacht hat, dass er diesen kleinen Nebenjob auch ohne die Finanzierung öffentlicher Straßen, Schulen und Kanalisation hätte erledigen können und er ohnehin der Meinung ist, aus seinem mickrigen Gehalt als Werbetexter bei „Ausbeuter & Knecht“ zu viel Steuern zu bezahlen.

Zu den besonders perfiden Perversionen des deutschen Einkommensteuerrechtes gehört die Subvention von Spekulationsgewinnen, die ein Einkommensteuerzahler an der Börse erzielen kann. Nur wenn zwischen Kauf und Verkauf der Papiere höchstens sechs Monate verstrichen sind, muss ein Steuerzahler den Spekulationsgewinn in seiner Steuererklärung ausweisen.

**Fazit**

Während das Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2000 die Schwelle von viertausend Milliarden Mark überschritt, trugen zur Finanzierung der öffentlichen Dienste – eine wesentliche Grundvoraussetzung, um dieses Wertschöpfung zu ermöglichen – fast nur noch die abhängig Beschäftigten bei, die einen Bruchteil dieser Summe oder genauer 1726,8 Milliarden Mark erwirtschafteten. Was aus Gewinnen und Betriebsentnahmen

dazu beigesteuert wurde, ist eine marginale Größe.

Dieses Missverhältnis ist freilich nicht über Nacht eingetreten, sondern Ergebnis eines Prozesses, der in den späten 70er Jahren bereits unter einer SPD-geführten Regierung (Helmut Schmidt) bestritten wurde. Unter einer rechts-konservativen Regierung wurde der Kurs stoisch verfolgt, bis wieder eine SPD-geführte Regierung (Gerhard Schröder) glaubte, den Turbo für den Kapitalismus zünden zu müssen.

Das Ergebnis: Der Faktor Arbeit wird teurer und teurer. Den Menschen bleibt von ihren Arbeitseinkommen immer weniger Netto von ihrem Brutto. Unter dem Vorwand demografischer Verschiebungen wurde mit der gesetzlichen Rentenversicherung eine tragende Säule des, zu gleichen Teilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanzierten, Sozialstaates untertunnelt. Das eigentliche Problem, nämlich die fast vollständige Entlastung des Faktors Kapital von der Finanzierung öffentlicher Aufgaben, hat die Regierung damit erfolgreich verdrängt. Interessanterweise verweigern sich die Bürger den Segnungen der sogenannten Riester-Rente (benannt nach dem derzeit noch amtierenden Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD)). Für zusätzliche Anspannungen für das Alter haben die Bezieher von Masseneinkommen ganz offenkundig kein Geld übrig. Ihre Sparquote tendierte ohnehin gegen null. Und wenn sie sparen, dann für die eigenen vier Wände oder die Notwendigkeit, zum Broterwerb mobil zu sein, sprich: sich ein Auto zu kaufen.

Die Diskussion über das nationale Steuersystem macht jedoch nur noch sehr begrenzt Sinn. Das Plädoyer muss letzten Endes einer europäischen Wirtschafts- und Sozialregierung gelten, die die Grundsätze von Demokratie und Sozialstaatlichkeit aufnimmt – und das nicht nur in schönen Worten, sondern in ganz praktischen Gesetzen. Die nächste Steuerreform wird (hoffentlich) eine europäische Steuerreform sein. Die Chance besteht darin, dass diese Diskussion wieder von Grund auf geführt werden muss und nicht vom jeweiligen Status Quo. Wenn dies nicht gelingt, droht der Wettlauf um sinkende Steuern und der Verwandlung des Sozialstaates in einen vulgär-liberalen Nachwachstertstaat fortgesetzt zu werden.

Letztlich entscheiden die Steuereinnahmen mit darüber, welche Räume eine Gesellschaft für die Öffentlichkeit von Marktinteressen freihalten kann und welche privatisiert werden. Bei der Privatisierung droht – neben möglichen Effizienzgewinnen freilich – immer auch als Folge die Re-Feudalisierung der herrschenden Verhältnisse, weil sie den Prinzipien der Mitbestimmung entzogen werden. Der Preis der Demokratie mag bisweilen den Gesetzen des freien Marktes widersprechen. Aber er ist es wert, immer aufs neue verteidigt zu werden.

**Die faktische Abschaffung der Vermögenssteuer ist einer der nicht erledigten Aufgaben der deutschen Finanzpolitik.**

Jetzt

vernetzen!

Die Tageszeitung  
**junge Welt**  
und

**Gewerkschaften**

Ob beim Aktionsfestival in Köln am 14.9., bei den 1.-Mai-Demos oder auf Podiumsdiskussionen – Gewerkschafter/innen und *junge Welt* kämpfen gemeinsam für eine friedensfähige, gerechte und solidarische Welt. Noch zu selten aber koordinieren wir unsere Anstrengungen, noch zu spontan entstehen Kontakte, noch zu wenig Kraft schöpfen wir aus der gemeinsamen Nutzung vorhandener Ressourcen. Deshalb: Vernetzen! Im Rahmen dieser Aktion bittet *junge Welt* Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die unsere Tageszeitung nutzen, um ihre ganz persönliche Meinungsäußerung zum Gebrauchswert des Blattes, zu seinen starken und schwachen Seiten, vor allem aber zu den Möglichkeiten seiner weiteren Verbreitung.

Anregungen, Ideen und Vorschläge nimmt unser Aktionsbüro unter **030/53 63 55-10** oder **ben@jungewelt.de** entgegen.

## Probeabo

Ja, ich will die *junge Welt* für 10 Wochen ausprobieren

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

Dafür bezahle ich 16 Euro. Will ich die *junge Welt* danach nicht weiterbeziehen, teile ich das dem Verlag 8. Mai GmbH spätestens zehn Tage vor Ablauf des Probeabos kurz schriftlich mit. Falls ich die *junge Welt* weiter beziehe, bezahle ich nach Ablauf der Probe-wochen monatlich

Normalabo: 24,50 Euro

Soliabo: 31,70 Euro

Sozialabo: 17,10 Euro

Ich bezahle mein Abo

monatlich (nur mit Bankeinzug),

vierteljährlich,  halbjährlich,

jährlich

per  Rechnungslegung  Einzugsermächtigung

Das Abo soll ab Montag, den ..... beginnen.

Hiermit ermächtige ich Sie, den Betrag von meinem Konto abzubuchen.

Geldinstitut/Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Widerrufsrecht

Ich kann diese Bestellung innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich bei *junge Welt*, Karl-Lieb-knecht-Str. 32, 10178 Berlin, widerrufen.

Das reguläre Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den oben angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf schriftlich bei Ihnen kündige (Poststempel).

Coupon einsenden an: *junge Welt*, Karl-Lieb-knecht-Str. 32, 10178 Berlin, oder faxen an: 0 30/53 63 55-44

Im Internet:  
[www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)

Die Tageszeitung  
**junge Welt**

# Johannesburg 2002 – Gipfel der nachhaltigen Enttäuschung?

Von Wolfgang Schmidt

Zehn Jahre sind seit der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung von 1992 (UNCED) in Rio de Janeiro vergangen. Dies war Anlass für die Staatengemeinschaft, eine Bilanz zu ziehen. Dazu trafen sich über 20.000 Menschen aus 191 Ländern vom 26. August bis zum 4. September 2002 in Johannesburg zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (World Summit on Sustainable Development, WSSD).

Über das Konzept der nachhaltigen Entwicklung als ursozialdemokratischer Gegenentwurf zum neoliberalen Marktmodell ist nicht zuletzt in dieser Zeitschrift in der letzten Zeit viel geschrieben worden (vgl. die Beiträge in der spw 4/2002). Auf der internationalen Ebene ist der Begriff eng mit dem UNCED-Gipfel in Rio 1992 verbunden. Der Weltgipfel in Johannesburg (auch Rio+10 genannt) sollte eine Evaluierung der vereinbarten Ziele vornehmen und weitere Maßnahmen hin zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung vereinbaren. Dies ist jedoch nur ansatzweise gelungen.

## Der Weg von Rio nach Johannesburg

Im Zentrum der Diskussionen in Johannesburg stand die Verhandlung der 153 Paragraphen des sogenannten Aktionsplanes („plan of implementation“). Dieser Plan mit seinen zehn Kapiteln sollte Handlungsanweisungen und Zielvereinbarungen für die Fortschreibung des in Rio begonnenen Prozesses enthalten. Der Text war von den Regierungsdelegationen in verschiedenen Vorbereitungstreffen (PrepComs) bereits vorverhandelt worden, so dass zu Beginn des Weltgipfels nur noch etwa ein Viertel der Absätze umstritten waren. Diese umstrittenen 25 Prozent hatten es jedoch in sich: Insbesondere die Kapitel über die „nachhaltige Entwicklung in einer globalisierten Welt“, die „Mittel zur Durchführung“ sowie über den „institutionellen Rahmen für nachhaltige Entwicklung“ enthielten viele in Klammern gesetzte und damit als nicht konsensfähig markierte Textstellen. Aber auch im Bereich der erneuerbaren Energien, der Versorgung mit Wasser und sanitären Einrichtungen, der Chemikalienpolitik und bei der Behandlung der Menschenrechte ergaben sich erhebliche Differenzen. Diese wurden in – teilweise bis spät in die Nacht

andauernden – Verhandlungen zwischen den RegierungsvertreterInnen diskutiert, bis am Ende der dann verabschiedete Aktionsplan stand. Wie bei derartigen internationalen Großkonferenzen üblich, mussten Zugeständnisse einer Seite mit Kompensationen der anderen Staaten an anderer Stelle ausgeglichen werden. Weitreichende Einigungen konnten oftmals auf der Arbeitsebene nicht erreicht werden und mussten bis zum Eintreffen der MinisterInnen zurückgestellt werden. Die Bundesrepublik und die anderen EU-Staaten mussten ihre jeweiligen Positionen zunächst in der EU-Koordination durchsetzen, sich abstimmen und dann darauf vertrauen, dass die dänische Ratspräsidentschaft sich auch entsprechend einsetzen würde.

## Verhandlungen, Roundtable und Plenum – der Gipfel diskutiert

Neben den RegierungsvertreterInnen beteiligte sich eine große Anzahl internationaler und nationaler Nichtregierungsorganisationen (NGOs) informell an den Verhandlungen. In Treffen mit den offiziellen Delegationen, mit policy papers und durch die Teilnahme an den im Plenum parallel zu den Verhandlungen durchgeführten Diskussionsveranstaltungen zu den Themen der Konferenz versuchten die NGOs, Einfluss zu nehmen und Druck zu machen.

Gegen Ende des Weltgipfels schwebten die Staats- und Regierungschefs ein, und hatten im Plenum die Gelegenheit, in jeweils fünfminütigen Statements ihre Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung zu verkünden. Häufig hatten diese politischen Erklärungen der politischen Würdenträger wenig mit den von den Fachministern- und Behörden verhandelten Texten im Aktionsplan zu tun. Schöne Reden nach Außen, heftiges und langandauerndes Ringen um einzelne Worte im Inneren, so lässt sich dieses Phänomen noch am ehesten beschreiben. Von den Staats- und Regierungschefs wurde eine, vom südafrikanischen Präsidenten Mbeki vorbereitete, politische Abschlusserklärung verabschiedet, die sich zu dem auf der Umweltkonferenz in Stockholm vor 30 Jahren begonnen und in Rio konkretisierten Prozess der nachhaltigen Entwicklung bekennt und die Selbstverpflichtung enthält, den Aktionsplan umzusetzen.

Dass man dabei auf die Zivilgesellschaft als wichtigen Akteur setzte, sollten schließlich die vier, von der UN organisierten „Roundtable“ der Regierungschefs mit den VertreterInnen der sogenannten Major Groups (darunter Gewerkschaften, Jugend, Frauen, Wirtschaft, indigene Gruppen, NGOs und andere), sowie ein abschließendes Multi-Stakeholder-Event in gleicher Zusammensetzung beweisen – Partizipationsillusion mit jeweils 3-minütigen Beiträgen der Major Groups.

Die Zivilgesellschaft war jedoch nicht nur im gediegenen Santon Convention Center, dem Tagungsort des Weltgipfels, vertreten. Parallel zum WSSD fand das sogenannte Global Peoples Forum auf dem Messegelände NASEC statt. Dort sollten ursprünglich viele zehntausend Menschen aus aller Welt das globalisierungskritische Gegengewicht zum offiziellen Gipfel darstellen und eine andere Sicht der nachhaltigen Entwicklung diskutieren. Der Zuspruch zu diesem Forum hielt sich jedoch in Grenzen – auch die erwünschte breite internationale Beteiligung gelang nicht durchgehend, Gruppen aus Afrika dominierten. Das mag auch an dem, vor allem für VertreterInnen kleinerer Organisationen und ärmerer Länder hohen Teilnahmebeitrag von 70 bis 150 Dollar gelegen haben. Nichtsdestotrotz konnte in dem Forum ein sehr kritisches Abschlussdokument erarbeitet werden. Dieses wurde im Anschluss an eine beeindruckende, von ANC, dem Gewerkschaftsverband COSATO, der kommunistischen Partei SACP und anderen Organisationen veranstaltete Demonstration vom Township Alexandra zum Convention Center dem Gipfelpräsidium (den ANC-Ministern Südafrikas) überreicht.

## Gipfel der Schadensbegrenzung

Schon bei den Vorbereitungstreffen wurde es deutlich: Einen wirklichen Fortschritt würde es in Johannesburg nicht geben. So kam es denn auch. Viele Absätze des Aktionsplanes wiederholen lediglich bereits bei anderen Konferenzen vereinbarte Zielvorgaben oder enthalten unverbindliche Formulierungen ohne klare Zeitziele. Dies gilt beispielsweise für die, als Errungenschaft verkündete Vereinbarung, bis zum Jahre 2015 den Anteil der Menschen ohne sicheren Zugang zu sauberem Trinkwasser zu halbieren. Dies war bereits in der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen beschlossen worden.



Eine Analyse des Aktionsplans durch die Friends of the Earth International kam denn auch gerade einmal auf zwei wirklich neue Verpflichtungen – so soll bis 2015 der Anteil der Weltbevölkerung ohne Zugang zu sanitärer Basisversorgung halbiert werden und im Bereich der Fischerei sollen Schutzzonen und repräsentative Netzwerke bis 2012 geschaffen werden.

Positiv ist weiter zu vermerken, dass die Thematik der globalen öffentlichen Güter („global public goods“) im UN-Rahmen verhandelt wird – allerdings wurde der Begriff auf US-Intervention abgeschwächt zu „global public interests“. Auch die Fragen nicht nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster sind auf die Tagesordnung gesetzt worden. Keine Einigung konnte jedoch bei der entscheidenden Frage des Abbaus der handelsverzerrenden Subventionen (dies betrifft vor allem die Agrarsubventionen der USA und der EU) sowie bei der Festschreibung eines konkreten Zieles mit klaren Zeitangaben zur Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien erreicht werden. Auch die Festschreibung von verbindlichen Regeln über die ökologische und soziale Verantwortung der globalen Unternehmen (Accountability) konnte nicht erreicht werden – allerdings gelang hier ein Einstieg in entsprechende Vorhaben. Die von vielen im Vorfeld erhoffte Stärkung des UN-Umweltprogramms (UNEP) mit seinem Direktor Klaus Töpfer oder gar dessen Ausbau zu einer Weltumweltorganisation erfolgte nicht. Somit fehlt es weiter an einem starken Gegenspieler zur Welthandelsorganisation, welcher die sozialen oder ökologischen Belange machtvoll schützen kann.

Die Gelegenheit, mit dem UN-Weltgipfel ein Gegengewicht zur WTO und der ihr zugrundeliegenden neoliberalen Freihandelsideologie zu schaffen, wurde vertan.

Es nimmt daher nicht Wunder, dass der Weltgipfel gemeinhin als Gipfel der Scha-

densbegrenzung kommentiert wurde. So konnte immerhin verhindert werden, dass die Regelungen von WTO/GATT über die internationalen Umweltabkommen gestellt werden – allerdings hatte die EU (gegen den Widerstand Deutschlands) ihren Kampf gegen eine solche Unterordnung bereits aufgegeben und nur durch den Einsatz Norwegens, der Schweiz, Äthiopiens und Tuvalu wurde die entsprechende Formulierung doch noch gestrichen.

#### **Interessensgegensätze und Themenüberfluss**

Die Gründe dafür, dass ein echtes Rio+10-Ergebnis mit weitreichenden Vereinbarungen nicht zustande kam, sind vielfältig. Zuallererst ist das, sich seit Rio veränderte, politische Umfeld zu nennen. Die neoliberale Freihandelsideologie hat sich (zunächst) weltweit durchgesetzt – nicht zuletzt durch die Errichtung der Welthandelsorganisation WTO Anfang 1995. Im Rahmen der WTO-Regeln werden Umwelt- oder Sozialauflagen zunächst vor allem als Handelshemmnisse betrachtet, die es zu vermeiden gilt. Es verwundert daher nicht, dass sich in dem Aktionsplan nunmehr an über 200 Stellen eine positive Bezugnahme auf die WTO und die Ministerkonferenz von Doha findet.

Neben diesem grundlegenden Konflikt waren in Johannesburg weitere Faktoren ursächlich für das wenig ambitionierte Ergebnis. Die OPEC sowie die USA und andere Länder haben ihre ökonomische Macht ausspielen können. Die an sich positiv zu vermerkende Stärkung der Position der Gruppe der Entwicklungsländer (G77) im Weltgefüge erhält dadurch einen schalen Beigeschmack, dass sie sich beispielsweise von der OPEC haben vereinnahmen lassen – insbesondere bei der Frage der Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien.

Auch der in Johannesburg verhandelte „Ge-

mischwarenladen“ mit einem Themenspektrum von Chemikalienpolitik über Frauenrechte, Fischerei, Energie, Handel, Entwicklungsfinanzierung bis hin zu Gesundheitsvorsorge führte zu einer kaum noch verhandelbaren Gemengelage, bei der das Prinzip des orientalischen Basars Modell stand: für die politischen Verhandlungen: gibst Du mir in dem Bereich das, gebe ich Dir bei einem völlig anderen Thema dies. Das multilaterale Verhandlungssystem ist bei dieser bisher größten Weltkonferenz an seine Grenzen gestoßen. Zur Umsetzung der Ergebnisse der diversen Weltgipfel wird daher von vielen NGOs vorgeschlagen, sich im Rahmen internationaler Konferenzen auf jeweils ein Thema zu beschränken, um so die Beschlussfassung von verbindlichen operativen Konzepten, deren Umsetzung auch geprüft werden kann, zu erleichtern.

Schließlich haben auch die politischen Veränderungen in Europa Auswirkungen auf die Umwelt- und Entwicklungspolitik. So waren es häufiger die (sozialdemokratisch regierten) Länder Deutschland, Großbritannien und Belgien, die in Johannesburg gegen die übrigen europäischen Staaten argumentierten. Welche Auswirkungen der politische Rechtsruck in Europa mit konservativen Regierungen in Dänemark, den Niederlanden, Frankreich, Italien, Österreich und Spanien auf die Debatten um nachhaltige Entwicklung hat, zeigte sich besonders deutlich in der Rede des dänischen Premiers Anders Fogh Rasmussen vor dem Plenum: Erst müsse Wohlstand (mit den unvermeidlichen Problemen) geschaffen werden – dann könne auch Umweltschutz einsetzen. Dass diese Ansicht das Gegenteil von nachhaltiger Entwicklung ausdrückt, störte ihn nicht.

#### **Typ II – Freiwilligkeit der Unternehmen**

Als ein Ausweg aus den deutlich gewordenen Schwächen des multilateralen Verhandlungssystems wird (nicht nur) von den UN die Einbeziehung privater Akteure in die Durchsetzung der Ziele und zur Durchsetzung weltweiter Standards propagiert. Im Rahmen des vor zwei Jahren ins Leben gerufenen „Global Compact“ verpflichteten sich Unternehmen auf freiwilliger Basis zur Einhaltung globaler Standards. In Johannesburg wurden nunmehr die sogenannten Typ-2 Vereinbarungen in den Mittelpunkt der entsprechenden Anstrengungen gestellt. Auf einer parallelen Tagesordnung standen Verhandlungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, die zu über 200 Typ-2 Vereinbarungen über nachhaltigkeitsbezogene Projekte führten. Hierbei ist jedoch kritisch anzumerken, dass bisher keine Standards für derartige Vereinbarungen vorliegen und auch die Kontrolle (Monitoring) bislang nicht gewährleistet ist. Auch in Deutschland gibt es Erfahrungen mit derartigen freiwilligen Abmachungen:

die „Grundsätze zur Stärkung von Umweltschutz bei Auslandsdirektinvestitionen“, die auf Initiative des Bundesumweltministeriums (BMU) im Rahmen eines 18-monatigen Dialogprozesses zwischen VertreterInnen der Bundesregierung, der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der NGOs ausgehandelt wurden. Sie sollten als deutscher Beitrag auf dem bevorstehenden Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg präsentiert werden. Obwohl der vorliegende Entwurf einen (Minimal-) Konsens aller beteiligten Akteure widerspiegelte, hat der BDI aus durchsichtigen Wahlkampfgründen bis heute seine Unterstützung verweigert – er wollte Gerhard Schröder keinesfalls die Möglichkeit zu einer entsprechenden Erfolgsmeldung in Johannesburg verschaffen. Auch wenn sich im Aktionsplan rechtsverbindliche Regeln für die Verantwortlichkeit von Unternehmen nicht finden, so ist doch eine Formulierung aufgenommen worden, die verlangt, zwischenstaatliche Abkommen und internationale Initiativen zu fördern, um die Verantwortung der Unternehmen für Umwelt und soziale Aspekte zu

stärken. Damit sind die Fragen der Transparenz unternehmerischer Tätigkeit und die Entwicklung von sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen immerhin erwähnt worden. Die Formulierungen können als Einstieg in ein Regelwerk sozialer und ökologischer Kriterien für das Verhalten von Unternehmen gesehen werden.

Diesem Fortschritt müssen allerdings weitere folgen. Im übrigen ist deutlich zu machen, dass freiwillige Typ-2 Vereinbarungen staatliches Handeln lediglich ergänzen, nicht aber ersetzen können.

#### Die Karawane zieht weiter – Cancun 2003 heißt das Ziel

Der Aktionsplan lässt viele Fragen offen – und verweist an einigen Stellen für die weitere Diskussion auf die WTO. Diese wird im September 2003 ihre nächste Ministertagung in Cancun, Mexiko, abhalten. Damit ist zunächst der weitere Rahmen für die Diskussion der angesprochenen Themen vorgegeben. Wenn es nicht gelingt, innerhalb der WTO eine Alternative zum neoliberalen Modell durchzusetzen, werden die in Johannesburg vereinbarten Maßnahmen letztlich doch vielfach Makulatur bleiben. Aus diesem Grunde muss die Linke einen eigenen Ansatz für eine wirklich nachhaltige und solidarische weltweite Entwicklung vorlegen. Im Dialog mit der Zivilgesellschaft, sowohl national als auch international (zum Beispiel beim Europäischen Sozialforum in Florenz Anfang November 2002), werden Alternativen zu entwickeln sein.

Die Sozialistische Internationale (SI) kann und muss dabei eine herausragende Rolle spielen. So hat sie zwar im Vorfeld von Johannesburg ein eigenes (von Christoph Zöpel als Vorsitzendem des entsprechenden SI-Komitees) vorbereitetes Positionspapier zum Weltgipfel vorgelegt, es hatte jedoch kaum Einfluss auf das tatsächliche Agieren der SI oder der sozialdemokratischen und sozialistischen MinisterInnen in Johannesburg – und war diesen vermutlich auch überhaupt nicht bekannt. Anknüpfend an die Tradition von Willy Brandt, Olaf Palme oder Gro Harlem Brundtland muss die SI wieder den Rahmen darstellen für einen Dialog zwischen Nord und Süd, der vorrangig geprägt ist von der gemeinsamen Anstrengung der progressiven Kräfte weltweit, nachhaltige Entwicklung mit seiner sozialen und ökologischen Dimension tatsächlich durchzusetzen. Nur die SI bietet die Möglichkeit, dass sich die Akteure nicht vorrangig als VertreterInnen ihrer nationalen Interessen, sondern auch als Mitglieder der fortschrittlichen Familie gegenüber treten. Unter Einbeziehung der internationalen Gewerkschaften, der nationalen und europäischen ParlamentarierInnen und des vielfach vorhandenen Sachverständes in den nationalen wie internationalen Behörden und Organisationen könnte eine früh-

zeitige Vorbereitung auf Ereignisse wie den Weltgipfel erfolgen. Ohne den wichtigen Anteil der NGOs an der Fortentwicklung des Nachhaltigkeitsprozesses schmälern zu wollen, so hat auch Johannesburg wieder gezeigt, dass politische Prozesse eben letztendlich doch von Parlamenten und Regierungen zu Ende geführt werden – und da bieten die SI und ihre Mitgliedsorganisationen den richtigen Rahmen zur Koordination.

#### Lehren aus Johannesburg

Ohne einen detaillierten und erschöpfenden Vorschlag für eine weiterreichende Agenda machen zu wollen, können doch einige Schlussfolgerungen aus dem Weltgipfel gezogen werden.

Die Einrichtung eines UN Economic and Social Security Council bleibt eine zentrale Forderung. Ein solcher Sicherheitsrat böte die Möglichkeit, die dominierende Stellung der WTO in der globalisierten Welt zu brechen und eine wirksame, faire und demokratisch kontrollierte Koordinierung der verschiedenen internationalen Institutionen zu gewährleisten. Kurzfristig muss die Umweltkonferenz der UN (UNEP) gestärkt und in eine schlagkräftige Organisation überführt werden.

Die UN und ihre Weltkonferenzen bedürfen dringend der Politisierung. Während bei den Ministertagungen der WTO oder den Treffen von Weltbank und IWF auf Ministerienebene verhandelt wird, werden große Teile der Verhandlungen innerhalb der Vereinten Nationen von Diplomaten und Ministerialen geführt. Wie es Jan Pronk, der ehemalige sozialdemokratische Umwelt- und Entwicklungsminister der Niederlande und Beauftragter des UN-Generalsekretärs für den Weltgipfel so schön formuliert hat: „Minister sind besser als Bürokraten, Staatschefs besser als Minister“. Wobei sich das besser auf wirkliche Fortschritte und den Mut zu großen Entwürfen und mutigen Schritten hin zu nachhaltiger Entwicklung bezog.

Die von Gerhard Schröder in Johannesburg angekündigte internationale Konferenz zu erneuerbaren Energien ist ein erster wichtiger Schritt. Eine weitere Konferenz über Unternehmensverantwortung muss folgen.

Damit nicht der langsamste Teilnehmer das Tempo der internationalen Staatengemeinschaft bestimmt, müssen „Koalitionen der Willigen“, wie in Johannesburg begonnen, ausgebaut und ambitionierte Ziele verfolgt werden.

Schließlich hat Johannesburg auch gezeigt, dass das derzeitige System der parlamentarischen Kontrolle und Begleitung der Globalisierung unbefriedigend ist. Den Parlamenten muss bereits in der Verhandlungsphase eine Mitsprachemöglichkeit eingeräumt werden.

## Z

**Zeitschrift  
Marxistische  
Erneuerung**

13. Jahrgang, Nr. 51, September 2002, 224 S.  
Balzer / Lieberam / Münchow – Die Linke  
und die Wahlen: Abendroth

#### Rechtspopulismus in Europa

Wiegel – Populismus als Erfolgsrezept /  
Butterwegge – Soziale Demagogie: De-  
mografie, Migration, Armut / Hantke –  
Rechtspopulismus in Europa / Christen –  
Italiens Rechtsbündnis / Bertinotti – Drei  
Gründe für ein Scheitern / Karpantschof  
– Rechtsradikalismus in Dänemark / Elm  
– Criticón – rechtes Hegemonialkonzept

#### Militär- und Kriegspolitik in der BRD

Strutynski – Mit Tabubrüchen zur Norma-  
lität / Pflüger – Bundeswehr und Rot-  
Grün

#### Und:

Förster – Kant-Impulse im Denken von  
Karl Marx / Belina – Kriminalpolitik in den  
USA / Luft – Nicht zu vergessen: Ökono-  
mische Gesetze

#### Sowie:

Berichte, Buchbesprechungen

**Z** Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Vers.); im  
Abo: 32,- Euro; Auslandsabo 38,- Euro  
(4 Hefte/Jahr incl. Vers). Bezug: über  
Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder  
direkt:

**Z-Vertrieb:** Postfach 500 936, 60397  
Frankfurt/M. Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

[www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de](http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de)  
e-mail: [redaktion@zme-net.de](mailto:redaktion@zme-net.de)

# „speed kills“

## SPÖ auf dem Weg zu einer Mehrheit „links der mitte“?

von Jürgen Hirsch

Der im September 2002 stattgefundene dramatische Zusammenbruch der FPÖ nach innen – unter den politischen Peitschenhieben seines geistigen Führers Haider – und der damit einhergehende Rücktritt der ÖVP/FPÖ-Bundesregierung vermittelte in der Praxis den psychologischen Inhalt von Canettis „Masse und Macht“ und Freuds „Massenpsychologie und Ich-Analyse“. Wurde die „unfolgsame“ Herde (FPÖ) durch den eigenen Übervater – Haider – erniedrigend an den Abgrund geführt und mit ihrer Möglichkeit der eigenen Zerstörung konfrontiert.

Der Versuch der ÖVP als drittplatzierte Partei im Februar 2002, unter Wolfgang Schüssel (ÖVP) mit der Haider-FPÖ – unter dem Schlagwort „Österreich neu regieren“ und „speed kills“ – Österreich zu einem „modernen“ neoliberalen Staat umzubauen, zerbrach letztlich an der beibehaltenen oppositionellen Grundhaltung, nach innen wie nach außen, der FPÖ. Zerbrach diese an ihrer eigenen innerparteilichen Widersprüchlichkeit.

Die ÖVP nahm 1999 die Chance wahr, durch unannehmbare Forderungen an die SPÖ, die Koalitionsverhandlungen zu sprengen um mit der FPÖ eine Regierung zu bilden. Und dass, obwohl die FPÖ – ehemals aus dem nationaldeutschen Lager gegründet – eine international geächtete Rechtspartei repräsentierte. Die FPÖ hatte sich über die Jahre – durch rechtspopulistische Kleinarbeit – mit Protestwählern bereichert und war so ein wesentlicher Machtfaktor, und „Anti-Privilegienpartei“, in der politischen Auseinandersetzung geworden. Die bürgerliche ÖVP startete nun, im Februar 2000, mit einem neoliberalen Gesamtprogramm den Versuch, mit der zweitstärksten Partei FPÖ ein gemeinsames Regierungskonzept, u.a. mit Privatisierungen und sozialer wie politischer Strukturerschlagung, zu starten.

Die ÖVP – wesentlicher Parteienrepräsentant christlicher, bürgerlicher und bäuerlicher Besitzbürger – versuchte die eigene Strukturveränderung zu einer „modernen“ neoliberalen Partei. Sie scheiterte aber letztendlich an den unüberbrückbaren innerparteilichen Spannungen des Koalitionspartners FPÖ. Die sozialen Veränderun-

gen der FPÖ, bzw. die Ausweitung ihrer Wählerbasis, vom Nationalen zum Neoliberalen, legten die unterschiedlichen Interessen – zwischen völkischer Deutschtümelei mit kleiner Leute-Ideologie und neoliberaler Finanz-Bourgeoisie – offen und diese konnten auch vom „Übervater“ Haider nicht überwunden werden. Die divergierenden innerparteilichen Interessen – wie z. B. notwendige Steuersenkung für Kleinstverdiener versus Rüstungsaufträge zum Nutzen der Großindustrie – zerrissen, zudem mit einigen Privilegienskandalen angereichert, letztlich die innerparteilichen Bande und Interessen.

Vorausgegangen waren der Bruch des seit 1945 gemeinsamen österreichischen Grundkonsenses, der Sozialpartnerschaft, bzw. der des politischen sozialstaatlichen, welcher aus dem „Geist der (KZ-) Lagerstraße“ entstanden war, Ausgleichs. Dieser hatte aber schon in den 13 Jahren der Koalition von SPÖ-ÖVP erhebliche Qualitätseinbuße erlitten. Denn die ÖVP setzte immer mehr auf Deregulierung und Privatisierung, es wurden von ihr immer radikalere Forderungen des sozialstaatlichen Umbaus und damit des Sozialabbaus, gestellt. Große Teile der verunsicherten Wähler reagierten mit Wahlverweigerung oder wählten die FPÖ mit ihren egoistischen, „Österreich zuerst“, Solidaransatz.

Aber auch bei führenden Vertretern der SPÖ hatte sich über die Jahre, nach dreißigjähriger Regierungstätigkeit, durch unzählige politische, berufliche und persönliche Kooperationen der „Marktgläubigen“ verfestigt. Wurden verstärkt auch die von der SPÖ angebotenen Lösungsansätze von der Bevölkerung als unsozial eingestuft und das angebotene „Konzept der Mitte“ von ihren Wählerinnen und Wählern abgelehnt. Weil doch auch die vielfältigen unsozialen Auswirkungen thatcheristischer Politik, die ja auch unter Tony Blair (- und Schröder mit ihrem „Dritten Weg“) mit „New Labour“ sichtbar wurden.

Der wesentlich von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, aber auch von der ÖVP seit 1945 mit getragene, erfolgreiche Keynesianismus des politischen Ausgleichs verlor immer mehr an inhaltlicher

Substanz und Glaubwürdigkeit. Der zuvor erfolgreichen nationalen wie internationalen Politik der SPÖ unter Bruno Kreisky folgten, unter SPÖ-Bundeskanzler in Koalition mit der ÖVP, immer mehr Privatisierungen und Deregulierungen als „notwendiger“ Krisenlösungsansatz einer kapitalistischen Wirtschaft. Dergleichen erhob die ÖVP (im Wechsel mit der FPÖ und den Unternehmerverbänden) immer radikalere neoliberale Forderungen nach einem Wirtschafts- und Sozialumbau.

Die ÖVP diffamierte immer deutlicher die „schädlichen“ Auswirkungen sozialdemokratischer Konsenspolitik zwischen den politisch-ökonomischen Macht- und Interessensgruppen. Setzte die ÖVP verstärkt auf eine Ideologie der „schrakenlosen Freiheit für alle“ und eine notwendige Entfesselung von staatlichen Sozialgesetzen. Sollte doch mit einer neuen „Flexibilität“, ein neuer common sense in der Gesellschaft installiert werden.

In der Bevölkerung wurde dieser sozial destabilisierende Neoliberalismus, als gemeinsamer Weg der SPÖ/ÖVP-Koalition, immer stärker abgelehnt. Kam es im Wahlkampf 1999, mit einem Blair-Schröder-Klima-Plakat (- und des damit propagierten „Dritten Weges“), zu heftigen Unmutsäußerungen von SPÖ-Mitgliedern sodass dieses nur sehr kurzfristig eingesetzt wurde. Damit wurde die Kluft in der Wahrnehmung, zwischen Elite und Basis, innerparteilich immer deutlicher, hatten doch auch die „think tanks“ der SPÖ, ehemals austro-marxistisch geprägt, nur ungenügende Analysen und Handlungsanleitungen zu bieten. Die Schule der erfolgreichen Praktiker der Ersten Republik (Hugo Breitner, Otto Bauer, Otto Glöckel, Josef Hindels, Rosa Jochmann, aber auch Bruno Kreisky u.v.a.) war ausgedünnt und lieferte verstärkt Leerformel, die sich in einer utopieloser Politik und neoliberalen Aktivismus niederschlugen.

Wolfgang Schüssel/ÖVP führte die Koalition mit der FPÖ in den vergangenen zwei Jahren zielstrebig international ins neoliberale Lager. Er versuchte zudem Österreich – mit zahlreichen politischen Tricks – durch kalte Abschaffung der Neutralität (- eines Verfassungsgesetzes) und verstärkter Aufrüstung, in die NATO-Gemeinschaft zu integrieren. Dies trifft aber in der Bevölkerung, mit mehr als 60% Ablehnung, auf massiven Widerstand. Die schrakenlose „Marktwirtschaft“ ist zudem für die christlich geprägte ÖVP-



Elite zu einer messianischen Heilswahrheit hochgelobt worden, während dessen die Bevölkerung ganz andere, gegenteilig negative, gesellschaftliche Wahrnehmungen erlebt.

Die bemerkenswerte Standfestigkeit großer Teile der Bevölkerung in der Vergangenheit, punkto gemeinschaftlicher Solidaritätswerte (Sozialstaat, Gerechtigkeit, Freiheit in Solidarität, Neutralität etc.), wird jetzt wieder, mit der am 24. November statt findenden Neuwahl, einer Prüfung unterzogen. Die stattgefunden Zerstörung und Destabilisierung gesellschaftlicher Bedingungen sind aber deutlich spürbar. Jetzt ist die SPÖ mit ihrem Parteivorsitzenden Alfred Gusenbauer gefordert mit einem programmatischen wie auch sinngebenden Zukunftsprogramm die durch die FPÖVP-Koalition schon durchgeführten sozialen Destabilisierungen in Österreich zu relativieren und auch einen dringend notwendigen SPE-Ansatz für eine gemeinsame Politik in der EU zu suchen. Droht doch der Neoliberalismus insgesamt, als Ideologie der Diktatur des Geldes, immer stärker die Demokratien und Gesellschaften in der EU zu destabilisieren. Droht doch auch der globalisierte Kapitalismus durch seine profitorientierte Kurzsichtigkeit und umfassenden Privatisierungen diesmal die gesamte Menschheit zu gefährden. Kann der nationale Staat kaum mehr politisch unsoziale Bedingungen ausgleichen.

Für die österreichische (wie auch die europäische) Sozialdemokratie ergibt sich, nach den global wie national immer deutlicheren verheerenden Ergebnissen neoliberaler und rechtspopulistischer Politik, die Notwendigkeit eines gesellschaftspolitischen Gegenentwurfs, in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Sie muss der vorherrschenden kurzsichtigen und gruppenegoistischen politischen Praxis den Entwurf einer solidarischen Gesamtverantwortung entgegenstellen sowie dessen Diskussion und Umsetzung fordern. Deshalb ist die Sozial-

demokratie in Europa und in der Welt gefordert, in dieser Existenzfrage im internationalen Rahmen, mit zivilen und parteifreien Widerstandsgruppen (u.a. ATTAC oder das Welt-Sozialforum) aktiv zu werden und Antworten zu finden. Mit einer Politik LINKS DER MITTE für eine SOZIALE REPUBLIK EUROPA und der WELT.

Machen wir also gemeinsam den Menschen klar, dass sie von neoliberaler Politik, und deren politischen Vertreter/innen und ihren Anhängern, nichts zu erwarten haben. Zeigen wir Punkt für Punkt die gebrochenen Versprechen und die sozialen Verschlechterungen auf. Machen wir auf den ökologischen Raubbau, auf die Umverteilungspolitik von Arm zu Reich, also den Klassenkampf von oben, aufmerksam; sie trifft heute auch schon jene, die sich als „mittelständische Funktionselemente“ begreifen. Kümmern wir uns um die Ängste der so genannten Modernisierungsverlierer/innen, wie Werkvertragsnehmer/innen ohne soziale Rechte, Wegrationalisierte, Opfer von Alters- und Jugendarbeitslosigkeit und jenen, denen diese Gefahren immer deutlicher drohen. Sagen wir offen, dass sich viele der Reichen als Steuerzahler/innen davonstehlen und den einkommensschwächeren Schichten die Finanzierungslasten des Staates aufgebürdet werden – dass dem Staat nur deshalb das Geld ausgeht, weil die Reichen immer weniger Steuern zahlen. Sagen wir offen, dass Sicherheit für uns vor allem soziale Sicherheit bedeutet und wir folgende Forderungen stellen:

I Demokratisch legitimierte Kontrolle der und Eingriffe in die Finanzmärkte und in den Welthandel durch zu demokratisierende internationale Organisationen wie Weltbank, Internationaler Währungsfond und Welthandelsorganisation zwecks Herstellung einer Weltwirtschaftsordnung, die allen Menschen ein Leben in Würde und Wohlstand ermöglicht.

- Eine aktive Armutsbekämpfung, die zu einer Demokratisierung des Reichtums führen muss.
- Einführung oder Erhöhung von Kapitalsteuern (wie Tobin-Steuer oder die Besteuerung von Stiftungen) sowie Auflösung der

Steueroasen zur Erfassung von Spekulationsgewinnen und der stärkeren Heranziehung von Kapitaleigentümer/innen zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates.

- Ausbau der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Sozialinitiativen zwecks Vernetzung internationaler Solidarität und zur Durchsetzung einer weltweiten Sozialcharta, die den Billiglohn-Status von Ländern beseitigt und damit die Verlegung von Betrieben zwecks kurzfristiger Profitmaximierung unwirtschaftlich macht.

- Schaffung von Arbeitsplätzen durch Forschungs- und Investitionsbegünstigungen, Arbeitszeitverkürzung, finanzielle Erschwernisse bei Betriebsauslagerungen in Billiglohnländer, Ausbau sozialer Sicherungssysteme mit solidarischem Umlageverfahren und Sicherung des Wohlfahrtsstaates durch Einführung einer Wertschöpfungsabgabe.

- Verhinderung der durch internationale Vertragswerke erzwungenen Privatisierung öffentlicher Güter sowie Ver- und Entsorgungsleistungen für Wasser, Strom, Gas, Müll, Verkehr, Schulen, Universitäten, Gesundheit und Ähnliches.

- Ausbau der Demokratisierung der Betriebe und der Wirtschaft.

- Aktive Neutralitäts- und Friedenspolitik statt zunehmender Militarisierung, Demokratisierung aller überstaatlichen Organisationen wie UNO und EU.

- Eine solidarische, die Menschenrechte und Menschenwürde (auch innerhalb der Zuwanderergemeinschaften) wahrende Zuwanderungspolitik mit kommunalem Wahlrecht und passivem Wahlrecht für alle.

Dass Sozialdemokraten, die den Zusammenhang von privater Unternehmermacht und Massenarbeitslosigkeit nicht thematisieren, die glauben, dass hohe Arbeitslosenzahlen bloß ein Vermittlungsproblem der Arbeitsmarktverwaltung darstellen, dass „die Politik“ bloß Rahmenbedingungen für „die Wirtschaft“ festlegen müsse, sich aber ansonsten nicht einmischen solle, und dass Appelle an die Unternehmer genügen, dürfen sich nicht wundern, wenn das Mehrheitsinteresse und ihre eigene Glaubwürdigkeit auf der Strecke bleiben und sie gesellschaftspolitisch scheitern. Noch dazu, wenn sie auf EU- und internationaler Ebene so gut wie nicht aktiv werden.

Statt die Eigentumsordnung für unantastbar zu halten und damit der willkürlich zur Religion erhobenen Profitaufblähung zu folgen, muss das *gute Leben für Alle*, zum Thema gemacht und die Frage aufgeworfen werden, wie für alle Menschen erfüllende Lebensgrundlagen geschaffen werden können, statt die Reichtumsanhäufung in den Händen ganz Weniger weiter zu befördern. Das erfordert aber bei uns verstärkt politische Bewusstseinsarbeit, Utopiefähigkeit und Kreativität.

# Ein Präventivkrieg gegen den Irak wäre ungerechtfertigt und schädlich

Von Dieter S. Lutz, Reinhard Mutz und Götz Neuneck

## Geht vom Irak eine akute Bedrohung aus?

Seit Januar diesen Jahres wiederholen Vertreter der amerikanischen Administration mit unterschiedlichen Begründungen und in wechselnder Intensität die Ankündigung eines militärischen Vorgehens gegen den Irak. Die derzeitige Argumentation, vorgetragen von verschiedenen hochrangigen Amtsträgern, geht von der Überzeugung aus, dass die irakische Führung versuche, die Verfügung über nukleare Waffen zu erlangen. Bis ein tatsächlicher Einsatz solcher Waffen gegen die Vereinigten Staaten den Verdacht erweise, könne man jedoch nicht warten. Deshalb sei ein vorheriger Regimewechsel unabdingbar. Darunter wird der Sturz bzw. die Beseitigung Saddam Husseins verstanden.

Dem entgegen bestätigen in den jüngsten Tagen getroffene Feststellungen unabhängiger Institutionen und Persönlichkeiten die Behauptung einer akuten Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen in der Hand Bagdads nicht:

- Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien erklärt, dass ihr keine neueren Informationen über ein irakisches Atomprogramm vorliegen.
- Das Londoner Institut für Strategische Studien (IISS) zieht in einer Studie den Schluss, dass der Irak zur Herstellung nuklearer Waffen nur in der Lage ist, wenn es ihm gelingt, spaltbares Material aus dem Ausland zu erhalten.
- Das Carnegie Endowment for International Peace in Washington verweist auf das Fehlen jeglicher Trägermittel interkontinentaler Reichweite für Massenvernichtungswaffen.
- Der ehemalige amerikanische UN-Waffeninspekteur Scott Ritter bezweifelt, dass der Irak gegenwärtig die Fähigkeit besitzt, einsetzbare Massenvernichtungswaffen herzustellen.
- Der designierte Leiter der neuen UN-Waffenkontrollkommission, der Schwede Hans Blix, teilt diese Zweifel.
- Sein Vorgänger, der Australier Richard Butler, vertritt die Auffassung, dass die

irakische Führung möglicherweise noch vorhandene Massenvernichtungswaffen allenfalls zur Sicherung ihrer eigenen Existenz, nicht aber für terroristische Anschläge nutzen würde.

## Hat die jüngste Bush-Rede die Kriegsgefahr verringert?

Vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen hat der amerikanische Präsident die Weltorganisation und das durch sie repräsentierte System internationaler Sicherheit seiner Wertschätzung versichert. Er werde mit ihr zusammenarbeiten, um ihren Beschlüssen zur Geltung zu verhelfen. Der Eindruck der Abkehr vom unilateralistischen Kurs und der Hinwendung zu einer gemeinschaftlichen Politik entstand. In den zurückliegenden Monaten hatte sich UN-Generalsekretär Annan in mehreren Gesprächsrunden mit dem irakischen Außenminister Sabri bemüht, die Wiederzulassung der 1998 abgebrochenen Vor-Ort-Inspektionen von Waffendepots und Produktionsanlagen auf dem Verhandlungsweg zu erreichen.

Die Rede Bushs wäre missverstanden, würde sie als amerikanische Bereitschaftserklärung gedeutet, sich wieder der Autorität der Vereinten Nationen unterzuordnen. Im Gegenteil ist die Regierung in Washington keinen Fingerbreit von ihren bisherigen Ankündigungen gegenüber dem Irak abgerückt – weder von der Zielsetzung des Regimewechsels, noch von der Strategie der gewaltsamen Erzwingung. Dazu Präsident Bush: „Wir werden mit dem UN-Sicherheitsrat an den notwendigen Resolutionen arbeiten. Aber an den Absichten der Vereinigten Staaten sollten keine Zweifel bestehen. Die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates werden umgesetzt – oder ein Vorgehen gegen den Irak wird unvermeidlich. Ein Regime, das seine Legitimität verloren hat, wird auch seine Macht verlieren.“

Die dem Irak zu setzenden Fristen und androhenden Schritte, so der Präsident am Tag nach seinem Auftritt in New York, sollen „nicht erst in Monaten, sondern in Tagen oder Wochen“ beschlossen werden.

Dem Ultimatum der Vereinten Nationen an den Irak geht das Ultimatum der USA an die Vereinten Nationen voran.

Mit fünf Forderungen konfrontiert die Bush-Rede das Regime in Bagdad. Es soll:

- alle Massenvernichtungswaffen zerstören,
- jegliche Unterstützung des Terrorismus unterlassen,
- die Verfolgung der Zivilbevölkerung beenden,
- alle Vermissten aus dem Golfkrieg freilassen,
- jeden Handel außerhalb des Programms „Öl für Nahrung“ einstellen.

Es sind Forderungen, die ihrer teils vagen, teils maximalistischen Formulierung wegen nicht überprüft werden können, was umgekehrt heißt: Forderungen, deren Missachtung sich unwiderlegbar behaupten lässt. Sie eignen sich folglich zur Begründung von Gegenmaßnahmen beliebiger Art. Auffälligerweise findet sich die konkrete und verifizierungsfähige Forderung nach Fortsetzung der Waffeninspektionen nicht darunter.

## Gibt es eine Alternative zum militärischen Vorgehen?

Seit zwölf Jahren unterliegt der Irak einem einschneidenden Finanz- und Handelsembargo. Dessen verheerende Folgen bekommen nicht Saddam Hussein und sein engeres Herrschaftspersonal zu spüren, wohl aber die übrigen 18 Millionen Iraker. Der einst wohlhabende Ölstaat liegt heute in der Spitzengruppe der Länder mit unverhältnismäßig hoher Säuglings- und Kindersterblichkeit. Die Unterorganisationen der Vereinten Nationen führen den Missstand auf sanktionsbedingte Ernährungsmängel und unzureichende medizinische Versorgung zurück. Im Norden und Süden des Landes sind fast die Hälfte des irakischen Territoriums vom übrigen Staatsgebiet faktisch abgetrennt. Regelmäßig bombardieren amerikanische und britische Kampfflugzeuge rechtswidrig Ziele im Irak.

Die bis heute fortgeltenden Wirtschaftssanktionen wurden 1990 als Antwort der internationalen Gemeinschaft auf die bewaffnete Aggression des Irak gegen das Nachbarland Kuwait verhängt. Sie wurden 1991 über das Kriegsende hinaus verlängert, diesmal um den Entwaffnungsauf-

www.sozialismus.de

Sozialismus 2002



Red. Sozialismus: Zweite Spielzeit für Rot-Grün; Joachim Bischoff: PDS – Bedeutungslose Sekte? Bernhard Müller: Gnadenloser Rechtssprecher (Schill); Winfried Wessollek: Nach der Flut – sozialökologische Lernprozesse? Kai Burmeister: Kinderbetreuung – soziale Infrastruktur und Arbeitsmarktinstrument; Dieter Bott: Vom Fußball-Gott, der Eisen wachsen lässt Einwurf für Deutschland – WIR SIND DABEI – OLYMP-JA!

Uli Cremer: Vor dem dritten Golfkrieg; Red. Sozialismus: Irak-Konflikt – Entspannung? Joachim Hirsch: Die Globalisierung der Gewalt; Joachim Wilke: Den Zorn gegen Chicago wenden

Richard Detje/Otto König: Autonomie und politisches Mandat; Hans Preiss: Orientieren statt irritieren!

B. Müller/B. Sander: FPÖ: Perspektiven des Rechtspopulismus in Österreich; Klaus Willkomm-Wiemer: Schweden – In die »bürgerliche Suppe« gespuckt; Ingo Malcher: Argentinien – Peronistische Macht ohne Hegemonie; Sobhanlal Datta Gupta: Indien – die wachsende Krise; Peter Lock: Angola – Frieden ohne Perspektive?

Supplement: Joachim Bischoff, Vom Imperialismus zur Weltunordnung (Empire)

Abo: € 62,- (erm. € 44,-)  
 Probeheft: Redaktion Sozialismus  
 St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
 Fax 040/280 505 68  
 e-Mail: redaktion@sozialismus.de

gen an die irakischen Streitkräfte Nachdruck zu verleihen. Den Zusammenhang zwischen dem Sanktionsregime und der Erfüllung von Abrüstungsverpflichtungen bekräftigen mehrere Irak-Resolutionen der Vereinten Nationen.

Es trifft nicht zu, dass die derzeitige Regierung in Bagdad die begründete Forderung nach weiteren Waffeninspektionen mit einem verstockten Nein beantwortet. Sie hatte sich bisher lediglich geweigert, diese Frage losgelöst von jener der Wirtschaftssanktionen zu behandeln. Was genau sie tun muss, um auf eine Lockerung und schließlich auf die Aufhebung der ökonomischen und militärischen Strangulierung hoffen zu können, würde auch jede andere irakische Regierung wissen wollen. Die Wiederaufnahme von Rüstungskontrollen durch die Vereinten Nationen mit Zusagen für Sanktionserleichterungen bei erfüllten Abrüstungsauflagen zu verknüpfen, ist mithin keine unbillige Vorbedingung. Unbillig ist vielmehr die Forderung nach „bedingungsloser“ Wiederzulassung der Waffeninspektoren.

UN-Generalsekretär Annan, der am selben Tag wie der amerikanische Präsident vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen sprach, hat auf die Verbindung der beiden Problemkomplexe ausdrücklich hingewiesen. Sein Lösungsansatz ist offensichtlich ein grundlegend anderer als der des Mannes im Weißen Haus. Er setzt auf eine umfassende Regelung der Irak-Frage mit politischen Mitteln. Sie muss allen Seiten gewährleisten, was ihnen zusteht: dem Irak die schrittweise Rückgliederung in das internationale System, seinen Nachbarn Sicherheit, auch vor ihm.

#### Welche politischen Maßnahmen verdienen Unterstützung?

1. Die UN-Resolution 687 von 1991 gilt fort. Sie verpflichtet den Irak zur Duldung der Überwachung seiner Rüstungstätigkeit durch Vor-Ort-Inspektionen und andere technische Mittel. Sie muss bis auf weiteres ein Element der Gesamtlösung des Irak-Problems bleiben. Die Europäische Union sollte sich mit einem europäischen Inspektionsteam daran beteiligen oder selbst die Führung der Mission übernehmen.

2. In Ziffer 14 bestimmt dieselbe Resolution, dass die dem Irak erteilten Abrüstungs- und Kontrollauflagen Schritte darstellen zum Ziel einer von Massenvernichtungswaffen samt zugehöriger Trägermittel freien Zone im Mittleren Osten. Die Aufrechterhaltung der amerikanischen Militärpräsenz in der Region über das Ende des Golfkriegs hinaus hat dazu beigetragen, das Vorhaben zu unterlaufen. Es bedarf der Reaktivierung. Eine von

der Europäischen Union vorgeschlagene und vorbereitete Konferenz über regionale Rüstungsbegrenzung wäre ein Anfang.

3. Abrüstung und Rüstungskontrolle sind in den vergangenen Jahren konzeptionell entwertet worden. Wer anderen Staaten die Beseitigung seiner Massenvernichtungswaffen abverlangt, muss sich selbst an die für alle geltenden Regime halten. Das Desiderat konsequenter und genereller Ächtung von Massenvernichtungswaffen steht und fällt mit der allseitigen Umsetzung und Vervollständigung zentraler Vertragswerke wie dem – gekündigten – ABM-Vertrag, dem Vollständigen Kernteststoppvertrag, dem Nichtverbreitungsvertrag sowie den Abkommen über das Verbot von B- und C-Waffen.

4. Die auch nach dem Einlenken Saddam Husseins in der Inspektionsfrage fortbestehende Angriffsdrohung gegen den Irak wird im Kontext des „Krieges gegen den Terrorismus“ propagiert. Zu den gravierendsten Nebenfolgen der militärisch verengten Auseinandersetzung mit Terrorgewalt gehört die Verrohung der internationalen Politik. Jeder rechtswidrige Übergriff, den ein antiterroristisches Motiv bemäntelt, kann inzwischen auf Nachsicht oder gar Billigung zählen. Russland bombardiert das Pankisi-Tal im souveränen Nachbarland Georgien. Israel nimmt die arabische Bevölkerung der Westbank und des Gaza-Streifens in Geiselhaft. Pakistan und Indien bedienen sich wechselseitig terroristischer Praktiken, um eigene Anhänger zu unterstützen und die des Kontrahenten zu schwächen. In allen drei Krisenregionen – Tschetschenien, Palästina, Kaschmir – ist die Suche nach einer politischen Konfliktlösung praktisch zum Erliegen gekommen. Dabei wäre nichts geeigneter, den Nährboden terroristischer Auflehnung dauerhaft zu beseitigen, als das Ende der langandauernden Bürgerkriege.

5. Der nächste Golfkrieg ist noch längst nicht abgesagt. Die Bundesregierung hat entschieden, sich daran weder mit Soldaten noch mit Geldleistungen zu beteiligen. Sie sollte sich diese Entscheidung von niemandem abhandeln lassen. Der Griff zu den Waffen ist zulässig zur Abwehr einer gewaltsamen Aggression. Anders als im Sommer 1990 begeht der Irak keine militärische Aggression. Er wäre mit Aussicht auf Erfolg dazu wahrscheinlich nicht einmal imstande. Ohne die ernsthafte Ausschöpfung aller gegebenen politischen Lösungsmöglichkeiten wäre der Griff zu den Waffen ein Akt der Willkür. Jede Regierung, die daran mitwirkt, sei es durch militärischen Beistand, logistische Hilfe oder politische Unterstützung, übernimmt Mitverantwortung. Für die Folgen, für die Opfer, für die Toten.

# Zehn Jahre, die die Welt nicht erschütterten

## Linke Politik und der Zerfall des öffentlichen Raums

Von *Tristram Hooley und Steve Rooney*

Nie war es schwieriger, radikale Politik in Großbritannien zu machen als heute – das sehen zumindest wir so. Wir sind beide zur Politik gekommen in den Jahren nach dem Fall der Berliner Mauer. Seither erfahren wir eine lange und nicht sonderlich erfreuliche Geschichte des Niedergangs. Wir haben zugesehen, wie sich die Zahl der Aktiven reduziert hat, die Demonstration kleiner geworden sind und politisches Interesse und Engagement abgenommen hat.

Für politisch Aktive ist es einfach, die apathischen und ungebildeten Massen aufzugeben und über sie herzuziehen. Tatsächlich ist es manchmal schwierig, sich damit zurückzuhalten in einem Land, in dem sich weniger Menschen an den Wahlen zum Europarlament als an den Abstimmungen über die schwachsinnige Show *Big Brother* beteiligt haben. Und obwohl es erleichtern mag – konstruktiv ist es nicht. Wir werden daher analysieren, warum sich die Menschen weiter von der Politik zu entfernen scheinen, und wir werden einige sinnvolle Vorschläge machen, wie wir uns in eine progressivere Richtung bewegen können.

Unsere Analyse basiert auf unseren Erfahrungen zunächst in der Labour Party, dann in radikalen rot/grünen Gruppen und schließlich in diversen anderen Initiativen in Großbritannien. Wir erkennen an, dass sie geopolitisch spezifisch sein mag und evtl. nicht die Bedingungen in Deutschland widerspiegelt. Wir vermuten jedoch, dass unsere Erfahrungen, auch wenn sie nicht universal sein mögen, von einem großen Teil der entwickelten kapitalistischen Welt geteilt werden. Robert Putnams Darstellung des Zerfalls der Zivilgesellschaft in den USA, *Bowling Alone*, lässt dies zumindest für die USA vermuten.

Wir argumentieren, dass sich die Menschen nicht einfach von der Politik zurückgezogen haben. Es ist nicht so, dass Tony Blair die Menschen nicht begeistern würde, oder dass ein anderer Führer, oder eine andere Partei dies könnte. Es scheint mehr so, dass sich die Menschen nicht nur von politi-

ischem Engagement, sondern auch von zwischenmenschlichen Beziehungen abwenden würden. Putnam beschreibt in seinem Buch den Rückgang politischen Engagements wie Parteimitgliedschaft oder die Beteiligung an Unterschriftenkampagnen, aber auch den Rückgang von Clubmitgliedschaften (wie dem Bowlingklub im Titels) und den Rückgang von Geselligkeit im Allgemeinen. Amerikaner kennen deutlich seltener ihre Nachbarn und essen sogar seltener mit ihren eigenen Familien zu Abend als dies früher der Fall war.

Das sind keine gute Nachrichten für uns, die wir radikale Veränderungen über populäre, kollektive politische Aktionen durchsetzen möchten. Denn es reduziert nicht nur die Chancen, eine große Zahl von Menschen in ein Projekt des sozialen Wandels einzubinden, es bedeutet auch, dass die Zivilgesellschaft die existiert, nicht repräsentativ und damit marginalisiert ist. Sozial- und Umweltaktivisten nehmen für sich in Anspruch für die Menschen und gegen sowohl die Unternehmen als auch den Staat zu sprechen, aber tatsächlich sind ihre Werte, Haltungen und Interessen häufig fernab der Mehrheit der Gesellschaft.

Es überrascht daher kaum, dass sich die Menschen aus dem öffentlichen Raum zurückgezogen haben, just in dem Moment, da dieser auf so vielen Ebenen geschlossen wird. Während die keynesianischen sozialdemokratischen Konzeptionen des öffentlichen Dienstes entzaubert wurden, sind die Staatsunternehmen und Staatsdienste von British Telekom bis zum National Health Service privatisiert oder zur Annahme von Werten und Praktiken des Marktes gezwungen worden. Was früher Raum öffentlicher Debatte war, und die Überzeugung, dass Kapitalismus und damit der Markt alles beherrschen müsse, herausgefordert hat, ist nun nach der gleichen kapitalistischen Logik wie alle anderen Belange organisiert worden. Zwar haben wir wenige Illusionen über die demokratische Verfasstheit und Effektivität der Staatsindustrien in der Nachkriegszeit,

aber bereits ihre Existenz öffnete Raum für Debatten darüber, wie sie geführt werden sollten und bot die Möglichkeit, radikale Modelle der Mitarbeiterbeteiligung und Verbraucherkontrolle durchzusetzen.

Auch an anderen Stellen sind öffentliche Räume geschlossen worden. In den überdachten Shopping Malls, die vielerorts die traditionellen Fußgängerzonen ersetzen, ist nun vieles verboten – vom Straßentheater über politische Kampagnen bis hin zur Möglichkeit, sich einfach hinzusetzen und dem bunten Treiben zuzusehen. Die Umgebung der Shopping Malls ist zum Einkaufen optimiert worden. Die Botschaft, die vom Bau selbst, von der Musik, die verkauft wird, bis zu den privaten Sicherheitsdiensten vermittelt wird lautet „Konsumenten willkommen, alle anderen draußen bleiben“. Diese kontrollierten öffentlichen Räume werden von denjenigen willkommen geheißen, die über den Anstieg der Kriminalitätsraten und antisoziales Verhalten in jeder Zeitung lesen. Insbesondere für Eltern ist die Vorstellung beruhigend, in kontrollierten und überwachten Räumen zu sein in denen ihre Kinder niemals unbeaufsichtigt sind. Aber während die Gefahren, die für Kinder von Entführern, Pädophilen und Mördern ausgehen, relativ gering sind, ist die Gefahr groß, eine Gesellschaft zu unterstützen, in der Kindern ohne Selbständigkeit oder die Möglichkeit zur Selbstorganisation aufzuwachsen.

Zunehmend beobachten wir das Erstarken einer Kultur, die sich nicht mehr auf öffentliche Räume konzentriert. Im Britischen Fernsehen wuchern Shows, in denen über die Verschönerung des Eigenheims, Gartenarbeit, Gesundheit oder Diäten diskutiert wird. Diese Shows bieten den Menschen Kontrolle über ihr Leben und ihre Umgebung, Kontrolle, die ihnen gemeinsame Aktionen nie geben konnten. Aber während wir unsere Gärten ohne fremde Hilfe verschönern können, gibt es Probleme, die öffentlicher Lösungen bedürfen. Die Verbesserung der Gesundheitsvorsorge, Transport, Müllabfuhr und Bildung für eine Mehrheit der Menschen erfordert gesellschaftliche Verständigung darüber, dass und welche kollektive Einrichtungen benötigt werden. Gleichzeitig haben die Menschen das Vertrauen in diese Einrichtungen verloren. Weil versagende, unterfinanzierte Dienste, die

*Tristram Hooley, Web Designer in einem lokalen Geschichtsprojekt, Mitglied einer rot-grünen Diskussionsgruppe, Leicester*

*Steve Rooney, Mitarbeiter in einer Weiterbildungseinrichtung, Mitglied des „Zentrums für Demokratische Politik“, Leicester*

ständige Marktpropaganda der Medien und der Rückzug der Menschen aus der öffentlichen Sphäre überall erfahrbar sind, haben sich die Chancen, ein Projekt progressiven, oder, kaum wagen wir es zu sagen sozialistischen, Wandels zu realisieren dramatisch reduziert.

Insbesondere in sozial deprivierten Teilen Großbritanniens ist der Versuch, eine Kultur der Beteiligung zu etablieren, erkennbar. Einige der ärmsten Gegenden des Landes sind gleichzeitig die Wiege innovativer und kreativer Initiativen, die nicht nur versuchen, materielle Bedarfe wie Wohnen, Gesundheit und Verkehr abzudecken, sondern auch die Menschen aktiv in die Planung und Bereitstellung der Dienste einbeziehen. D.h. es gibt eine eindeutige, staatliche Agenda, dieses Engagement (auch finanziell) zu unterstützen. Teile der Linken haben das radikale, verändernde Potential dieser Projekte aufgegriffen. Aber bevor wir uns davon zu sehr blenden lassen, sollten wir uns den besonderen sozio-ökonomischen Kontext dieser Projekte ansehen.

Es gibt, wie wir glauben, drei Hauptfaktoren, die zwar gewährleisten, dass die Initiativen in ökonomisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen relativ erfolgreich sind, die aber zugleich die Übertragbarkeit der Modelle auf andere Bevölkerungsschichten deutlich einschränken. Erstens sind dies Regionen, die massive staatliche Zuwendungen bekommen haben. Zusammen mit dem

Geld ist ein ganzes Bataillon von Sozialarbeitern gekommen, deren spezielle Aufgabe es ist, aktives Engagement in der Gemeinschaft auszustatten und zu entwickeln. Zweiter wichtiger Faktor ist das Bestehen öffentlicher Räume wie Jugend- und Stadtteilzentren, außerschulische Betreuungseinrichtungen, Bürgerforen, etc. Diese Räume ermöglichen es den Menschen, sich zu treffen, gemeinsame Probleme zu diskutieren und sich an Planungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Drittens haben große Wohnanlagen häufiger fest verwurzelte Bevölkerungen mit großen Familien, die über mehrere Generationen hinweg in relativer Nähe zueinander leben. Das trägt dazu bei, ein echtes Gemeinschaftsgefühl zu schaffen, in das sich die Menschen sowohl psychologisch als auch emotional eingebunden fühlen.

Mit anderen Worten: die spezifisch sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen, die in bestimmten deprivierten Gegenden herrschen, können zur Schaffung und Entwicklung von Formen beteiligungsorientierten Engagements beitragen. Unglücklicherweise sind solche Modelle nur schwer auf andere Gegenden übertragbar. In Wohngebieten mit Privateigentum – also dort, wo die Mehrheit der Bevölkerung tatsächlich lebt – fehlen diese Faktoren. Die Bevölkerung ist nicht verwurzelt, sondern kurzlebig und atomisiert. Die massive Zunahme vom

motorisierten Individualverkehr garantiert, dass die Menschen Kontakt zueinander vermeiden können wenn sie außerhalb ihrer Heimat unterwegs sind. Es gibt, wenn überhaupt, nur wenige öffentliche Räume und selbst die privaten werden zunehmend vereinheitlicht. Laden- und Gastronomieketten bieten standardisierte Einkaufs- und Freizeitangebote.

Das alles zeichnet ein eher trübes Bild für soziale Aktivisten. Wir entschuldigen uns nicht dafür. Man kann eine Gesellschaft nicht verändern, wenn man sie nicht versteht. Die Implikation dieser Analyse ist jedenfalls, dass wir die Wege, wie wir Menschen in politische Prozesse einbinden wollen, überdenken müssen. Statt Sozialismus zu predigen müssen wir uns am Wiederaufbau der Öffentlichkeit beteiligen. Das kann auch bedeuten, dass wir uns von dem krampfhaften Versuch, unsere Partei in Parlamente zu bekommen, abwenden und eine pluralis-

tischere, dezentralisierte Strategie des Wandels entwickeln müssen. Kurz gesagt: wir glauben, dass eine kreative und tatkräftige Zivilgesellschaft das Potential hat, Sozialismus zu entwickeln. Ein Land, dessen Individuen vor dem Fernseher sitzen und verzweifelt versuchen, Gespräche mit ihren Nachbarn zu vermeiden, hat dieses Potential nicht. Wiederbelebung und wo nötig das Wiedererfinden eines Netzwerk von Clubs, freiwilligen Organisationen und Initiativen, und damit der Aufbau von Sozialkapital, wird den Grundstein für sozialistische Veränderungen legen.

Das heißt nicht, dass politische Parteien und der Staat keine Rolle im sozialen Wandels spielen. Wir sind keine Anarchisten, die sich über politische Parteien und die Möglichkeit, den Staat für progressive Ziele zu nutzen, lustig machen. Ganz offensichtlich haben diese Akteure eine Rolle zu spielen. Aber es ist unwahrscheinlich, dass sie genügend Unterstützung in einer ausreichenden Wählerschaft aufbauen können, bevor wir das Anwachsen einer Kultur der Beteiligung erleben. Weder ein fortschrittlicher Staat noch fortschrittliche Parteien werden groß Unterstützung in der Bevölkerung gewinnen, wenn sich die Menschen nicht in einem größeren Maß öffentlich engagieren. Wenn wir eine Zukunft erleben möchten, die durch mehr als neue demoralisierende Niederlagen gekennzeichnet ist, dann müssen wir über unsere engen Konzeptionen dessen, was progressive politische Aktionen ausmacht, hinausgehen. Unsere Aktivitäten sollten wir nicht nur daran messen, ob sie die negativen Effekte des neoliberalen Konsens herausfordern und abmildern können, sondern auch daran, ob sie dazu beitragen, Zivilgesellschaft aufzubauen und zu entwickeln – jederzeit. Die Erneuerung und Stärkung öffentlicher Räume, wofür es kein „one-size-fits-all“ gibt, sollte daher unsere Priorität haben. Diese öffentlichen Räume können über Projekte rund um mündlich überlieferte Geschichte, um intergenerationalen Lernen und Gemeinschaftskunst ein potentieller Weg zur „Wiedervereinigung“ der Menschen sein. Außerdem müssen wir in Mietervereinigungen, Elterngruppen, Jugendorganisationen, Kreditvereinigungen und Gewerkschaften aktiv werden, um soziale Netzwerke zu schaffen.

Es ist weder vernünftig noch wünschenswert auf den großen externen Katalysator – den ökonomischen Zusammenbruch oder die Umweltkatastrophe – zu warten um den Menschen die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche aufzuzeigen. Momentan fehlt uns das soziale Kapital, um autoritären oder rechtspopulistischen Lösungen für derartige Krisen zu widerstehen. Wir müssen die Zivilgesellschaft hier und jetzt aufbauen. Die Herausforderung für die Linke, nicht nur in Großbritannien, wird es sein, darauf kreative Antworten zu finden.

spw 5/2002

## WIDERSPRUCH

Beiträge zur  
sozialistischen Politik

# 42

### Sicherheit, Freiheit, globale Gerechtigkeit

Anti-Terror-Kriege, Völkerrecht, Solidarität:  
Israel-Palästina-Konflikt; innere Sicherheit, Anti-Terror-  
Gesetze, Freiheits- und Grundrechte; Fremde als  
Sicherheitsrisiko; Reichtum/Armut, soziale Sicherheit,  
transnationale Sozialpolitik; Gewalt und Geschlecht

U. Marti, R. Kössler, H. Melber, N. Paech, L. Watzal,  
R. Gössner, H. Busch, M. Bosonnet, M.R. Krätke,  
U. Mäder, G. Husi, Th. Furrer, C. von Werthof

#### Weltsozialpolitik nach Porto Alegre

D. Keel: Neokoloniales WTO-Regime  
H. Schläppi/J. Sekinger: Gewerkschaftsinternationalismus  
P. Niggli: Weltsozialforum – künftige Agenda  
R.H. Strahm: Finanzplatz Schweiz unter Druck  
A. Misbach: Der Fall Enron  
R. Falk: Entwicklung und Finanzierung

Marginale / Rezensionen / Zeitschriftenchau

22. Jg./1. Halbjahr 2002

Fr. 25.- / € 16.-

212 Seiten, Fr. 25.-/€ 16.- (Abonnement Fr./DM 40.-/€ 27.-) zu beziehen im Buchhandel oder bei  
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich  
Tel./Fax 0041 (0)1 - 273 03 02  
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

# Wir dürfen Bildung nicht als Ware dem Handel überlassen

Die Welthandelsorganisation berät über den Import und Export von Hochschul-Dienstleistungen

Von Edelgard Bulmahn

Relativ unbemerkt entwickelt sich ein internationaler Bildungsmarkt, der große Profite verspricht und die traditionellen staatlichen Einrichtungen wie etwa Hochschulen massiv unter Druck setzt. Die Welthandelsorganisation WTO verhandelt derzeit darüber, ob und in welchem Maße Bildung zu den Dienstleistungen zählt, für die der Marktzugang gelockert werden sollte. Dazu erwartet die Europäische Kommission auch eine deutsche Position. Wir dokumentieren einen Beitrag der Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD), die Liberalisierung an strikte Bedingungen knüpft. Eine davon: Hinsichtlich Finanzierung und Qualitätssicherung der Hochschulen hat der jeweilige Staat das letzte Wort und muss „Herr im eigenen Haus“ bleiben. Wenn ein Wort des Jahres für 2002 gesucht wird, könnten „Globalisierung“ oder eher noch „Globalisierungsgegner“ gute Kandidaten sein. Globalisierung eröffnet Chancen, und nichts erscheint mehr erstrebenswert als globaler Friede und globaler Wohlstand. Globalisierung bringt aber auch Bedrohungen mit sich. Der Nobelpreisträger für Wirtschaft des Jahres 2001, Joseph Stiglitz, hat sie in seinem Bestseller „Die Schatten der Globalisierung“ kenntnisreich analysiert. Eine Reform von Weltbank, internationalem Währungsfonds und Welthandelsorganisation (WTO) ist für ihn der Schlüssel für mehr Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd und für mehr Wohlstand für alle. Bemerkenswert ist seine Offenheit für die Bedeutung der Kräfte jenseits der Finanz- und Wirtschaftspolitik, konsequent daher die Forderung, dass in der WTO nicht allein die Wirtschaftsminister Gehör finden sollten. Es ist in der Tat sehr wesentlich, dass in der im November 2001 mit der WTO-Ministerkonferenz von Doha eingeleiteten neuen umfassenden Verhandlungsrunde, die sich insbesondere auf die von der WTO verwalteten Abkommen GATT (Warenhandel), GATS (Dienstleistungen) und TRIPS (geistige

Eigentumsrechte) bezieht, die Fachpolitiken mit ihren globalen Verflechtungen wie Umweltpolitik, Gesundheitspolitik, Entwicklungspolitik und zunehmend auch die Bildungs- und Forschungspolitik Gehör finden müssen. Auf deutsches Drängen haben sich die EU-Bildungsminister Ende Mai mit dieser Problematik befasst. Ein Viereck aus Bildungsministerium und Generaldirektion Bildung auf der einen und dem die Verhandlung führenden Wirtschaftsministerium und der Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission auf der anderen gewinnt Gestalt.

Die zum GATS-Übereinkommen aufgenommenen Verhandlungen, in denen es um mehr Liberalisierung im Welthandel mit Dienstleistungen geht, haben in der internationalen Bildungswelt erhebliche Besorgnis über das Vordringen kommerzieller Interessen in diesem Bereich ausgelöst: Die Bildungsinternationale der Gewerkschaften hat sich im Juli 2001 in Jomtien, Thailand, und im März 2002 in Montreal kritisch zu Wort gemeldet. Rektorenverbände und andere Hochschulvertreter aus den USA, aus Kanada und aus der EU haben im September 2001 gemeinsam vor einer Aushöhlung des öffentlichen Hochschulwesens gewarnt. Von der deutschen Hochschulrektorenkonferenz werden Stellungnahmen vorbereitet. Wie stark werden Private?

Neu ins Blickfeld getretene Organisationen wie attac melden sich zu Wort. Die OECD hat gemeinsam mit der amerikanischen Regierung am 23./24. Mai 2002 in Washington ein erstes weltweites Forum über den Handel mit Bildungsdienstleistungen durchgeführt. Weitere Veranstaltungen dieser Art sollen folgen. Die Besorgnisse sind verständlich, der Dialog in der OECD wertvoll, wichtig und weitreichend. Es geht sehr elementar um die Verfasstheit des Bildungswesens: Welche Rolle spielen private Bildungseinrichtungen? Welcher Druck kann von finanzstarken ausländischen Anbietern auf

das Bildungswesen eines Landes ausgeübt werden? In welchem Umfang sollen und können internationale Handelsabkommen auch auf das Bildungswesen Einfluss nehmen?

Diese Fragen sind nicht neu. Schon die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes sahen es als nötig an, das Recht zur Errichtung privater Schulen zu garantieren. Zugleich stellten sie jedoch das Bildungswesen unter die Aufsicht des Staates. Das Hochschulrahmengesetz (HRG) erlaubt die Errichtung privater Hochschulen. Das berufliche Bildungswesen wird sehr weitgehend vom nicht staatlichen privaten Sektor bestimmt. Im Bereich der Weiterbildung haben neben meist kommunalen öffentlichen Trägern in großem Umfang private kommerzielle Anbieter einen florierenden Markt entwickelt. Neu ist allerdings, dass auch in Bereichen jenseits der Weiterbildung das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Bildungsträgern einerseits zum Teil bereits als ein Verdrängungswettbewerb wahrgenommen wird und dass andererseits dieses Verhältnis immer deutlicher durch fließende Grenzen gekennzeichnet ist. PPP, public private partnership, ist ein Schlagwort in der Debatte um die Zivilgesellschaft und um das lebenslange Lernen, das in allen politischen Lagern akzeptiert ist. Neu ist schließlich auch, dass diese Problematik auf der Ebene eines Welthandelsabkommens in Erscheinung tritt und diskutiert wird.

## Neue GATS-Verhandlungsrunde

Das GATS-Übereinkommen trat zum 1. Januar 1995 in Kraft. Bildungsdienstleistungen sind als einer von 12 großen Dienstleistungssektoren einbezogen. Dieses Abkommen stellt einen weiteren Schritt in dem seit 1947 eingeleiteten Prozess zur Liberalisierung des Welthandels dar und schafft erstmals ein Regelwerk für den zunehmend bedeutsamen internationalen Handel mit Dienstleistungen. Spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten des GATS-Abkommens soll, so wurde 1994 festgelegt, eine neue Verhandlungsrunde beginnen mit dem Ziel, höhere und ausgewogenere Liberalisierungsverpflichtungen aller WTO-Mitglieder (derzeit 144 Länder) zu erreichen. Nach den

*Edelgard Bulmahn ist Bundesbildungsministerin und Mitherausgeberin der spw, der Artikel erschien am 08.07. in der Frankfurter Rundschau 2002, wir danken dem Verlag für die Überlassung.*

seit Anfang 2000 hierzu aufgenommenen Vorverhandlungen hat die WTO-Ministerkonferenz in Doha im November 2001 für die Dienstleistungsverhandlungen einen konkreten Verhandlungsfahrplan vereinbart: Vorlage länderbezogener sektorspezifischer Liberalisierungsforderungen (Requests) bis Ende Juni 2002, Vorlage eigener zusätzlicher Liberalisierungsangebote (Offers) bis Ende März 2003. Ziel ist es, diese Handelsverhandlungen zum 1. Januar 2005 abzuschließen.

Die Rolle der Mitgliedstaaten ist bei den Verhandlungen über das GATS vergleichsweise stark. Jeder Mitgliedstaat hat eine Stimme, die allerdings für die EU und ihre Mitgliedstaaten nur einheitlich abgegeben werden können. Es wird im Konsens entschieden. Verpflichtungen zur Liberalisierung gelten nur insoweit, wie sie ausdrücklich in den jeweiligen länderspezifischen Verpflichtungslisten (schedules of commitments) ausgewiesen werden. Dabei gibt es so genannte horizontale Verpflichtungen für alle Dienstleistungsbereiche und spezielle Verpflichtungen für einzelne Sektoren und deren Untergruppen. Liberalisierungsverpflichtungen können also sehr zielgenau und differenziert ausgehandelt werden, auch im Bezug auf Marktzugang, Inländerbehandlung und die einzelnen Dienstleistungserbringungsarten. Innerhalb der Bildungsdienstleistungen ist es beispielsweise möglich, keine Liberalisierungsverpflichtungen für den Bereich der Primar- und Sekundarschule zu übernehmen, aber im Bereich der Weiterbildung gezielt alle Beschränkungen für den Marktzugang ausländischer Anbieter aufzuheben.

#### Macht über Subventionen

Die länderspezifischen Forderungen werden zunächst in bilateralen Verhandlungen zwischen den jeweiligen Partnerländern weiter abgeklärt. Diese Verhandlungen werden aus verhandlungstaktischen Gründen in aller Regel vertraulich geführt. Nach Abschluss dieser zahlreichen, sehr zeitraubenden bilateralen Einzelverhandlungen kristallisiert sich dann das für alle WTO-Mitglieder verbindliche Gesamtverhandlungsergebnis heraus, auf das das wichtigste Grundprinzip der WTO-Regelungen, die Meistbegünstigungsverpflichtung, Anwendung findet: Vorteile, die ein WTO-Mitglied einem anderen einräumt, gelten auch für alle anderen übrigen WTO-Mitglieder.

Wir dürfen Bildung nicht dem Handel überlassen. Die Internationalisierung der Bildungsangebote und -teilnahme gehorcht anderen Antrieben als denen des Handels. Regulierungen und Streitschlichtungen im Rahmen des GATS können und sollen nur ein kleines Fenster der internationalen Beziehungen im Bildungsbereich erreichen. Die aus der Kultur und Geschichte der jeweiligen Mitgliedstaaten entspringende ei-

gene Gestaltung des Bildungswesens muss weiterhin frei weiterentwickelt werden können. Staatliche Subventionen für Bildungseinrichtungen müssen auf nationale oder – im Falle der EU – auf Einrichtungen besonderer Rechtsgemeinschaften beschränkt werden können, was nach der GATS-Struktur auch grundsätzlich möglich ist. Das muss auch für Stipendien für die Ausbildung gelten.

Und schließlich müssen die Bildungsinstitutionen der Mitgliedstaaten in allen Fragen der Qualitätssicherung das letzte Wort behalten. Dies ist auch die Forderung der Hochschulrektoren wie der Bildungsgewerkschaften, denen man darin nur zustimmen kann.

Die Ausgangslage für die EU in diesen Verhandlungen ist einigermaßen komfortabel. In der so genannten Uruguay-Runde, die 1995 ihren Abschluss gefunden hat, wurden seitens der EU und der EU-Mitgliedstaaten einerseits spezielle, auf bestimmte privat finanzierte Bildungsdienstleistungen beschränkte Verpflichtungen im Bildungsbe- reich übernommen, die weiter gehen als beispielsweise die der USA, Australiens und Japans. Andererseits hat die Gemeinschaft bei den horizontalen Verpflichtungen Vorbehalte eingebracht, die sowohl das staatliche Monopol im Bildungswesen als auch die nationale Entscheidung über Subventionen an einzelne Einrichtungen oder Personen unberührt lassen. Zudem gibt es im Abkommen selbst mehrere Kautelen, die sicherlich dazu beigetragen haben, dass es seit 1994 keinen Streitfall im Bereich des Bildungsexports mit Berufung auf das GATS gegeben hat. Besonders wichtig ist die Aussage in der Präambel zum GATS-Übereinkommen: (...) „(in) Anerkennung des Rechts der Mitglieder, die Erbringung von Dienstleistungen in ihrem Hoheitsgebiet zu regeln und neue Vorschriften hierfür einzuführen, um ihre nationalen politischen Ziele zu erreichen, sowie – angesichts der in einzelnen Ländern bestehenden Unausgewogenheit des Entwicklungsstands ihrer Vorschriften im Dienstleistungsbereich – des besonderen Bedürfnisses der Entwicklungsländer, dieses Recht auszuüben“.

Mit diesem Hinweis auf die nationale Regelungskompetenz für die Dienstleistungen ist die wichtige Klarstellung verbunden, dass die WTO sich nicht als standard-setting-Organisation versteht. Bildungsstandards und Qualitätssicherung sind, das wurde auch in der Konferenz von Washington vielfach betont, Angelegenheit des Bildungswesens selbst. Der Bologna-Prozess in Europa und die bisher ebenfalls auf den größeren europäischen Raum beschränkte Konvention der UNESCO und des Europarats über die Anerkennung von Hochschulabschlüssen sind dafür Beispiele.

Die EU hält sich mit Liberalisierungsfor- derungen für den Bildungsbereich gegen an-

dere Staaten zurück. Umfragen in Deutschland und in den meisten Mitgliedstaaten der EU haben nicht zu Erkenntnissen über spezielle Importbeschränkungen auf diesem Gebiet geführt, die man im Rahmen des GATS beheben sollte. Für Deutschland gilt ohnehin, dass wir beim „Export“ von Bildungsdienstleistungen an ausländische Studierende und andere Bildungsteilnehmer durch das neue Zuwanderungsgesetz noch mehr Liberalität wirksam machen möchten und dass wir letztlich nur im Einvernehmen mit Partnern in anderen Ländern dort mit Bildungsangeboten auftreten wollen.

Dies gilt auf jeden Fall für öffentlich getragene Bildungsangebote wie insbesondere die off-shore-Angebote deutscher Hochschulen im Ausland, die das Bundesbildungsministerium anstoßen konnte. Im Bereich der Weiterbildung, wo ein echter Markt herrscht, und beim Fernunterricht, der in höherem Maße unabhängig durchgeführt werden kann, besteht diese Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Partnern oder des „Twinning“ weniger.

#### Drängen der USA

Im Verhandlungsprozess selbst werden jedoch Bildungsfragen durchaus eine Rolle spielen. In einer Pressemitteilung des Weißen Hauses vom 1. Juli 2002, in der die USA ihre Erwartungen an die neue Verhandlungsrunde darstellen, sind auch Forderungen zur weiteren Liberalisierung im Bildungsbereich enthalten. Entsprechend wurde in der Konferenz in Washington von amerikanischen Regierungsvertretern mehrfach die Erwartung ausgesprochen, dass andere Staaten bei ihrer Liberalisierung im Bereich der Bildungsdienstleistungen weiter gehen sollten als bisher. Vor diesem Hintergrund haben die USA, aber auch Australien, Japan und Neuseeland im Vorfeld der GATS Verhandlungen allgemeine Vorschläge und Überlegungen zum Sektor Bildung eingebracht, die bei weiteren Einzelverhandlungen zu berücksichtigen sein werden. Die USA listen Hürden für den Marktzugang privater Bildungsanbieter auf, die vom generellen Verbot ausländischer Angebote bis zur mangelnden Freiheit für Franchising reichen, betonen aber auch zugleich, dass der Vorschlag sich ausdrücklich nicht auf die Primar- und Sekundarschulen richtet und dass er die hoheitliche Aufgabe der Bereitstellung von Bildungsangeboten nicht in Frage stellt. Konkret vorgeschlagen wird, dass berufliche Bildung und Testing als besondere Gebiete für Bildungsdienstleistungen eingeführt werden.

Die australischen Vorschläge gehen in die gleiche Richtung. Neuseeland will die Klassifizierung noch weiter verfeinert wissen, indem es vorschlägt, die Bildungsangebote außerhalb des staatlich geordneten Bil-

dungswesens wie Sprachkurse oder besondere Ergänzungs- und Weiterbildungsangebote in einer illustrativen Liste zu erfassen und auch das Marketing von Bildungsdienstleistungen ausdrücklich einzubeziehen. Alles dies dient dazu, den Bereich der vermarktbareren Angebote im Bildungsbereich präziser zu beschreiben. Der japanische Vorschlag legt demgegenüber den größten Wert darauf, bei allen Verhandlungen im GATS-Rahmen die Qualitätserfordernisse des Bildungswesens zu beachten, was den Japanern in der OECD-Konferenz in Washington vielfache Anerkennung von den Bildungsvertretern einbrachte.

### Was anzustreben ist

Der Verhandlungsprozess ist eröffnet. Die EU ist Verhandlungsführer für ihre Mitgliedstaaten, die ihre Sachpositionen in den regelmäßig tagenden gemeinschaftsinternen Koordinierungstreffen des „Ausschusses Art. 133“ einbringen. Bildungsdienstleistungen sind Bestandteil des GATS-Übereinkommens und von den eingeleiteten Liberalisierungsverhandlungen mit umfasst. Es kann nicht darum gehen, diese Dienstleistungen aus den Verhandlungen auszuschließen, sondern nur darum, die marktfähigen und die nicht marktfähigen Teilbereiche schärfer zu unterscheiden. Hieran muss gearbeitet werden mit dem Ziel, im Rahmen der Verhandlungen sowohl die Möglichkeiten als auch die Grenzen des GATS-Übereinkommens für die Gestaltung des Bildungsbereichs klarer zu bestimmen.

Dazu muss der Begriff der „hoheitlich erbrachten Dienstleistungen“, die nicht dem Anwendungsbereich des GATS unterliegen, weiter geklärt werden. Er wird im vorliegenden Text des Abkommens definiert als „jede Art von Dienstleistung, die weder zu kommerziellen Zwecken noch im Wettbewerb mit einem oder mehreren Dienstleistungserbringern erbracht wird“. Diese allgemeine Definition, die auch für alle anderen Dienstleistungen gilt, ist für den Bildungsbereich zu unpräzise.

Wie sind private non-profit-Einrichtungen einzuordnen? Ist das Nebeneinander von öffentlichen und privaten Schulen und Hochschulen als ein „Wettbewerb“ zu sehen, der auch das öffentliche Bildungswesen in den Anwendungsbereich des GATS einschließt? Wir wissen, dass der Begriff Wettbewerb in der bildungspolitischen Debatte oft metaphorisch gebraucht wird. Dieser Sprachgebrauch sollte nicht dazu verleiten, die gestellte Frage ohne weiteres zu bejahen. Das öffentliche Bildungswesen steht nicht in einem direkten ökonomischen, sondern vor allem in einem Qualitätswettbewerb mit den privaten Bildungsangeboten. Es kommt nicht in Betracht, dass, wie man sagt, der Schwanz mit dem Hund wedelt. Ein Milliardengeschäft

Vor dem Hintergrund verschiedener Erörterungen mit den beteiligten Verantwortungsträgern in Deutschland wie den Ländern, den Hochschulen und den Sozialpartnern hat sich das BMBF daher mit dem für die GATS-Verhandlungen innerhalb der Bundesregierung federführenden Bundeswirtschaftsministerium verständigt, dass die Forderung verfolgt werden soll, in diesem Sinne in den anstehenden Verhandlungen eine Klärung des Begriffs der „in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbrachten Dienstleistungen“ speziell mit Blick auf die Bildungsdienstleistungen herbeizuführen.

Ebenso gehört zur deutschen Verhandlungsposition, dass die staatliche Finanzierung von Bildungseinrichtungen nicht Subventionsansprüche ausländischer privater Bildungsanbieter auslösen können darf. Auch wenn eine Privathochschule in ausländischer Trägerschaft akkreditiert ist und ihre Abschlüsse anerkannt werden, muss es dem einzelnen Staat freigestellt bleiben, diese Einrichtungen mit Zuschüssen zu unterstützen oder nicht. Zugleich verlangen wir, dass die Qualitätssicherung der Hochschulen und die Anerkennung ihrer Abschlüsse weiterhin in der Regelungsbefugnis der Staaten bleiben.

Die Bildungswelt kann und sollte dazu eigene möglichst umfassende Abkommen schließen. Im GATS kann das nicht geregelt werden. „Degree mills“ haben bei uns keinen Platz. Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft müssen sich auf den Wert der Zeugnisse verlassen können. Es geht jetzt darum, diese Forderungen umzusetzen. Man darf nicht übersehen, dass mit der Internationalisierung des Bildungswesens erhebliche Wirtschaftsinteressen verbunden sind. Die USA sehen in den Einnahmen aus dem Studium von Ausländern in ihrem Land, die sich auf jährlich rund 10 Mrd. US-\$ belaufen, den fünftgrößten Exporteinnahmeposten ihres Landes. Der amerikanische Educational Testing Service ist bereits in nahezu 200 Ländern aktiv und führt jährlich über 12 Millionen Tests durch. Die Monash University in Australien agiert außerhalb der Landesgrenzen als kommerzielle Einrichtung und verfolgt den Plan, weltweit mit ihren Angeboten präsent zu sein.

Ein Gleiches gilt für zahlreiche Fernuniversitäten und sonstige Fernunterrichtsanbieter. Die Phoenix University vertreibt über das Internet auch Kurse in Deutschland. Microsoft, Cisco und andere bieten ihrerseits Weiterbildung und den Erwerb von Zertifikaten auf kommerzieller Basis an. Hier entwickelt sich ein internationaler Bildungsmarkt, von dem natürlich auch Druck auf die öffentlichen Angebote ausgeht. Wir tun gut daran, ihn sich unter bestimmten Vorkehrungen entwickeln zu lassen. Maß zu nehmen an ausländischen und einzelnen privaten Angeboten, um

hohe Qualität und Innovation zu gewährleisten, gehört zu solchen Vorkehrungen. Auch die Stiftung Bildungstest ist hierzu zu rechnen. Das System der Akkreditierung und andere Maßnahmen der Qualitätskontrolle wie das seit 1976 geltende Fernunterrichtsschutzgesetz sind andere Möglichkeiten, den Verbraucher und Bürger vor unseriösen Bildungsangeboten und die Arbeitgeber und die Öffentlichkeit vor in „degree mills“ erworbenen Grad zu schützen.

Die Bildungspolitik, um den Titel des Stiglitz-Buches abzuwandeln, kann und muss Licht in die Globalisierung bringen. Die Verständigung zwischen den Kulturen, die Nutzung des menschlichen Wissens zur Überwindung von Hunger und Unterentwicklung, die Freiheit, Bildung in der Welt zu verbreiten und in allen Teilen der Welt zu erwerben, dies alles sind hohe Ziele, die in den Blick kommen, wenn über globale Ordnungen verhandelt wird. Sie dürfen, wenn diese Ordnungen sich auf den internationalen Handel mit Waren oder mit Dienstleistungen richten, nicht über Bord geworfen werden.

So schlicht ist die Welt nicht mehr, dass man, wie in biblischen Zeiten, die Händler einfach zum Tempel hinausjagen könnte. Aber die Bildung muss Herr im eigenen Haus bleiben. Der Menschheitstraum eines globalen friedlichen Miteinanders durch Begegnung und Aufklärung ist zu kostbar. Einzelne Angebote können gehandelt werden. Die Bildung selbst ist keine Handelsware.

spw. 5/2002

**TOPTHEMA  
IM NEUEN  
HEFT**

**GENTECHNIK**  
**Patenterte Profite.**

**STICHWORT  
BAYER**

**Widerstand gegen  
Konzernmacht. Konkret,  
spannend, international.**

**Fon 02 11 - 33 39 11  
Fax 02 11 - 33 39 40  
e-mail: CBGnetwork@aol.com  
www.CBGnetwork.org**

**KOSTENLOSES PROBEHEFT  
BESTELLEN, JETZT...**

# Die Illusion der Chancengleichheit

## Anmerkungen zu den Ergebnissen von PISA und PISA-E

Von Franzjörg Baumgart

### Vorbemerkungen

Seit der Veröffentlichung der internationalen Vergleichsuntersuchung PISA und der ergänzenden Forschungsergebnisse zu den einzelnen deutschen Bundesländern (PISA-E) wissen wir mehr als je zuvor über den Zustand des Bildungssystems in der BRD. Diese Forschungsberichte bieten zuverlässige, empirisch gesicherte Informationen über die Kompetenzen deutscher Schülerinnen und Schüler in zentralen Bereichen schulischen Lernens. Zugleich wissen wir seit PISA mehr und Genaueres über die außerschulischen Voraussetzungen schulischen Lernens, insbesondere über die Bedeutung sozialer und ethnischer Herkunft für den Kompetenzerwerb und die Bildungskarrieren von Schülerinnen und Schülern an deutschen Schulen.

Dieses erweiterte Wissen sollte zu einer nüchternen Analyse der Schwächen des deutschen Bildungssystems genutzt werden. Es könnte zu einer Versachlichung traditioneller bildungspolitischer Auseinandersetzungen und zur Erarbeitung erfolgversprechender Reformstrategien führen. Die Diskussionen der letzten Monate vor der Wahl deuten aber eher auf das Gegenteil hin. Zumindest im Mainstream der öffentlichen Diskussion sind die Ergebnisse der PISA-Untersuchungen einseitig rezipiert und politisch instrumentalisiert worden. Einseitig rezipiert heißt, dass die internationalen und nationalen Forschungsergebnisse in der Öffentlichkeit auf die Leistungsdimensionen verengt wurden und die erreichten Rangplätze in den internationalen und nationalen Ranking-Listen in den Mittelpunkt des Interesses gerückt worden sind. Politisch instrumentalisiert heißt, dass insbesondere die Ergebnisse des innerdeutschen Ländervergleichs als „Beweise“ für der Erfolg bzw. das Versagen der Schulpolitik in einzelnen deutschen Bundesländern missbraucht worden sind. Das zentrale Problem des deutschen Bildungssystems, die mangelnde Förderung leistungsschwacher Kinder insbesondere aus sozialen Unterschichten und Migrationsfamilien, wurde

durch diese einseitige Rezeption und politische Instrumentalisierung überlagert.

### PISA – die zentralen Ergebnisse

Die Ergebnisse der im Dezember 2001 vorgelegten internationalen Vergleichsuntersuchung PISA zum Leistungsstand 15-jähriger Schülerinnen und Schüler in 32 Staaten stellten dem deutschen Bildungssystem ein schlechtes Zeugnis aus, das auch von den Fachleuten in dieser deprimierenden Form nicht erwartet worden war. Sie lassen sich in fünf zentralen Punkten knapp zusammenfassen.

(1) Im Bereich der Lesekompetenz, die für die Erschließung von Welt und die individuelle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von elementarer Bedeutung ist, erzielten deutsche Schülerinnen und Schüler im Durchschnitt und im internationalen Vergleich beunruhigend schlechte Testergebnisse. Sie liegen kaum höher als die der osteuropäischen und südamerikanischen Staaten und teilweise dramatisch unter denen der west- und nordeuropäischen Länder.

(2) Die kulturelle Schlüsselqualifikation Lesekompetenz korreliert stark mit der mathematischen und naturwissenschaftlichen Grundbildung. Wer schlecht liest, erbringt in der Regel auch in diesen Kompetenzbereichen nur schwache Leistungen. Deshalb liegen die Testergebnisse deutscher Schülerinnen und Schüler auch in diesen Bereichen im Mittelwert unter dem internationalen Durchschnitt.

(3) Die Differenz zwischen der Gruppe der guten Schüler auf höchster und der Gruppe der Schüler auf niedrigster Kompetenzstufe ist in keinem Land so groß wie in der Bundesrepublik. Die Leistungsdifferenzen zwischen guten und schlechten Lesern sind also im deutschen Bildungssystem besonders eklatant.

(4) Die Gruppe der Schüler auf der höchsten Kompetenzstufe ist im deutschen Bildungssystem eher klein. Dramatischer ist aber der Befund, dass die Gruppe der Schülerinnen und Schüler, die bestenfalls die Aufgaben der Kompetenzstufe 1 – das Lesen einfacher Texte wie Gebrauchsanwei-

sen und Ähnliches – lösen können, in Deutschland extrem hoch ist. Da diese Leseschwäche in der Regel mit entsprechend schwachen Testergebnissen in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundbildung einhergeht, ergeben sich für diese „Risikogruppe“ beklemmende Zukunftsperspektiven: Es ist zu befürchten, dass diese Schülerinnen und Schüler angesichts ihrer Leistungsdefizite später kaum in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integriert werden können.

(5) Solche leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler gibt es zwar in allen Schichten (und allen Schultypen, selbst am Gymnasium!), doch sind Kinder der Unterschichten bzw. Kinder aus Familien, deren beide Elternteile nicht in Deutschland geboren sind, in dieser Risikogruppe weit überproportional vertreten. Das ist zwar in allen untersuchten Bildungssystemen der Fall, aber nirgendwo ist dieser Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft, Kompetenzerwerb und Schulerfolg so „straff“ wie in der Bundesrepublik.

Will man diese deprimierenden Ergebnisse der PISA-Studie in einem Satz zusammenfassen, so könnte er lauten: Während das deutsche Bildungssystem in allen Dimensionen des internationalen Leistungsvergleichs weit unterdurchschnittliche Ergebnisse aufweist, ist es weniger als alle anderen untersuchten Bildungssysteme in der Lage, herkunftsbedingte Barrieren des Kompetenzerwerbs auszugleichen.

Anders als frühere internationale Vergleichsuntersuchungen fanden die Ergebnisse der PISA-Studie eine breite öffentliche Resonanz. Sie wurden gewissermaßen als „nationale Kränkung“, vor allem aber als Bedrohung des „Standorts Deutschland“ empfunden. Angesichts der Schlagworte von Globalisierung und Wissensgesellschaft dienten die Forschungsergebnisse zahlreichen Kommentatoren vor allem in Presse und Fernsehen als Menetekel zukünftiger Wettbewerbsnachteile der deutschen Wirtschaft. Die Wirtschaft – so die zentrale Klage – hänge entscheidend vom „Humankapital“ ab. PISA zeige, dass dessen schulische Produktion nicht mehr gesichert sei. Unter dieser bildungsökonomischen Perspektive rückte die Frage der sozialen Gerechtigkeit, des Zusammenhangs von sozialer Herkunft und Schulerfolg, eher an den Rand des öffentlichen Interesses.

Dr. Franzjörg Baumgart lehrt Pädagogik an der Ruhr-Universität Bochum

Detailliertere Informationen zu beiden PISA-Studien mit elektronischen Volltexten finden sich im Internet: <http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/>

Die Diskussion um notwendige Reformen im Bildungssystem spiegelt ebenfalls diesen Trend wider. Sie konzentrierte sich auf die Forderung, die Anstrengungs- und Leistungsbereitschaft von Schüler (und Lehrern) zu erhöhen und zu kontrollieren. Die Definition und Durchsetzung neuer Leistungsmaßstäbe, die Einführung obligatorischer schulübergreifender Leistungskontrollen von der Grundschule bis zum Zentralabitur, der Ausbau der Vorschulerziehung und der Ganztagschulen wurden primär unter diesem Gesichtspunkt diskutiert. Ausgesprochen oder unausgesprochen liefen diese Forderungen auf eine Abrechnung mit einer angeblich leistungsfeindlichen Schulpolitik in den letzten Jahrzehnten der Bildungsexpansion hinaus. Die Reaktionen auf das Erscheinen der nationalen Vergleichsstudie PISA-E im Juli 2002 machten dies offenkundig.

#### **PISA-E: Die zentralen Ergebnisse**

Die Hoffnungen konservativer Bildungspolitik und ihrer publizistischen Hilfstruppen sollte durch die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse von PISA-E nicht enttäuscht werden. Selbst die liberale „ZEIT“ warb für ihr umfangreiches, in den Einzelbeiträgen differenziertes Dossier zu den innerdeutschen Forschungsergebnissen mit dem suggestiven Titel „Rot: mangelhaft – Schwarz: befriedigend“. Für die meisten sozialdemokratisch geführten Bundesländer waren die Ergebnisse in der Tat so deprimierend wie für die konservativ regierten Bundesländer erfreulich. Auch diese Befunde lassen sich in wenigen Punkten zusammenfassen:

(1) In allen getesteten Kompetenzbereichen liegen die Schülerinnen und Schüler in den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen stets auf den drei Spitzenplätzen der Rangliste deutscher Bundesländer, während sich Bremen, Brandenburg, und Sachsen-Anhalt stets auf den letzten Plätzen befinden und das größte Land Nordrhein-Westfalen knapp einen Mittelplatz einnimmt.

(2) Vergleicht man die Ergebnisse der Bundesländer mit den internationalen Ergebnissen, dann liegt der Mittelwert der Schülerinnen und Schüler in Bayern im oberen Drittel und der aus Baden-Württemberg immerhin noch knapp über dem OECD-Durchschnitt. Die Schülerschaft Bremens bildet dagegen im internationalen Vergleich mit Brasilien das Schlusslicht.

(3) Wie schon bei der internationalen Vergleichsuntersuchung bestätigt sich auch bei PISA-E der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft bzw. Migrationshintergrund der Schülerinnen und Schüler und ihrem Schulerfolg. In den einzelnen Bundesländern ist dieser Zusammenhang allerdings unterschiedlich deutlich ausgeprägt.

(4) Überraschend ist dabei der Befund, dass die soziale Selektivität – gemessen am erreichten Kompetenzniveau – in den „leistungsstarken“ alten und neuen Bundesländern weniger ausgeprägt zu sein scheint als bei den „Verlierern“ des Leistungsvergleichs. Kinder aus der Arbeiterschaft erreichen also in den Schulen Bayerns, Baden-Württembergs oder Sachsens höhere Kompetenzstufen in den unterschiedlichen Lernbereichen als etwa in Bremen und Sachsen-Anhalt.

Diese Befunde waren in Wahlkampfzeiten für eine politische Instrumentalisierung denkbar gut geeignet. Sie schienen genau das zu bestätigen, was konservative Bildungspolitik und ihre Klientel schon immer behauptet hatten, nämlich die Überlegenheit eines leistungsorientierten dreigliedrigen Schulsystems über eine sozialdemokratische „Kuschelpädagogik“, die mit der Einführung von Gesamtschulen höhere Bildungsabschlüsse auf Kosten notwendiger Leistungsstandards produziere. Gewiss gab es auch zahlreiche differenzierte Interpretationen der vorgelegten Untersuchungsbefunde und Stimmen, die vor vorschnellen bildungspolitischen Schuldzuweisungen warnten, etwa von dem Leiter der PISA-Forschungsgruppe Jürgen Baumert oder dem Essener Bildungsforscher Klaus Klemm. Aber gegenüber dem Mainstream der öffentlichen, vor allem publizistischen Diskussion konnten sich solche Stellungnahmen nur unzureichend Gehör verschaffen. Öffentlicher und wissenschaftlicher Diskurs entfernten sich in den Zeiten des Wahlkampfes zunehmend voneinander.

Folgt man den wissenschaftlichen Analysen, dann ergeben sich andere Erklärungen für die Differenzen zwischen den Ergebnissen der deutschen Bundesländer. Dann relativieren sich zumindest die günstigen Ergebnisse für die Testsieger im Ländervergleich. Dazu ist es erforderlich, die länderspezifischen Testergebnisse – anders als im öffentlichen Diskurs – nicht primär auf die angeblich verfehlte oder gelungene Bildungspolitik der einzelnen Bundesländer zurückzuführen. Sie müssen vielmehr unter einer bildungssoziologischen Perspektive interpretiert werden. Bei einer solchen Sichtweise gewinnen die sozialstrukturellen Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern und ihrer jeweiligen Schülerschaft eine zentrale Bedeutung für die unterschiedlichen Testergebnisse. Auch dazu einige plausibilisierende Hinweise:

#### **(1) soziale Zusammensetzung**

Sowohl die Ergebnisse von PISA wie PISA-E belegen eindringlich den engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und dem Erwerb kultureller Kompetenzen. Berücksichtigt man, dass sich die „Verlierer“ des Leistungswettbewerbs, die Länder

Brandenburg, Bremen oder Sachsen-Anhalt, in der sozialen Zusammensetzung ihrer Bevölkerung und entsprechend der Schülerschaft stark von den „Gewinnern“ des Wettbewerbs, Bayern oder Baden-Württemberg, unterscheiden, dann kann es nicht überraschen, dass auch die Leistungsmittelwerte dieser Länder – unabhängig von ihrer jeweiligen Bildungspolitik – deutlich differieren. So beläuft sich der Anteil der unteren sozialen Schichten in Brandenburg beispielsweise auf 70 Prozent, in Baden-Württemberg dagegen nur auf etwa 50 Prozent. Umgekehrt verhält es sich bei den bildungsnahen oberen und unteren Dienstklassen. Hier beträgt der Bevölkerungsanteil in Brandenburg 30 Prozent gegenüber 48 Prozent in Baden-Württemberg. Zu einem Teil sind die Kompetenzvorsprünge der süddeutschen Länder also nicht Ergebnisse erfolgreicher Bildungspolitik, sondern Ausdruck ihrer sozialstrukturellen Modernität.

#### **(2) MigrantInnenkinder**

Zur „Risikogruppe“ leistungsschwacher Kinder gehören nach PISA insbesondere Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, wobei türkische Kinder und Aussiedlerkinder aus Osteuropa den größten Anteil stellen. Auch in dieser Hinsicht unterscheiden sich die Bedingungen in den einzelnen Bundesländern beträchtlich. Während diese Gruppe in den neuen Bundesländern eher klein ist, variiert sie in den alten Bundesländern von etwa 33 Prozent in Hessen und NRW bis 22 Prozent in der Schülerschaft in Bayern. Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass unter den Migrantenkinder in Bayern der Anteil der Kinder aus der Türkei und Osteuropa wiederum deutlich kleiner als in anderen Bundesländern ist, wodurch die Integration der Migrantenkinder erleichtert wird. Am Beispiel des Stadtstaats Bremens mit einem deutlich höheren Anteil dieser Problemkinder lässt sich die gegenteilige Tendenz erkennen. In Bremen und in den anderen Stadtstaaten ist es bereits zu subkulturellen Ghettobildungen gekommen, die die Integration der betroffenen Kinder in das Bildungssystem erschweren und die „Leistungsbilanz“ der Schulen dieser Länder „belasten“.

#### **(3) Zum Vergleichsmaßstab**

Wie wichtig diese soziokulturellen Faktoren für die Erklärung der Leistungsdifferenzen zwischen den Bundesländern sind, lässt sich mit Klaus Klemm durch eine genauere Analyse der Lesekompetenz in der Sondergruppe der 15-jährigen Gymnasiasten demonstrieren: Bei einem ersten Vergleich der Leistungsmittelwerte stehen die bayrischen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten wieder an der Spitze, deutlich vor denen aus anderen Ländern wie etwa NRW. Sobald man aber bei diesem Vergleich die Werte der Schüler mit Migrationshintergrund unberücksichtigt lässt, gibt es keine signifikanten

www.dampfboot-verlag.de

John Holloway

**Die Welt verändern,  
ohne die Macht übernehmen**

übersetzt von Lars Stubbe

in Kooperation mit dem Instituto de Ciencias  
Sociales y Humanidades, Mexiko  
2002 – 255 Seiten – € 24,80 – SFR 42,90  
ISBN 3-89691-514-2

Elmar Altwater/Birgit Mahnkopf

**Globalisierung der Unsicherheit**  
Arbeit im Schatten, Schmutziges Geld  
und informelle Politik

Gebunden

2002 – 393 Seiten – € 24,80 – SFR 42,90  
ISBN 3-89691-513-4

Claudia Gather/Birgit Geissler/  
Maria S. Rerrich (Hrsg.)

**Weltmarkt Privathaushalt**  
Bezahlte Haushaltsarbeit  
im globalen Wandel

(Forum Frauenforschung Band 15)

2002 – 238 Seiten – € 20,50 – SFR 35,50  
ISBN 3-89691-215-1

Wolf Jürgen Röder/Klaus Dörre

**Lernchancen und Markzwänge:**  
Bildungsarbeit im flexiblen Kapitalismus

2002 – 208 Seiten – € 19,80 – SFR 34,50  
ISBN 3-89691-535-5

Michael Jonas/Sabine Nover/Ursula  
Schumm-Garling

**Brennpunkt „Arbeit“**

Initiativen für eine Zukunft der Arbeit  
(Schriftenreihe-Hans-Böckler-Stiftung)

2002 – 243 Seiten – € 24,80 – SFR 42,90  
ISBN 3-89691-528-2

PROKLA 128

**Peripherer Kapitalismus in Europa**

2002 – 168 Seiten – € 10,50 – SFR 19,00  
ISBN 3-89691-328-X

PROKLA 129

**Beschäftigung und Arbeitsmarkt**

2002 – ca. 160 Seiten – € 10,50 – SFR 19,00  
ISBN 3-89691-329-8

Erscheinen: Dezember 2002



**WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT**

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster  
Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020  
e-mail: info@dampfboot-verlag.de

ten Unterschiede mehr – trotz Zentralabitur in Bayern und trotz eines größeren Anteils von Gymnasiasten unter den 15-jährigen in NRW.

**(4) Zur Verhältnismäßigkeit**

Auch der auf den ersten Blick überraschende Befund, dass Kinder aus sozial schwachen Familien in den Schulen Bayerns und Baden-Württembergs bessere Chancen als in den leistungsschwachen Bundesländern haben, eine höhere Kompetenzstufe zu erreichen, lässt sich auf diesem Hintergrund ein Stück weit erklären: Da die Zahl der „Risiko-Schüler“ in diesen Ländern insgesamt geringer ist, kommt es seltener zu schulischen „Konzentrationseffekten“ als in strukturschwachen Bundesländern wie etwa in Bremen. Verkürzt formuliert: Die Hauptschule ist in den süddeutschen Ländern noch nicht zur „Restschule“ für Problemkinder mit ungünstigen Lernvoraussetzungen geworden. Die besseren Lernergebnisse der Kinder aus sozial schwachen Familien in den Schulen Bayerns oder Baden-Württembergs darf allerdings nicht als Abbau von Chancenungleichheiten im Bildungssystem missverstanden werden. Diese Kinder erreichen zwar eine höhere Kompetenzstufe, aber niedrigere schulische Abschlüsse. In keinem anderen Bundesland ist die Chance eines „Arbeiterkindes“ auf einen höheren Schulabschluss in Relation zu der Chance eines Kindes aus einer Akademikerfamilie so gering wie in Bayern.

**Möglichkeiten und Grenzen der Bildungspolitik**

Was lässt sich aus einer bildungssoziologischen Interpretation der PISA-Ergebnisse lernen? Vor allem eines: Die Möglichkeiten des Bildungssystems bzw. einer staatlichen Bildungspolitik dürfen nicht überschätzt werden. Das Bildungssystem ist offensichtlich nicht dazu in der Lage, ungleiche Bildungschancen, die aus den sozialen Disparitäten und den ethnisch-kulturellen Differenzen des Gesellschaftssystems resultieren, erfolgreich zu neutralisieren und allen Heranwachsenden die gleichen Materialien (nicht nur formalen) Bildungschancen zu eröffnen. Insofern hatte und hat der französische Soziologe Bourdieu Recht, wenn er schon vor Jahrzehnten von der „Illusion der Chancengleichheit“ sprach und die Reproduktion sozialer Ungleichheit als die zentrale gesellschaftliche Funktion des Bildungssystems bezeichnete. Daraus ergibt sich zwingend die weitergehende Folgerung, dass die Qualität des Schulsystems nicht nur, aber in erheblichem Maße von einer die sozialen und kulturellen Disparitäten mindernden Gesellschaftspolitik abhängig ist. Mit anderen Worten: Wenn es nicht gelingt, die Ghettobildungen in den Großstädten zu verhindern, die soziale Marginalisierung immer größerer Bevölkerungs-

ungsteile zu stoppen und den Heranwachsenden zuverlässige Arbeitsmarktperspektiven zu bieten, werden Reformmaßnahmen im Bildungssystem die gesteckten Ziele verfehlen.

Das heißt allerdings nicht, dass eine aktive Bildungspolitik überflüssig wäre. Die internationale Vergleichsstudie PISA belegt zwar, dass es keinem Bildungssystem gelingt, die unterschiedlichen sozialen Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler vollständig zu kompensieren. Aber PISA zeigt zugleich auch, dass Bildungssysteme in Ländern mit ähnlichen soziokulturellen Voraussetzungen – etwa in Norwegen oder Schweden – ungleich erfolgreicher als in der Bundesrepublik dieses Problem ungleicher Bildungschancen bearbeiten können. Unter bildungssoziologischer Perspektive ergeben sich für eine aktive, kompensatorische Bildungspolitik Zielperspektiven, die über die in der öffentlichen Diskussion dominierenden Forderungen nach Definition und Kontrolle verbindlicher Leistungsstandards für das Bildungssystem hinausgehen. Auch die vielfach vorgeschlagenen curricularen und unterrichtsmethodischen Innovationen, die Verbesserung der Lehrerbildung und vor allem der Weiterbildung könnten ebenfalls zur Verbesserung der Schulqualität beitragen, treffen aber noch nicht den Kern des Problems. Der Fokus der Reformen müsste sich auf die „Risiko-Gruppe“ der Heranwachsenden richten. Nicht eine verbesserte „Elitebildung“, sondern die spezielle Förderung der benachteiligten Schülerinnen und Schüler müsste im Zentrum bildungspolitischer und pädagogischer Anstrengungen stehen, wenn die Leistungsbilanz des deutschen Bildungssystems nachhaltig verbessert werden soll. Aus pragmatischen bildungspolitischen Gründen muss man den strukturellen Umbau des deutschen Bildungssystems zu einem integrierten Gesamtschulsystem wohl für aussichtslos halten. Deshalb sollten sich die Reformanstrengungen auf die vorschulische Förderung der Kinder, auf eine flächendeckende, professionelle und gebührenfreie Vorschulziehung mit obligatorischen Sprachkursen für ausländische Kinder, auf die besondere Förderung von Schulen in städtischen Problembereichen und die Umwandlung der vorherrschenden Halbtags- in Ganztagschulen richten. Eine solche Reformpolitik würde gewaltige finanzielle Anstrengungen und Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten, vom Bundeshaushalt bis zu den Kommunen, erfordern. Dazu wäre allerdings ein Bruch mit dem neoliberalen Zeitgeist erforderlich, eine aktive Bildungspolitik, die sich im Sinne der alten Forderung Ralf Dahrendorfs zur staatlichen Verantwortung für den Abbau sozialer Disparitäten im Bildungssystem bekennt.

# Armut als Bedrohung. Der soziale Zusammenhalt zerbricht.

Ein Memorandum der Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Von Hans Günter Bell

Als „Flugschrift Kritischer Wissenschaftler“ ist aktuell im Hannoveraner Offizin-Verlag ein Memorandum der Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erschienen. Unter der Überschrift „Armut als Bedrohung. Der soziale Zusammenhalt zerbricht,“ werden die Ergebnisse zweier Tagungen aus den Jahren 2001 und 2002 vorgestellt.

Nach einer Einführung durch Oskar Negt folgt auf 85 Seiten und in drei Kapitel gegliedert das eigentliche Memorandum. Es stellt einen weiteren Versuch der 1994 gegründeten Initiative kritischer WissenschaftlerInnen dar, „Gegenöffentlichkeit“ (119, Alle Seitenabgaben beziehen sich auf das besprochene Buch) zu entfalten und „neuartige, die alten Bahnen der tagespolitischen Rhetorik verlassende Lösungen und Denksätze“ (118) vorzulegen. Allein schon, weil es an solchen Ansätzen aktuell mangelt, würde sich m. E. ein Blick in das Memorandum lohnen. In diesem konkreten Fall kommt noch hinzu, dass es ein Thema aufgreift, von dem die AutorInnen leider zu Recht sagen, es sei im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik ein randständiges. Zudem bleibt ihre Argumentation und Kritik nicht im Allgemein-Wissenschaftlichen stecken, sondern sie setzen sich mit der realen Politik v.a. der rot-grünen Bundesregierung auseinander – und die schneidet dabei ziemlich schlecht ab.

## Huldigung des Individuums und repressive Maßnahmen gegen Sozialhilfeempfänger als parteiübergreifendes Projekt

Im ersten Kapitel des Memorandums wird zunächst eine Tendenz zu einer offensiven Präsentation von Reichtum und Macht festgestellt und bedauert, dass sich die sozialen Leitbilder verschoben haben: Die Figur des „kreativen Selbständigen“ und des „hedonistischen Konsumenten“ strahlt – wohl auch bis weit in die Reihen der Sozialdemokratie – eine große Faszination aus. Demgegenüber erreicht die Armutproblematik nur selten jene Schwelle, an der sie als Her-

ausforderung für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit anerkannt wird.

Auch die Politik wirkt in die gleiche Richtung und konzentriert sich zudem auf den ökonomischen Standortwettbewerb: eine Tendenz, die den Sozialstaat in Frage stellt und historisch bereits erreichte Standards der sozialen Gerechtigkeit verletzt.

Die Deklassierten sind die Opfer beider Entwicklungen: Einerseits leiden sie unter den materiellen Entbehrungen in Folge von Arbeitslosigkeit und Abbau des Sozialstaates, und andererseits wird ihnen die gesellschaftliche Solidarität entzogen. Letzteres finde seinen exemplarischen Ausdruck in der bekannten zynischen Bemerkung von Bundeskanzler Gerhard Schröder: „Es gibt kein Recht auf Faulheit.“ Dass es sich hierbei um ein „partiübergreifendes Projekt“ (36) handelt, verdeutlicht der Vorstoß des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch zum Import des sog. Wisconsin-Modells, bei dem SozialhilfeempfängerInnen im Falle der Ablehnung von den Behörden als zumutbar betrachteter Arbeiten die Sozialhilfe komplett gestrichen wird. SPD wie CDU/CSU stellen „die sozialstaatliche Tradition radikal in Frage“ (36) und unterwerfen immer größere Bereiche der Sozialpolitik der Logik der Vermarktlichung und dem Prinzip der individuellen Vorsorge – so die zusammenfassende Kritik des Memorandums. Die Huldigung des Individuums und repressive Maßnahmen gegen Sozialhilfeempfänger gehen bei ihnen Hand in Hand.

Als Folge von Verunsicherungen und einem wachsenden Unbehagen, die „die tiefgreifenden Kommerzialisierungsschübe in praktisch allen Lebensbereichen auslösen“ (37), keimt zwar ein erster Hoffnungsschimmer hinsichtlich des Wiedererwachens einer gesellschaftskritischen Bewegung auf, zumal die Angst vor dem sozialen Abstieg auch die „Globalisierungsgewinner“ erreicht zu haben scheint, aber noch überwiegt die Skepsis.

Doch mit der ernüchternden Feststellung: „Die Armen haben keine wirksame Lobby“

(44), will sich die Loccumer Initiative nicht zufrieden geben. Sie will einen Beitrag zu einer Neubesinnung auf die Werte einer solidarischen Gesellschaft leisten und mit ihrem Memorandum eine Diskussion über die Wirklichkeit von Armut in einem reichen Land in Gang setzen.

## Armut hat viele Gesichter

Die vielen Gesichter der Armut und die Dimensionen des Reichtums zu beschreiben sind Aufgabe des zweiten Kapitels. Allerdings kranken alle statistischen Aussagen zur Armut an der unzureichenden Datenbasis. Ganz allgemein lässt sich jedoch festhalten – so die Zusammenfassung im Memorandum –, dass die erschreckend große Zahl von etwa acht Millionen Menschen in Deutschland in Armut lebt und der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung wächst.

Ist die Datenlage zur Armut schon unzureichend, so wird sie beim Reichtum vollends unbrauchbar. So unterschätzen die gängigen Statistiken systematisch v.a. die hohen Einkommen. Die Kritik des Memorandums an der Bundesregierung, dass diese den Gehalt ihres Armuts- und Reichtumsberichts angesichts der Mängel der Datenlage noch durch zusätzliche, mutwillige Lücken – z.B. durch das Verschweigen der die Reichen begünstigenden Steuerpolitik – verringert hat, ist daher m. E. voll und ganz zuzustimmen.

Die soziale Schieflage der Einkommen wird von der Vermögensverteilung noch übertroffen: Schulden von durchschnittlich 5.368 bei den unteren 10% der Haushalte steht ein Durchschnittsvermögen von 562.000 bei den oberen 10% der Haushalte gegenüber. Dabei bleibt bei diesen Angaben sogar noch das Produktivvermögen ausgeblendet, und das Immobilienvermögen wird zu niedrig angesetzt. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung setzt – so der Vorwurf der Loccumer Initiative – das Vermögen der privaten Haushalte also wesentlich niedriger an, als es tatsächlich ist.

Ein Skandal besonderer Qualität liegt in der Tatsache, dass die Reichen zu denjenigen gehören, die besonders wenig Steuern zahlen. – eine Absonderlichkeit des Steuer-

rechts, die von der rot-grünen Bundesregierung noch weiter verschärft worden ist, statt durch staatliche Abschöpfung von Verteilungsspielräumen die Mittel zur Finanzierung einer wirksamen Politik gegen Armut zu gewinnen. Die im Memorandum aufgezählten Vergünstigungen für die Reichen ergeben eine erstaunliche Liste (80 ff.). Hervorzuheben ist v.a. die Senkung des Spitzensteuersatzes von 53% in 1999 auf 42% in 2005, die Senkung des Eingangssteuersatzes von 25,9% auf 15% und die Anhebung des steuerfreien Existenzminimums. Auf den ersten Blick wirken die beiden zuletzt genannten Punkte als soziale Maßnahmen ausschließlich zugunsten der unteren Einkommen. Das Bild ist allerdings erst dann vollständig, wenn man sich vor Augen hält, dass auch die Reichen hiervon profitieren, und zwar in weitaus stärkerem Ausmaß als die Armen. Das Memorandum zitiert zum Beleg aus einem Bericht des „Vorwärts“ (Ausgabe September 2000), in dem vorgechnet wird, dass die Entlastung aufgrund der rot-grünen Steuerreformen mit der Höhe der Einkommen steigt und die reichsten Haushalte um ein Vielfaches mehr von dieser Reform profitieren als die ärmsten. Angesichts solcher Zahlen kann es wohl niemanden wundern, dass eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach zu dem Ergebnis kommt, dass die Menschen v.a. die Unternehmer und die Reichen als Nutznießer der rot-grünen Politik ansehen. (vgl. FAZ vom 10. Juli 2002)

### Eine systematische und konsequente Politik der Regierung gegen die Armut fehlt

Das Ergebnis dieser Ausführungen fasst das Memorandum in der Feststellung zusammen, dass „eine systematische und konsequente Politik der Regierung gegen die Armut [bisher] fehlt“ (87). Der dritte Abschnitt des Memorandums widmet sich daher den Bestandteilen einer wirksamen Politik gegen Armut.

Der Schwerpunkt einer Politik der Armutsbekämpfung muss nach Einschätzung der Loccumer Initiative bei der Erhaltung und Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Sozialhilfe liegen. Konkret heißt dies, dass weitere rechtliche Änderungen, die zu einer Schlechterstellung der SozialhilfeempfängerInnen führen würden, unterbleiben und bereits erfolgte Absenkungen des Sozialhilfeniveaus wieder rückgängig gemacht werden sollten.

Diese defensive Forderung muss man vor dem Hintergrund der sowohl von SPD als auch von CDU/CSU geplanten Reform der Sozialhilfe sehen, von der die AutorInnen des Memorandums vor allem eins erwarten: Eine weitere Verschlechterung der Lebenssituation der SozialhilfeempfängerInnen. Ein zentraler Grundsatz der Politik gegen Armut lautet, dass allen Erwerbsfähigen die Möglichkeit gegeben werden muss, ihren



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Lebensunterhalt und ihre soziale Sicherheit gegenüber den großen Lebensrisiken zu menschenwürdigen Bedingungen erarbeiten zu können. Für alle Fälle, in denen das nicht gelingt, müssen andere Formen der Existenzsicherung garantiert werden.

Zur Erreichung dieser Grundsätze tritt das Memorandum daher für eine „aktive Arbeitspolitik“ (88) und eine Grundsicherung ein. Es stellt allerdings unmissverständlich klar, dass das „Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“, welches die aufstockende Sozialhilfeauszahlung bei Renten unter Sozialhilfeniveau direkt innerhalb der GRV beinhaltet, keine Absicherung oberhalb der Armutsgrenze sicher stellt. Ebenso kritisch fällt auch die Stellungnahme zur parteiübergreifend propagierten „Zusammenlegung“ von Sozial- und Arbeitslosenhilfe aus. Diesem Vorhaben wird – zu Recht – unterstellt, dass es auf eine faktische Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und eine Überführung der ArbeitslosenhilfebezieherInnen in die Sozialhilfe hinauslaufen wird. Für die betroffenen Arbeitslosen hätte dies zur Folge, dass sie weniger Geld erhalten und zur Arbeitsaufnahme unter die schärferen Zumutbarkeitskriterien der Sozialhilfe gezwungen werden.

Als weitere Beispiele der Politik gegen Armut sieht das Memorandum das Programm „Soziale Stadt“, mit dem von Seiten des Bundes und der Länder der Versuch unternommen wird, die Lage in benachteiligten Stadtteilen zu verbessern, und Fördermaßnahmen im Bildungsbereich und bei der Kinderbetreuung an. Das zwar unzeitgemäß, aber nichtsdestotrotz richtige Plädoyer für die Gesamtschule und die Kritik an dem unzureichenden Ausbildungsniveau der Er-

zieherInnen in Kindergärten finden hier meine besondere Zustimmung.

Viele der im Memorandum zusammengestellten Forderungen kosten natürlich Geld, viel Geld, und das will erst einmal beschafft werden. Richtigerweise plädiert das Memorandum daher für die konsequente Bekämpfung der Steuerhinterziehung, die Wiedereinführung der Vermögensteuer, das Schließen von Steuerschlupflöchern und weitere sinnvolle Maßnahmen. In der Summe würde dies einen Richtungswechsel in der Steuerpolitik zur Folge haben und dürfte auf die bekannten Widerstände stoßen. Wenn man es sich also ohnehin schon mit den „Neo-Liberalen“ und der „neuen Sozialdemokratie“ verscherzt, dann hätte man m. E. auch noch die Forderung nach einer Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes aufnehmen sollen. Dies würde sich jedenfalls aus der an der rot-grünen Steuerpolitik geübten Kritik konsequenterweise ergeben.

Der letzte Punkt widmet sich schließlich den „Wegen zur konkreten Solidarität“ (107 ff.). Eine „basisdemokratische, oppositionelle Bewegung gegen Armut und Ausgrenzung“ (107) als Ziel vor Augen, plädiert das Memorandum für die Verbindung von systemüberwindender Zukunftsperspektive mit den Kämpfen zur Verteidigung der noch vorhandenen wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme und der linkskeynesianischen Steuerungsinstrumente. Dies erfordert, sich von allen Programmen und Praktiken „einer Kombination von polizeistaatlicher Kontrolle und autoritärer Umerziehung der „Armen““ (108) abzugrenzen und die solidarische Verbindung mit Unterstützer-Organisationen für Arme und Ausgrenzte zu suchen.

## Und immer wieder das „Lied vom Teilen“

Angesichts der Bedeutung, die Negt in seiner Einleitung der Arbeit als Basis des Reichtums sowohl der Gesellschaft als auch der Subjekte beimisst, und seines eindringlichen Hinweises auf die verheerenden Folgen der Arbeitslosigkeit verwundert der geringe Raum, den eine Politik für mehr Arbeit und Beschäftigung in dem Memorandum einnimmt. Auch die gleichmäßigere Verteilung der Primäreinkommen als eine der entscheidenden Voraussetzungen zur Verringerung von Armut findet nur geringe Beachtung. Stattdessen plädiert die Loccumer Initiative für „*Formen beschäftigungssichernder Arbeitszeitverkürzung*“ (88) und schreckt leider nicht davor zurück, Einkommenseinbußen für die unteren und mittleren Einkommen billigend in Kauf zu nehmen (Sie sollen ausdrücklich bloß „*minimiert*“ (88), also nicht verhindert werden). Es folgt ein Loblied auf verschiedene Modelle, Beschäftigung durch Lohnverzicht zu schaffen, und die Forderung, „*Fehlsteuerung an der Sozialhilfeschwelle*“ (89) u.a. durch staatliche Zuschüsse zu den Sozialversiche-

rungsbeiträgen Geringverdienender abzubauen.

Viele dieser Vorschläge kennt man allerdings bereits aus der lafontaineschen Diskussion Ende der 1980er Jahre, als er laut das „Lied vom Teilen“ gesungen und den „Sozialismus in einer Klasse“ propagiert hatte. Keines der damals für diese Konzepte vorgetragenen Argumente ist im Laufe der Jahre richtig geworden. Um so bedauerlicher ist es also, dass dieser auf Umverteilung zwischen Lohnabhängigen beschränkte Ansatz in diesem Memorandum wieder aufgegriffen worden ist.

Das es auch anders geht, zeigen andere in den letzten Wochen vorgelegte Konzepte: So hat die „Initiative für einen Politikwechsel“ einen Aufruf „1 Million Arbeitsplätze durch öffentliche Daseinsvorsorge, Zukunftsinvestitionen, Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung“ initiiert, und auch das Positionspapier der „Initiative für eine sozialstaatlich orientierte Arbeitsmarktpolitik“ setzt hier andere Akzente.

Solche Schwächen tun dem Verdienst der Loccumer Initiative allerdings keinen Abbruch, die mit diesem Memorandum

einen bemerkenswerten Beitrag zur Schaffung breiter gesellschaftlicher Allianzen leistet und den Kampf auf dem „intellektuellen Feld“ (Pierre Bourdieu) führt. Als Aufruf an „*diejenigen, für die die solidarische und demokratische Entwicklung der Gesellschaft eine Notwendigkeit darstellt und die auch bereit sind, ihren Beitrag für ein soziales und demokratisches Gemeinwesen zu leisten*“ (29), sollte es jedenfalls eine möglichst große Verbreitung finden.

Kontakt zur Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler: Gregor Kritidis, Davenstedter Straße 23, 30449 Hannover, Tel: 0511-2133062, E-Mail: loccumer.initiative@gmx.de Internetseite: <http://www.gfp-linkloc.de>

spw 5/2002

### Literatur / Quellen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin: 2001  
Memorandum für einen Politikwechsel (<http://www.politikwechsel.org>)  
Positionspapier der Initiative für eine sozialstaatlich orientierte aktive Arbeitsmarktpolitik (<http://www.aktive-arbeitsmarktpolitik.de>)

# Arm in der Hauptstadt

## Soziale Desintegration in Berlin schreitet voran

Von Lennart Laberenz

Die Berliner Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz Heidi Knake-Werner (PDS) ist eine gelassene Frau. Gelegentlich hat diese Gelassenheit etwas hilfloses, ist in aller Freundlichkeit etwas unsicher, sucht nach Worten und verliert sich im Nachdenklichen. Sie ist eine Frau der markanten Worte nicht; dies kann wahlweise als Vorteil, oder Schwäche gesehen werden. Nein, von der „Verslumung der Innenstädte“ möchte sie eigentlich nicht sprechen. Dabei hätte ihr es keiner der anwesenden JournalistInnen verübelt. Ja, die Vorstellung des ersten Berliner Berichts über „Armut und soziale Ungleichheit“ verlief entspannt an diesem Mittwochnachmittag. Insbesondere bei den Fragen der politischen Konsequenz dominierte dann aber Knake-Werners händeringende Unsicher-

heit. „Ich kann mir da jetzt viel denken,“ fingen Sätze an, die alsbald in amorphen Stichwortsammlungen eher mäanderten, als dass sie geplant wirkten. Kein Konzept, nirgends. Dabei ist die Lage – wie sollte es in Berlin anders sein – verheerend.

Auf der Basis von 1999er Zahlen des Mikrozensus bedeutet Armut in Berlin nach OECD-Standard (dem sogenannten Äquivalenzeinkommen, dass 50% weniger als das Durchschnittseinkommen so definiert) monatlich 546 Euro oder weniger zur Verfügung zu haben. Für Berlin sind dies 12,8% der Bevölkerung, umgerechnet etwa 435 000 Menschen oder jeder Achte in der Stadt. Für den alten Westteil der Stadt werden 14,2% gemessen, im Osten sind es 10,6%. Die Spaltung begründet sich in der geringeren Ausdifferenzierung der ostdeut-

schen Lohnentwicklung. Insgesamt liegt Berlin damit gegenüber dem Bundesdurchschnitt um 2,7% vorne. Tatsächlich, so Knake-Werner, „die Stadt nimmt sicher eine herausragende Stellung ein.“ Und das, obwohl bei genauerem Hinschauen der Einkommensdurchschnitt 150 Euro unter dem Bundesdurchschnitt gemessen wird.

Wirklich katastrophal steht es um die westlichen Innenstadtbezirken bestellt. In Kreuzberg sind 26,4% der Haushalte betroffen, im Wedding noch knapp ein Viertel (23,4%) und im Tiergarten fast jeder fünfte (17,7%). Die Erklärungen sind dabei die alten und weit über Berlin hinaus gültigen: Kinder sind ein Armutsrisiko, in Berlin leben 133 898 Kinder (von knapp 570 000) unter der Armutsgrenze. Armutslaufbahnen werden hier vorgeprägt. In Berlin leben 15,1% der Jugendlichen als Sozialhilfeempfänger. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 6,8%.

Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren und ältere alleinstehende Frauen sind weitere Risikogruppen. Diese Komplexe werden in der Stadt noch einmal verschärft, wenn dazu das Sozialmerkmal der Migration kommt. In Berlin lebten im gleichen Jahr 1999 rund 387 000 MigrantInnen, rund 126 000 davon waren türkische BerlinerInnen. Die absolute Mehrheit der MigrantInnen wohnt in Kreuzberg, Neukölln, Wedding oder dem Tiergarten. Keine zufällige Überschneidung. 151 775 MigrantInnen sind nach dem Bericht aus dem Hause Knake-Werner arm.

„Familien nichtdeutscher Herkunft“, wie das Amtsdeutsch diese soziale Schicht benennt,

Foto: Christian Kiel (Berlin)



leben also mit hoher Wahrscheinlichkeit in Berlin an oder unter der Armutsgrenze, sie ballen sich in Armutsgettos, die alsbald innerstädtische Slums genannt werden können. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als dass es schlechtere soziale Infrastruktur und Arbeitsmöglichkeiten gibt. Die Wohnviertel verkommen, Perspektivlosigkeit erzeugt Frust, Gewalt und Zerstörung. Die Brennpunkte entwickeln dabei soziale und kulturelle Schließungsdynamiken. Das hochgradig selektive und diskriminierende Schulsystem fragt hauptsächlich vorgegebene bildungsbürgerliche Dogmen ab, die allgemeine Sprachvermittlung selbst bei Muttersprachlern, so zeigte die PISA-Studie, ist schlichtweg katastrophal. Der Anteil der Kinder aus Akademikerhaushalten stieg um die Jahrtausendwende auf 52%, während Kinder, deren Eltern einen Hauptschulabschluss vorweisen nur zu einem Viertel an den Universitäten vertreten sind. Dies bedeutet für MigrantInnen eine doppelte Diskriminierung. Deutschland verzich-

tete vierzig Jahre lang bewusst auf wirkungsvolle Integrationspolitik und negierte aus grundkonservativem Weltverständnis den Status des Einwanderungslandes schlichtweg. Dafür wurde der „Gastarbeiter“ erfunden, er sollte der Wirtschaft helfen, die dreckigen Jobs übernehmen, etwas mehr verdienen als zu Hause und dann gefälligst dorthin wieder zurückkehren. Alle die blieben hatten sich dem normativen deutschen Kulturideal unterzuordnen – Jägerzaun und Mercedes sollten Richtschnur bleiben. Nun steht Deutschland und insbesondere Berlin vor den Trümmern dieses Selbstverständnisses. In den Armutsgebieten in Kreuzberg reproduzieren sich fast schon Parallelgesellschaften. Zwar spielen bei der Möglichkeit der Integration verschiedene Dinge eine elementare Rolle, so etwa der normative Anspruch an die MigrantInnen, das Einreisealter, die soziale Schichtenzugehörigkeit usw. Dennoch zeigen die Zahlen eine relativ eindeutige Tendenz: Knapp zwei Drittel (61, 7%) der Berliner MigrantInnen-

kinder besuchen die Hauptschule, die AbbrecherInnenquote liegt mit 26,6% doppelt so hoch wie beim gesamten Durchschnitt. Während rund ein Drittel aller Berliner SchülerInnen das Abitur machen, sind es nur 10,9% MigrantInnen. Von den Eltern ist zumeist wenig Hilfe zu erwarten – hier sind sprachliche Barrieren, wie auch kulturelle Differenzen mitunter zu groß. Dazu, so erhob der Berliner Sozialwissenschaftler Klaus Kohlmeyer, ist die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher in Deutschland generell gesunken. Daraus resultieren steigende Desintegrationstendenzen. Anfälligkeiten für religiösen Extremismus und kulturelle Schließungen sind vor allem Ergebnisse von der Unmöglichkeit von MigrantInnen sich in der Gesellschaft anders zu etablieren und ihre Identität zu sichern.

Als unlängst der bayrische Kanzlerkandidat Edmund Stoiber klar gegen eine Integration der Türkei in die EU Stellung bezog, begründete er dies mit der Tatsache, dass er „die europäischen Außengrenzen nicht bei Syrien oder dem Irak sehe.“ Es geht also um eine kulturelle Reinhaltungsgrenze. Nicht nur ein fraglicher Indikator, sondern wohl die logische Fortführung der Politik die einem Großteil von MigrantInnen strukturell den Weg in die Gesellschaft verbaut.

Die Reichtumsrangliste wird übrigens vom Stadtteil Zehlendorf angeführt, auf rund 640 Einwohner kam hier Mitte der 90er Jahre ein Einkommensmillionär. Der Armutsbericht verzeichnet 5,3% aller Haushalte als von Armut betroffen. Kaum verwunderlich, dass hier die großen Villen und Parks mit uraltm Baumbestand zu finden sind, in die sich gerne auch jene Manager der Berliner Bankgesellschaft, die in der Konsequenz von Korruption, halbseidener Günstlingswirtschaft und profillierte Vergabestelle für Steuergeschenke von Prominenten Pleite ging, einmieten. Der Senat, politisch hochgradig verstrickt, übernahm eine Bankbürgschaft von bislang 21,67 Mrd. Euro. Und die Manager leben in Zehlendorf zu Sonderkonditionen.

spw 5/2002

## Politik im Teilchenbeschleuniger des medialen Diskurses

*Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Themenheft: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft, Nr. 158, Juni 2002, 9,50 Euro*  
 Frank Brettschneider, Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden 2002, 29,90 Euro

Unter den Stichworten „Medialisierung“ oder „Politainment“ versammelt sich der momentane Kulminationspunkt einer allgemeinen demokratiethoretischen Kritik, die das unter massenmedialen Vorzeichen organisierte politische System in den Blick nimmt, um Phänomene der sogenannten „Politikverdrossenheit“ und den damit verbundenen Dysfunktionen einer repräsentativen Demokratie zu erklären. In der Politikwissenschaft ist in den letzten Jahren auch aufgefallen, dass sich Politik nicht mehr rein über institutionelles Entscheidungshandeln definiert, sondern in hohem Maße auf die Vermittlung von Politik ange-

wiesen ist. Daher widmet sich auch die äußerst lesbare neue Ausgabe der „Vorgänge“ in verschiedenen Beiträgen unterschiedlichsten Aspekten der „politischen Kommunikation in der Mediengesellschaft“. Der dabei hergestellte Zusammenhang von medialer Präsentation und einer Verflachung des politischen Diskurses wird in seiner Konstitution analysiert und die Frage gestellt, wo das Politische in den Medien zu finden und wie dieses grundsätzlich zu bewerten ist.

Den Anfang macht dabei der den TV-Zuschauern von Christiansen wohlbekannte Professor Jürgen Falter. Er haut in seinem

Artikel ordentlich auf die polemisch Pauke und geißelt die Politik als medialem Wanderkreis, in dem sich die politischen Akteure in Ergebnisheit gegenüber medial erzeugten Bewertungen, d.h. Einschaltquoten, TED-Umfragen und sonstigen Umfrageergebnissen, reihum in die verschiedenen Talkshows setzen und dort lediglich Bürger Nähe und Kommunikation simulieren (Rückfrage an Herrn Falter: Gilt die Unterwerfung unter die marktförmig organisierte massenmediale Öffentlichkeit nicht auch für Politikwissenschaftler?, vgl. hier Jürgen Raschke in der SZ vom 28.09.02). In seiner Kritik geht er soweit, die Ungewissheit über die Koalitionen vor dem 22. September zu einer Entmündigung der Wähler zu stilisieren. Falter's Rat, doch über ein Mehrheitswahlrecht wie in Frankreich nachzudenken, wirkt da eher hilflos angesichts der Offenheit des Wahlausgangs. Auch in anderen Beiträgen wird die fehlende Beharrungskraft bemängelt, die notwendig ist, um die Weberschen „dicken Bretter“ der Politik zu durchbohren. Bildhaft verweist Thomas Leif dabei auf die Oberflächlichkeit des Politischen in der Mediengesellschaft, die eher auf Marketing als auf Inhalte setze. Er sieht eine Allianz der Interessen der politischen Akteure und der Medien – genauer gesagt, den in dem Heft viel zitierten Talkshows –, die jedoch den Politikern immer mehr Grenzen aufzeige durch die Verkürzung der Inhalte auf mediengerechte Bits. Es fehle auch aufgrund der Berichterstattungsregel der aufmerksamkeitsheischenden Neuigkeit der Raum für die Diskussion politischer Probleme, die sicherlich das grundlegende Dilemma der Beziehung zwischen Politik und Medien darstellt; es bleibt aber leider offen, wie dieses Problem thematisiert werden kann, ohne die Medien zu verdammen. Weiterhin konstatiert Leif eine fehlende Ernsthaftigkeit von Politik, die sich zunehmend in einer „E-E-E-Kultur“ (Erlebnis, Emotion und Event) auflöse. Angesichts dieser ‚stotterhaften‘ Bezeichnung würde ich die Unterscheidung zwischen E- und U-Politik bevorzugen, da wüsste man zumindest sofort, was diese Bezeichnung soll: Politik darf nicht Spaß machen; Verarbeitung politischer Dinge im Unterhaltungsformat ist schädlich, da nicht ernst und ohnehin solle man wohl dem Publikum nicht mit Politischem in ihren Lieblingssendungen auf den unpolitischen Leib rücken.

Etwas differenzierter gehen die anderen Autoren mit der Kritik an der medialen Vermittlung von Politik um. So warnt Ulrich Sarcinelli z.B. vor einer voreiligen Dramatisierung der Situation und bezeichnet die Medienkompetenz in ihrer Ausprägung als „Darstellungskunst“ (synonym: „Theaterkompetenz“) als einen unverzichtbaren Teil moderner politischer Kompetenz. Er zieht bei seiner Frage nach den Auswirkungen der Medialisierung auf Personal, Parteien

und Institutionen bzw. politischen Prozessen ein gemischtes Fazit, das die eine, einfache Schuldzuweisung an die Medien vermeidet, problematische Aspekte jedoch anspricht. So ist die mediengerechte Darstellung des Parlaments eher eine Parodie des dortigen Ablaufes als eine gewinnbringende Darstellung von Politik; ebenso sieht er für die Parteien mit ihrer kommunikativen Scharnierfunktion in der Meinungsbildung der Bevölkerung einen grundlegenden Wandel, der sich schon ankündigt und der die Organisationstraditionen von Parteien nachhaltig in Frage stelle.

#### Alles Theater?

Zudem charakterisiert er die in den zuvor beschriebenen Beiträgen auftauchende Diskussion der Medialisierung von Politik als Verflachung durch die Unterordnung unter mediale Präsentationsformen und –bedingungen als „Übertreibungsspirale“, die sich aus dem Zusammenspiel zwischen Medien, Wissenschaft und Politik selber speise und weiterentwickle. Diese Überzeichnung der Politik findet sich auch in dem Beitrag von Thomas Meyer, Christian Schicha und Carsten Brosda, die sich der Frage der Vermittlung über den Begriff der „Theatralität“ nähern und damit zugleich auf ein wichtiges DFG-Forschungsprojekt zu der Frage von Politik(vermittlung) in einer „Mediendemokratie“ hinweisen. Ausgehend von der Annahme, dass mit diesem Begriff der Theatralität von Politik, d.h. ihrer Inszenierung durch politische Akteure, auch die Perspektive der Zuschauer eingenommen würde, um die Genese von Bedeutung mittels der Inszenierungen nach zu verfolgen und die in der Inszenierung immer schon mitgedachten Rezeptionsmöglichkeiten wie Erwartungshaltungen einzubauen.

Der Ansatz verfolgt damit eine dekonstruierende Absicht, die Ästhetisierung auf ihre Funktionsmechanismen und Intentionen der Einebnung des Politischen in die Rezipientenwelt der verschiedenen Publika zu untersuchen. Dies klingt vielversprechend, ist aber leider sprachlich sehr verkompliziert und löst zudem nicht die Frage auf, ob die immer noch in diesen Ansätzen vorhandene Zwei-Klassen-Teilung zwischen politischem Handeln (ernst) und ihrer Darstellung (mehr oder weniger Unterhaltung) überhaupt so aufrecht zu erhalten ist, um die ‚modernen‘ Funktionsweisen des Politischen zu analysieren, ohne in eine einseitige Sichtweise der reinen „Bearbeitung“ der Rezipienten durch die Inszenierung zu gelangen. Die Forderung nach einer rein kommunikationsorientierten Perspektive, d.h. nach einer Vermeidung der Bestimmung, wer wessen Wahrnehmung bestimmt, lösen Andreas Dörner und Ludgera Vogt mit ihrem (unterhaltenden) Artikel über das Politische bzw. die politischen Sozialisation

über Fernsehserien am Beispiel des Forsthaus Falkenau überzeugend ein – wem das gefällt, sei an dieser Stelle sei auch auf das Taschenbuch „Politainment“ von Andreas Dörner verwiesen, erschienen 2001 bei Suhrkamp.

Weitere Beiträge der „Vorgänge“ widmen sich etwas konkreter den Produzenten und den Produktionsbedingungen dieser Inszenierungen. Während Thymian Bussemer sehr informativ über den Wandel von „Propaganda“ zu „Öffentlichkeitsarbeit“ unter dem Aspekt der Demokratieverträglichkeit berichtet und somit gleichzeitig Propaganda und ihre Erforschung im Verlauf des 20. Jahrhunderts historisiert, beschäftigen sich gleich zwei Beiträge mit den „Spin Doctors“, den Drahtziehern moderner medialen Inszenierungen von Politik. Während Günter Bentele die Existenz ihrer Notwendigkeit betont, versucht sich Jenny Simon an einer Einschätzung der Transformationsleistung von den amerikanischen Ursprüngen in die deutsche Politik und plädiert für einen unangeregten Umgang mit dem Einsatz von Spin Doctors und ihren Auswirkungen. Doch hat sie den zentralen Punkt der deutschen Debatte um die zunehmende Medialisierung von Politik getroffen, indem sie auf den Transfer dieser Ideen und Entwicklungen aus den USA anspricht.

#### Alles Amerikanisierung?

So wie in den TV-Duellen im Bundestagswahlkampf sichtbar wurde, wurde bei der Debatte, wer den besseren Kanzler abgeben könnte in der Darstellung, diskursiv verhandelt, was der deutschen Wahlbevölkerung an Amerikanisierung des Wahlkampfes im Fernsehen zugemutet werden kann. Dass der Kern dieser Amerikanisierung, die eigentlich eine lange Geschichte besitzt, wie auch der Rückblick von Klaus Schütz auf den Wahlkampf 1961 zeigt, in der Personalisierung der Politik und insbesondere der Wahlkämpfe besteht, zeigt der Augsburger Kommunikationswissenschaftler Frank Brettschneider in seinem neuen Buch „Spitzenkandidaten und Wahlerfolg“.

In einem internationalen Vergleich zu dem Wahlerfolg von Spitzenkandidaten in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik zwischen 1960 und 2000 fragt er nach dem Erfolg von Personalisierung. In einer einleuchtenden analytischen Differenzierung dieses Vorgangs in die Personalisierung von Wahlkampfführung, Medienberichterstattung und Wählerverhalten geht er der Frage an in dem Punkt der Auswirkungen der Personalisierung, dem Wählerverhalten, empirisch nach.

Es geht Brettschneider um eine langfristige Perspektive, die mit dem bloßen Auge nicht aufspürbare Entwicklungen offen legen soll. In einem ersten Teil klärt er, welchen theoretischen Stellenwert die Orientierung auf Kandidaten in der Wahlentscheidung hat,

um seine daraus abgeleiteten Hypothesen zur wachsenden Bedeutung an Daten aus 34 Wahlen zu überprüfen. Anschließend widmet er sich der Frage der Vorstellungen von und Erwartungshaltungen an Kandidaten und prüft, was an der immer wieder behaupteten These, die Eigenschaften der Kandidaten würden immer mehr an Bedeutung für die Wahlentscheidung gewinnen, eigentlich dran ist.

Seine banale und doch angenehm nüchterne Feststellung zu Wahlentscheidung lautet dabei, dass die Daten trotz der engen Begrenzung mittels der institutionellen Rahmenbedingungen in GB und der BRD zwar

auf eine stärkere Bedeutung der Spitzenkandidaten bei Wahlen hinweisen, dies jedoch ein Trugschluss sei, da sich situative Einflüsse als die wichtigsten erwiesen; außerdem sei in Fragen der Kandidatenimages die Datenlage für eindeutige Aussagen zu schlecht, zumal die Zuweisungen ‚notwendige‘ Rollenzuweisungen, die größtenteils an die Parteien gebunden seien, darstellen würden und so ließe sich auch hier kein simpler Anstieg beobachten. Durch die differenzierte Betrachtung der Datenreihen wäre meine Kritik an einer solchen Studie hinfällig, die lauten würde, dass der prinzipielle Nachteil einer solch rein

empirisch aufgebauten Studie immer in dem Defizit einer historischen Konstellationsanalyse läge, die auch das Wählerverhalten zu einem Gutteil erklären könnte. Der Wahlkampf 1980 mit seiner „Stoppt Strauß“-Kampagne ist dafür das beste Beispiel. Doch wäre nun trotz einiger Banalität in den Outputs endlich geklärt, dass diese Vorstellungen einer ständig wachsenden und der Komplizenschaft von Parteistrategen und Medien geschuldeten Entpolitisierung durch Personalisierung Phantome und wahrscheinlich Schreckgespenste darstellen.

(Anja Kruke, Bochum)

## Wer ist George W. Bush?

James H. Hatfield: „Das Bush-Imperium – Wie George W. Bush zum Präsidenten gemacht wurde“ Atlantik Verlag, 19,80 Euro. 424 Seiten, ISBN 3-926529-42-3

Das Buch „Das Bush-Imperium – Wie George W. Bush zum Präsidenten gemacht wurde“ des Amerikaners James H. Hatfield liefert dafür wichtige Fakten.

George Walker Bush erblickte am 6. Juli 1946 im ersten Jahr des Baby Booms als erstes von sechs Kindern das Licht der Welt. Wir erfahren von Hatfield, was George W. Bush in der Öffentlichkeit eher verschweigt. Er ist – anders als sein Vorgänger Bill Clinton – kein sozialer Aufsteiger, sondern ein Sprössling der traditionellen herrschenden Schicht in den USA. Die Linie seines Stammbaums weist ihn als entfernten Cousin von Königin Elisabeth der Zweiten aus. Bereits einer der Vorfahren seiner Mutter war amerikanischer Präsident, sein Großvater väterlicherseits war Senator Prescott Bush. Der Sohn des US-Präsidenten, CIA-Chefs und Öl-Spekulanten George Bush bekommt den Druck dieses gesellschaftlichen Selbstverständnisses zu spüren. „Bush war für seine Kinder von ‚Furcht einflößender Präsenz‘, besonders für seine Söhne“, schreibt Hatfield.

„Er war ein königlicher und gebieterischer Mann, der von ihnen erwartete, angemessen gekleidet zum Abendessen zu erscheinen.“ Das bedeutete, schon beim Essen Jackett und Krawatte tragen zu müssen. Bush scheint mit seinem strengen Vater emotional ewig im Konflikt gelegen zu haben. In den Kinderjahren war der Vater meistens abwesend – er verbrachte zwölf Stunden damit, Bohrköpfe an die in Texas ansässigen Ölunternehmen zu verkaufen.

„Georgie“, wie Barbara Bush ihren George junior zärtlich nannte, tat alles, um nicht als Mamasöhnchen zu erscheinen. Er war „das neunmalklugen und aufbrausende Mitglied

des Bush-Clans“, schreibt Hatfield. In den Kinder- und Jugendjahren lebte die Familie in einem Vorort von Houston/Texas. Die Bildung, die die Schulen ihrem Sohnmann bieten konnten, schien den Eltern nicht auszureichen. Sie schickten George Walker Bush als Fünfzehnjährigen auf ein nur Jungen vorbehaltenes Internat in Massachusetts, das schon sein Großvater und sein Vater besucht hatten.

Als Junge aus Texas erlebte er hier erst einmal einen Kulturschock, als er auf die gebildeteren Altersgenossen aus dem Osten traf. Daraus machte er später einen Vorteil. Ohne Mühe konnte er mit den sogenannten einfachen Menschen als einer der ihnen kommunizieren. Schließlich landete er in Yale, wo schon Vater, Großvater und Onkel ihre Ausbildung absolviert hatten. Die nutzten ihre Verbindungen für seine Aufnahme, denn die Leistungen von Bush junior entsprachen nicht den üblichen Aufnahmebedingungen.

Der Geschichtsstudent beteiligte sich nicht an den Protesten gegen den Vietnamkrieg wie seine Kommilitonen. Das hinderte ihn aber nicht daran, sich an einer Einberufung nach Vietnam mit Beziehungen vorbeizumogeln. Bush produzierte sich als tough boy auf Heimatboden: Als Burschenschaftler beteiligte er sich an sadistischen und obszönen Initiationsriten für neue Anwärter, schrieb die New York Times. Seine Saftouren und Drogenmissbrauch brachten ihn gegen Bush senior auf. Man kennt diese Geschichten auch aus dem Kennedy-Clan. Auch wenn sie nicht unbedingt mit dem sprichwörtlich gewordenen „Drama des begabten Kindes“ zu vergleichen ist – Bush junior erinnerte sich später in einem Interview von 1983 durchaus in diesem Sinne: „Wenn ich ein Psychoanalytiker wäre, könnte ich den Schluss ziehen, dass ich versuchte, dem Wettbewerb mit meinem Vater aus dem Weg zu gehen und stattdessen etwas Eigenes aufzubauen.“

Doch die Flegeljahre sind bald vorbei. Mitte der 90er Jahre schaffte er es mit einer unsachlichen Kampagne zur Verbrechens-

bekämpfung die bis dahin erfolgreiche demokratische Gouverneurin in Texas auszustechen. Skrupellos setzt er dann zu Gunsten der Waffenlobby den erleichterten privaten Waffenbesitz durch. Als er schließlich seine Kandidatur für die Präsidentschaft anmeldet, wagt es kaum jemand mehr in der republikanischen Partei, seine Eignung für dieses Amt in Frage zu stellen. Das Establishment der Republikanischen Partei „warf sich ihm buchstäblich zu Füßen“. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1999 hatte Bush einen neuen Spendensammelrekord aufgestellt und „die erstaunliche Summe von siebenunddreißig Millionen Dollar zusammengebracht.“ Ein Betrag, der höher lag als alles, als je ein Präsidentschaftskandidat sogar in einer kompletten Vorwahlperiode gesammelt hatte. Ex-US-Präsident Clinton betonte, dass ein Drittel der siebenunddreißig Millionen Dollar aus Bushs Heimatstaat Texas stammte. Hatfield zitiert aus der detailliertesten Untersuchung zu Bushs Spendensammelaktivitäten während seiner Wahlkämpfe für das Amt des Gouverneurs in Texas von 1994 und 1998. „Für diese beiden Wahlen sammelte Bush einundvierzig Millionen Dollar. Ein Großteil des Geldes kam von Spendern die großes Interesse an der Frage der staatlichen Regulierung hatten, darunter Ölfirmen und andere große Industrieunternehmen, die sich gegen obligatorische Emissionskontrollen wendeten, Unternehmen, die teure Zivilklagen loszuwerden versuchten und für eine Beschränkung von Entschädigungssummen eintraten, sowie konservative Kräfte, die sich für Schulgutscheine einsetzte.“ Viele dieser Spender unterstützten auch Bush bei seiner Kandidatur für das höchste Amt in den USA.

Der Bush-Clan initiierte übrigens gegen Hatfield eine Rufmordkampagne. Beruflich ins Aus gesetzt und wirtschaftlich ruiniert nahm er sich am 18. Juli 2001 das Leben. Kein elegant geschriebenes Buch, aber ein Standard-Werk zur jüngsten Politik-Geschichte der USA.

Ingo Zander (Kerpen b. Köln)

## Die neuen Kriege

Herfried Münkler: *Die neuen Kriege*. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 2002. ISBN: 3-498-04487-7, Preis 19,00 Euro,

Bei den Angriffsplänen der USA gegen den Irak geht es um eine Auseinandersetzung, die einen gefährlichen und wenig kalkulierbaren Krieg in einer der labilsten Regionen der Welt zur Folge haben kann. Das wäre ein klassischer Krieg: Staaten kämpfen gegeneinander. Daneben hat sich jedoch, von der Öffentlichkeit lange Zeit unbemerkt, in den letzten Jahrzehnten schrittweise eine andere Form des Krieges entwickelt. Vor allem in Afrika und Asien dominieren nicht mehr militärische Auseinandersetzungen zwischen Staaten das Szenarium, sondern Kriege werden nun innerhalb von Staaten geführt. Auch in Europa – beispielsweise auf dem Balkan – kehrt der Krieg als Ausdruck staatlicher Zerfallsprozesse zurück. Der an der Freien Universität Berlin lehrende Politikwissenschaftler Herfried Münkler hat sich nun in einem Buch mit dieser neuen Erscheinungsform des Krieges auseinandergesetzt.

Rund zehn Jahre ist es her, da schien mit dem Ende des Ost-Westkonflikts das Zeitalter des Friedens anzubrechen. Die Menschen in den westlichen Industriestaaten und im Ostblock hatten vier Jahrzehnte in der Angst vor einem Atomkrieg gelebt. Auch die übrige Welt – die so genannte Dritte Welt – wurde in der Auseinandersetzung zwischen den Großmächten USA und UdSSR aufgerüstet: hier fanden Stellvertreterkriege statt.

Doch mit dem Ende des Kalten Krieges brach keine Friedensperiode an – nur die Art und die Macher des Krieges änderten sich. „Der klassische Krieg, der die Szenarien des Kalten Krieges noch weithin geprägt hat, scheint zu einem historischen Auslaufmodell geworden zu sein.“ Das ist die Hauptaussage von Herfried Münkler.

In den klassischen Kriegen standen sich hierarchisch geführte und disziplinierte Armeen gegenüber, die von Generälen wie auf einem Schachbrett für bestimmte Interessen hin und her geschoben wurden. Dabei ging es entweder um die Abschaffung der kapitalistischen oder sozialistischen Gesellschaftsordnung – denken wir nur an die Kriegsführung der USA gegen den Vietkong in Vietnam. Auch die Eroberung eines Staates zum Zwecke der Ausbeutung von Rohstoffen konnte ein rationales Kriegsinteresse sein – die Invasion des Iraks in Kuwait 1991 ist dafür ein Beispiel. Ein rationales Interesse an Kriegen und der Kriegsführung hatte auch die Rüstungsindustrie. Sie wollte neue Waffensysteme ausprobieren oder potenziellen Kunden vorführen, um neue Aufträge ergattern zu können.

Doch mit dieser Politik sind von Afrika bis Afghanistan Gewaltmärkte entstanden. In den neuen Kriegen, wie Münkler sie beschreibt, wird das Geschehen nicht mehr von Staaten kontrolliert, sondern von so genannten Warlords, die spontan Macht an sich reißen.

„In den neuen Kriegen...entscheidet ein örtlicher Kriegsherr, oftmals auch bloß ein einzelner Kontrollposten darüber, ob jemand als Feind oder als Freund zu behandeln ist.“ schreibt Herfried Münkler. Und an anderer Stelle heißt es

„Ein Beispiel, das gegenwärtig nicht mehr diese Rolle spielt, weil Somalia aus dem Fokus der Aufmerksamkeit herausgerückt ist, war zu Beginn der 90er-Jahre der General Lydit, der ja große Teile Somalias als Warlord kontrolliert hat auf der Grundlage von Clansolidaritäten. Aber natürlich finden sie gegenwärtig eine Fülle von Beispielen in Afghanistan, wo solche Warlords genau eine solche Funktion haben, in denen sie Gebiete von der Größe Nordrhein-Westfalens sagen wir mal kontrollieren und ausplündern.“

Herfried Münkler beobachtet, dass nicht nur die Staaten des reichen Nordens an Einfluss auf das Kriegsgeschehen in der Welt verloren haben. Der Staat an sich ist als faktischer Monopolist des Krieges abgetreten. „Das macht es so schwierig, zu Friedensverhandlungen zu kommen. Denn den Regierungen geht zunehmend die Autorität verloren, Friedensverträge politisch umzusetzen. Damit entwickeln Kriege die furchtbare Eigenschaft, nicht zu enden, nicht durch einen Friedensschluss begrenzt zu sein. In zwischen-staatlichen Kriegen kam keiner auf die Idee, den Krieg als Lebensform zu verstehen. Regierende setzten auf Kriege lediglich als – wenn auch natürlich zweifelhaftes – Mittel zum Zweck, um ihre Interessen durchzusetzen. Es gab ein Kriegsrecht, das zum Beispiel Verhaltensweisen wie Vergewaltigung verbot. In den Kriegen der Warlords spielen solche Regeln keine Rolle mehr. Und die Kriegs-Akteure sind vermehrt Kindersoldaten.“

Kindersoldaten sind deshalb attraktiv, weil sie besonders billig sind. Man muss ihnen weniger zahlen in der Regel, mit relativ geringen Mitteln für Nahrung und ein bisschen Drogen bekommt man sie dazu, ausgesprochen gefährliche Operationen durchzuführen. Sie haben noch nicht die Instinkte des Selbstschutzes ausgebildet und insofern sind sie ungeheuer beliebt bei Warlords und Clanchefs, die sie zu Tausende in Camps schicken.

Vor allem Afrika und Asien sind Schauplätze der „neuen Kriege“. Die neuen Kriege erinnern Münkler an die Verhältnisse im Dreißigjährigen Krieg, als in Europa keine Staatsgrenzen existierten. Aber Vorsicht: Die chaotischen Kriegsgeschehen der Gegenwart sind nicht einfach archaisch und mit

der Zeit des Mittelalters zu assoziieren. Die neuen Kriege, so Münkler, leben nämlich von der weltweiten ökonomischen Verflechtung.

Auch die neuen Finanzierungsformen tragen damit entscheidend dazu bei, dass sich Kriege oftmals über Jahrzehnte hinziehen, ohne ein Ende zu finden: ziellose Kriege, die ein wirtschaftliches Eigenleben im Schatten der offenen Weltwirtschaft führen. War der Wegfall des Ost-Westkonflikts für diese Entwicklung entscheidend?

Die Entwicklung, wie Münkler sie am Beispiel Kolumbien und Peru beschrieben habe, hätte sich sicherlich ausgeweitet. Aber wahrscheinlich wäre sie durch den Ost-Westkonflikt verlangsamt, in manchen Regionen wahrscheinlich sogar blockiert worden. Weil im Ost-Westkonflikt es für Bürgerkriegsparteien die Möglichkeit der Finanzierung und Ausrüstung gab, und zwar dadurch, dass sie sich zu Verbündeten entweder des Ostens oder des Westens erklärten haben und dann auf offiziellen oder vor allem inoffiziellen Kanälen alimentiert worden sind.

Nachdem der Ost-Westgegensatz sich auflöste, mussten die Kriegsführer in der Dritten Welt nach neuen Finanzierungsquellen suchen. Über die Kanäle der Organisierten Kriminalität werden seitdem vermehrt Drogen, Diamanten, Edelmetalle und zur Prostitution gezwungene junge Frauen in die Staaten des reichen Nordens eingeschmuggelt. Diese Vernetzung der „neuen Kriege“ mit den Wohlstandsgesellschaften des Nordens lässt sich politisch sehr schwer kappen, meint Münkler.

Ingo Zander (Kerpen)

### JAHRESTAGUNG 2002

## Corporate War® Krieg, Konzerne und demokratische Bewegungen Am Beispiel des BAYER-Konzerns.

Sind multinationale Konzerne wie BAYER noch zu stoppen? Unsere Jahrestagung soll Mut machen zur Gegenwehr. Konkret, faktenreich und anschaulich.

**JETZT ZUR JAHRESTAGUNG 2002 ANMELDEN:  
Samstag, 23.11.2002 • DÜSSELDORF**

Coordination gegen BAYER-Gefahren,  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf  
Fon 02 11 - 33 39 11, Fax 02 11 - 33 39 40,  
e-mail: CBGnetwork@aol.com

Informationen  
abfordern, jetzt!

**CBG**

...wissen, was die SPD-Linke diskutiert – spw!

# 2002 ist wieder Wahljahr!

Was hat die rot-grüne Bundesregierung geschafft? Was ist aus den geworden? Welche Perspektiven gibt es über den Wahltag hinaus? 2002 erscheinen werden, ziehen spw-AutorInnen Bilanz

spw-Verlag, Postfach 120333, D-44293 Dortmund

Herrn  
Kurt Sparmann  
August-Bebel-Str.

D 33602 Bielefeld

*Handwritten signature*



## Sie haben die Wahl – bestellen Sie jetzt:

Titel	Stück	Preis	Gesamt
<i>Jobs, Jobs, Jobs. Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?</i>	_____	9,90 Euro	_____
<i>Jenseits des Sparzwangs. Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik</i>	_____	9,90 Euro	_____
<i>Nachhaltigkeit als Gestaltungsprinzip</i>	_____	9,90 Euro	_____
Ebenfalls neu im Verlagsprogramm: <i>Ulrike Hensel/Joachim Schuster:</i> Mehr Beschäftigung durch nachhaltige Mobilität? ca. 120 S., erscheint im Mai 2002			
	_____	9,90 Euro	_____
Gesamt:	_____		_____

Und was die SPD-Linke vor und nach dem Bundestagswahlkampf diskutiert, erfahren Sie in spw!

- Bitte schicken Sie mir ein spw-Probehft
- Ich abonniere spw für mindestens 12 Monate
  - Normalabo 34 Euro
  - Bei Bankeinzug 32 Euro
  - Auslandsabo 37 Euro

Absender/Lieferadresse:

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Vertrauensgarantie: Diese Bestellung kann ich innerhalb von zwei Wochen (Poststempel) widerrufen. Hiermit bestätige ich, daß ich über mein Widerrufsrecht informiert wurde. Ich bin einverstanden, dass die Post etwaige Änderungen meiner Anschrift an den Verlag weiterleitet.

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich bezahle per Bankeinzug von meinem Konto:

Konto \_\_\_\_\_

Bank \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Bestellungen an: spw-Verlag – Postfach 12 03 33 – 44 293 Dortmund oder Fax 02 31 – 40 24 16